

**Ein neuer Aufbruch für Europa  
Eine neue Dynamik für Deutschland  
Ein neuer Zusammenhalt für unser Land**

**Koalitionsvertrag  
zwischen  
CDU, CSU und SPD**

# Inhalt

Präambel.....	4
<b>I. Ein neuer Aufbruch für Europa .....</b>	<b>6</b>
<b>II. Eine neue Dynamik für Deutschland .....</b>	<b>11</b>
<b>III. Familien und Kinder im Mittelpunkt.....</b>	<b>19</b>
1. Familien .....	19
2. Kinder stärken – Kinderrechte ins Grundgesetz.....	21
3. Gleichberechtigung von Frauen und Männern .....	23
4. Bekämpfung von Gewalt gegenüber Frauen und ihren Kindern .....	25
5. Seniorinnen und Senioren .....	26
<b>IV. Offensive für Bildung, Forschung und Digitalisierung .....</b>	<b>28</b>
1. Allgemeine Bildung und Schulen.....	28
2. Berufliche Bildung und Weiterbildung .....	29
3. Hochschulen und Wissenschaft .....	32
4. Forschung und Innovation .....	34
5. Digitalisierung .....	37
<b>V. Gute Arbeit, breite Entlastung und soziale Teilhabe sichern.....</b>	<b>50</b>
1. Gute Arbeit.....	50
2. Entlastung der Bürgerinnen und Bürger bei Steuern und Sozialabgaben .....	53
<b>VI. Erfolgreiche Wirtschaft für den Wohlstand von morgen .....</b>	<b>55</b>
1. Wirtschaft.....	55
2. Finanzen und Steuern .....	66
3. Energie .....	71
4. Verkehr .....	74
5. Landwirtschaft und Ernährung.....	84
<b>VII. Soziale Sicherheit gerecht und verlässlich gestalten.....</b>	<b>91</b>
1. Rente .....	91
2. Teilhabe von Menschen mit Behinderungen .....	93
3. Reform des Sozialen Entschädigungsrechts.....	94
4. Gesundheit und Pflege .....	95
<b>VIII. Zuwanderung steuern – Integration fordern und unterstützen .....</b>	<b>103</b>
1. Flüchtlingspolitik .....	103
2. Erwerbsmigration.....	105
3. Gelingende Integration .....	105
4. Effizientere Verfahren.....	107
<b>IX. Lebenswerte Städte, attraktive Regionen und bezahlbares Wohnen.....</b>	<b>109</b>
1. Wohnraumoffensive.....	109
2. Mieten .....	111
3. Stadtentwicklung und Baukultur .....	112
4. Innovation und Wirtschaftlichkeit beim Bauen.....	114
5. Heimat mit Zukunft .....	116

6.	<i>Lärmschutz und Bürgerbeteiligung</i> .....	120
7.	<i>Personenbeförderungsrecht, ÖPNV und Mobilität im ländlichen Raum</i> .....	121
<b>X.</b>	<b>Ein handlungsfähiger und starker Staat für eine freie Gesellschaft</b> .....	<b>123</b>
1.	<i>Pakt für den Rechtsstaat</i> .....	123
2.	<i>Moderner Staat</i> .....	128
3.	<i>Modernes Recht für eine moderne Gesellschaft</i> .....	130
4.	<i>Prävention</i> .....	133
5.	<i>Verbraucherschutz</i> .....	134
6.	<i>Sport</i> .....	136
<b>XI.</b>	<b>Verantwortungsvoller Umgang mit unseren Ressourcen</b> .....	<b>137</b>
1.	<i>Umwelt und Klima</i> .....	137
2.	<i>Raumordnung</i> .....	143
<b>XII.</b>	<b>Deutschlands Verantwortung für Frieden, Freiheit und Sicherheit in der Welt</b> .....	<b>144</b>
1.	<i>Europäische Außen- und Sicherheitspolitik</i> .....	145
2.	<i>Internationale und europäische Bündnisse und Partnerschaften</i> .....	147
3.	<i>Abrüstung und restriktive Rüstungsexportpolitik</i> .....	148
4.	<i>Bilaterale und regionale Zusammenarbeit in Europa und der Welt</i> .....	149
5.	<i>Außenwirtschaftspolitik sowie Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik</i> .....	153
6.	<i>Menschenrechte, Krisenprävention und humanitäre Hilfe</i> .....	155
7.	<i>Moderne Bundeswehr</i> .....	156
8.	<i>Entwicklungspolitik für eine gerechte Globalisierung</i> .....	159
<b>XIII.</b>	<b>Zusammenhalt und Erneuerung – Demokratie beleben</b> .....	<b>164</b>
1.	<i>Bürgerbeteiligung</i> .....	164
2.	<i>Kunst, Kultur und Medien</i> .....	164
<b>XIV.</b>	<b>Arbeitsweise der Regierung und Fraktionen</b> .....	<b>175</b>
1.	<i>Arbeitsweise der Regierung und Fraktionen</i> .....	175
2.	<i>Kooperation der Parteien</i> .....	175
3.	<i>Kooperation der Fraktionen</i> .....	175
4.	<i>Arbeit in der Bundesregierung</i> .....	176
5.	<i>Europapolitische Koordinierung</i> .....	176
6.	<i>Evaluierung</i> .....	176

## 1 **Präambel**

2 Wir erleben neue politische Zeiten mit vielfältigen Herausforderungen für Deutsch-  
3 land – sowohl international als auch national. Deutschland ist weltweit ein anerkannter  
4 Partner, aber nur mit einem neuen Aufbruch für Europa wird Deutschland langfristig  
5 Frieden, Sicherheit und Wohlstand garantieren können. Die Europäische Union  
6 muss ihre Werte und ihr Wohlstandsversprechen bewahren und erneuern. Nur eine  
7 starke Europäische Union ist der Garant für eine Zukunft in Frieden, Sicherheit und  
8 Wohlstand.

9  
10 Wir wollen eine neue Dynamik für Deutschland. Nur so können wir das Erreichte si-  
11 chern und ausbauen. Unsere Ausgangslage ist gut. Die Wirtschaft boomt, noch nie  
12 waren so viele Menschen in Arbeit und Beschäftigung. Das ist auch Ergebnis der  
13 Regierungszusammenarbeit von CDU, CSU und SPD. Unsere heutige wirtschaftliche  
14 Stärke eröffnet die Chance, Gerechtigkeit langfristig zu sichern. Unser Ziel ist ein  
15 nachhaltiges und inklusives Wachstum, dessen Erträge allen zugutekommen. Wir  
16 wollen die kreativen Potenziale in Deutschland mobilisieren und die Chancen der  
17 Digitalisierung nutzen. Deutschland braucht wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt,  
18 an dem alle teilhaben.

19  
20 Wir wollen, dass der Wohlstand bei allen Menschen ankommt. Das Wahlergebnis hat  
21 gezeigt, dass viele Menschen unzufrieden und verunsichert sind. Daraus ziehen wir  
22 mit dem vorliegenden Koalitionsvertrag und seiner Politik die entsprechenden  
23 Schlüsse. Wir wollen sichern, was gut ist, aber gleichzeitig den Mut zur politischen  
24 Debatte, zu Erneuerung und für Veränderung beweisen.

25  
26 Bürgerinnen und Bürger haben ein starkes Bedürfnis nach Gemeinschaft, Sicherheit  
27 im Alltag, Bewahrung der kulturellen Identität, Stabilität, einem guten Miteinander und  
28 einer gestaltenden Politik, die Menschen auf Augenhöhe zusammenbringt. Millionen  
29 Menschen engagieren sich in Deutschland in sozialen, kulturellen und lokalen Bewe-  
30 gungen sowie in Gemeinde- und Stadträten, Kreistagen, Kirchen und Religionsge-  
31 meinschaften für unser Gemeinwesen. Gemeinsam mit ihnen wollen wir unser Land  
32 besser, sicherer und gerechter machen.

33  
34 Wir werden die Probleme anpacken, welche die Menschen in ihrem Alltag bewegen,  
35 und setzen uns mutige Ziele für die nächsten vier Jahre. Wir arbeiten für Stabilität  
36 und Zusammenhalt, für Erneuerung und Sicherheit und für die Gleichwertigkeit der  
37 Lebensverhältnisse in unserem Land. Die besonderen Herausforderungen in Ost-  
38 deutschland erkennen wir als gesamtdeutschen Auftrag an.

39  
40 Den sozialen Zusammenhalt in unserem Land wollen wir stärken und die entstande-  
41 nen Spaltungen überwinden. Wir nehmen die Ängste der Menschen ernst und wollen  
42 ihnen durch unsere gemeinsame Arbeit umfassend begegnen. Wir geben allen Kin-  
43 dern und Jugendlichen gleiche Bildungschancen, damit Leistung und Talent über die  
44 persönliche Zukunft entscheiden, nicht die soziale Herkunft. Wir schaffen neue Per-  
45 spektiven für gute Arbeit und mehr Sicherheit im Alter.

46  
47 Wir wollen, dass die Menschen bei uns die vielfältigen Chancen nutzen und in Si-  
48 cherheit leben können. Familien stärken wir und sorgen dafür, dass Familie und Be-  
49 ruf besser vereinbar sind.

51 Unser gemeinsames Ziel ist Vollbeschäftigung in Deutschland. Auch deshalb wollen  
52 wir Arbeit und Leben besser vereinbaren und unsere sozialen Sicherungssysteme  
53 modernisieren. Wir werden die Gesundheits- und Pflegeversicherung, die Alterssi-  
54 cherung und die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit weiter verbessern und an verän-  
55 derte Rahmenbedingungen anpassen, damit die Bürgerinnen und Bürger auch in  
56 Zukunft verlässlich abgesichert sind.

57  
58 Wir wollen unser Land erneuern, in die Zukunft investieren und Innovationen fördern,  
59 damit wir unseren Wohlstand erhalten und ausbauen können.

60  
61 Wir investieren in unser Land. Wir sorgen für genügend Kitaplätze, digital ausgestat-  
62 tete Schulen und schnelles Internet in Stadt und Land. Wir machen Deutschland zur  
63 energieeffizientesten Volkswirtschaft der Welt. Wir stärken unsere Sicherheitsbehör-  
64 den und gewährleisten dadurch bestmögliche Sicherheit.

65  
66 Den digitalen Wandel von Wirtschaft, Arbeit und Gesellschaft werden wir so gestal-  
67 ten, dass alle davon profitieren. Wir setzen auf Innovationen und wollen aus techni-  
68 schem sozialen Fortschritt machen.

69  
70 Wir werden Migration in Zukunft besser steuern und ordnen sowie die Integration von  
71 Zugewanderten in unsere Gesellschaft umfassender fordern und unterstützen. Damit  
72 geben wir eine Antwort auf internationale Migrationsbewegungen auf der einen Seite  
73 und den Fachkräftebedarf in Deutschland auf der anderen Seite.

74  
75 Mit unserem internationalen Engagement wollen wir einen größeren Beitrag leisten,  
76 um weltweit zu besseren Lebensbedingungen beizutragen sowie Frieden wiederher-  
77 zustellen und zu sichern.

78  
79 Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Handlungsfähigkeit von Politik wol-  
80 len wir wieder stärken, indem wir Erneuerung und Zusammenhalt in den Mittelpunkt  
81 unserer Arbeit stellen. Wir wollen eine stabile und handlungsfähige Regierung bilden,  
82 die das Richtige tut. Dabei streben wir einen politischen Stil an, der die öffentliche  
83 Debatte belebt, Unterschiede sichtbar lässt und damit die Demokratie stärkt.

## 84 I. Ein neuer Aufbruch für Europa

85  
86 Die Europäische Union ist ein historisch einzigartiges Friedens- und Erfolgsprojekt  
87 und muss es auch künftig bleiben. Sie verbindet wirtschaftliche Integration und Wohl-  
88 stand mit Freiheit, Demokratie und sozialer Gerechtigkeit. Kern dieser europäischen  
89 Vision ist, dass die EU ihre gemeinsame politische und wirtschaftliche Kraft nutzt, um  
90 Frieden nach außen und Sicherheit und Wohlstand nach innen zu schaffen.

91  
92 Deutschland hat Europa unendlich viel zu verdanken. Auch deshalb sind wir seinem  
93 Erfolg verpflichtet. Für Deutschland ist ein starkes und geeintes Europa der beste  
94 Garant für eine gute Zukunft in Frieden, Freiheit und Wohlstand.

95  
96 So einzigartig die Erfolgsgeschichte der europäischen Einigung ist – selbstverständ-  
97 lich ist ihr Fortgang keineswegs. Die Herausforderungen, vor denen die Europäische  
98 Union steht, sind enorm. Das Vereinigte Königreich hat sich zum Austritt aus der EU  
99 entschlossen. Die Herausforderungen durch Flucht und Migration stellen die europäi-  
100 sche Partnerschaft und Solidarität auf eine harte Probe. Wachstum und Beschäfti-  
101 gung kommen zwar in Europa wieder besser in Schwung, die Folgen der Wirt-  
102 schaftskrise sind aber noch nicht vollständig überwunden. Die Jugendarbeitslosigkeit  
103 ist in Teilen Europas noch immer besorgniserregend hoch. Die freiheitlichen und de-  
104 mokratischen Grundprinzipien, die in den europäischen Verträgen verankert sind,  
105 wollen wir gegen jeden Angriff durch politische Parteien und Bewegungen verteidig-  
106 en.

107  
108 Hinzu kommt: Die globalen Kräfteverhältnisse haben sich in den letzten Jahren  
109 grundlegend verändert, politisch, wirtschaftlich und militärisch. Neue Schwerpunkt-  
110 setzungen der USA, das Erstarren Chinas und die Politik Russlands machen deut-  
111 lich: Europa muss sein Schicksal mehr als bisher in die eigenen Hände nehmen. Nur  
112 gemeinsam hat die EU eine Chance, sich in dieser Welt zu behaupten und ihre ge-  
113 meinsamen Interessen durchzusetzen. Nur gemeinsam können wir unsere Werte  
114 und unser solidarisches Gesellschaftsmodell, das sich mit der Sozialen Marktwirt-  
115 schaft verbindet, verteidigen. Ein starkes, demokratisches, wettbewerbsfähiges und  
116 soziales Europa der Menschen muss unsere Antwort auf die Herausforderungen un-  
117 serer Zeit sein.

118  
119 Deshalb braucht die EU eine Erneuerung und einen neuen Aufbruch:

### 120 121 **Wir wollen ein Europa der Demokratie und Solidarität**

- 122 • Wir wollen den Zusammenhalt Europas auf Basis seiner demokratischen und  
123 rechtsstaatlichen Werte auf allen Ebenen vertiefen und das Prinzip der wechselseitigen  
124 Solidarität stärken.
- 125 • Wir wollen, dass sich Deutschland aktiv in die Debatte über die Zukunft der EU  
126 und eine Stärkung der europäischen Integration einbringt und wollen die Bürgerinnen  
127 und Bürger in bundesweiten öffentlichen Dialogen an der Reformdebatte in  
128 Europa beteiligen. Wir wollen dadurch Europa bürgernäher und transparenter ma-  
129 chen und neues Vertrauen gewinnen.
- 130 • Wir wollen ein Europa der Demokratie mit einem gestärkten Europäischen Parla-  
131 ment und einem lebendigen Parlamentarismus auf nationaler, regionaler und  
132 kommunaler Ebene.

- 133 • Die demokratischen und rechtsstaatlichen Werte und Prinzipien, auf denen die  
134 europäische Einigung ruht, müssen noch konsequenter als bisher innerhalb der  
135 EU durchgesetzt werden.

136

### 137 **Wir wollen ein Europa der Wettbewerbsfähigkeit und der Investitionen**

- 138 • Investitionen in Europa sind Investitionen in eine gute Zukunft unseres Landes.  
139 Wachstum und Wohlstand in Deutschland sind auf das Engste mit Wachstum und  
140 Wohlstand in Europa verknüpft.
- 141 • Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit der EU und ihre Wachstumskräfte im Kontext  
142 der Globalisierung stärken, um zukunftsgerechte Arbeitsplätze in der EU zu si-  
143 chern und neue zu schaffen: Das ist die Basis unseres künftigen Wohlstands.
- 144 • Die Soziale Marktwirtschaft, die auf Unternehmensverantwortung, Sozialpartner-  
145 schaft, Mitbestimmung und einer fairen Verteilung des erwirtschafteten Wohl-  
146 stands beruht, braucht eine Renaissance, gerade in Zeiten der Digitalisierung.
- 147 • Wir stärken in der EU die strategische Forschungspolitik, die Innovationsfähigkeit  
148 und vollenden den digitalen Binnenmarkt.
- 149 • Wir wollen die Investitionskräfte in Europa auch dadurch stärken, dass wir Initiati-  
150 ven wie das Europäische Investitionsprogramm EFSI fortführen und ausbauen.
- 151 • Wir brauchen weiterhin eine starke EU-Kohäsionspolitik in allen Regionen, insbe-  
152 sondere auch in den bisherigen Übergangs- und den stärker entwickelten Regio-  
153 nen. Wir wollen die wichtigen Strukturfonds der EU erhalten. Das muss auch nach  
154 dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU gelten.

155

### 156 **Wir wollen ein Europa der Chancen und der Gerechtigkeit**

- 157 • Europa muss ein Kontinent der Chancen sein, besonders für junge Menschen. Sie  
158 sind Europas Zukunft. Wir wollen, dass junge Menschen ihre Hoffnungen auf Eu-  
159 ropa setzen können. Wir wollen, dass sie gute Jobs finden, sich frei und mobil in  
160 Europa bewegen können, dass sie im Austausch mit anderen Freundschaften  
161 schließen und europäisches Zusammenleben praktisch erfahren können. Deshalb  
162 wollen wir die Austauschprogramme wie Erasmus+ ausbauen und die Jugendar-  
163beitslosigkeit mit mehr Mitteln der EU bekämpfen.
- 164 • Soziale Grundrechte, insbesondere das Prinzip des gleichen Lohns für gleiche  
165 Arbeit am gleichen Ort in der EU, wollen wir in einem Sozialpakt stärken. Wir wol-  
166 len faire Rahmenbedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und eine  
167 bessere Koordinierung der Arbeitsmarktpolitik. Die Revision der Entsenderichtlinie  
168 gilt es zügig und möglichst mit weiteren Verbesserungen zum Abschluss zu brin-  
169 gen.
- 170 • Wir wollen einen Rahmen für Mindestlohnregelungen sowie für nationale Grundsi-  
171 cherungssysteme in den EU-Staaten entwickeln. Wer konsequent gegen Lohn-  
172 dumping und soziale Ungleichheiten in wirtschaftlich schwächeren Ländern in Eu-  
173 ropa kämpft, sichert auch den Sozialstaat und die Soziale Marktwirtschaft in  
174 Deutschland.
- 175 • Wir wollen faire Mobilität fördern, jedoch missbräuchliche Zuwanderung in die Sys-  
176 teme der sozialen Sicherheit unterbinden.
- 177 • Wir wollen mehr Vergleichbarkeit von Bildungsstandards in der EU.
- 178 • Wir bekämpfen Steuerdumping, -betrug, -vermeidung und Geldwäsche  
179 gleichermaßen international und in der EU.
- 180 • Wir unterstützen eine gerechte Besteuerung großer Konzerne, gerade auch der  
181 Internetkonzerne wie Google, Apple, Facebook und Amazon.

- 182 • Unternehmen dürfen sich künftig nicht mehr ihrer gesellschaftlichen Verantwort-  
183 tung entziehen können, indem sie die Staaten der EU gegeneinander ausspielen.  
184 Steuerdumping muss unterbunden werden.
- 185 • Wir unterstützen eine gemeinsame, konsolidierte Bemessungsgrundlage und Min-  
186 destsätze bei den Unternehmenssteuern. Wir wollen mit Frankreich zusammen  
187 hierfür eine Initiative ergreifen, auch um eine europäische Antwort auf internatio-  
188 nale Veränderungen und Herausforderungen in diesem Bereich, nicht zuletzt in  
189 den USA, zu geben.
- 190 • Die Einführung einer substantiellen Finanztransaktionssteuer wollen wir zum Ab-  
191 schluss bringen.

### 192 **Wir wollen ein Europa des Friedens und der globalen Verantwortung**

- 194 • Globale Herausforderungen brauchen europäische Antworten. Wir sind uns einig  
195 in der klaren Absage an Protektionismus, Isolationismus und Nationalismus. Wir  
196 brauchen international mehr und nicht weniger Kooperation.
- 197 • Lokale Herausforderungen können nur lokal wirklich gelöst werden. Deshalb brau-  
198 chen wir gelebte Subsidiarität, auch um die Handlungsspielräume von Kommunen  
199 und Ländern zu stärken.
- 200 • Die gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik muss im Sinne einer  
201 Friedensmacht Europa gestärkt werden. Sie muss dem Prinzip eines Vorrangs  
202 des Politischen vor dem Militärischen folgen und auf Friedenssicherung, Entspan-  
203 nung und zivile Krisenprävention ausgerichtet sein. Wir wollen die Zusammenar-  
204 beit bei der Sicherheits- und Verteidigungspolitik (PESCO) stärken und mit Leben  
205 füllen.
- 206 • Die EU-Erweiterungspolitik bleibt wichtig, um Frieden, Stabilität und Zusammenar-  
207 beit zu fördern. Zugleich muss die EU durch innere Reformen ihre Handlungsfä-  
208 higkeit sicherstellen. Alle Länder des westlichen Balkans haben eine Beitrittsper-  
209 spektive. Wir unterstützen ihre Annäherung an die EU und schenken der Entwick-  
210 lung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit besondere Aufmerksamkeit. Voraus-  
211 setzung für Fortschritte bei der Annäherung ist, dass die Staaten der Region die  
212 dafür vorgesehenen Kriterien vollständig erfüllen.
- 213 • In der Flüchtlings- und Migrationspolitik muss die EU ihrer humanitären Verantwor-  
214 tung gerecht werden und zugleich Migration besser ordnen und steuern. Wir wol-  
215 len Fluchtursachen umfassend bekämpfen, die Außengrenzen der EU gemeinsam  
216 wirksamer schützen sowie eine solidarische Verantwortungsteilung in der EU  
217 schaffen.
- 218 • Wir wollen mit einer kohärenten Afrika-Strategie die Zusammenarbeit mit Afrika  
219 auf allen Ebenen ausbauen. Wir unterstützen einen Marshall-Plan für Afrika, um  
220 die Afrikanische Union bei der Umsetzung der Agenda 2063 zu unterstützen.
- 221 • Wir wollen eine offene und faire Handelspolitik, die allen zu Gute kommt und auf  
222 Wachstum, Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit zielt.
- 223 • Die EU muss beim Klimaschutz international eine Vorreiterrolle einnehmen und für  
224 eine ambitionierte Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens eintreten.
- 225 • Die EU braucht auch eine gemeinsame Außen- und Menschenrechtspolitik.

226  
227 Um diese Ziele zu erreichen, wollen wir die EU in ihrer Handlungsfähigkeit stärken,  
228 insbesondere auch das Europäische Parlament. Wir wollen die EU finanziell stärken,  
229 damit sie ihre Aufgaben besser wahrnehmen kann. Dafür werden wir bei der Erstel-  
230 lung des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens Sorge tragen. Dabei befürworten wir  
231 auch spezifische Haushaltsmittel für wirtschaftliche Stabilisierung und soziale Kon-  
232 vergenz und für die Unterstützung von Strukturreformen in der Eurozone, die Aus-



233 gangspunkt für einen künftigen Investivhaushalt für die Eurozone sein können. Wir  
234 sind zu höheren Beiträgen Deutschlands zum EU-Haushalt bereit. Wir wollen einen  
235 Haushalt, der klar auf die Aufgaben der Zukunft mit europäischem Mehrwert ausge-  
236 richtet ist.

237  
238 Wir wollen in diesem Sinne und insbesondere auch in enger Partnerschaft mit Frank-  
239 reich die Eurozone nachhaltig stärken und reformieren, so dass der Euro globalen  
240 Krisen besser standhalten kann. Dabei bleibt der Stabilitäts- und Wachstumspakt  
241 auch in Zukunft unser Kompass. Stabilität und Wachstum bedingen einander und  
242 bilden eine Einheit. Zugleich muss auch künftig das Prinzip gelten, dass Risiko und  
243 Haftungsverantwortung verbunden sind. Wir wollen fiskalische Kontrolle, wirtschaftli-  
244 che Koordinierung in der EU und der Eurozone sowie den Kampf gegen Steuerbe-  
245 trug und aggressive Steuervermeidung vorantreiben. Die dazu aus den Mitgliedstaa-  
246 ten und von der EU-Kommission vorgelegten Vorschläge werden wir prüfen. Den  
247 Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) wollen wir zu einem parlamentarisch  
248 kontrollierten Europäischen Währungsfonds weiterentwickeln, der im Unionsrecht  
249 verankert sein sollte. Die Rechte der nationalen Parlamente bleiben davon unberührt.

250  
251 Insgesamt lassen wir uns davon leiten, dass die EU für Solidarität zwischen den Mit-  
252 gliedstaaten ebenso wie für ihre Bürgerinnen und Bürger stehen muss. Das Prinzip  
253 der wechselseitigen Solidarität muss auch für den EU-Haushalt gelten.

254  
255 Die Erneuerung der EU wird nur gelingen, wenn Deutschland und Frankreich mit  
256 ganzer Kraft gemeinsam dafür arbeiten. Deshalb wollen wir die deutsch-französische  
257 Zusammenarbeit weiter stärken und erneuern. Ein neuer Élysée-Vertrag ist hierzu  
258 ein erster und wichtiger Schritt, der insbesondere auch die europapolitische Zusam-  
259 menarbeit weiter stärken sollte. Deutschland und Frankreich müssen insbesondere  
260 auch Innovationsmotor sein und werden dies in Vorhaben wie der Erforschung  
261 Künstlicher Intelligenz unter Beweis stellen. Wir wollen gemeinsame Positionen mög-  
262 lichst zu allen wichtigen Fragen der europäischen und internationalen Politik entwi-  
263 ckeln und in Bereichen, in denen die EU mit 27 Mitgliedstaaten nicht handlungsfähig  
264 ist, vorangehen.

265  
266 Von besonderer Bedeutung ist für uns ebenfalls die deutsch-polnische Partnerschaft.  
267 Ihr Fundament bilden die Versöhnung zwischen Deutschen und Polen und die ge-  
268 meinsame Verantwortung für Europa. Dabei werden wir nicht vergessen, dass Polen  
269 und Ungarn den Grundstein für Europas und Deutschlands Wiedervereinigung in  
270 Freiheit gelegt haben. Auf dieser Basis wollen wir die Zusammenarbeit mit unserem  
271 Nachbarland Polen ausbauen. Dem zwischengesellschaftlichen Dialog kommt gera-  
272 de jetzt eine herausragende Bedeutung zu. Deshalb werden wir Akteure, wie z. B.  
273 das Deutsch-Polnische Jugendwerk, die Deutsch-Polnische Gesellschaft Bundesver-  
274 band, das Deutsche Polen-Institut sowie die Jugendbegegnungsstätten in Kreisau  
275 und Auschwitz auch weiterhin in ihrer Arbeit stärken. Wir werden die Zusammenar-  
276 beit mit Frankreich und Polen im Weimarer Dreieck intensivieren.

277  
278 Wir bedauern den Austritt des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union.  
279 Auch nach seinem Ausscheiden wünschen wir uns eine vertrauensvolle Zusammen-  
280 arbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland, dem Vereinigten Königreich und  
281 der EU-27.

282

283 Wir treten gemeinsam dafür ein, dass Deutschland seiner europäischen Verantwor-  
284 tung in einem Geist partnerschaftlicher Zusammenarbeit und gegenseitiger Solidari-  
285 tät gerecht wird.

286 **II. Eine neue Dynamik für Deutschland**

287

288 **Eine neue Dynamik für Deutschland**

289 Wir wollen, dass Deutschland ein wirtschaftlich starkes und sozial gerechtes Land ist  
290 – und dass alle daran teilhaben. Wir wollen den Zusammenhalt in unserem Land  
291 stärken und dafür sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger sicher und gut leben  
292 können.

293

294 Wir wollen unser Land modernisieren, Innovationskräfte freisetzen und das Wohl-  
295 stands- und Sicherheitsversprechen unserer Sozialen Marktwirtschaft im digitalen  
296 Zeitalter erneuern.

297

298 Deutschland – das sind mehr als 80 Millionen Menschen: Ihnen wollen wir eine gute  
299 Zukunft bieten. Ihren Alltag wollen wir spürbar verbessern, ihre Sorgen ernst nehmen  
300 und ihnen neue Chancen eröffnen. Deshalb leitet uns bei jeder politischen Maßnah-  
301 me die Frage: Was erreichen wir ganz konkret für die Bürgerinnen und Bürger unse-  
302 res Landes?

303

304 Wir haben uns daher mutige und überprüfbare Ziele für die nächsten vier Jahre ge-  
305 setzt. Deutschland soll 2021 noch gerechter, wirtschaftlich stärker, sicherer und le-  
306 benswerter in allen Regionen sein. Wir wollen einen neuen Aufbruch für Europa und  
307 eine neue Dynamik für Deutschland – in allen Bereichen, unter anderem mit folgen-  
308 den Maßnahmen, die in den Fachkapiteln verbindlich beschrieben sind.

309

310 **Familien und Kinder im Mittelpunkt (Kapitel III)**

311 • **Wir unterstützen Familien:** Erhöhung Kindergeld um 25 Euro pro Monat und  
312 Kind und entsprechende Anpassung Kinderfreibetrag.

313 • **Wir verbessern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf:** Mehr Geld für Kita-  
314 ausbau, Entlastung von Eltern bei den Gebühren bis hin zur Gebührenfreiheit.  
315 Steigerung der Qualität in der Kinderbetreuung. Einführung Rechtsanspruch auf  
316 Ganztagsbetreuung im Grundschulalter bis 2025. Zuschüsse für haushaltsnahe  
317 Dienstleistungen. Förderung von Familienfreundlichkeit.

318 • **Wir bekämpfen Kinderarmut:** Erhöhung und leichtere Beantragung Kinderzu-  
319 schlag für einkommensschwache Familien und Alleinerziehende. Aufstockung  
320 Schulstarterpaket für Schulmaterial von Kindern aus einkommensschwachen Fa-  
321 milien.

322 • **Wir stärken die Rechte von Kindern:** Verankerung Kinderrechte im Grundge-  
323 setz. Stärkung Kinderkommission des Deutschen Bundestages.

324 • **Wir sorgen für mehr Gleichstellung:** Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen  
325 und Männern in Leitungsfunktionen im öffentlichen Dienst bis 2025. Bessere Be-  
326 zahlung in Pflege- und Sozialberufen.

327 • **Wir bekämpfen Gewalt gegenüber Frauen und Kindern:** Aktionsprogramm zur  
328 Prävention und Unterstützung für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder. Be-  
329 darfsgerechter Ausbau und adäquate finanzielle Absicherung der Arbeit von  
330 Frauenhäusern.

331

332 **Offensive für Bildung, Forschung und Digitalisierung (Kapitel IV)**

333 • **Wir investieren auf Rekordniveau in bessere Bildung:** 2 Milliarden Euro für  
334 Ausbau Ganztagsschul- und Betreuungsangebote. Digitalpakt Schule mit  
335 5 Milliarden in fünf Jahren für starke Digital-Infrastruktur an allen Schulen, ge-  
336 meinsame Cloud-Lösung für Schulen und Qualifizierung der Lehrkräfte. Anpas-

337       sung der Rechtsgrundlage im Grundgesetz als Voraussetzung, um Länder bei In-  
338       vestitionen in die Bildungsinfrastruktur unterstützen zu können.

- 339     • **Wir stärken die berufliche Bildung:** Modernisierung Berufsbildungspakt mit digi-  
340       taler Ausstattungsoffensive für berufliche Schulen. Bessere Leistungen durch  
341       Aufstiegs-BAföG für Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung.  
342       Höhere Zuschüsse für Techniker, Meister und Fachwirte. Einführung einer Min-  
343       destausbildungsvergütung. Ausbildungsberufe werden modernisiert.
- 344     • **Wir stärken Hochschulen und Studium:** Mehr Investitionen in Studienplätze  
345       und Qualität in Forschung und Lehre, u. a. durch Verstetigung Hochschulpakt.  
346       Deutliche Verbesserung und Ausbau BAföG.
- 347     • **Wir investieren in Forschung und Entwicklung:** Ziel von 3,5 Prozent des Brut-  
348       toinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung bis 2025. Pakt für Forschung  
349       und Innovation mit mehr Mitteln für Forschungsorganisationen. Weiterentwicklung  
350       High-Tech-Strategie, u. a. mit Schwerpunkt auf Digitalisierung und künstliche In-  
351       telligenz.
- 352     • **Wir bringen die Gigabit-Netze in alle Regionen:** 10 bis 12 Milliarden Euro für  
353       flächendeckende Glasfaser-Netze, möglichst direkt bis zum Haus. Beseitigung  
354       bestehender Funklöcher. Vorreiterrolle beim Aufbau des Echtzeit-  
355       Mobilfunkstandards 5G. Freies WLAN an allen öffentlichen Einrichtungen, Zügen  
356       und Bahnhöfen der Deutschen Bahn.
- 357     • **Wir schaffen eine bürgernahe, digitale Verwaltung:** Digitales Bürgerportal für  
358       Bürger und Unternehmen, das praktisch alle Verwaltungsdienstleistungen elekt-  
359       ronisch verfügbar macht. Prinzip „Digital First“: Vorrang digitaler Verwaltungslei-  
360       stungen vor Notwendigkeit zu persönlichem Erscheinen oder Schriftform.
- 361     • **Wir unterstützen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im digitalen Wandel:**  
362       Entwicklung Nationaler Weiterbildungsstrategie mit Sozialpartnern, die Antworten  
363       auf digitalen Wandel der Arbeitswelt gibt. Rechtlicher Rahmen für mobiles Arbei-  
364       ten. Sicherstellung des Beschäftigtendatenschutzes.
- 365     • **Wir fördern digitale Innovationen:** Unterstützung junger, innovativer Unterneh-  
366       men in der Wachstumsphase. Fonds für Games-Förderung. Bereitstellung von  
367       mehr Open Data.

## 368     **Gute Arbeit, breite Entlastung und soziale Teilhabe sichern (Kapitel V)**

- 370     • **Wir wollen Vollbeschäftigung erreichen:** Ziel der Vollbeschäftigung und Abbau  
371       von Langzeitarbeitslosigkeit. 4 Milliarden Euro zusätzlich für neue Chancen in ei-  
372       nem sozialen Arbeitsmarkt für langzeitarbeitslose Bürgerinnen und Bürger.
- 373     • **Wir ermöglichen lebenslanges Lernen und fördern beruflichen Aufstieg:**  
374       Stärkere Ausrichtung Allianz für Aus- und Weiterbildung auf digitale Fort- und  
375       Weiterbildung. Recht auf Weiterbildungsberatung bei der Bundesagentur für Ar-  
376       beit. Initiativrecht für Betriebsräte für Weiterbildung wird gestärkt.
- 377     • **Wir haben einen wirklichen Durchbruch bei den Verhandlungen über die**  
378       **sachgrundlose Befristung und Kettenverträge erreicht:** Möglichkeiten der be-  
379       fristeten Beschäftigung werden reduziert. Sachgrundlose Befristungen werden  
380       wieder zur Ausnahme, das unbefristete Arbeitsverhältnis soll wieder zur Regel  
381       werden in Deutschland. Endlose Kettenbefristungen werden abgeschafft.
- 382     • **Wir schaffen ein Recht auf befristete Teilzeit:** Neuer Anspruch in Unternehmen  
383       mit mehr als 45 Mitarbeitern, nach Teilzeitphase wieder zur früheren Arbeitszeit  
384       zurückzukehren.
- 385     • **Wir schaffen breite finanzielle Entlastungen insbesondere für kleinere und**  
386       **mittlere Einkommen:** Abschaffung Solidaritätszuschlag in einem deutlichen ers-  
387       ten Schritt für rund 90 Prozent der Soli-Zahler durch Freigrenze. Keine Erhöhung

388 der Steuerbelastung der Bürger. Entlastung der Beschäftigten durch Wiederher-  
389 stellung der Parität in der Krankenversicherung. Senkung des Beitrags zur Ar-  
390beitslosenversicherung um 0,3 Prozentpunkte. Entlastung Geringverdiener bei  
391 Sozialbeiträgen.

392

### 393 **Erfolgreiche Wirtschaft für den Wohlstand von morgen (Kapitel VI)**

394 • **Wir stärken den Mittelstand und den Wirtschaftsstandort Deutschland:** Gi-  
395 gabit-Anschlüsse für alle Gewerbegebiete. Innovationsprogramm „Digitalisierung  
396 des Mittelstands“. Bürokratieabbau u. a. durch 1:1-Umsetzung von EU-Vorgaben,  
397 Vereinheitlichung von Schwellenwerten und „One-in-one-out“ auch auf europäi-  
398 scher Ebene.

399 • **Wir bekennen uns zur Industrie:** Strategische Industrie- und Innovationspolitik.  
400 Ausbau der Industrie 4.0-Aktivitäten. Unterstützung von Schlüsseltechnologien,  
401 insbesondere Luft- und Raumfahrt, Maritime Wirtschaft, Mikroelektronik, Batterie-  
402 zellfertigung, Leichtbau, neue Werkstoffe.

403 • **Wir fördern Innovationen:** Steuerliche Forschungsförderung insbesondere für  
404 forschende kleine und mittelgroße Unternehmen. Allianz für schnelleren Transfer  
405 von Forschungsergebnissen in marktfähige Produkte.

406 • **Wir setzen auf freien und fairen Handel:** Moderne und faire Freihandelsab-  
407 kommen mit Drittstaaten abschließen. Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen  
408 vertiefen. Schnelle Vollendung des digitalen Binnenmarkts.

409 • **Wir stärken die duale Berufsausbildung:** Abbau finanzieller Hürden beim Be-  
410 rufseinstieg („Aufstiegs-BAföG“). Erstattung von bei der Meisterprüfung angefallenen  
411 Gebühren ganz oder teilweise („Meisterbonus“).

412 • **Wir fördern die Gründungskultur:** Steuerliche Anreize für Mobilisierung von  
413 Wagniskapital. Umsatzsteuerbefreiung in den ersten beiden Jahren nach Grün-  
414 dung. Entbürokratisierung durch „One-Stop-Shop“ für Antrags-, Genehmigungs-  
415 und Besteuerungsverfahren.

416

### 417 Finanzen und Steuern

418 • **Wir setzen auf stabile Finanzen:** Ziel weiterhin ausgeglichener Haushalt – keine  
419 neuen Schulden. Keine Erhöhung der Steuerbelastung der Bürgerinnen und Bür-  
420 ger.

421 • **Wir schaffen den Soli schrittweise ab:** Abschaffung Solidaritätszuschlag in ei-  
422 nem deutlichen ersten Schritt für rund 90 Prozent der Soli-Zahler durch Freigren-  
423 ze.

424 • **Wir setzen uns für einen gemeinsamen Rahmen für Unternehmenssteuern  
425 in Europa ein:** Deutsch-französische Initiative für gemeinsame Bemessungs-  
426 grundlage und Mindeststeuersätze bei Körperschaftsteuer.

427 • **Wir kämpfen gegen Steuerbetrug und Steuervermeidung:** Gerechte Besteue-  
428 rung von Internetkonzernen. Verhinderung von Steuerhinterziehung durch Schlie-  
429 ßung von Steuerschlupflöchern und Steueroasen.

430 • **Wir stärken den Finanzplatz Deutschland und schützen Steuerzahler vor  
431 riskanten Finanzmarkt-Spekulationen:** Attraktive Rahmenbedingungen und  
432 Vorreiterrolle bei FinTech. Lehre aus Finanzmarktkrise ziehen: Überprüfung und  
433 Überarbeitung von Regulierungsmaßnahmen; kein Finanzmarktakteur, kein Fi-  
434 nanzprodukt und kein Markt soll in Zukunft ohne angemessene Regulierung blei-  
435 ben. Neue internationale Initiative zur Aufsicht über Hedgefonds und Schatten-  
436 banken.

437

## 438 Energie

- 439 • **Wir führen die Energiewende sauber, sicher und bezahlbar fort:** Zielstrebig, effizienter, netzsynchroner und zunehmend marktorientierter Ausbau der Erneuerbaren Energien. Unter diesen Voraussetzungen: Steigerung des Anteils Erneuerbarer Energien auf 65 Prozent bis 2030. Modernisierung der Stromnetze.
- 441 • **Wir gestalten die Energiewende mit den Menschen, Kommunen und Unternehmen:** Stärkere Berücksichtigung des Naturschutzes und berechtigter Bürgerinteressen, u. a. durch mehr Erdverkabelung. Sicherung der Akteursvielfalt. Beteiligung Standortgemeinden an Wertschöpfung. Gewährleistung der Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Industrien.

448

## 449 Verkehr

- 450 • **Wir investieren auf Rekordniveau in unsere Infrastruktur.** Fortsetzung des Investitionshochlaufs für die Infrastruktur. Planungsbeschleunigungsgesetz, u. a. zur Vereinfachung von Verfahren und Digitalisierung von Planen und Bauen. Eine zusätzliche Milliarde für den regionalen Verkehr (GVFG). Mehr Investitionen in den Lärmschutz der Bürgerinnen und Bürger. Stärkung Schiene mit Schienenpakt 2030 und Elektrifizierung von 70 Prozent des Schienennetzes bis 2025.
- 456 • **Wir schaffen den Sprung zur Mobilität 4.0:** Entwicklung bundesweites eTicket im ÖPNV. Einrichtung neuer Digitaler Testfelder für automatisiertes Fahren. Rechtliche Voraussetzungen für Erprobung und Weiterentwicklung des autonomen Fahrens auf allen Verkehrsträgern. Öffnung Rechtsrahmen für neue Mobilitätsangebote wie Fahrgemeinschaften (Ride Pooling) mit Steuerungsmöglichkeiten durch die Kommunen.
- 462 • **Wir verbessern die Luftreinhaltung in Städten und wollen Fahrverbote vermeiden:** Anreize für emissionsarme Mobilität (pauschale Dienstwagenbesteuerung von 0,5 Prozent für E-Fahrzeuge). Stärkung sauberer ÖPNV. Förderung von Carsharing und alternativen Antrieben. Investitionen in Elektromobilität, u. a. in Wasserstoff- und Brennstoffzelle. Unterstützung Batteriezellproduktion in Deutschland. Aufbau Ladeinfrastruktur mit 100 000 Ladepunkten bis 2020.

468

## 469 Landwirtschaft

- 470 • **Wir stärken die heimische Landwirtschaft:** Klares Bekenntnis zur bäuerlichen und regional verwurzelten Landwirtschaft. Bundesweites Gentechnikanbau-Verbot. Ausbau des Ökolandbaus. Nutzung der Potenziale der Digitalisierung. Weiterentwicklung und Entbürokratisierung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP).
- 475 • **Wir übernehmen eine Vorreiterrolle beim Tierwohl:** Weiterentwicklung Nutztierstrategie unter Beachtung von Tier- und Umweltschutz, Qualität und Marktorientierung. Einführung Tierwohllabel. Förderung besserer Haltungsbedingungen.
- 478 • **Wir fördern gute Lebensmittel und gesunde Ernährung:** Erhaltung der Vielfalt von Erzeugern und hochwertigen Lebensmitteln. Mehr Transparenz und Information über Nährwerte und Inhaltsstoffe. Eindämmung Lebensmittelverschwendung.

481

## 482 **Soziale Sicherheit gerecht und verlässlich gestalten (Kapitel VII)**

- 483 • **Wir sorgen für Stabilität bei der Rente:** Absicherung der gesetzlichen Rente auf heutigem Niveau von 48 Prozent bis zum Jahr 2025. Haltelinie beim Beitragssatz von 20 Prozent. Einsetzung einer Rentenkommission zur langfristigen Stabilisierung von Beiträgen und Niveau der Rente für die Zeit nach 2025.
- 487 • **Wir honorieren Lebensleistung und bekämpfen Altersarmut:** Einführung einer Grundrente 10 Prozent über der Grundsicherung für alle, die ein Leben lang ge-

488

489 arbeitet haben, unter Einbeziehung von Kindererziehungs- und Pflegezeiten. Bes-  
490 sere Verschonungsregel für selbstgenutztes Wohneigentum. Bessere Anerken-  
491 nung von Erziehungszeiten durch Mütterrente II. Verbesserungen bei der Er-  
492 werbsminderungsrente. Einbeziehung von Selbständigen in die gesetzliche Ren-  
493 tenversicherung mit Opt-out-Lösung und Altersvorsorgepflicht.

- 494 • **Wir stärken die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen:** Investitionen in  
495 Ausbau der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und allen Bereichen des Alltags.
- 496 • **Wir verbessern spürbar die Pflege:** Sofortprogramm Pflege mit 8000 neuen  
497 Fachkraftstellen und besserer Bezahlung. „Konzertierte Aktion Pflege“ mit besse-  
498 rem Personalschlüssel und Ausbildungs Offensive für Pflegerinnen und Pfleger.  
499 Abbau finanzieller Ausbildungshürden bei der Pflegeausbildung. Unterstützung  
500 von Kindern pflegebedürftiger Eltern: Kein Rückgriff auf Einkommen bis 100 000  
501 Euro im Jahr. Stärkung ambulante Alten- und Krankenpflege im ländlichen Raum.
- 502 • **Wir schaffen eine gerechtere Finanzierung der GKV:** Wiederherstellung Parität  
503 bei den Beiträgen zur Gesetzlichen Krankenversicherung. Ab 1. Januar 2019  
504 werden Beiträge zur Krankenversicherung wieder in gleichem Maße von Arbeit-  
505 gebern und Beschäftigten geleistet.
- 506 • **Wir schaffen eine flächendeckend gute Gesundheitsversorgung:** Mehr Inves-  
507 titionen in Krankenhäuser. Mehr Medizinstudienplätze und Landarztquote. Ab-  
508 schaffung Schulgeld für alle Gesundheitsberufe. Förderung Telemedizin. Einfüh-  
509 rung elektronische Patientenakte bis 2021. Nationales Gesundheitsportal für  
510 schnelle und verlässliche Information zu medizinischen Fragen.
- 511 • **Wir verbessern die Versorgung der gesetzlich Versicherten:** Festzuschüsse  
512 für Zahnersatz werden erhöht. Sprechstundenangebot wird verbessert. Ärztinnen  
513 und Ärzte, die in wirtschaftlich schwachen und unterversorgten ländlichen Räu-  
514 men praktizieren, werden über regionale Zuschläge besonders unterstützt. So-  
515 wohl die ambulante Honorarordnung in der Gesetzlichen Krankenversicherung  
516 (EBM), als auch die Gebührenordnung der Privaten Krankenversicherung (GOÄ)  
517 müssen reformiert werden.
- 518 • **Wir stärken die Apotheken vor Ort:** Einsatz für Verbot des Versandhandels mit  
519 verschreibungspflichtigen Arzneimitteln.

520

## 521 **Zuwanderung steuern, Integration fordern und unterstützen (Kapitel VIII)**

- 522 • **Wir bekennen uns zu unseren rechtlichen und humanitären Verpflichtun-**  
523 **gen:** Grundrecht auf Asyl wird nicht angetastet. Bekenntnis zur Genfer Flücht-  
524 lingskonvention, zu den aus dem Recht der EU resultierenden Verpflichtungen,  
525 zur Bearbeitung jedes Asylantrags sowie zur UN-Kinderrechtskonvention und zur  
526 Europäischen Menschenrechtskonvention.
- 527 • **Wir wollen eine Wiederholung der Situation von 2015 vermeiden:** Deshalb  
528 Anstrengungen zu angemessener Steuerung und Begrenzung von Migrationsbe-  
529 wegungen, unter anderem Verbesserungen bei der Entwicklungszusammenar-  
530 beit, Ausbau humanitäres Engagement, Ausweitung Engagement Friedensmissi-  
531 onen, faire Handelsabkommen, verstärkter Klimaschutz und keine Rüstungsex-  
532 porte in Krisenregionen.
- 533 • **Wir stellen für die Zuwanderungszahlen fest,** dass sie basierend auf den Er-  
534 fahrungen der letzten 20 Jahre sowie mit Blick auf die vereinbarten Maßnahmen  
535 und den unmittelbar steuerbaren Teil der Zuwanderung die Spanne von jährlich  
536 180 000 bis 220 000 nicht übersteigen werden.
- 537 • **Wir ordnen die Zuwanderung:** Klare Regeln für Familiennachzug und Härtefall-  
538 regelung. Fluchtursachenbekämpfung in Entwicklungszusammenarbeit. Erweite-  
539 rung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten. Wirksamer Schutz der Binnengren-

540 zen und Ausbau der europäischen Grenz- und Küstenwache (Frontex) zu einer  
541 echten europäischen Grenzschutzpolizei.

542 • **Wir sorgen für schnelle, umfassende und rechtssichere Verfahren:** Schaf-  
543 fung von Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen für die Be-  
544 beschleunigung von Asylverfahren. Unabhängige und flächendeckende Asylverfah-  
545 rensberatung. Verbesserung von freiwilliger Rückkehr und konsequenter Ab-  
546 schiebung von vollziehbar Ausreisepflichtigen. Unterscheidung bei Ausreisepflich-  
547 tigen nach unverschuldetem oder zurechenbarem Ausreisehindernis, z. B. bei  
548 Bezug von Leistungen.

549 • **Wir regeln die Zuwanderung von Fachkräften:** Fachkräfteeinwanderungsge-  
550 setz, das den steigenden Bedarf an Fachkräften durch Erwerbsmigration neu und  
551 transparent regelt. Orientierung an volkswirtschaftlichen Erfordernissen als auch  
552 an Qualifikation, Alter, Sprache, Nachweis eines konkreten Arbeitsplatzes und Si-  
553 cherung des Lebensunterhalts.

554 • **Wir setzen auf gelingende Integration:** Bundesweite Strategie nach Grundsatz  
555 „Fordern und Fördern“. Fortsetzung der Programme zur Entlastung von Ländern  
556 und Kommunen. Verbesserung von Qualität und Effizienz Integrations- und  
557 Sprachkurse. Für langjährig Geduldete Verbesserungen bei der Ausbildung und  
558 Arbeitsmarktintegration.

559

## 560 **Lebenswerte Städte, attraktive Regionen und bezahlbares Wohnen (Kapitel IX)**

561 • **Wir stärken die Regionen:** Gemeinsame Kommission „Gleichwertige Lebens-  
562 verhältnisse“ aus Bund, Ländern und Kommunen. Neues gesamtdeutsches För-  
563 dersystem für strukturschwache Regionen. Überjährige Bündelung von Regional-  
564 fördermitteln für die Finanzierung von Regionalprojekten vor Ort. Fortführung der  
565 Entlastungen der Kommunen, u. a. bei Städtebau und Zuwanderung und Integra-  
566 tion.

567 • **Wir starten eine Wohnraumoffensive:** 1,5 Millionen neue Wohnungen und Ei-  
568 genheime. Prüfauftrag für Freibeträge für Familien beim Ersterwerb von Wohnei-  
569 gentum ohne Rückwirkung beim Länderfinanzausgleich. 2 Milliarden Euro für den  
570 sozialen Wohnungsbau. Förderung der energetischen Gebäudesanierung. Im be-  
571 zahlbaren Mietsegment steuerliche Anreize für freifinanzierten Wohnungsneubau.

572 • **Wir unterstützen Familien beim Erwerb von Wohneigentum:** Baukindergeld in  
573 Höhe von 1200 Euro je Kind pro Jahr.

574 • **Wir sorgen für bezahlbare Mieten:** Dämpfung Mietanstieg, u. a. durch Verlänge-  
575 rung Bindungszeitraum des qualifizierten Mietspiegels. Absenkung Modernisie-  
576 rungsumlage auf 8 Prozent. Anpassung Wohngeld an individuelle Lebensbedin-  
577 gungen. Kappungsgrenze für Erhöhung von Mieten bei Modernisierungsmaß-  
578 nahmen.

579 • **Wir stärken bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt:** Entbürokratisie-  
580 rung Ehrenamt. Gründung Ehrenamtsstiftung. Ausbau Mehrgenerationenhäuser.  
581 Stärkung Bundes- und Jugendfreiwilligendienst.

582 • **Wir stellen die Grundsteuer auf eine feste Basis:** Sicherung als wichtige Ein-  
583 nahmequelle der Kommunen.

584

## 585 **Ein handlungsfähiger und starker Staat für eine freie Gesellschaft (Kapitel X)**

586 • **Wir stärken die Sicherheit in Deutschland:** Pakt für den Rechtsstaat mit 15 000  
587 neuen Stellen für die Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern und 2000 neuen  
588 Stellen in der Justiz. Stärkere Bekämpfung von Alltagskriminalität. Bessere Aus-  
589 stattung für die Polizei, konsequente Digitalisierung, Ausweitung DNA-Analyse.  
590 Effektive und moderne Verfahren in allen Bereichen. Bessere und schnellere



591 Rechtsdurchsetzung. Gleichwertige Befugnisse im Internet wie außerhalb. Aus-  
592 bau der Cyberabwehr. Verbesserte Zusammenarbeit der Behörden bei der Be-  
593 kämpfung von Terrorismus etwa durch mehr Sicherheitskooperation in Europa.  
594 Musterpolizeigesetz für bundesweit einheitliche hohe Standards. Ausbau der Pro-  
595 gramme gegen jede Form von Extremismus.

- 596 • **Wir verbessern die Rechte von Opfern von Kriminalität und Terror:** Neurege-  
597 lung der Opferentschädigung. Besserer Schutz von Kindern im Internet. Einrich-  
598 tung einer/s ständigen Opferbeauftragte/n – auch für die Angehörigen.
- 599 • **Wir bekämpfen konsequent Wirtschaftskriminalität, Einbruchdiebstahl und**  
600 **organisierte Kriminalität:** Neues Sanktionsrecht für Unternehmen. Höhere  
601 Geldsanktionen. Aufstockung des KfW-Programms „Prävention zur Einbruchsi-  
602 cherung“.
- 603 • **Wir stärken die Rechte von Verbrauchern:** Einführung Musterfeststellungskla-  
604 ge. Einrichtung bundesweites Verbraucherinformationsportal. Mehr Transparenz  
605 bei digitalen Produkten und Dienstleistungen.

606

### 607 **Verantwortungsvoller Umgang mit unseren Ressourcen (Kapitel XI)**

- 608 • **Wir bleiben Vorreiter beim Klimaschutz:** Bekenntnis zu den nationalen, europä-  
609 ischen und internationalen Klimazielen 2020, 2030 und 2050. Handlungslücke  
610 beim Klimaschutz bis 2020 verkleinern. Gesetz zur Einhaltung der Klimaziele  
611 2030.
- 612 • **Wir gestalten den Wandel gemeinsam mit betroffenen Regionen:** Einrichtung  
613 einer Kommission für Aktionsprogramm zur Erreichung des 40-Prozent-Ziels, zur  
614 Reduzierung der Kohleverstromung und zur Absicherung des notwendigen Struk-  
615 turwandels.
- 616 • **Wir bewahren unsere Umwelt für kommende Generationen:** Schutz der biolo-  
617 gischen Vielfalt voranbringen. Wirksames Engagement gegen Insektensterben.  
618 Initiativen für saubere Luft und den Schutz von Wasser, Böden und Weltmeeren  
619 u. a. vor Vermüllung.
- 620 • **Wir halten am Ausstieg aus der Kernenergie fest:** Keine EU-Förderung für  
621 neue Atomkraftwerke. Beendigung aller Beteiligungen staatlicher Fonds an AKWs  
622 im Ausland.

623

### 624 **Deutschlands Verantwortung für Frieden, Freiheit und Sicherheit in der Welt** 625 **(Kapitel XII)**

- 626 • **Wir bleiben dem Frieden verpflichtet:** Gerechte Gestaltung der Globalisierung.  
627 Nachhaltige Entwicklungspolitik. Mehr internationale Zusammenarbeit und Be-  
628 kenntnis zur Abrüstung. Weitere Einschränkung von Rüstungsexporten.
- 629 • **Wir stehen zu unseren Bündnisverpflichtungen und Allianzen:** Bekenntnis zu  
630 internationalen Bündnissen NATO, UN und OSZE sowie zu transatlantischer  
631 Partnerschaft. Mehr Mittel für Entwicklungszusammenarbeit, zivile Krisenpräven-  
632 tion, humanitäre Hilfe, Verteidigung und Bundeswehr – zusätzlich finanzielle Mittel  
633 für diese Bereiche sollen im Verhältnis 1:1 prioritär erhöht werden.
- 634 • **Wir stärken unsere Bundeswehr und die europäische Verteidigungsstruktur:**  
635 Mehr Personal, beste Ausbildung und moderne Ausstattung bei der Bundeswehr  
636 durch einen höheren Verteidigungsetat. Ausbau der europäischen Verteidigungs-  
637 union mit PESCO, europäischem Verteidigungsfonds und weiteren Schritten auf  
638 dem Weg zur „Armee der Europäer“.
- 639 • **Wir setzen bei der EU-Erweiterung auf Gründlichkeit vor Schnelligkeit:** Klare  
640 Erwartung der Kriterieneinhaltung vor EU-Beitritt der Westbalkanstaaten. Im EU-  
641 Beitrittsprozess der Türkei keine Kapitel schließen und keine neuen öffnen. Keine

- 642 Visaliberalisierung für die Türkei, bis Voraussetzungen erfüllt sind.
- 643 • **Wir schaffen Zukunftsperspektiven vor Ort und bekämpfen Fluchtursachen:**
- 644 Mehr Mittel für Entwicklungszusammenarbeit. Marshallplan mit Afrika umsetzen,
- 645 um mehr Chancen und Arbeitsplätze zu schaffen. Fairen Handel fördern. Investi-
- 646 tionen in Fluchtursachenbekämpfung und Umsetzung von Rückkehrerprogram-
- 647 men. Ausbau „Cash for Work“-Programm, das in Heimatländern gute Einkommen
- 648 ermöglicht.
- 649 • **Wir setzen uns ein für Menschenrechte und Religionsfreiheit in der Welt:**
- 650 Konsequente Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Wirtschaft und Menschen-
- 651 rechte. Einsetzung Beauftragter der Bundesregierung für weltweite Religionsfrei-
- 652 heit.
- 653 • **Wir wollen fairen Welthandel:** Deutschland als Vorreiter für eine faire EU-
- 654 Handelspolitik: Eintreten für verbindliche soziale, menschenrechtliche und ökolo-
- 655 gische Standards in EU-Handels-, -Investitions- und -
- 656 Wirtschaftspartnerschaftsabkommen. Globale Nachhaltigkeitsstrategie Agenda
- 657 2030 als Richtschnur deutscher Politik.
- 658

### **Zusammenhalt und Erneuerung – Demokratie beleben (Kapitel XIII)**

- 660 • **Wir machen Kulturpolitik für das ganze Land:** „Agenda für Kultur und Zukunft“
- 661 mit Ländern, Kommunen und Zivilgesellschaft. Neues Programm „Kultur in den
- 662 Regionen“ für zeitgenössische Kunst und Kultur.
- 663 • **Wir wollen starke Kulturregionen und bessere Zugänge zu Kunst und Kul-**
- 664 **tur:** Mehr Unterstützung für Bibliotheken und Stadtteilkulturzentren. Regelmäßiger
- 665 freier Eintritt in bundesgeförderte Kultureinrichtungen.
- 666 • **Wir wollen das Gedenken wachhalten:** Kampf gegen Antisemitismus. Pro-
- 667 gramm „Jugend erinnert“ – Besuche von Gedenkorten und Workshops. Mehr Un-
- 668 terstützung auch für kleine zivilgesellschaftliche Initiativen.
- 669 • **Wir bekennen uns zur Medien- und Pressefreiheit:** Stärkung von Berufsge-
- 670 heimnis und Auskunftsrechten. Stärkung der Deutschen Welle.
- 671 • **Wir stärken den Kreativ-, Film- und Medienstandort:** Verstetigung Filmförde-
- 672 rung mit umfassender Förderung audiovisueller Inhalte. Neues „Zukunftspro-
- 673 gramm Kino“. Einführung von Games-Förderung auf international wettbewerbsfä-
- 674 higem Niveau. Verbesserung der sozialen Absicherung von Kreativen.
- 675

### **Arbeitsweise der Regierung und Fraktionen (Kapitel XIV)**

- 676 • **Wir stärken den Bundestag als zentralen Ort der politischen und gesell-**
- 677 **schaftlichen Debatte:** Regierungsbefragung reformieren, regelmäßige Befra-
- 678 gung der Bundeskanzlerin, Orientierungsdebatten zu den großen innen- und au-
- 679 ßenpolitischen Themen im Plenum.
- 680 • **Wir überprüfen die Einhaltung des Koalitionsvertrages:** Zur Mitte der Wahlpe-
- 681 riode Bestandsaufnahme des Koalitionsvertrages und Entscheidung, welche neu-
- 682 en Vorhaben vereinbart werden müssen.
- 683

### 684 **III. Familien und Kinder im Mittelpunkt**

685

#### 686 **1. Familien**

687 Familien halten unsere Gesellschaft zusammen. Sie zu stärken und zu entlasten ist  
688 unser Ziel. Wir schreiben Familien kein bestimmtes Familienmodell vor. Wir respek-  
689 tieren die unterschiedlichen Formen des Zusammenlebens. Wir werden alle Familien  
690 finanziell entlasten, die Kinderbetreuung verbessern und mehr Zeit für Familie er-  
691 möglichen. Dabei wollen wir mehr Transparenz über familienpolitische Leistungen,  
692 leichtere Antragstellung und schnellere Bearbeitung von Anträgen auch durch digita-  
693 le Angebote und Verfahren. Mehr Leistungen für Familien als bisher sollen noch in  
694 dieser Legislaturperiode online beantragt werden können.

695

696 Das Kindergeld als bewährte und wirksame familienpolitische Leistung werden wir in  
697 dieser Legislaturperiode pro Kind um 25 Euro pro Monat erhöhen – in zwei Teilschrit-  
698 ten (zum 1. Juli 2019 um zehn Euro, zum 1. Januar 2021 um weitere 15 Euro).  
699 Gleichzeitig steigt der steuerliche Kinderfreibetrag entsprechend.

700

701 Wir werden ein Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der Kinderarmut schnüren: Dazu  
702 wollen wir zur Entlastung einkommensschwacher Familien, insbesondere auch Al-  
703 leinerziehender und kinderreicher Familien, den Kinderzuschlag erhöhen. Gemein-  
704 sam mit dem Kindergeld soll der Mindestbedarf des sächlichen Existenzminimums  
705 (derzeit 399 Euro) gedeckt werden. Wir werden die harte Abbruchkante abschaffen  
706 und sorgen so dafür, dass die Leistung bei steigendem Einkommen langsam aus-  
707 läuft, so dass vom Einkommen mehr übrig bleibt. Damit wollen wir die Leistungsbe-  
708 reitschaft fördern und Anreize zur Aufnahme und Steigerung von Erwerbsarbeit der  
709 Eltern setzen. Dabei müssen wir prüfen, wie Kinderzuschlag, Wohngeld, Kinderun-  
710 terhalt und/oder Unterhaltsvorschuss besser aufeinander abgestimmt werden kön-  
711 nen. Die Beantragung dieser Leistung für Familien wollen wir entbürokratisieren und  
712 die Antragstellung dort, wo es möglich ist, mit Anträgen auf weitere Leistungen zu-  
713 sammenführen. Wir wollen erreichen, dass Berechtigte die Leistung tatsächlich erhal-  
714 ten. Für Vermögen und Einkommen des Kindes aus Erwerbstätigkeit oder Ausbil-  
715 dungsvergütung werden wir einen Freibetrag schaffen.

716

717 Wir wollen, dass Kinder unabhängig vom Elternhaus die gleichen Chancen auf ge-  
718 sellschaftliche Teilhabe erhalten und ihre Fähigkeiten entwickeln können.

719

720 Auch die Leistungen für Bildung und Teilhabe werden wir verbessern, Hemmnisse  
721 der Inanspruchnahme beseitigen, die Wirkung prüfen und gezielt erhöhen. Leistun-  
722 gen sollen künftig möglichst pauschal abgerechnet werden. Dort wo es möglich ist,  
723 wollen wir Einzelanträge reduzieren und z. B. Schulen ermöglichen, gesammelte An-  
724 träge für die berechtigten Kinder diskriminierungsfrei zu stellen. Unter anderem soll  
725 hierzu das Schulstarterpaket aufgestockt werden. Die Eigenanteile zur gemeinschaft-  
726 lichen Mittagsverpflegung in Kitas und Schulen und für Schülerbeförderung entfallen.  
727 Im Rahmen des bestehenden Teilhabepaketes soll allgemeine Lernförderung auch  
728 dann möglich sein, wenn die Versetzung nicht unmittelbar gefährdet ist.

729

730 Gerade für Kinder und Familien in belastenden Lebenssituationen kommen Erholung  
731 und Entspannung häufig zu kurz. Für sie wollen wir die Familienerholung am Bedarf  
732 orientiert weiterentwickeln. Einrichtungen des Müttergenesungswerks sollen sich für  
733 Väter und pflegende Angehörige weiter öffnen können.

734

735 Wir wollen die bestmögliche Betreuung für unsere Kinder und die bessere Vereinbar-  
736 keit von Familie und Beruf. Dazu unterstützen wir Länder und Kommunen weiterhin  
737 beim Ausbau des Angebots und bei der Steigerung der Qualität von Kinderbetreu-  
738 ungseinrichtungen und dem Angebot an Kindertagespflege sowie zusätzlich bei der  
739 Entlastung von Eltern bei den Gebühren bis hin zur Gebührenfreiheit. Dafür werden  
740 wir jährlich laufende Mittel zur Verfügung stellen (2019 0,5 Milliarden, 2020 eine Milli-  
741 arde, 2021 zwei Milliarden Euro). Hierbei wollen wir sowohl die Vielfalt der Betreu-  
742 ungsangebote beibehalten als auch die Länderkompetenzen wahren. Die Beschlüs-  
743 se der Jugend- und Familienministerkonferenz der Länder (JFMK) werden wir hierzu  
744 entsprechend umsetzen. Die von uns vereinbarten Ziele im Bereich der Kindertages-  
745 betreuung und der Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern sind nur umsetzbar,  
746 wenn die erforderlichen Fachkräfte zur Verfügung stehen. Deshalb sollen aus den  
747 Mitteln, die den Ländern zur Verfügung stehen, auch weitere Formen der berufsbe-  
748 gleitenden oder praxisintegrierten Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern ge-  
749 fördert werden können. Wir werden uns dafür stark machen, dass u. a. die Bundes-  
750 programme Sprachkitas, KitaPlus, Betriebliche Kinderbetreuung und Kindertages-  
751 pflege fortgeführt und weiterentwickelt werden.

752  
753 Wir werden einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter schaf-  
754 fen. Dabei werden wir auf Flexibilität achten, bedarfsgerecht vorgehen und die Viel-  
755 falt der in den Ländern und Kommunen bestehenden Betreuungsmöglichkeiten der  
756 Kinder- und Jugendhilfe und die schulischen Angebote berücksichtigen. Für die Aus-  
757 gestaltung wollen wir das Sozialgesetzbuch VIII nutzen. Um diesen Rechtsanspruch  
758 bis 2025 zu verwirklichen, bedarf es konkreter rechtlicher, finanzieller und zeitlicher  
759 Umsetzungsschritte, die wir in einer Vereinbarung von Bund und Ländern unter Ein-  
760 beziehung der kommunalen Spitzenverbände festlegen werden. Dabei wird der Bund  
761 sicherstellen, dass insbesondere der laufenden Kostenbelastung der Kommunen  
762 Rechnung getragen wird.

763  
764 Der Ausbau dient auch der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Verein-  
765 barkeit wollen wir zudem mit dem Unternehmensprogramm „Erfolgsfaktor Familie“  
766 vorantreiben, mit dem wir uns gemeinsam mit unseren Partnern aus Wirtschaft und  
767 Gewerkschaften für eine familienfreundliche Arbeitswelt einsetzen.

768  
769 Die Digitalisierung hilft Eltern, Familie und Beruf in Einklang zu bringen. Diese Chan-  
770 ce für mobiles Arbeiten wollen wir nutzen.

771  
772 Die Zusammenarbeit von Verantwortlichen aus Kommunen, Wirtschaft und Verbän-  
773 den in lokalen Bündnissen für Familie wollen wir weiterführen.

774  
775 Wir wollen, dass Eltern und Kinder in einer Trennungsphase gut beraten und beglei-  
776 tet werden. Das Wohl der Kinder muss dabei im Zentrum stehen.

777  
778 Wir wollen ungewollt kinderlose Paare besser unterstützen und dazu die Maßnah-  
779 men der Bundesinitiative „Hilfe und Unterstützung bei ungewollter Kinderlosigkeit“  
780 unter Beibehaltung der bestehenden Förderkriterien fortführen. Wir wollen die Zu-  
781 schüsse für Paare aus der Bundesinitiative in ganz Deutschland unabhängig davon  
782 gewähren, ob das jeweilige Bundesland sich an dem Programm beteiligt.

783

784 Wir wollen ein modernes Adoptionswesen in Deutschland. Unser Ziel ist es, die  
785 Strukturen der Beratung und Vermittlung im Adoptionsvermittlungsverfahren zu ver-  
786 bessern.

787  
788 Für die Integration von Familien mit Migrationshintergrund sind Mütter entscheidend.  
789 Deshalb müssen wir einen Fokus auf ihre Integration in Gesellschaft und Erwerbstätig-  
790 keit legen. Wir wollen daher das erfolgreiche Programm „Stark im Beruf“ fortset-  
791 zen.

792  
793 Wir respektieren geschlechtliche Vielfalt. Alle Menschen sollen unabhängig von ihrer  
794 sexuellen Identität frei und sicher leben können – mit gleichen Rechten und Pflichten.  
795 Homosexuellen- und Transfeindlichkeit verurteilen wir und wirken jeder Diskriminie-  
796 rung entgegen. Wir werden die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts hierzu  
797 umsetzen. Wir werden gesetzlich klarstellen, dass geschlechtsangleichende medizi-  
798 nische Eingriffe an Kindern nur in unaufschiebbaren Fällen und zur Abwendung von  
799 Lebensgefahr zulässig sind.

800

## 801 **2. Kinder stärken – Kinderrechte ins Grundgesetz**

802 Wir werden Kinderrechte im Grundgesetz ausdrücklich verankern. Kinder sind  
803 Grundrechtsträger, ihre Rechte haben für uns Verfassungsrang. Wir werden ein Kin-  
804 dergrundrecht schaffen. Über die genaue Ausgestaltung sollen Bund und Länder in  
805 einer neuen gemeinsamen Arbeitsgruppe beraten und bis spätestens Ende 2019 ei-  
806 nen Vorschlag vorlegen.

807  
808 Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages werden wir in ihrer Arbeit stär-  
809 ken.

810

## 811 **Kinder und Jugendliche schützen und Familien unterstützen**

812 Wir werden die Kinder- und Jugendhilfe weiterentwickeln, den Kinderschutz verbes-  
813 sern und die Familien unterstützen. Das bestehende Kinder- und Jugendhilfegesetz  
814 hat sich in seiner Grundausrichtung bewährt und hohe Akzeptanz erfahren. Gesell-  
815 schaftliche Veränderungen und fachpolitische Erkenntnisse bringen es aber mit sich,  
816 dass es weiterentwickelt werden muss.

817

818 Wir wollen das Kinder- und Jugendhilferecht auf Basis des in der letzten Legislatur-  
819 periode beschlossenen Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes weiterentwickeln. Ziel  
820 muss ein wirksames Hilfesystem sein, das die Familie stärkt und Kinder vor Gefähr-  
821 dungen schützt. Das Kindeswohl ist dabei Richtschnur. Die Unterstützung und Stär-  
822 kung der elterlichen Erziehungsverantwortung bleibt Anspruch und Auftrag der Ju-  
823 gendhilfe. Die enge Kooperation aller relevanten Akteure muss einen stärkeren Stel-  
824 lenwert einnehmen. Dazu gehört auch, dass im Interesse von fremduntergebrachten  
825 Kindern die Elternarbeit und die Qualifizierung und Unterstützung von Pflegeeltern  
826 gestärkt und gefördert werden. Ausgehend von den unterschiedlichen Bedarfen der  
827 Kinder und Jugendlichen und ihrer Eltern sollen die präventiven sozialräumlichen  
828 Angebote gestärkt werden. Die Verantwortung bleibt bei den Kommunen und Län-  
829 dern.

830

831 Im Vorfeld einer Gesetzesinitiative werden wir einen breiten Dialog mit Akteuren aus  
832 Wissenschaft und Praxis der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Behindertenhilfe und  
833 den Ländern und Kommunen führen. Darüber hinaus sollen Erfahrungen von Betei-  
834 ligten und Betroffenen mit der Kinder- und Jugendhilfe sowie Familiengerichtsbarkeit

835 gesammelt und systematisch ausgewertet werden. Im Rahmen dieser unabhängigen  
836 wissenschaftlichen Begleitung sollen sich betroffene Eltern, Pflegeeltern, Kinder und  
837 andere vertraulich äußern können. Wir werden diese Auswertung mit Blick auf sys-  
838 temische und strukturelle Veränderungsbedarfe in das weitere Verfahren mit auf-  
839 nehmen.

840  
841 Wir wollen die Qualitätsentwicklung und -sicherung sowie die Forschung im Bereich  
842 der Kinder- und Jugendhilfe, des Familienrechts und des Gutachterwesens voran-  
843 bringen. Dazu wollen wir rechtlich verbindlich sicherstellen, dass auch Verfahrens-  
844 beistände über die erforderliche Qualifikation und Eignung verfügen und der begon-  
845 nene Qualitätssicherungsprozess bei Gutachten, insbesondere im familiengerichtli-  
846 chen Verfahren, in Zusammenarbeit mit den Berufsverbänden verbindlich ausgebaut  
847 wird. Von allen an familiengerichtlichen Verfahren beteiligten Berufsgruppen erwarten  
848 wir kontinuierliche Fortbildung in fachlicher und methodischer Hinsicht für ihre an-  
849 spruchsvolle Tätigkeit und interdisziplinäre Zusammenarbeit.

850  
851 Kinder sind keine kleinen Erwachsenen. Die Belange und Bedürfnisse von Kindern  
852 und Jugendlichen bedürfen der besonderen Berücksichtigung im Gesundheitssys-  
853 tem, in Medizin und Forschung.

854  
855 Wir wollen die Situation von Kindern psychisch kranker Eltern verbessern. Die  
856 Schnittstellenprobleme bei ihrer Unterstützung werden wir mit dem Ziel einer besse-  
857 ren Kooperation und Koordination der unterschiedlichen Hilfesysteme beseitigen.

858  
859 Gerade die Jüngsten bedürfen des besonderen Schutzes durch Staat und Gesell-  
860 schaft. Für junge Eltern in Problemlagen haben wir mit der Bundesstiftung „Frühe  
861 Hilfen“ ein Frühwarnsystem und Unterstützungsnetz etabliert. Dies wollen wir fortfüh-  
862 ren.

863  
864 Gewalt jeglicher Art (auch seelische Gewalt), sexuellen Missbrauch und sexualisierte  
865 Gewalt gegen Kinder und Jugendliche werden wir konsequent bekämpfen. Dazu wol-  
866 len wir die Forschung verbessern und die Verfahrensabläufe weiter optimieren.

867  
868 Neben den wichtigen präventiven Maßnahmen auf allen Ebenen ist es für einen wirk-  
869 samen Opferschutz unerlässlich, die konsequente Verfolgung pädokrimer Täter,  
870 die im Netz aktiv sind, zu intensivieren. Sexualisierte Gewalt gegen Kinder im Netz  
871 soll härtere Konsequenzen nach sich ziehen, Schutzlücken müssen geschlossen  
872 werden.

873  
874 In familiengerichtlichen Verfahren muss bei Hinweisen auf (sexualisierte) Gewalt zur  
875 Einschätzung der Gefährdungslage eine Stellungnahme von Fachleuten für Gewalt-  
876 schutz und – soweit relevant – der Rechtsmedizin eingeholt werden. Das Umgangs-  
877 recht darf dem Gewaltschutz nicht zuwiderlaufen.

878  
879 Wir wollen die Stelle des/der Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen  
880 Kindesmissbrauchs (UBSKM) einschließlich der wertvollen Arbeit des Betroffenen-  
881 rats verstetigen.

882  
883 Der Bund wird weiterhin seiner Verantwortung gegenüber den Betroffenen sexuellen  
884 Missbrauchs mit dem „Fonds Sexueller Missbrauch“ Rechnung tragen und darauf  
885 hinwirken, dass alle Länder ihren finanziellen Beitrag leisten.

886  
887  
888  
889  
890  
891  
892  
893  
894  
895  
896  
897  
898  
899  
900  
901  
902  
903  
904  
905  
906  
907  
908  
909  
910  
911  
912  
913  
914  
915  
916  
917  
918  
919  
920  
921  
922  
923  
924  
925  
926  
927  
928  
929  
930  
931  
932  
933  
934  
935

Wir werden weitere Maßnahmen gegen weibliche Genitalverstümmelung ergreifen.

### **Kinder- und Jugendmedienschutz**

Die digitalen Medien eröffnen für Kinder und Jugendliche viele Chancen. Gleichzeitig sind sie ständig und ortsunabhängig ansprechbar und dadurch massiven neuartigen Risiken ausgesetzt. Der Anstieg von Cybermobbing, Grooming und sexualisierter Gewalt, Suchtgefährdung und Anleitung zu Selbstgefährdung im Netz ist besorgniserregend. Zeitgemäßer Jugendmedienschutz muss den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor gefährdenden Inhalten sicherstellen, den Schutz ihrer Persönlichkeitsrechte und ihrer Daten gewährleisten und die Instrumente zur Stärkung der Medienkompetenz weiterentwickeln. Daher werden wir einen zukunftsfähigen und kohärenten Rechtsrahmen – unter Berücksichtigung der kompetenzrechtlichen Zuständigkeiten der Länder – für den Kinder- und Jugendmedienschutz im Jugendmedienschutzstaatsvertrag und Jugendschutzgesetz schaffen.

Wir dämmen Interaktionsrisiken ein (z. B. bei Chatfunktionen) und sorgen unter Wahrung der Kompetenzen der Länder für eine wirkungsvolle Durchsetzung des Kinder- und Jugendmedienschutzes auch gegenüber nicht in Deutschland ansässigen Angeboten.

### **Eigenständige Jugendpolitik**

Jugend ist eine eigenständige und prägende Lebensphase, in der es darum geht, selbstständig zu werden, sich zu qualifizieren und einen Platz in der Gesellschaft zu finden. Dafür wollen wir die eigenständige Jugendpolitik weiterführen und eine gemeinsame Jugendstrategie der Bundesregierung entwickeln.

Ziel soll sein, bei politischen Maßnahmen für jugendpolitische Belange zu sensibilisieren. Die Teilhabe von jungen Menschen wollen wir auf allen Ebenen stärken und weitere Beteiligungsformate unterstützen.

Wir wollen Jugendliche für Politik begeistern und die Akzeptanz unserer Demokratie stärken. Das gesellschaftliche und politische Engagement sowie die kulturelle Bildung junger Menschen sind für uns von großer Bedeutung. Hierzu wollen wir mehr Mittel zur Verfügung stellen.

Internationale Austausche vermitteln Sprachkenntnisse, fördern die interkulturelle Kompetenz und befähigen junge Menschen, sich in einer globalisierten Welt zu orientieren. Sich begegnen und einander zu verstehen sind wichtige Voraussetzungen für ein gutes Zusammenleben in Europa und weltweit. Deshalb wollen wir den internationalen Jugendaustausch weiter stärken, damit junge Menschen unabhängig von Herkunft und Bildung die Chance haben, an einem internationalen Jugendaustausch teilzunehmen. Wir wollen die internationale und europäische Jugendarbeit unterstützen und fortentwickeln und mit adäquaten Mitteln ausstatten.

### **3. Gleichberechtigung von Frauen und Männern**

Gleichstellung von Frauen und Männern ist eine Frage der Gerechtigkeit. Sie ist Voraussetzung und Motor für nachhaltige Entwicklung und die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft, national und international.

936 Für uns sind die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern, Förderung der  
937 Familienfreundlichkeit, die Werteordnung des Grundgesetzes und die von uns ratifi-  
938 zierten internationalen Vereinbarungen eine Verpflichtung, die sich durch die gesam-  
939 te Regierungsarbeit ziehen muss. Wir haben in der vergangenen Wahlperiode viel  
940 erreicht. Daran knüpfen wir an. Wir wollen noch vorhandene strukturelle Hemmnisse  
941 abbauen und werden dazu eine ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie entwi-  
942 ckeln und mit einem Aktionsplan umsetzen.

943  
944 Frauen sind in Führungspositionen noch immer unterrepräsentiert. Mit dem Gesetz  
945 für mehr Frauen in Führungspositionen haben wir in der vergangenen Legislaturperi-  
946 ode einen Meilenstein gesetzt. Diesen Weg werden wir weitergehen und bei der re-  
947 gelmäßigen Berichterstattung der Bundesregierung ein besonderes Augenmerk auf  
948 Unternehmen ohne Frauen in Führungspositionen legen, die sich eine Zielgröße  
949 „Null“ geben. Wir wollen die Wirksamkeit des Gesetzes verbessern, indem wir die  
950 Nichteinhaltung der Meldepflicht für Zielvorgaben für Vorstände und Führungsebe-  
951 nen und die Begründungspflicht bei der Angabe Zielvorgabe „Null“ sanktionieren ent-  
952 sprechend den Bestimmungen des § 335 Handelsgesetzbuch (HGB).

953  
954 Dem öffentlichen Dienst kommt für die Gleichstellung von Frauen und Männern eine  
955 Vorbildfunktion zu. Wir wollen daher die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und  
956 Männern in Leitungsfunktionen des öffentlichen Dienstes bis 2025 erreichen. Dazu  
957 werden wir dieses Ziel für den Geltungsbereich des Bundesgleichstellungsgesetzes  
958 festschreiben. Im Bundesgremienbesetzungsgesetz werden wir regeln, dass der  
959 Bund bereits für Gremien, für die er lediglich zwei Mitglieder zu bestimmen hat, die  
960 geltende Quotierungsregelung beachten soll.

961  
962 Gleichzeitig werden wir die Teilzeittätigkeit in Führungspositionen stärker als bisher  
963 ermöglichen. Bei der Feststellung von Kompetenzen im Rahmen dienstlicher Beurtei-  
964 lungen sind Erfahrungen und Fähigkeiten aus Erziehung und Pflege zu berücksichti-  
965 gen.

966  
967 Wir wollen prüfen, wie eine Erweiterung des Geltungsbereichs des Gesetzes für die  
968 gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der  
969 Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst auf Unternehmen mit wesentlicher Bun-  
970 desbeteiligung und Körperschaften des Öffentlichen Rechts auf Bundesebene umge-  
971 setzt werden kann.

972  
973 Strukturelle Ungleichgewichte von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, die zur Entgeltlücke  
974 wesentlich beitragen, wollen wir gezielt abbauen. Dazu wollen wir u. a. finanzielle  
975 Ausbildungshürden bei Sozial- und Pflegeberufen abbauen und streben Ausbil-  
976 dungsvergütungen an.

977  
978 Beschäftigte in Unternehmen ab 200 Beschäftigten können seit dem 6. Januar 2018  
979 erstmals einen individuellen Auskunftsanspruch geltend machen und Auskunft über  
980 die Entgeltstrukturen im Unternehmen verlangen. Für Betroffene wollen wir bei der  
981 Antidiskriminierungsstelle des Bundes gezielte Beratungs- und Unterstützungsange-  
982 bote schaffen sowie zertifizierte Prüfverfahren für Unternehmen anbieten.

983  
984 Im Juli 2019 ist eine erste Evaluation zur Wirksamkeit des Gesetzes durch die Bun-  
985 desregierung vorzulegen. Dabei werden wir ein besonderes Augenmerk auf die Erfül-  
986 lung der entsprechenden Berichtspflichten und Auskunftsansprüche legen. Auf



987 Grundlage der ersten Erfahrungen ist über weitere erforderliche Schritte zu entschei-  
988 den.

989  
990 Auch nach 100 Jahren Frauenwahlrecht gibt es noch keine gleichberechtigte politi-  
991 sche Teilhabe von Frauen. Aktuell ist der Anteil von Frauen im Deutschen Bundestag  
992 zurückgegangen. Wir wollen, dass Frauen und Männer auch in Parlamenten auf allen  
993 Ebenen gleichberechtigt beteiligt sind und deshalb verstärkt Frauen für die politische  
994 Beteiligung gewinnen. Um eine höhere Repräsentanz von Frauen in der Politik zu  
995 erreichen und mehr Frauen den Weg in die Politik zu ebnen, werden wir bewährte  
996 politische Programme – wie das Helene-Weber-Kolleg und den Helene-Weber-  
997 Preis – verstetigen. Wir wollen eine Bundesstiftung gründen, die sich wissenschaft-  
998 lich fundiert insbesondere Fragen der gerechten Partizipation von Frauen in Gesell-  
999 schaft, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft widmet.

1000  
1001 Sexismus begegnet uns täglich und überall – in Medien und Kultur, in der Werbung,  
1002 am Arbeitsplatz und in der Politik. Sexismus würdigt Menschen aufgrund ihres Ge-  
1003 schlechts herab. In einer offenen, modernen und gleichberechtigten Gesellschaft hat  
1004 Sexismus keinen Platz. Wir wollen Sexismus bekämpfen, Maßnahmen dagegen ent-  
1005 wickeln und erfolgreiche Projekte fortführen.

1006  
1007 Die gleichberechtigte Mitwirkung von Frauen bei der Prävention und Beilegung von  
1008 Konflikten wird eine wichtige Rolle spielen.

1009  
1010 Deutschland wird im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft und als Partner der  
1011 Triopräsidentschaft die Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU weiter  
1012 vorantreiben und sichtbar machen.

1013  
1014 Wir verbessern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf von erwerbstätigen Eltern,  
1015 Alleinerziehenden, älteren Menschen und pflegenden Angehörigen durch Zuschüsse  
1016 für die Inanspruchnahme von haushaltsnahen Dienstleistungen. Gleichzeitig fördern  
1017 wir damit legale, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, insbesondere von  
1018 Frauen.

1019  
1020 Wir wollen die Teilhabe von Frauen im ländlichen Raum befördern und sie wirtschaft-  
1021 lich stärken. Dabei wollen wir auch kleinere Familienbetriebe in den Blick nehmen.

1022  
1023 Im Deutschen Digitalen Frauenarchiv wird derzeit die Geschichte der deutschen  
1024 Frauenbewegung digitalisiert und verfügbar gemacht. Dies wollen wir verlässlich ab-  
1025 sichern.

1026  
1027 Zeitgemäße Gleichstellungspolitik nimmt auch Jungen und Männer in den Blick. Auch  
1028 sie müssen sich auf gesellschaftliche Entwicklungen und neue Anforderungen ein-  
1029 stellen. Dies wollen wir politisch unterstützen.

1030  
1031 **4. Bekämpfung von Gewalt gegenüber Frauen und ihren Kindern**  
1032 Wir werden die Verpflichtungen aus der Istanbul-Konvention umsetzen und dazu ein  
1033 Aktionsprogramm zur Prävention und Unterstützung von Gewalt betroffenen Frauen  
1034 und Kindern auflegen und die Hilfestrukturen verbessern. Um von Gewalt betroffenen  
1035 Frauen und Kindern den gesicherten Zugang zu Schutz und Beratung in Frauenhäu-  
1036 sern zu ermöglichen, werden wir einen Runden Tisch von Bund, Ländern und Kom-  
1037 munen einberufen. Ziel der Beratungen ist der bedarfsgerechte Ausbau und die adä-

1038 quate finanzielle Absicherung der Arbeit von Frauenhäusern und entsprechenden  
1039 ambulanten Hilfs- und Betreuungsmaßnahmen. Wir wollen in diesem Zusammen-  
1040 hang, ein Investitions-, Innovations- und Sanierungsprogramm auflegen, Weiterquali-  
1041 fizierungsmaßnahmen und Schulungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter-  
1042 stützen und spezifische psychosoziale Hilfen für traumatisierte Kinder und Frauen  
1043 sicherstellen.

1044  
1045 Um für die betroffenen Frauen den Zugang zu ermöglichen und ihnen bei der Tra-  
1046 gung der Unterbringungskosten zu helfen, werden wir prüfen, ob und inwieweit ana-  
1047 log zum Unterhaltsvorschussgesetz eine vorläufige Übernahme der Kosten bei  
1048 gleichzeitigem Übergang der Unterhaltsforderung auf den Kostenträger verankert  
1049 werden kann.

1050  
1051 Wir wollen das bundesweite Hilfetelefon für von Gewalt betroffenen Frauen aus-  
1052 bauen, besser bewerben und die Online-Beratungsangebote erweitern. Die anony-  
1053 misierte Beweissicherung bei Gewalt- und Missbrauchsfällen werden wir in ganz  
1054 Deutschland ermöglichen.

1055  
1056 Wir werden prüfen, welche weiteren Maßnahmen im Bereich Gewaltschutz von  
1057 Frauen erforderlich sind.

1058  
1059 Wir wollen eine bundesweite Öffentlichkeitskampagne zur Ächtung von Gewalt ge-  
1060 gen Frauen sowie zur Sensibilisierung und Information der breiten Öffentlichkeit zu  
1061 Hilfe, Unterstützung und Handlungsmöglichkeiten dagegen durchführen.

1062  
1063 Darüber hinaus wollen wir Sensibilisierungsmaßnahmen für Unternehmen und öffent-  
1064 liche Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber entwickeln und mit den beteiligten Akteuren  
1065 eine gemeinsame Strategie gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz erarbeiten.

1066  
1067 Gegen Menschenhandel muss entschieden vorgegangen werden, deshalb wollen wir  
1068 die Strukturen zur Bekämpfung des Menschenhandels und zur Unterstützung der  
1069 Opfer stärken.

1070

## 1071 **5. Seniorinnen und Senioren**

1072 Noch nie sind Menschen so gesund wie heute alt geworden. Nach dem Erwerbsle-  
1073 ben liegt meist ein langer Lebensabschnitt mit guter Lebensqualität vor ihnen. Sie  
1074 unterstützen ihre Kinder und Enkelkinder. Sie engagieren sich in Vereinen, Verbän-  
1075 den und Nachbarschaften.

1076  
1077 Auf die Beiträge und Potentiale, die ältere Menschen für unsere Gesellschaft leisten,  
1078 können, dürfen und wollen wir nicht verzichten. Ihre Lebenserfahrung und ihr Rat  
1079 sind wichtig. Sie sollen möglichst lange gesund und aktiv bleiben, am gesellschaftli-  
1080 chen und kulturellen Leben teilhaben und selbstbestimmt in Würde alt werden kön-  
1081 nen. Dabei helfen wir auch denjenigen, die unsere besondere Unterstützung brau-  
1082 chen. Wir wirken Altersdiskriminierung entschieden entgegen.

1083  
1084 Wir wollen die Kommunen bei der Bewältigung des demografischen Wandels nach-  
1085 haltig unterstützen und die Menschen in den Mittelpunkt stellen. Die Rahmenbedin-  
1086 gungen vor Ort wie auch auf Bundesebene wollen wir weiter verbessern und Verein-  
1087 samung entgegenwirken.

1088

1089 Das bedeutet vor allem eine gute Infrastruktur in unseren Kommunen und den Auf-  
1090 bau eines seniorenrechtlichen Wohnumfelds und einer entsprechenden Nachbar-  
1091 schaft. Wir setzen auf einen weiteren Ausbau unterschiedlicher und ortsnaher Bera-  
1092 tungs-, Bildungs- und Unterstützungsangebote sowie unterschiedlicher Wohnformen,  
1093 um den vielfältigen Bedürfnissen und Wünschen älterer Menschen gerecht zu wer-  
1094 den und die Selbstbestimmung im Alter zu ermöglichen. Dazu wollen wir das bewähr-  
1095 te Programm „Demografiewerkstatt Kommune“ ausbauen. Wir wollen Hürden beim  
1096 Ausbau alternativer Unterstützungs- und Wohnformen – wie z. B. bei der steuerrecht-  
1097 lichen Bewertung von „Wohnen für Hilfe“ – beseitigen und Senioren-genossenschaf-  
1098 ten stärken.

1099  
1100 Die Mehrgenerationenhäuser stellen bundesweit, besonders für den ländlichen  
1101 Raum, eine unverzichtbare soziale Infrastruktur dar und leisten damit einen wichtigen  
1102 Beitrag zum generationenübergreifenden Dialog und zur Herstellung gleichwertiger  
1103 Lebensverhältnisse. Wir wollen sie absichern und weiter ausbauen, insbesondere im  
1104 ländlichen Raum.

1105  
1106 Wir lassen ältere Menschen bei der Digitalisierung nicht allein. Der Zugang zu digita-  
1107 len Medien, die Nutzung der Potenziale der Digitalisierung und lebensbegleitendes  
1108 Lernen sind für ältere Menschen eine wichtige Voraussetzung dafür, möglichst lange  
1109 aktiv zu bleiben. Deshalb ist eine Weiterbildung auch im Rahmen der Digitalisierung  
1110 für die Älteren unverzichtbar.

1111  
1112 Wir wollen den Bundesaltenplan zusammen mit den Seniorenorganisationen weiter-  
1113 entwickeln und ausbauen.

1114  
1115 Menschen mit psychischen Erkrankungen oder Demenz und ihre Angehörigen benö-  
1116 tigen neben guter medizinischer Versorgung vor allem soziale Anbindung. Wir wer-  
1117 den die Agenda „Gemeinsam für Menschen mit Demenz“ zusammen mit den Bun-  
1118 desländern, allen relevanten Akteuren und unter Einbezug von Menschen mit De-  
1119 menz weiterentwickeln.

#### 1120 **IV. Offensive für Bildung, Forschung und Digitalisierung**

1121  
1122 Bildung, Wissenschaft und Forschung sind die Schlüsselthemen für Deutschlands  
1123 Zukunft. Es gilt, technologische, wissenschaftliche und soziale Innovationen zu för-  
1124 dern, gerechte Bildungschancen für alle zu gewährleisten und ein hohes Qualifikati-  
1125 onsniveau zu sichern. Die Freiheit der Wissenschaft ist für uns konstitutiv. Für das  
1126 Chancenland Deutschland wollen wir zusätzliche Mittel mobilisieren. Dabei sind fol-  
1127 gende Projekte wichtig:

##### 1128 **1. Allgemeine Bildung und Schulen**

1129 Wir wollen die Bildungschancen in Deutschland im gemeinsamen Schulterschluss  
1130 von Bund und Ländern verbessern. Dafür wollen wir nach dem Vorbild des Wissen-  
1131 schaftsrates einen Nationalen Bildungsrat einrichten. Der Nationale Bildungsrat soll  
1132 auf Grundlage der empirischen Bildungs- und Wissenschaftsforschung Vorschläge  
1133 für mehr Transparenz, Qualität und Vergleichbarkeit im Bildungswesen vorlegen und  
1134 dazu beitragen, sich über die zukünftigen Ziele und Entwicklungen im Bildungswesen  
1135 zu verständigen und die Zusammenarbeit der beteiligten politischen Ebenen bei der  
1136 Gestaltung der Bildungsangebote über die ganze Bildungsbiographie hinweg zu för-  
1137 dern. Über Mandatierung, Zusammensetzung, institutionelle Anbindung und Ausstat-  
1138 tung des Nationalen Bildungsrates entscheiden Bund und Länder gemeinsam.

1140  
1141 Zur Verbesserung der Bildung werden wir eine Investitionsoffensive für Schulen auf  
1142 den Weg bringen. Diese umfasst zusätzlich zum laufenden Schulsanierungspro-  
1143 gramm die Unterstützung der Länder bei ihren Investitionen in die Bildungsinfrastruk-  
1144 tur, insbesondere Ganztagsschul- und Betreuungsangebote, Digitalisierung und be-  
1145 rufliche Schulen. Dazu werden wir die erforderliche Rechtsgrundlage in Art. 104c  
1146 Grundgesetz (GG) durch die Streichung des Begriffs „finanzschwache“ in Bezug auf  
1147 die Kommunen anpassen. Die Kultushoheit bleibt Kompetenz der Länder.

1148  
1149 Wir werden ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote für alle Schülerinnen und  
1150 Schüler im Grundschulalter ermöglichen. Wir werden deshalb einen Rechtsanspruch  
1151 auf Ganztagsbetreuung für alle Kinder im Grundschulalter schaffen. Dafür werden wir  
1152 gemeinsam mit den Ländern die Angebote so ausbauen, dass der Rechtsanspruch  
1153 im Jahre 2025 erfüllt werden kann. Der Bund stellt für Investitionen in Ganztagsschul-  
1154 und Betreuungsangebote zwei Milliarden Euro zur Verfügung. Bei der Umsetzung  
1155 des Rechtsanspruchs werden wir auf Flexibilität achten, bedarfsgerecht vorgehen  
1156 und die Vielfalt der in den Ländern und Kommunen bestehenden Betreuungsmög-  
1157 lichkeiten der Kinder- und Jugendhilfe und die schulischen Angebote berücksichtigen  
1158 und darauf aufbauen. Für die Ausgestaltung wollen wir das Sozialgesetzbuch (SGB)  
1159 VIII nutzen. Um diesen Rechtsanspruch bis 2025 zu verwirklichen, bedarf es konkre-  
1160 ter rechtlicher, finanzieller und zeitlicher Umsetzungsschritte, die wir in einer Verein-  
1161 barung von Bund und Ländern unter Einbeziehung der kommunalen Spitzenverbän-  
1162 de festlegen werden. Dabei wird der Bund sicherstellen, dass insbesondere der lau-  
1163 fenden Kostenbelastung der Kommunen Rechnung getragen wird.

1164  
1165 Wir wollen Schülerinnen und Schüler besser auf das Leben und Arbeiten in der digi-  
1166 talen Welt vorbereiten und zugleich das Lernen in der Schule verbessern und mo-  
1167 dernisieren. Deshalb werden wir unsere Schulen im Rahmen des gemeinsamen Digi-  
1168 talpaktes Schule von Bund und Ländern so ausstatten, dass die Schülerinnen und  
1169 Schüler in allen Fächern und Lernbereichen eine digitale Lernumgebung nutzen kön-  
1170 nen, um die notwendigen Kompetenzen in der digitalen Welt zu erwerben. Bund,

1171 Länder und Schulträger werden gemeinsam die erforderliche IT-Infrastruktur und die  
1172 für digitales Lernen erforderlichen Technologien aufbauen. Ausgangspunkte für die  
1173 Gestaltung des Digitalpakts Schule sind die digitalen Bildungsstrategien von Bund  
1174 und Ländern sowie der bereits vorliegende Eckpunkteentwurf einer Bund-Länder-  
1175 Vereinbarung. In diesem Zusammenhang wollen wir auch eine gemeinsame Cloud-  
1176 Lösung für Schulen schaffen. Der Bund stellt für diese Aufgaben fünf Milliarden Euro  
1177 in fünf Jahren zur Verfügung, davon 3,5 Milliarden Euro in dieser Legislaturperiode,  
1178 die die Länder- und Kommunalinvestitionen ergänzen, nicht ersetzen.

1179  
1180 Die Vergabe der Bundesmittel wird an einvernehmlich mit den Ländern vereinbarte  
1181 Bedingungen gebunden, insbesondere werden die Länder die erforderliche Qualifika-  
1182 tion der Lehrkräfte sicherstellen, die Bildungs- und Lehrpläne aller Bildungsgänge im  
1183 Sinne des Kompetenzrahmens der Kultusministerkonferenz (einschließlich Medien-  
1184 kompetenz) überprüfen und weiterentwickeln sowie dafür Sorge tragen, dass Betrieb,  
1185 Wartung und Interoperabilität der Infrastrukturen durch die Antragsteller sichergestellt  
1186 werden. Über den Fortschritt der Investitionsoffensive und die Zielerreichung werden  
1187 Bund und Länder regelmäßig berichten.

1188  
1189 Nach dem Vorbild der gemeinsamen Initiative zur Förderung leistungsstarker und  
1190 leistungsfähiger Schülerinnen und Schüler wollen wir gemeinsam mit den Ländern  
1191 die besonderen Herausforderungen von Schulen in benachteiligten sozialen Lagen  
1192 und mit besonderen Aufgaben der Integration aufgreifen. Der Bund sorgt dabei für  
1193 die Förderung der begleitenden Forschung sowie die Evaluierung der Wirksamkeit  
1194 der getroffenen Maßnahmen. Die Länder sorgen für die Begleitung und Förderung  
1195 der teilnehmenden Schulen.

1196  
1197 Mit der Investitionsoffensive Schule und dem Digitalpakt Schule tragen wir auch zur  
1198 inklusiven Bildung bei. In der Bildungsforschung soll die inklusive Bildung entlang der  
1199 gesamten Bildungsbiographie zu einem Schwerpunkt gemacht werden.

1200  
1201 Weitere Schwerpunkte in der Bildungsforschung sollen bei der Qualitätsverbessere-  
1202 rung des Unterrichts, der Digitalisierung, der sozialen Integration und dem Abbau von  
1203 Bildungsbarrieren liegen.

1204  
1205 Wir wollen die kulturelle Bildung durch das Programm „Kultur macht stark“ weiter för-  
1206 dern und ausbauen. Die Zusammenarbeit bei der kulturellen Bildung von schuli-  
1207 schem und außerschulischem Raum ist zu verstärken. Außerdem wollen wir die För-  
1208 derung der Bildung für nachhaltige Entwicklung intensivieren.

1209  
1210 Wir wollen die MINT-Bildung stärken, beginnend mit der Elementarbildung über die  
1211 Initiative „Haus der Kleinen Forscher“. Die Potentiale von Mädchen und Frauen wol-  
1212 len wir besonders fördern. Wir unterstützen den Aufbau eines bundesweiten MINT-E-  
1213 Portals für mehr Transparenz und Information sowie die Entwicklung von Qualitätskri-  
1214 terien. Zudem wollen wir Wettbewerbe im MINT-Bereich weiter fördern.

## 1215 1216 **2. Berufliche Bildung und Weiterbildung**

1217 Die berufliche Bildung in Deutschland ist ein Erfolgsmodell. Für die Unternehmen ist  
1218 sie zur Sicherung des Fachkräftebedarfs unverzichtbar. Für die Jugendlichen schafft  
1219 sie verlässlich gute Chancen für eine erfolgreiche berufliche Laufbahn. Auch deshalb  
1220 haben junge Menschen bei uns das geringste Arbeitslosenrisiko im europäischen

1221 Vergleich. Wir steigern die Attraktivität der beruflichen Bildung, sie ist für uns gleich-  
1222 wertig mit der akademischen Bildung.

1223

1224 Den Transformationsprozess in der Arbeitswelt wollen wir zum Nutzen aller gestal-  
1225 ten. Insbesondere die berufliche Aus- und Weiterbildung muss mit der wachsenden  
1226 Dynamik veränderter Qualifikationsanforderungen Schritt halten und langfristig den  
1227 Qualifizierungsbedarf der Wirtschaft und des öffentlichen Bereichs decken.

1228

1229 Die berufliche Bildung werden wir mit einem Berufsbildungspakt modernisieren und  
1230 stärken. Dazu gehören im Rahmen der Investitionsoffensive für Schulen nach Art.  
1231 104c Grundgesetz (GG) eine Ausstattungsoffensive für berufliche Schulen vor dem  
1232 Hintergrund der Digitalisierung.

1233

1234 Im Rahmen der Novelle des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) werden wir eine Min-  
1235 destausbildungsvergütung im Berufsbildungsgesetz verankern. Das Gesetz soll bis  
1236 zum 1. August 2019 beschlossen werden und zum 1. Januar 2020 in Kraft treten. In  
1237 diesem Rahmen wollen wir die Modernisierung der Ausbildungs- und Aufstiegsord-  
1238 nungen u. a. im Hinblick auf eine digitale Ausbildungsstrategie sowie eine Verbesse-  
1239 rung der Rahmenbedingungen erreichen.

1240

1241 Wir wollen die Berufsorientierung im Zusammenwirken von Bund und Ländern an  
1242 allen allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe weiter stärken, auch an allen  
1243 Gymnasien. In Zusammenarbeit mit den Ländern wollen wir sie durch qualitativ  
1244 hochwertige Angebote ausbauen und in gemeinsamen Vereinbarungen mit den Län-  
1245 dern verankern. Darüber hinaus wollen wir die erfolgreiche Arbeit der Jugendberufs-  
1246 agenturen ausweiten.

1247

1248 Wir wollen zudem die „Initiative Berufsbildung 4.0“ ausbauen, die Weiterbildung von  
1249 Ausbilderinnen und Ausbildern stärken sowie das Sonderprogramm zur Digitalisie-  
1250 rung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten (ÜBS) ausweiten. Wir wollen Hilfen für  
1251 stärkere und schwächere Jugendliche fortentwickeln und wollen mehr Betriebe für  
1252 die Ausbildung gewinnen, besonders auch Klein- und Kleinstbetriebe. Wir wollen  
1253 Probleme bei der Passgenauigkeit auf dem Ausbildungsmarkt insbesondere durch  
1254 verbesserte Mobilitätshilfen reduzieren. Wir stärken regionale Ausbildungsmärkte  
1255 außerdem durch die Mobilisierung der Akteure vor Ort durch Wettbewerbe. Die At-  
1256 traktivität von Berufslaufbahnen erhöhen wir auch mit einem Innovationswettbewerb  
1257 in der beruflichen Bildung.

1258

1259 Wir werden mit dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz („Aufstiegs-BAföG“) fi-  
1260 nanzielle Hürden für den beruflichen Aufstieg abbauen mit dem Ziel einer weiteren  
1261 deutlichen Verbesserung beim Unterhaltszuschuss, Erfolgsbonus und bei der Famili-  
1262 enfreundlichkeit. Darüber hinaus werden wir den Maßnahmenzuschuss erhöhen.  
1263 Damit leisten wir einen weiteren Beitrag, um finanzielle Hürden für angehende Tech-  
1264 nikerinnen und Techniker, Meisterinnen und Meister sowie Fachwirtinnen und Fach-  
1265 wirt im Sinne der vollständigen Gebührenfreiheit zu beseitigen.

1266

1267 Wir schaffen transparente berufliche Fortbildungsstufen und stellen Aufsteigerinnen  
1268 und Aufsteiger auf allen drei Stufen ein finanzielles Förderangebot zur Verfügung.  
1269 Zudem wollen wir innovative Qualifizierungswege wie die höhere Berufsbildung und  
1270 das duale Studium stärken, indem wir hochschulisches und berufsbildendes Lernen  
1271 in gemeinsamen Qualifizierungsangeboten zusammenführen und so die Übergänge

1272 zwischen der beruflichen und der akademischen Bildung besser gestalten. Die  
1273 Durchlässigkeit und Synergien zwischen beruflicher und akademischer Bildung in  
1274 beide Richtungen wollen wir fördern, um die Ausbildung zu verbessern und Ausbil-  
1275 dungszeiten effizienter zu nutzen. Hierzu wollen wir die Anzahl der Aufstiegs- und  
1276 Weiterbildungsstipendien steigern.

1277  
1278 Wir wollen die Aus- und Weiterbildung in Sozial- und Pflegeberufen attraktiver ma-  
1279 chen und mehr junge Menschen für dieses Berufsbild gewinnen, um Fachkräfte zu  
1280 sichern. Deshalb werden wir auch hier finanzielle Ausbildungshürden abbauen und  
1281 Ausbildungsvergütungen anstreben.

1282  
1283 Wir wollen die Allianz für Aus- und Weiterbildung fortsetzen und mit dem Ziel weiter-  
1284 entwickeln, allen jungen Menschen einen qualitativ hochwertigen Ausbildungsplatz  
1285 garantiert anzubieten. Die assistierte Ausbildung, bei der neben den Jugendlichen  
1286 auch Eltern, Schulen und Unternehmen unterstützt werden, wollen wir bundesweit  
1287 ausbauen. Gleichzeitig wollen wir das Instrument der ausbildungsbegleitenden Hilfen  
1288 stärken, um so Unterstützung bei Lernschwierigkeiten oder bei Problemen im sozia-  
1289 len Umfeld zu ermöglichen. Wir drängen weiter auf die bundesweite ausbildungs-  
1290 freundliche Umsetzung der wichtigen 3+2-Regelung für den Arbeitsmarktzugang ge-  
1291 mäß § 60a Aufenthaltsgesetz.

1292  
1293 Die internationale Mobilität von Auszubildenden der beruflichen Bildung wollen wir  
1294 ausbauen und besser fördern.

1295  
1296 Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern und mehr Menschen die Aus-  
1297 bildung zu ermöglichen, wollen wir eine Initiative zur stärkeren Nutzung der Teilzeit-  
1298 ausbildung starten.

1299  
1300 Außerdem wollen wir die qualifikationsadäquate Beschäftigung von Menschen mit  
1301 ausländischen Berufsabschlüssen weiter fördern. Die Informations-, Beratungs- und  
1302 Unterstützungsangebote zum Anerkennungsgesetz wollen wir weiterentwickeln und  
1303 den Anerkennungszuschuss ausbauen.

1304  
1305 Da ein Grund für schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt mangelnde Grundbildung  
1306 ist, wollen wir die nationale Dekade für Alphabetisierung ausbauen und insbesondere  
1307 die arbeitsplatz- und familienorientierte Grundbildung in den Blick nehmen.

1308  
1309 Menschen müssen in jedem Alter und in jeder Lebenslage die Chance haben, am  
1310 digitalen Wandel teilzuhaben, digitale Medien für ihr persönliches Lernen und ihre  
1311 Bildung zu nutzen und Medienkompetenz zu erwerben. Wir wollen die Entwicklung  
1312 von attraktiven, niedrighschwelligem Lernangeboten fördern, vor allem im Bereich der  
1313 Volkshochschulen, und die Qualitätssicherung in der digitalen Weiterbildung durch  
1314 Bildungsforschung unterstützen.

1315  
1316 Aufgrund der Bedeutung für Wirtschaft und Gesellschaft werden wir eine Enquete-  
1317 Kommission des Deutschen Bundestags zur „Stärkung der beruflichen Bildung zur  
1318 Sicherung des Fachkräftebedarfs“ einrichten.

1319  
1320 Neben dem Ausbau der individuellen Förderinstrumente für den beruflichen Aufstieg  
1321 wie das Aufstiegs-BAföG, die Bildungsprämie sowie die Stipendienprogramme für  
1322 beruflich Qualifizierte (Aufstiegs- und Weiterbildungsstipendien) werden wir die

1323 Transparenz auf dem vielfältigen Weiterbildungsmarkt für Menschen und Unterneh-  
1324 men erhöhen und Information und Beratung ausbauen.

1325

1326 Gleichzeitig wollen wir die Weiterbildungsangebote der Hochschulen ausweiten und  
1327 ein Programm für beruflichen Aufstieg durch Bildung auf den Weg bringen, um beruf-  
1328 lichen Aufstieg noch attraktiver zu machen.

1329

1330 Wir wollen die wissenschaftliche Weiterbildung intensivieren und Netzwerke von  
1331 Hochschulen und Unternehmen, insbesondere von Fachhochschulen und kleinen  
1332 und mittleren Unternehmen, fördern.

1333

### 1334 **3. Hochschulen und Wissenschaft**

1335 Die Bundesaufwendungen für Studienplätze im Rahmen des Hochschulpaktes sind  
1336 für die Hochschulen unverzichtbar. Um vor dem Hintergrund der anhaltend hohen  
1337 Studiennachfrage eine qualitativ hochwertige Lehre sicherzustellen, werden wir die  
1338 Bundesmittel auf Grundlage des neu geschaffenen Art. 91b Grundgesetz (GG) dau-  
1339 erhaft verstetigen. Die konkreten Förderkriterien können alle sieben Jahre periodisch  
1340 mit den Ländern und Hochschulen ausverhandelt werden. Dabei sind im Sinne guter  
1341 Arbeit Kontinuität und Verlässlichkeit wichtige Kriterien und sollen mit qualitativen  
1342 und quantitativen Aspekten in der Hochschulbildung verbunden werden. Die zielge-  
1343 richtete Verwendung der Bundesmittel wird regelmäßig überprüft. Für uns stehen die  
1344 Qualität von Forschung und Lehre und die Berufschancen der Studierenden (Absol-  
1345 ventenstudien) im Mittelpunkt.

1346

1347 Den Qualitätspakt Lehre wollen wir verstetigen und in Anlehnung an die Empfehlun-  
1348 gen des Wissenschaftsrates weiterentwickeln und u. a. die innovative Hochschulleh-  
1349 re, den hochschulübergreifenden Austausch und die Übertragung erfolgreicher Kon-  
1350 zepte wettbewerblich fördern.

1351

1352 Die Qualitätsoffensive Lehrerbildung von Bund und Ländern wollen wir fortsetzen  
1353 und um die Schwerpunkte Digitalisierung und Lehrerinnen- und Lehrerausbildung für  
1354 die beruflichen Schulen erweitern.

1355

1356 Die Programmpauschalen werden nach 2020 fortgeführt und zur Administrierung  
1357 dem Grundhaushalt der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) zugewiesen.  
1358 Dabei bleibt bis 2025 der bisherige für Programmpauschalen geltende Finanzie-  
1359 rungsschlüssel erhalten. Die Finanzierungsanteile von Bund und Ländern werden für  
1360 die Zeit nach 2025 neu verhandelt. Perspektivisch streben wir eine Erhöhung der  
1361 Programmpauschalen auf 30 Prozent an.

1362

1363 Wir wollen die Fachhochschulen stärken. Wir wollen die Projektförderung des Bun-  
1364 des für Forschung an Fachhochschulen ausbauen und insbesondere den Transfer  
1365 und damit die regionale Innovationsfunktion stärken. Wir wollen gemeinsam mit den  
1366 Ländern eine breit angelegte Initiative starten, um Karrierewege bis zur Fachhoch-  
1367 schulprofessur aktiv zu gestalten und Fachhochschulen bei deren Rekrutierung zu  
1368 unterstützen. Zudem wollen wir Strategien der Fachhochschulen zur Internationalisie-  
1369 rung gezielt unterstützen.

1370

1371 Das Ausbildungsförderungsgesetz des Bundes (BAföG) wird ausgebaut und die Leis-  
1372 tungen werden deutlich verbessert. Unser gemeinsames Ziel ist es, die förderbedürf-  
1373 tigen Auszubildenden wieder besser zu erreichen und bis 2021 eine Trendumkehr zu



1374 erreichen. Wir wollen die Stipendienkultur und Begabtenförderwerke in Deutschland  
1375 weiter stärken. Die Schüler- und Leistungswettbewerbe wollen wir ausbauen.  
1376

1377 Auch die Schaffung studentischen Wohnraums, u. a. auch Wohnheimplätze, wollen  
1378 wir fördern.  
1379

1380 Die Digitalisierung bietet für unsere Hochschulen große Chancen. Wir wollen sie un-  
1381 terstützen, diese Chancen umfassend zu nutzen und damit die Qualität von Studium,  
1382 Lehre, Forschung sowie der Verwaltung und den wissenschaftlichen Austausch zu  
1383 verbessern. Mit einem Wettbewerb werden wir digital innovative Hochschulen oder  
1384 Hochschulverbünde fördern. Wir wollen dabei insbesondere hochschulübergreifende,  
1385 vernetzte Konzepte, z. B. Lehr- und Lernplattformen fördern. Wir wollen den Fern-  
1386 hochschulen mit dem „Open University Network“ eine Plattform zur Koordinierung  
1387 anbieten.  
1388

1389 Wir wollen mit einer nationalen Forschungsdaten-Infrastruktur wissenschaftliche Da-  
1390 tenbestände systematisieren und einen nachhaltigen Zugang sicherstellen. So stär-  
1391 ken wir unser Wissenschaftssystem auch für den internationalen Wettbewerb. Wir  
1392 werden mit den Ländern eine auf Dauer angelegte Strategie für Nationales Hochleis-  
1393 tungsrechnen nach Art. 91b Grundgesetz (GG) auflegen und diese gemeinsam fi-  
1394 nanzieren.  
1395

1396 Die Forschungsinfrastrukturen an Hochschulen und außeruniversitären Forschungs-  
1397 einrichtungen wollen wir – auch in internationaler Kooperation – ausbauen.  
1398

1399 Wir wollen eine nationale Open-Access-Strategie entwickeln. Wir werden offene Ka-  
1400 näle für wissenschaftliche Kommunikation und Publikation fördern und Empfänger  
1401 von Fördermitteln im Rahmen der Projektförderung des Bundes daher regelhaft ver-  
1402 pflichten, ihre Publikationen mittels offener Lizenzen frei verfügbar zu machen und im  
1403 Rahmen der Projektförderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung  
1404 die entstehenden Overhead-Kosten in einem angemessenen Umfang zu überneh-  
1405 men.  
1406

1407 Wir werden die Regelungen im Urheberrechts-Wissensgesellschafts-Gesetz für den  
1408 Bildungs- und Wissenschaftsbereich umfassend evaluieren und unter Abwägung al-  
1409 ler Interessen über eine Verstetigung entscheiden.  
1410

1411 Exzellenz ist ein Leitelement in der Wissenschaftspolitik. Hierfür wollen wir neben der  
1412 Exzellenzstrategie neue Maßnahmen entwickeln, um Spitzenwissenschaftlerinnen  
1413 und Spitzenwissenschaftler in Deutschland zu halten und internationale Spitzenwis-  
1414 senschaftlerinnen und Spitzenwissenschaftler zu gewinnen.  
1415

1416 Wir wollen prüfen, wie wir die neuen Möglichkeiten des Art. 91b Grundgesetz (GG)  
1417 nutzen können, um ausgewählte forschungsstarke und exzellente Institute an Hoch-  
1418 schulen bundesseitig mitfördern zu können, ohne sie aus der Hochschule herauslö-  
1419 sen zu müssen.  
1420

1421 Wir wollen den wichtigen Weg für gute Arbeit in der Wissenschaft fortsetzen und die  
1422 Evaluationsergebnisse der letzten Novelle des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes  
1423 auswerten, um Karrierewege in der Wissenschaft attraktiv zu halten.  
1424

1425 Wir wollen die Umsetzung des „Masterplans Medizinstudium 2020“ zur Neustrukturierung und Verbesserung der Medizinerbildung, zur Stärkung der Allgemeinmedizin, zur Anpassung des Zulassungsverfahrens und zur besseren flächendeckenden hausärztlichen Versorgung gerade in ländlichen Regionen eng begleiten. Der Bund wird die Länder bei der Novellierung der Hochschulzulassung zum Medizinstudium begleiten, die im Zuge des Bundesverfassungsgerichtsurteils notwendig geworden ist.

1432  
1433 Wir wollen die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes weiterhin sicherstellen, indem wir die Zugangsvoraussetzungen im Bundesrecht künftig auch stärker an gewonnenen berufspraktischen Erfahrungen oder besonderen wissenschaftlichen Qualifikationen orientieren und beispielsweise den Zugang zum höheren Dienst des Bundes auch für Bachelor-Absolventen mit Promotion oder mehrjähriger beruflicher Erfahrung öffnen.

1439  
1440 Wir wollen dazu beitragen, dass Frauen vermehrt Führungspositionen in Hochschulen und Forschungseinrichtungen übernehmen. Orientiert am Kaskadenmodell müssen Wissenschaftseinrichtungen auf eine Steigerung des Frauenanteils verpflichtet werden. Wir werden als Kriterium für die Förderung von Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen die Vorlage von Gleichstellungs- und Personalentwicklungskonzepten mit verbindlichen Zielgrößen zur Erhöhung des Frauenanteils sowie die Einhaltung von Gleichstellungsstandards einführen. Einen wichtigen Beitrag wird das erneuerte Professorinnenprogramm leisten. Daneben liefert insbesondere die Geschlechterforschung wichtige wissenschaftliche Erkenntnisse über Ursachen und Mechanismen, die die Gleichstellung behindern.

#### 1450 **4. Forschung und Innovation**

1451 Deutschland muss ein Innovationsland bleiben. Deshalb vereinbart der Bund gemeinsam mit den Ländern und der Wirtschaft, bis 2025 mindestens 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Forschung und Entwicklung aufzuwenden.

1455  
1456 Für strukturschwache Regionen in ganz Deutschland, in denen es an unternehmerischer Innovationskraft fehlt, wollen wir mit einem Rahmenprogramm „Innovation und Strukturwandel“ zielgenaue Förderinstrumente entwickeln, z. B. durch das Programm „WIR – Wandel in der Region durch Innovation“ sowie weitere Maßnahmen zum Ausbau der Innovationskompetenz an regionalen Hochschulen und Forschungseinrichtungen und zur Vernetzung von Innovationsakteuren vor Ort. Die östlichen Bundesländer wollen wir bei ihren Anstrengungen in der Wissenschafts- und Innovationspolitik besonders unterstützen.

1464  
1465 Die Hightech-Strategie (HTS) wird als ressortübergreifende Forschungs- und Innovationsstrategie weiterentwickelt und auf die großen Herausforderungen Digitalisierung, Gesundheit, Klima und Energie, Mobilität, Sicherheit, soziale Innovationen und die Zukunft der Arbeit fokussiert. Umfassende Technologieoffenheit in der Forschungsförderung ist ein wichtiges Grundprinzip unserer Forschungspolitik. Den Transfer wollen wir als zentrale Säule unseres Forschungs- und Innovationssystems nachhaltig stärken und substantielle Steigerungen erreichen. Zur Förderung von Sprunginnovationen wollen wir neue Instrumente schaffen und die direkte Forschungsförderung des Bundes stärker auf den Wissens- und Technologietransfer in die Wirtschaft ausrichten. Wir wollen Forschungscampi ausbauen. Auf ausgewählten Forschungsfeldern wollen wir starke Anreize für die Zusammenarbeit der Forschungs- und Wissen-

1476 schaftseinrichtungen setzen. Das heißt: Konzepte für Zukunftscluster entwickeln und  
1477 umsetzen sowie rechtliche Barrieren für Wissenschaftskooperationen abbauen und  
1478 den Transfer in einer konzertierten Aktion der relevanten Akteure umsetzen. Die lau-  
1479 fende Hochtemperatur-Plasmaforschung in Deutschland wollen wir angemessen fi-  
1480 nanziell absichern. Wir wollen Open-Innovation-Ansätze, soziale Innovationen sowie  
1481 inter- und transdisziplinäre Ansätze fördern und Experimentierräume einrichten, um  
1482 innovative technische Systeme und neue Geschäftsmodelle zu erproben. Die Validie-  
1483 rung des Innovationspotenzials von Forschungsergebnissen wollen wir ebenso för-  
1484 dern wie Start-ups und Gründungen aus der Forschung. Wir wollen den Dialog von  
1485 Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Gesellschaft intensivieren, neue Beteiligungs-  
1486 formen unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft erproben und die Wissenschafts-  
1487 kommunikation stärken. Wir wollen auch die Internationalisierung der HTS vorantrei-  
1488 ben.

1489  
1490 Technologische Basis und Triebfeder der Digitalisierung sind Mikroelektronik, mo-  
1491 derne Kommunikationstechnik, künstliche Intelligenz, Robotik, Datenwissenschaften,  
1492 IT-Sicherheit und Quantentechnologien. Wir wollen die Forschung zu diesen Schlüs-  
1493 selstechnologien intensiv fördern, inklusive sozialer und geisteswissenschaftlicher Be-  
1494 gleitforschung. Insbesondere wollen wir Deutschland zu einem weltweit führenden  
1495 Standort bei der Erforschung von künstlicher Intelligenz machen. Hierzu wollen wir  
1496 aus der Plattform Lernende Systeme heraus ein Nationales Forschungskonsortium  
1497 für künstliche Intelligenz und maschinelles Lernen aufbauen und konsequent auf  
1498 Anwendungen in allen Feldern der Forschungs- und Innovationsstrategie ausrichten.  
1499 Wir werden gemeinsam mit unseren französischen Partnern ein öffentlich verantwor-  
1500 tetes Zentrum für künstliche Intelligenz errichten. Gemeinsam mit Polen wollen wir  
1501 ein Zentrum für digitale Innovationen in der Systemforschung einrichten.

1502  
1503 Wir wollen die Gesundheitsforschung ausbauen und die Patientinnen und Patienten  
1504 in den Mittelpunkt stellen. Hierzu wollen wir die Hochschulmedizin, insbesondere  
1505 auch die Versorgungsforschung und die Medizininformatik, stärken. Deutschland soll  
1506 zum Vorreiter bei der Einführung digitaler Innovationen in das Gesundheitssystem  
1507 werden. Wir werden eine Roadmap zur Entwicklung und Umsetzung innovativer  
1508 E-Health-Lösungen erarbeiten. Die Translation von Forschungsergebnissen zu den  
1509 großen Volkskrankheiten wollen wir durch den Ausbau der Deutschen Zentren für  
1510 Gesundheitsforschung beschleunigen. Wir wollen eine Nationale Wirkstoffinitiative  
1511 starten und eine Nationale Dekade gegen den Krebs ausrufen. Die Forschung zur  
1512 Demenz, zu psychischen Erkrankungen, Lungenerkrankungen, Immunerkrankungen,  
1513 Kinder- und Jugendmedizin und zur Prävention wollen wir ebenso ausbauen, wie  
1514 unser Engagement in der Forschung für globale Gesundheit. Zur Verbesserung der  
1515 medizinischen Forschung wollen wir ein Förderprogramm für forschende Ärztinnen  
1516 und Ärzte (clinical scientists) und klinisch tätige Forscherinnen und Forscher aufle-  
1517 gen.

1518  
1519 Wir werden die Nutzung von Prinzipien der Natur vorantreiben und eine ressortüber-  
1520 greifende Agenda „Von der Biologie zur Innovation“ gemeinsam mit Wirtschaft, Wis-  
1521 senschaft und Zivilgesellschaft erarbeiten. Wir wollen überdies die Entwicklung neuer  
1522 Werkstoffe und intelligenter, programmierbarer Materialien fördern.

1523  
1524 In der Energie- und Klimaforschung wollen wir gemeinsam mit der Wirtschaft und  
1525 zivilgesellschaftlichen Akteuren Systemlösungen erforschen, insbesondere für die

1526 Sektorkopplung von Strom-Mobilität-Wärme. Gleiches gilt für die Erdsystemfor-  
1527 schung.  
1528  
1529 Wir wollen ein Mobilitätsforschungsprogramm inklusive der Erforschung der autono-  
1530 men Mobilität auflegen, die Förderung der Batterieforschung intensivieren und den  
1531 Aufbau einer Batteriezellproduktion in Deutschland unterstützen. Wir wollen die Er-  
1532 forschung synthetischer Kraftstoffe stärken und diese pilothaft zum Einsatz bringen.  
1533  
1534 Um Sicherheit und Ordnung auch in der vernetzten Welt zu fördern, legen wir ein  
1535 neues Rahmenprogramm für die zivile Sicherheitsforschung auf. Wir wollen die  
1536 Kompetenzzentren der IT-Sicherheitsforschung zu international sichtbaren For-  
1537 schungs- und Beratungszentren, auch für technologieorientierte Unternehmensgrün-  
1538 dungen, weiterentwickeln. Wissenschaft, Wirtschaft, Sicherheitsbehörden und Ein-  
1539 satzkräfte sollen zusammenarbeiten.  
1540  
1541 Mit unserem Programm „Zukunft der Arbeit“ wollen wir Antworten auf die Frage ge-  
1542 ben, wie die Arbeitswelt mit den neuen Technologien sinnvoll gestaltet werden kann.  
1543 Hierzu wollen wir die modellhafte Erarbeitung neuer Arbeitsformen in regionalen  
1544 Kompetenzzentren der Arbeitsforschung fördern.  
1545  
1546 Die Küsten-, Polar- und Meeresforschung wollen wir stärken und die Forschungsflot-  
1547 te weiter erneuern. Wir wollen das Meeresforschungsprogramm MARE:N weiterent-  
1548 wickeln und gemeinsam mit den Ländern eine Deutsche Allianz für Meeresforschung  
1549 gründen.  
1550  
1551 Den Pakt für Forschung und Innovation (PFI) setzen wir ab dem Jahr 2021 mit einem  
1552 jährlichen Aufwuchs von mindestens drei Prozent auf Basis der bewährten Bund-  
1553 Länder-Schlüssel fort. Ziele und Instrumente des PFI, insbesondere zum Transfer,  
1554 zur Gleichstellung, zur Nachwuchsförderung und zur Kooperation mit Hochschulen,  
1555 wollen wir weiterentwickeln und über die Fortschritte jährlich berichten. Die For-  
1556 schungsmuseen leisten einen wichtigen Beitrag zur Wissenschaftskommunikation.  
1557  
1558 Wir erweitern die Förderung der Geistes- und Sozialwissenschaften für wissen-  
1559 schaftsgetriebene und grundlagenorientierte Forschungsprojekte. Im Fokus unserer  
1560 Förderung wird die Forschung zu Migration, zu Integration und zu gesellschaftlichem  
1561 Zusammenhalt, zu Demokratie und Frieden, zu Konfliktursachen und  
1562 -bewältigungsstrategien und die Förderung der kleinen Fächer stehen.  
1563  
1564 Wir stärken in der EU die strategische Forschungspolitik, die Innovationsfähigkeit und  
1565 den europäischen Forschungsraum und werden Exzellenz und Subsidiarität als  
1566 Grundprinzipien der europäischen Forschungsförderung weiterhin einfordern und  
1567 verankern. Die Länder Mittel- und Osteuropas („EU 13“) wollen wir stärker in den eu-  
1568 ropäischen Forschungsraum integrieren.  
1569  
1570 Wir setzen uns dafür ein, dass der nächste mehrjährige EU-Finanzrahmen stärker  
1571 auf Zukunftsthemen wie Bildung, Forschung und Innovation ausgerichtet ist. Die fi-  
1572 nanzielle Ausstattung des 9. EU-Forschungsrahmenprogramms sollte mindestens  
1573 denselben Umfang haben wie der ursprüngliche Haushaltsansatz für „Horizon 2020“.  
1574  
1575 Der Europäische Forschungsrat muss auch in der künftigen EU-  
1576 Forschungsförderung eine herausgehobene Stellung einnehmen und weiter gestärkt

1577 werden. Wir werden uns an der konzeptionellen Gestaltung und Umsetzung der fran-  
1578 zösischen Initiative zu europäischen Hochschulen mit einer „bottom up“-Strategie  
1579 beteiligen.

1580  
1581 Wir wollen die internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres Wissenschaftssystems  
1582 konsequent weiter ausbauen und wir intensivieren auf Basis der Strategie der Bun-  
1583 desregierung zur Internationalisierung von Bildung, Wissenschaft und Forschung die  
1584 internationale Vernetzung. Die Internationalisierung der Hochschulen treiben wir wei-  
1585 ter voran und wollen die erfolgreichen Programme unsere Mittlerorganisationen Ale-  
1586 xander von Humboldt-Stiftung und Deutscher Akademischer Austauschdienst stärke-  
1587 ren. Wir wollen deren Förderung für geflüchtete Studierende und gefährdete For-  
1588 scherinnen und Forscher an deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen  
1589 fortführen. Erfolgreiche ausländische Studienabsolventinnen und Studienabsolven-  
1590 ten, Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler sowie Spitzen-  
1591 forschenden und Spitzenforscher wollen wir besser als bisher für den Forschungs-  
1592 standort Deutschland gewinnen und hier halten. Wir stärken die europäische und  
1593 internationale Mobilität in Schule, beruflicher Bildung und Hochschule. Dazu trägt ein  
1594 gestärktes Programm Erasmus+ bei. Wir schaffen Anreize auch für Lehr- und Lern-  
1595 aufenthalte außerhalb Europas.

1596  
1597 Wir wollen unsere internationalen Forschungs- und Innovationspartnerschaften aus-  
1598 bauen und insbesondere die internationale Kooperation mit den Ländern Afrikas in  
1599 Bildung, Wissenschaft und Forschung intensivieren, z. B. bei der Erforschung von  
1600 armutsbedingten Krankheiten.

## 1601 1602 **5. Digitalisierung**

1603 Die Digitalisierung bietet große Chancen für unser Land und seine Menschen. Chan-  
1604 cen für Wohlstand und sozialen Fortschritt. Unsere Aufgabe ist es, die richtigen  
1605 Rahmenbedingungen zu schaffen, damit jeder daran teilhaben kann.

1606  
1607 Angesichts der Dynamik der Veränderung müssen wir große Schritte wagen, um an  
1608 die Spitze zu kommen. Wir wollen unser Land in allen Bereichen zu einem starken  
1609 Digitalland entwickeln.

1610  
1611 Dafür setzen wir uns anspruchsvolle Ziele:

- 1612 • eine flächendeckende digitale Infrastruktur von Weltklasse,
- 1613 • die Vermittlung von digitalen Fähigkeiten als Schlüsselkompetenz für alle Alters-  
1614 gruppen,
- 1615 • eine Arbeitswelt, die Menschen im digitalen Wandel befähigt, sichert und mehr  
1616 Lebensqualität ermöglicht,
- 1617 • eine Regulierung, die Wettbewerb und Wettbewerbsfähigkeit schafft,
- 1618 • mehr Sicherheit im Cyberraum,
- 1619 • mehr Bürgernähe durch eine moderne, digitale Verwaltung,
- 1620 • einen Rechtsrahmen, der Bürgerrechte garantiert, einen Ausgleich von Freiheit  
1621 und Sicherheit leistet und gleichzeitig mehr Innovationen ermöglicht.

1622  
1623 Wir wollen Neugier auf digitale Technologien wecken und Souveränität im Umgang  
1624 mit ihnen schaffen. Wir sind überzeugt, dass sie das Leben der Menschen verbes-  
1625 sern können und brauchen sie als Antwort auf die großen und globalen Herausforde-  
1626 rungen. Um sie zu lösen, wollen wir Deutschland und Europa beispielgebend für die

1627 Leistungsfähigkeit und Strahlkraft freier Gesellschaften im digitalen Zeitalter gestalten.  
1628

1629

### 1630 **An die Weltspitze im Bereich der digitalen Infrastruktur**

1631 Wir gestalten den Weg in die Gigabit-Gesellschaft mit höchster Priorität. Deshalb  
1632 wollen wir den flächendeckenden Ausbau mit Gigabit-Netzen bis 2025 erreichen. Wir  
1633 wollen den Netzinfrastrukturwechsel zur Glasfaser. Unser Ziel lautet: Glasfaser in  
1634 jeder Region und jeder Gemeinde, möglichst direkt bis zum Haus. Schulen, Gewerbegebiete,  
1635 soziale Einrichtungen in der Trägerschaft der öffentlichen Hand und Krankenhäuser werden wir  
1636 bereits in dieser Legislaturperiode direkt an das Glasfasernetz anbinden.  
1637

1638

1639 Dafür ist eine gemeinsame Kraftanstrengung von Telekommunikationsanbietern und  
1640 Staat erforderlich. Wir gehen von einem öffentlichen Finanzierungsbedarf von zehn  
1641 bis zwölf Milliarden Euro in dieser Legislaturperiode aus, die wir in einem Gigabitinvestitionsfonds  
1642 verlässlich bereitstellen. Hierfür werden wir die Erlöse aus der Vergabe der UMTS- und 5G-Lizenzen  
1643 zweckgebunden bereitstellen und wollen bis 2021 im Haushalt sicherstellen, dass das Fördervolumen  
1644 insgesamt erreicht wird.

1645

1646 Diese öffentlichen Fördermittel werden wir so einsetzen, dass ausschließlich Ausbauabschnitte  
1647 förderfähig sind, die mit Glasfasertechnologie ausgebaut werden. Die Förderverfahren werden wir  
1648 so gestalten, dass unterversorgte Gebiete in ländlichen Regionen systematisch ausgebaut werden.  
1649 Dafür werden wir unsere Förderbedingungen vereinfachen und so verändern, dass eine zeitnahe  
1650 Realisierung möglich wird. Die Aufgreifschwelle werden wir für eine Förderung an diese Zielvorgaben  
1651 anpassen. Bei der Förderung wollen wir Synergien mit den Ländern sicherstellen.

1652

1653 Ferner wollen wir neue Anreize für den privatwirtschaftlichen Glasfaserausbau schaffen.  
1654 Um den Aufbau solcher Netze zu erleichtern, werden wir statt einer detaillierten ex-ante-Regulierung  
1655 wie bisher im Kupfernetz auf ein Modell des diskriminierungsfreien Zugangs (im Sinne des Open-Access)  
1656 setzen. Dieses Modell wollen wir zunächst für Kooperationen nutzen und weiter ausbauen. Die  
1657 Regulierungsbehörde stellt den Wettbewerb sicher und führt eine ex-post-Kontrolle in Streitfällen durch.

1658

1659 Die Netzallianz „Digitales Deutschland“ mit den innovations- und investitionswilligen  
1660 Telekommunikationsunternehmen setzen wir unter Einbeziehung der Länder fort.

1661

1662 Mit dem hier dargestellten Maßnahmenpaket werden wir das Ziel eines flächendeckenden  
1663 Zugangs zum schnellen Internet aller Bürgerinnen und Bürger erreichen. Dazu werden wir einen  
1664 rechtlich abgesicherten Anspruch zum 1. Januar 2025 schaffen und diesen bis zur Mitte der  
1665 Legislaturperiode ausgestalten.

1666

1667 Wir forcieren den Ausbau der Mobilfunkversorgung und entwickeln Deutschland zum  
1668 Leitmarkt für 5G. Die Frequenzpolitik und die frequenzregulatorischen Festlegungen der  
1669 Regulierungsbehörde müssen sicherstellen, dass es zu einer verlässlichen und lückenlosen  
1670 Mobilfunkversorgung insbesondere im ländlichen Raum kommt. Um den Ausbau in bisher  
1671 unterversorgten Gebieten wirtschaftlicher zu machen, wollen wir den Mobilfunkanbietern für ein  
1672 nationales Roaming durch entsprechende Änderungen im Telekommunikations- und Kartellrecht  
1673 Absprachen erlauben.

1674

1675

1676

1677 Die Lizenzvergabe werden wir mit Ausbauauflagen kombinieren, um bestehende  
1678 Funklöcher zu schließen und 5G dynamisch aufzubauen. Es muss die Vorgabe gel-  
1679 ten: Neue Frequenzen nur gegen flächendeckende Versorgung. Denn innovative,  
1680 zukunftsfähige Mobilitätsangebote werden gerade für Menschen im ländlichen Raum  
1681 nur möglich sein, wenn eine Versorgung mit der neuesten Mobilfunktechnologie (5G)  
1682 an Bundesfernstraßen und in zeitlicher Perspektive abgestuft auch im nachgeordne-  
1683 ten Straßennetz und an allen Bahnstrecken sichergestellt ist.

1684  
1685 Forschung und Testversuche mit 5G wollen wir fortführen und intensivieren. Wir wol-  
1686 len eine 5x5G-Strategie auflegen. Fünf Regionen sollen prioritär mit einem entspre-  
1687 chenden Mobilfunkstandard ausgestattet sein, um Forschung zu intensivieren und  
1688 Infrastrukturaufbau zu beschleunigen. Auch ländliche Regionen sollen davon profitie-  
1689 ren.

1690  
1691 Wir werden bestehende Funklöcher und weiße Flecken beim Mobilfunk und mobilen  
1692 Internet zügig schließen und dazu mit den Ländern und den Mobilfunkanbietern eine  
1693 bundesweite Gesamtstrategie erarbeiten. Die Regulierungsbehörde wird die Erfül-  
1694 lung festgelegter Versorgungsaufgaben durchsetzen, indem sie mit einem Prüfk-  
1695 onzept und mit bundesweiten Mobilfunknetztests die Erfüllung von Versorgungsauf-  
1696 lagen überwacht und im Einzelfall Sanktionen verhängt. Wir werden die Bundesnetza-  
1697 gentur beauftragen, ihre App zur Mobilfunknetzmessung so zu erweitern, dass Bür-  
1698 gerinnen und Bürger einfach und unbürokratisch Funklöcher an die Behörde melden  
1699 können. Diese Meldungen sollen in einer Mobilfunkversorgungskarte zusammenge-  
1700 führt und veröffentlicht werden. Die Bundesnetzagentur wird jährlich einen Monito-  
1701 ringbericht über die Sicherstellung der zugesagten Netzabdeckung veröffentlichen  
1702 und gegebenenfalls Handlungsempfehlungen aussprechen.

1703  
1704 WLAN ist wichtiger Teil einer modernen digitalen Infrastruktur. Wir haben die Störer-  
1705 haftung abgeschafft und damit den Ausbau von WLAN ermöglicht. Nun machen wir  
1706 an allen öffentlichen Einrichtungen des Bundes sowie in der Deutschen Bahn in Zü-  
1707 gen und Stationen offene und kostenfreie WLAN-Hotspots verfügbar. Durch die An-  
1708 erkennung der Gemeinnützigkeit des Betriebs und der Unterhaltung offener WLAN-  
1709 Netze stärken wir Freifunk-Initiativen und verbessern die Netzabdeckung.

1710  
1711 Wir werden die Einrichtung einer Digitalagentur prüfen, die die Bundesregierung als  
1712 nachgeordnete Behörde in der Umsetzung der Maßnahmen unterstützt. Dazu gehö-  
1713 ren z. B. die Telekommunikations- und Plattformregulierung oder Marktbeobachtung.

### 1714 1715 **Digitale Kompetenzen für alle Bürgerinnen und Bürger in einer modernen Wis-** 1716 **sensgesellschaft**

1717 Wir brauchen eine Digitale Bildungsoffensive, die die gesamte Bildungskette in den  
1718 Blick nimmt und das gesunde Aufwachsen, die digitale Selbstbestimmung und indivi-  
1719 duelle aktive Teilhabe, den Umgang mit Daten sowie die hervorragende berufliche  
1720 Bildung zum Ziel hat. Dafür müssen Bund und Länder verbindliche Vereinbarungen  
1721 zu Zielen, Umsetzung und Finanzierung treffen.

1722  
1723 Mit dem mit fünf Milliarden dotierten Digitalpakt#D zielen Bund und Länder auf die  
1724 flächendeckende digitale Ausstattung aller Schulen, damit die Schülerinnen und  
1725 Schüler in allen Fächern und Lernbereichen eine digitale Lernumgebung nutzen kön-  
1726 nen. In diesem Zusammenhang wollen wir eine nationale Bildungsplattform schaffen,  
1727 die auch eine offene Schnittstelle für das Zusammenwirken mit bestehenden Lern-

1728 plattformen und Cloudlösungen anbietet. Im Rahmen einer umfassenden Open Edu-  
1729 cational Resources-Strategie wollen wir die Entstehung und Verfügbarkeit, die Wei-  
1730 terverbreitung und den didaktisch fundierten Einsatz offen lizenzierter, frei zugängli-  
1731 cher Lehr- und Lernmaterialien fördern und eine geeignete Qualitätssicherung etab-  
1732 lieren. Auch werden wir regionale Kompetenzzentren für Digitalisierung etablieren  
1733 und diese mit bestehenden Akteuren und Initiativen vor Ort vernetzen. Ziel der Zen-  
1734 tren ist es, technisches und pädagogisches Know-how zu vermitteln sowie Best Prac-  
1735 tice vorzustellen.

1736

1737 Wir wollen umfassende Maßnahmen zur digitalen Fort- und Weiterbildung von Leh-  
1738 rern und Berufsschullehrern, auch in Zusammenarbeit mit den Hochschulen, ergrei-  
1739 fen.

1740

1741 Die Förderung außerschulischer Medien- und Digitalbildungsprojekte für Kinder und  
1742 Jugendliche wollen wir ausbauen. Wir werden in einem jährlichen Wettbewerb be-  
1743 sondere Medien- und Digitalbildungsprojekte auszeichnen.

1744

1745 Im Bereich der beruflichen Bildung kommt neben dem praxisnahen Einsatz digitaler  
1746 Elemente im Unterricht der Ausstattung zeitgemäßer Lehrwerkstätten eine besonde-  
1747 re Bedeutung zu. Wir wollen eine zukunftsfähige Ausbildung für die Entwicklung der  
1748 vernetzten Produktion unterstützen und den Einsatz adaptiver Lernsysteme und  
1749 „Serious Games“ in der Berufsbildung schaffen. Die Ausbildungsordnungen und die  
1750 Befähigungen der betrieblichen Ausbilderinnen und Ausbilder müssen die fortschrei-  
1751 tende digitale Entwicklung kontinuierlich nachvollziehen. Auch dazu werden wir das  
1752 Berufsbildungsgesetz weiterentwickeln.

1753

1754 In der Erwachsenenbildung wollen wir Programme und digitale Angebote für Men-  
1755 schen jeden Lebensalters fördern, die dem Erwerb von Digitalkompetenzen dienen,  
1756 z. B. auch an Volkshochschulen und in Mehrgenerationenhäusern.

1757

1758 Wir wollen dafür sorgen, dass auch an Hochschulen mehr Online-Lernangebote und  
1759 digitale Inhalte entstehen. Alle Studierenden brauchen künftig digitale Kompetenzen.  
1760 Sie sollen digitale Wissens- und Lernangebote selbstständig nutzen und gestalten  
1761 können sowie Datenanalyse und grundlegende Programmierkenntnisse beherr-  
1762 schen. Wir wollen, dass sich die Universitäten und Hochschulen öffnen und auf digi-  
1763 tale Lehr- und Lernangebote zugreifen sowie selber bereitstellen. Dabei sollen z. B.  
1764 Nano-Degrees (auch im Rahmen von Weiterbildungsstudienangeboten) an staatli-  
1765 chen Hochschulen erworben werden können.

1766

1767 Deutschland muss ein Innovationsland bleiben. Deshalb vereinbart der Bund ge-  
1768 meinsam mit den Ländern und der Wirtschaft, bis 2025 mindestens 3,5 Prozent des  
1769 BIP für Forschung und Entwicklung aufzuwenden.

1770

1771 Den Pakt für Forschung und Innovation setzen wir ab dem Jahr 2021 mit einem jähr-  
1772 lichen Aufwuchs von mindestens drei Prozent auf Basis der bewährten Bund-Länder-  
1773 Schlüssel fort.

1774

1775 Die Hightech-Strategie wird weiterentwickelt und auf die großen gesellschaftlichen  
1776 Herausforderungen fokussiert. Dabei werden wir neue Instrumente zur Förderung  
1777 von Sprunginnovationen und des Wissenstransfers in die Wirtschaft entwickeln. Um-  
1778 fassende Technologieoffenheit in der Forschungsförderung ist ein wichtiges Grund-



1779 prinzip unserer Forschungspolitik. Wir brauchen eine Ausbildungs- und Forschungs-  
1780 offensive in allen Digitalisierungsfeldern. Als besonders wichtig erachten wir Innova-  
1781 tion, digitale Souveränität und Interdisziplinarität. Die Schwerpunkte der Mikropro-  
1782 zessortechnik und IT-Sicherheit wollen wir weiter stärken. Dazu kommen weitere  
1783 Forschungsschwerpunkte wie künstliche Intelligenz, Data Science, Digital Humanities  
1784 sowie Blockchaintechnologie, Robotik und Quanten-Computing. Es gilt heute Data  
1785 Science in allen Bereichen, insbesondere aber in den Hochschulen, auszubauen.  
1786 Dazu muss der Umgang mit Daten zu einem zentralen eigenen Wissenschaftsfeld  
1787 und einer eigenen Disziplin werden. Den digitalen Wandel als gesamtgesellschaftli-  
1788 chen Entwicklungs- und politischen Gestaltungsprozess begleiten wir u. a. mit der  
1789 Arbeit des Weizenbaum Instituts.

1790

#### 1791 **Gute digitale Arbeit 4.0**

1792 Die Bundesregierung sieht sich in der Verantwortung, die Digitalisierung weiterhin  
1793 aktiv und unter Einbeziehung der Sozialpartner zu gestalten. Weiterbildung ist der  
1794 Schlüssel, damit die Beschäftigten sich den Herausforderungen der digitalen Ar-  
1795 beitswelt stellen und den sich immer schneller verändernden Qualifikationsanforde-  
1796 rungen gerecht werden können.

1797

1798 Wir werden mit allen Akteuren eine Nationale Weiterbildungsstrategie für Arbeitneh-  
1799 mer und Arbeitssuchende entwickeln, um alle Weiterbildungsprogramme des Bundes  
1800 und der Länder zu bündeln und eine neue Weiterbildungskultur zu etablieren. Über  
1801 die Bundesagentur für Arbeit erhalten alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein  
1802 Recht auf Weiterbildungsberatung. Wird ein Weiterbildungsbedarf jenseits der be-  
1803 trieblichen Weiterbildung festgestellt, sind Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleicher-  
1804 maßen in der Verantwortung, diesem zu entsprechen. Dies wollen wir fördern, indem  
1805 zukünftig Zuschüsse des Arbeitgebers zur Weiterbildung generell dann keinen Lohn  
1806 oder geldwerten Vorteil darstellen, wenn sie der allgemeinen Beschäftigungsfähigkeit  
1807 dienen.

1808

1809 Arbeitnehmer brauchen mehr Möglichkeiten, ihre berufliche Weiterentwicklung auch  
1810 in Eigenverantwortung zu organisieren. Wir werden gemeinsam mit den Sozialpart-  
1811 nern prüfen, wie das Instrument der Langzeitkonten mehr Verbreitung finden kann.  
1812 Sie können ebenso wie andere Guthaben ein Instrument sein, die für Qualifizierung  
1813 genutzt werden können. Wir werden neue Finanzierungsformen für außerbetriebliche  
1814 Weiterbildung prüfen, die in Modellversuchen erprobt werden sollen. Betrieblicher  
1815 Mitbestimmung kommt auch im digitalen Wandel große Bedeutung zu. Das allgemei-  
1816 ne Initiativrecht der Betriebsräte für Weiterbildung werden wir stärken.

1817

1818 Wir wollen einen Rahmen schaffen, in dem Unternehmen, Beschäftigte und die Tarif-  
1819 partner den vielfältigen Wünschen und Anforderungen in der Arbeitszeitgestaltung  
1820 gerecht werden können. Wir wollen Familien in ihrem Anliegen unterstützen, mehr  
1821 Zeit füreinander zu haben und die Partnerschaftlichkeit zu stärken. Wir werden dazu  
1822 Modelle entwickeln, mit denen mehr Spielraum für Familienzeit geschaffen werden  
1823 kann. Die Chancen der Digitalisierung wollen wir nutzen, um den Beschäftigten mehr  
1824 Zeitsouveränität zu ermöglichen.

1825

1826 Wir wollen mobile Arbeit fördern und erleichtern. Dazu werden wir einen rechtlichen  
1827 Rahmen schaffen. Zu diesem gehört auch ein Auskunftsanspruch der Arbeitnehmer  
1828 gegenüber ihrem Arbeitgeber über die Entscheidungsgründe der Ablehnung sowie

1829 Rechtssicherheit für Arbeitnehmer wie Arbeitgeber im Umgang mit privat genutzter  
1830 Firmentechnik. Auch die Tarifpartner sollen Vereinbarungen zu mobiler Arbeit treffen.

1831

1832 Arbeitsschutz und Innovation wollen wir zusammen denken. Deutschland soll zu ei-  
1833 nem führenden Markt für Assistenzsysteme werden, die Inklusion ermöglichen sowie  
1834 lern- und gesundheitsförderlich sind. Daher wird ein Anwendungsprogramm „Assis-  
1835 tenzsysteme für kleine und mittlere Unternehmen“ aufgelegt.

1836

1837 Die Einführung digitaler Arbeitsprozesse wie die E-Akte führen zu mehr Transparenz.  
1838 Dadurch können zum einen Steuerungsinstrumente zur Optimierung entwickelt wer-  
1839 den und zum anderen besteht die Sorge vor dem gläsernen Mitarbeiter. Daher wollen  
1840 wir Klarheit über Rechte und Pflichten der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, der Ar-  
1841 beitnehmerinnen und Arbeitnehmer schaffen sowie die Persönlichkeitsrechte der Be-  
1842 schäftigten sicherstellen (Beschäftigtendatenschutz).

1843

1844 Das Statusfeststellungsverfahren für Selbstständige wollen wir vereinfachen und zwi-  
1845 schen den unterschiedlichen Zweigen der Sozialversicherung widerspruchsfrei aus-  
1846 gestalten.

1847

### 1848 **Wettbewerbsfähige Wirtschaft**

1849 Wir fördern die Gründungskultur in Deutschland, indem wir etwa im ersten Jahr der  
1850 Gründung die Bürokratiebelastung auf ein Mindestmaß reduzieren und die Bedingun-  
1851 gen für Wagniskapital verbessern.

1852

1853 Wir wollen, dass Unternehmen etwa mit Hilfe eines „One-Stop-Shop“ und mehr  
1854 Transparenz in der Förderlandschaft schnell und unbürokratisch gegründet werden  
1855 können. Wir werden Hürden für den Gründungsprozess abbauen und prüfen Anpas-  
1856 sungen im Insolvenzrecht.

1857

1858 Familie und Unternehmensgründung sollen in Zukunft besser vereinbar sein. Um  
1859 Gründungen aus der Beschäftigung zu erleichtern, prüfen wir die Einführung einer  
1860 Gründerzeit ähnlich der Familienpflegezeit. Eltern in der unternehmerischen Grün-  
1861 dungsphase wollen wir unterstützen, z. B. mit der Möglichkeit der Inanspruchnahme  
1862 von Zuschüssen für haushaltsnahe Dienstleistungen. Wir wollen, dass mehr Frauen  
1863 Gründerinnen werden und entwickeln dafür Unterstützungsinstrumente.

1864

1865 Bestehende Instrumente zur Finanzierung von Gründungen und Wachstum junger  
1866 Unternehmen wollen wir fortführen, weiterentwickeln und wo passend auch für Nicht-  
1867 Akademiker öffnen (u. a. EIF, INVEST-Zuschuss Wagniskapital, EXIST, KfW, High-  
1868 tech-Gründerfonds) und um neue Instrumente wie den Tech Growth Fund ergänzen.  
1869 Mit dem Tech Growth Fund wollen wir die staatlichen Finanzierungsinstrumente in  
1870 der Wachstumsphase ergänzen, indem wir Kredite als VentureDebt zur Verfügung  
1871 stellen.

1872

1873 Wir werden die Investitionsbereitschaft in Wachstumsunternehmen erhöhen und hier  
1874 die richtigen Rahmenbedingungen schaffen. Wir wollen, dass Ideen aus Deutschland  
1875 auch mit Kapital aus Deutschland finanziert werden können. Deshalb wollen wir  
1876 mehr privates Kapital sowie institutionelle Anleger für Investitionen in Startups. Ge-  
1877 meinsam mit der deutschen Industrie wollen wir die Auflage eines großen nationalen  
1878 Digitalfonds initiieren.

1879

1880 Social Entrepreneurship spielt bei der Lösung aktueller gesellschaftlicher und sozia-  
1881 ler Herausforderungen eine zunehmend wichtige Rolle. Social Entrepreneurship wol-  
1882 len wir noch stärker als bisher fördern und unterstützen.  
1883  
1884 Wir setzen uns für einheitliche Regelungen im digitalen Binnenmarkt ein, um die  
1885 Gründungskultur in Europa zu stärken. Wir werden mehr als bisher auf die einheitli-  
1886 che Anwendung von Unionsrecht drängen. Auf europäischer Ebene wollen wir uns  
1887 für eine einheitliche Europäische Startup Definition einsetzen, um spezielle zielge-  
1888 naue Fördermaßnahmen zu ermöglichen.  
1889  
1890 Freier und sicherer Datenaustausch mit anderen Wirtschaftsräumen ist eine Grund-  
1891 voraussetzung für den Erfolg der deutschen und europäischen Digitalwirtschaft. Wir  
1892 wollen den transatlantischen Datenaustausch auf Grundlage des EU/US-Privacy-  
1893 Shield erhalten. Gleichzeitig werden wir uns auf europäischer Ebene dafür einsetzen,  
1894 entsprechende wirksame Abkommen zum Schutz des Datenaustausches auch mit  
1895 anderen Weltregionen anzustreben.  
1896  
1897 Wir wollen insbesondere den Mittelstand auf dem Weg in die Digitalisierung unter-  
1898 stützen. Deswegen wollen wir die Digital Hub Initiative fortsetzen und ausbauen. Den  
1899 Austausch zwischen Mittelstand und Gründern wollen wir systematisch fördern, z. B.  
1900 durch Austauschprogramme, Ausbau der Kompetenzzentren, Informationsprogram-  
1901 me wie Breitband@Mittelstand oder Mentoringprogramme.  
1902  
1903 Wir werden prüfen, inwieweit Förderprogramme für technologische Innovationen  
1904 auch auf datengetriebene Geschäftsmodelle ausgeweitet werden können, wie z. B.  
1905 das erfolgreiche Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM).  
1906  
1907 Wir wollen eine bessere Unterstützung insbesondere des Mittelstandes bei IT-  
1908 Sicherheit. Es gilt, das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) als  
1909 Beratungsstelle für kleine und mittlere Unternehmen auszubauen, Investitionen in IT-  
1910 Sicherheit besser zu fördern und das IT-Sicherheitsgesetz weiterzuentwickeln.  
1911  
1912 Für kleine und mittlere Unternehmen bieten die intelligenten, digitalen Produktions-  
1913 verfahren der Industrie 4.0 große Chancen. Die Entwicklung gemeinsamer globaler  
1914 Standards und Normen muss vorangetrieben werden.  
1915  
1916 Wir werden prüfen, inwieweit wir eine Erweiterung der Gemeinschaftsaufgaben „Re-  
1917 gionale Wirtschaftsförderung“ um Digitalisierung in der Fläche erreichen. Wir wollen  
1918 eine Plattform von Verbänden, Mittelstand, Kammern (IHK, HWK) und Plattform In-  
1919 dustrie 4.0, um die Akteure gezielt zu vernetzen und um zielgruppenspezifische An-  
1920 gebote zu erarbeiten, u. a. Co-Working-, Gründer- und Maker-Zentren.  
1921  
1922 Wir werden gemeinsam mit unseren französischen Partnern ein Zentrum für künstli-  
1923 che Intelligenz errichten. Dies verbinden wir mit einem Masterplan „Künstliche Intelli-  
1924 genz“ auf nationaler Ebene.  
1925  
1926 Im Rahmen eines Bürokratieabbaugesetzes III werden wir insbesondere die Statis-  
1927 tiktspflichten verringern. Wir schaffen Strukturen, die Neugründer und Nachfolger in  
1928 der Start- und Übergangsphase unterstützen. Europäische Vorgaben werden wir  
1929 nicht mit zusätzlichen bürokratischen Belastungen versehen. Auf europäischer Ebe-  
1930 ne setzen wir uns für die Einführung des Prinzips „One in, one out“ ein.

1931  
1932 Auch eine kohärente Regulierung und Aufsicht sollen dazu beitragen, Deutschlands  
1933 Rolle als einer der führenden Digitalisierungs- und FinTech-Standorte zu stärken. Wir  
1934 werden unnötige bürokratische Hemmnisse beseitigen und dafür sorgen, dass Ge-  
1935 schäfte mit gleichen Risiken auch gleich reguliert werden. Um das Potential der  
1936 Blockchain-Technologie zu erschließen und Missbrauchsmöglichkeiten zu verhin-  
1937 dern, wollen wir eine umfassende Blockchain-Strategie entwickeln und uns für einen  
1938 angemessenen Rechtsrahmen für den Handel mit Kryptowährungen und Token auf  
1939 europäischer und internationaler Ebene einsetzen. Die Möglichkeiten der bargeldlo-  
1940 sen Zahlung sollen im digitalen Zeitalter erweitert werden. Anonymes Bezahlen mit  
1941 Bargeld muss weiterhin möglich bleiben.

1942  
1943 Dort, wo erforderlich, werden wir das Kartellrecht modernisieren, um exzellente regu-  
1944 latorische Rahmenbedingungen für die deutsche und europäische Digitalwirtschaft  
1945 zu schaffen. Dazu gehören auch die Verfahrensbeschleunigung und eine Neufas-  
1946 sung der Marktabgrenzung, um der Entwicklung der Plattformökonomie Rechnung zu  
1947 tragen und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft sicherzustellen. Dazu  
1948 werden wir die Marktbeobachtung verstärken und durch spezialisiertes Personal in-  
1949 tensivieren.

1950  
1951 Unser Ziel sind starke deutsche und europäische Akteure der Plattformökonomie,  
1952 deshalb wollen wir vorhandene Hemmnisse abbauen. Wir setzen uns für ein level  
1953 playing field ein, dazu gehören auch die Rechte von Beschäftigten und Verbrau-  
1954 chern. Dazu werden wir die Mitwirkung der Plattformen einfordern.

1955  
1956 Mit Blick auf vergleichbare europäische Länderförderungen und im Interesse eines  
1957 level playing fields wollen wir eine Förderung von Games zur Entwicklung hochwertiger  
1958 digitaler Spiele einführen, um den Entwicklerstandort Deutschland zu stärken und  
1959 international wettbewerbsfähig zu machen.

1960  
1961 **Sicheres Leben in Deutschland – auch online**

1962 Damit Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Institutionen die Potenziale der  
1963 Digitalisierung wahrnehmen, braucht es ein grundlegendes Vertrauen in die Sicher-  
1964 heit und Vertraulichkeit von Kommunikation, Daten und IT-Strukturen.

1965  
1966 In einem Nationalen Pakt Cybersicherheit werden wir alle gesellschaftlich relevanten  
1967 Gruppen, Hersteller, Anbieter und Anwender sowie die öffentliche Verwaltung in ge-  
1968 meinsamer Verantwortung für digitale Sicherheit einbinden. Ein Cyberbündnis mit der  
1969 Wirtschaft soll bestehende Strukturen bündeln; die vertrauensvolle Zusammenarbeit  
1970 von Staat und Wirtschaft wird ausgebaut. Zur Abwehr von Gefahren des Cyberraums  
1971 werden wir die Sensibilisierung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Kleinunterneh-  
1972 men zielgruppenspezifisch intensivieren.

1973  
1974 Wir werden das IT-Sicherheitsgesetz fortschreiben und den Ordnungsrahmen erwei-  
1975 tern, um den neuen Gefährdungen angemessen zu begegnen. Wir wollen das BSI  
1976 als nationale Cybersicherheitsbehörde ausbauen und in seiner Rolle als unabhängige  
1977 und neutrale Beratungsstelle für Fragen der IT-Sicherheit stärken. Die Aufgaben  
1978 des BSI werden wir im BSI-Gesetz konkretisieren. Die Beratungs- und Unterstüt-  
1979 zungsangebote des BSI für Bund und Länder, für Unternehmen und Einrichtungen  
1980 sowie für Bürgerinnen und Bürger wollen wir ausbauen, den Verbraucherschutz als

- 1981 zusätzliche Aufgabe des BSI etablieren und das BSI als zentrale Zertifizierungs- und  
1982 Standardisierungsstelle für IT- und Cyber-Sicherheit stärken.
- 1983
- 1984 Wir wollen einfache und sichere Lösungen für die elektronische Identifizierung und  
1985 Ende-zu-Ende-Verschlüsselung für jedermann verfügbar machen und es den Bürge-  
1986 rinnen und Bürgern ermöglichen, verschlüsselt mit der Verwaltung über gängige  
1987 Standards zu kommunizieren (PGP/SMIME). Wir werden sicherheitsrelevante  
1988 Schlüsseltechnologien besser vor einem Ausverkauf oder einer Übernahme schützen  
1989 und die nationalen und europäischen Außenwirtschaftsinstrumente ergänzen.
- 1990
- 1991 Wir wollen die Verbreitung sicherer Produkte und des Entwicklungsprinzips „Security  
1992 by Design“ fördern. Zusammen mit der Wirtschaft werden wir IT-Sicherheitsstandards  
1993 für internetfähige Produkte entwickeln. Die Einhaltung dieser über die gesetzlichen  
1994 Mindeststandards hinausgehenden IT-Sicherheitsstandards werden wir Verbrauche-  
1995 rinnen und Verbrauchern mit einem Gütesiegel für IT-Sicherheit transparent machen.  
1996 Dabei muss gekennzeichnet werden, wie lange sie mit sicherheitsrelevanten Updates  
1997 versorgt werden. Die Hersteller und Anbieter digitaler Produkte und Dienstleistungen  
1998 müssen Sicherheitslücken bekanntmachen und schnellstmöglich beheben. Wir wer-  
1999 den klare Regelungen für die Produkthaftung in der digitalen Welt aufstellen. Risiko-  
2000 und Verantwortungssphären für Verbraucher, Hersteller, Provider werden wir dabei  
2001 ausgewogen abgrenzen und prüfen, wie wir den Rechtsrahmen für Versicherungs-  
2002 modelle gegen Cyber-Schäden verbessern können.
- 2003
- 2004 **Auf dem Weg in die digitale Verwaltung**
- 2005 Wir werden in einem digitalen Portal für Bürgerinnen und Bürger sowie für Unter-  
2006 nehmen einen einfachen, sicheren und auch mobilen Zugang zu allen Verwaltungs-  
2007 dienstleistungen ermöglichen. Dazu vernetzen wir geeignete zentrale und dezentrale  
2008 Verwaltungsportale in einem Portalverbund. In dem damit verknüpften Bürgerkonto  
2009 hat der Bürger Einblick, welche Daten beim Staat vorliegen, welche Behörde darauf  
2010 Zugriff genommen hat und kann den Umgang mit seinen persönlichen Daten steu-  
2011 ern. Für die Umsetzung des Gesetzes zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Ver-  
2012 waltungsleistungen (OZG) wollen wir 500 Millionen Euro zur Verfügung stellen.
- 2013
- 2014 Wir errichten eine E-Government-Agentur, die gemeinsam schneller als bisher für  
2015 alle föderalen Ebenen Standards sowie Pilotlösungen entwickelt. Die Initiative För-  
2016 derale IT-Kooperationen (FITKO) kann damit verbunden werden. Mit der Agentur  
2017 wollen wir einen Think Tank einrichten, regionale Open Government Labore ermögli-  
2018 chen und einen Incubator/Accelerator für innovative E-Government-Lösungen ansie-  
2019 deln.
- 2020
- 2021 In der Bundesregierung werden wir innovative Technologien wie Distributed Ledger  
2022 (Blockchain) erproben, so dass basierend auf diesen Erfahrungen ein Rechtsrahmen  
2023 geschaffen werden kann.
- 2024
- 2025 Wir werden alle bisherigen und zukünftigen Gesetze auf ihre Digitaltauglichkeit über-  
2026 prüfen und E-Government-fähig machen (Normen-Screening plus). Dazu gehört die  
2027 erneute, ehrgeizige Überprüfung der Schriftdruckformfordernisse. Außerdem wollen wir  
2028 verbindliche Regelungen für Standards, Systemarchitekturen und Interoperationalität.  
2029
- 2030 Die Bundesregierung wird einen Digitalrat berufen, der einen engen Austausch zwi-  
2031 schen Politik und nationalen sowie internationalen Experten ermöglicht.

2032  
2033 Wir führen eine vollständig elektronische Vorgangsbearbeitung in der öffentlichen  
2034 Verwaltung (E-Akte) zügig ein.

2035  
2036 Wir werden eine Beteiligungsplattform für alle veröffentlichten Gesetzentwürfe der  
2037 Bundesregierung schaffen, die der transparenten Beteiligung von Bürgern und Ver-  
2038 bänden dient und zu denen die Bundesregierung dann Stellung nimmt.

2039  
2040 Der elektronische Personalausweis wird zu einem universellen, sicheren und mobil  
2041 einsetzbaren Authentifizierungsmedium. Der praktische Einsatz muss deutlich benut-  
2042 zerfreundlicher werden. Wir wollen weitere private und öffentliche Einsatzbereiche  
2043 erschließen. Wir verankern eine Opt-in-Lösung, die das Zustimmungsrecht der Bür-  
2044 gerinnen und Bürger festschreibt. Damit ermöglichen wir Behörden, Daten über ge-  
2045 meinsame Register und eindeutige, registerübergreifende Identifikationen zu ver-  
2046 knüpfen („once only“-Prinzip). Wir werden die öffentlichen Register modernisieren  
2047 und dafür die Vorschläge des Normenkontrollrates prüfen.

2048  
2049 IT-Kompetenzen sollen eine stärkere Gewichtung in den Anforderungsprofilen und  
2050 damit bei der Einstellung und bei der Auswahl von Führungskräften bekommen. Wir  
2051 werden die Ausbildungs- und Studienordnungen der Verwaltungsausbildungen und  
2052 der Weiterbildungsangebote modernisieren. Wir wollen innovations- und mitarbeiter-  
2053 freundliche Arbeitsbedingungen mit wettbewerbsfähigen Löhnen, Gehältern und Auf-  
2054 stiegsmöglichkeiten schaffen.

2055  
2056 Die bereits begonnene IT Konsolidierung werden wir mit großem Einsatz fortführen  
2057 und die Steuerung und das Controlling des Projekts weiter verbessern. Die Bundes-  
2058 regierung stärkt die Rolle des IT-Beauftragten der Bundesregierung. Dieser managt  
2059 und steuert zentral die IT Konsolidierung, Standardisierung und Beschaffung. Die  
2060 Umwandlung des Informationstechnikzentrum Bund (ITZ Bund) in eine Anstalt des  
2061 öffentlichen Rechts werden wir zügig umsetzen und damit Planungssicherheit für die  
2062 Kundenbehörden schaffen.

2063  
2064 Die Daten der öffentlichen Verwaltung sollen der Bevölkerung grundsätzlich kosten-  
2065 frei zur Verfügung stehen. Damit kann auch ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung  
2066 innovativer Technologien und neuer Geschäftsmodelle geleistet werden.

### 2067 2068 **Daten – Rohstoff und sensibles Gut**

2069 Daten sind der Treibstoff für Innovationen und neue Dienste. Diese wollen wir ermög-  
2070 lichen und gleichzeitig den hohen und weltweit angesehenen Datenschutzstandard  
2071 Europas und Deutschlands halten.

2072  
2073 Um die Chancen und den Nutzen behördlicher Verwaltungsdaten für Wirtschaft und  
2074 Bürgerinnen und Bürger noch weiter zu verbessern, werden wir im Rahmen eines  
2075 zweiten Open Data Gesetzes die Bereitstellung von Open Data ausweiten.

2076  
2077 Wir wollen ein hohes Schutzniveau für die Vertraulichkeit von Kommunikationsdaten  
2078 bei der E-Privacy-Verordnung und zugleich den Spielraum für Innovation und digitale  
2079 Geschäftsmodelle erhalten. Wir wollen erreichen, dass z. B. Start-ups und Unter-  
2080 nehmen bei digitalen Innovationen einen beratenden Ansprechpartner für Daten-  
2081 schutzfragen erhalten und deutschlandweit geltende Entscheidungen einholen kön-  
2082 nen. Wir wollen ein Innovationsboard auf EU-Ebene einrichten, um konkrete Vor-

2083 schläge zur Weiterentwicklung der Europäischen Datenschutzregelungen zu erarbei-  
2084 ten.

2085  
2086 Wir wollen uns für eine Stärkung der Kompetenz der Nutzerinnen und Nutzer sowie  
2087 für mehr Transparenz und „Privacy by Default“ und „Privacy by Design“ auf Seiten  
2088 der Anbieter einsetzen und die Entwicklung von innovativem Einwilligungsmanage-  
2089 ment fördern und unterstützen.

2090  
2091 Wir setzen uns für eine innovationsfreundliche Anwendung der Datenschutzgrund-  
2092 verordnung ein. Verbraucher müssen ihre persönlichen Daten einfach und unkompli-  
2093 ziert von einer Plattform zu einer anderen Plattform transferieren können. Daher wol-  
2094 len wir die Datenportabilität und Interoperabilität sowie die Rechte der Nutzer stär-  
2095 ken.

2096  
2097 Diskriminierungsverbote der analogen Welt müssen auch in der digitalen Welt der  
2098 Algorithmen gelten. Wir setzen uns für Transparenz bei Online-Vergleichs- und Bera-  
2099 tungsportalen ein.

2100  
2101 Wir werden zeitnah eine Daten-Ethikkommission einsetzen, die Regierung und Par-  
2102 lament innerhalb eines Jahres einen Entwicklungsrahmen für Datenpolitik, den Um-  
2103 gang mit Algorithmen, künstlicher Intelligenz und digitalen Innovationen vorschlägt.  
2104 Die Klärung datenethischer Fragen kann Geschwindigkeit in die digitale Entwicklung  
2105 bringen und auch einen Weg definieren, der gesellschaftliche Konflikte im Bereich  
2106 der Datenpolitik auflöst.

2107  
2108 **Besseres Leben durch Fortschritt**  
2109 Wir werden das bestehende E-Health-Gesetz im Zuge technologischer Innovationen  
2110 im Dialog mit allen Akteuren weiterentwickeln und einen konkreten Aktionsplan bis  
2111 2020 mit Maßnahmen und Meilensteinen aufstellen. Als erste Maßnahme schaffen  
2112 wir die Möglichkeit, den Impfpass, den Mutterpass und das Untersuchungsheft digital  
2113 zu speichern, das Zahnbonusheft digital zu verwalten sowie die Möglichkeiten von  
2114 „Mobile Health“ zu nutzen. Außerdem wollen wir die Möglichkeit der digitalen Re-  
2115 zeptvergabe auch ohne Arztbesuch schaffen.

2116  
2117 Grundlagen für den sicheren Austausch sensibler Daten und Informationen sowie die  
2118 digitale Patientenakte sind eine verlässliche und vertrauenswürdige Telematikinfra-  
2119 struktur und höchste Datenschutz- und Datensicherheitsstandards. Die Nutzung der  
2120 digitalen Angebote erfolgt ausschließlich auf freiwilliger Basis (Opt-In).

2121  
2122 Gemeinsam mit den Ländern wollen wir die Vorteile von Smart City und Smart Rural  
2123 Area für die Menschen nutzbar machen. Dazu wollen wir ein Bundesprogramm  
2124 „Smarte Modellregionen“ auflegen, das insbesondere ländliche Regionen und mittlere  
2125 Städte in den Fokus rückt und die Vernetzung von Stadt und Umland verfolgt so-  
2126 wie den demografischen Wandel im ländlichen Raum gestalten hilft. Wir wollen mit  
2127 Smart Grids und der Smart Meter-Technologie eine nachhaltige Energieerzeugung  
2128 und -versorgung sicher und bedarfsgerecht gestalten. Wir wollen Städte und Regio-  
2129 nen dabei unterstützen, im Rahmen der Smart Cities Initiative der EU europäische  
2130 Projekte im Bereich Smart City zu initiieren und sich an internationalen Wettbewer-  
2131 ben zu beteiligen.

2132

2133 Wir wollen, dass Mobilität über alle Fortbewegungsmittel (z. B. Auto, ÖPNV, E-Bikes,  
2134 Car- und Ride Sharing, Ruftaxen) hinweg geplant, gebucht und bezahlt werden kann  
2135 und führen deshalb eine digitale Mobilitätsplattform ein, die neue und existierende  
2136 Mobilitätsangebote benutzerfreundlich miteinander vernetzt. Um dies zu erreichen,  
2137 müssen einheitliche, offene Standards entwickelt und eingehalten werden. Damit  
2138 können Echtzeitdaten über Verkehrsträger und -situation frei und zwischen allen öf-  
2139 fentlichen und privaten Betreibern von Verkehrssystemen und Anbietern von Informa-  
2140 tionssystemen ausgetauscht werden, um die Einführung von bundesweiten eTickets  
2141 zu ermöglichen.

2142  
2143 Wir wollen Ruf- und Bürgerbusse stärken und etwaige Regelungshindernisse beseiti-  
2144 gen. Wir wollen digital organisierte private Mitfahrgelegenheiten unterstützen (insbe-  
2145 sondere von Pendlern). Wir werden das Personenbeförderungsgesetz mit Blick auf  
2146 neue digitale Mobilitätsangebote modernisieren. Wir wollen einen Rechtsrahmen für  
2147 das autonome Fahren schaffen, der Datenschutz und Datensicherheit ebenso ge-  
2148 währleistet wie ein Höchstmaß an Sicherheit.

2149  
2150 Wir werden die Regelungen zur Interoperabilität in § 48 Telekommunikationsgesetz  
2151 (TKG) angesichts der veränderten Anforderungen an den digitalen Hörfunk weiter-  
2152 entwickeln, um das Digitalradio als niedrigschwelliges Medium zu stärken. Wir wer-  
2153 den unter Einbeziehung aller Akteure im Digitalradio Board Maßnahmen entwickeln,  
2154 um die Digitalisierung des Hörfunks weiter voranzutreiben.

2155  
2156 Wir werden prüfen, wie ein „Zivilgesellschaftliches Digitalisierungsprogramm“ für eh-  
2157 renamtliches Engagement ausgestaltet und auf den Weg gebracht werden könnte.  
2158 Dabei werden wir auch prüfen, wie die Finanzierung von zivil- und ehrenamtlichen  
2159 Initiativen mit gemeinnützigen Zwecken über in Deutschland ansässige Spenden-  
2160 oder Crowdfunding-Plattformen gefördert werden kann.

2161  
2162 Auch in politischen Parteien wollen wir digitale Möglichkeiten stärken, damit diese  
2163 digitale Beteiligung unabhängig vom Ortsprinzip auf der Höhe der Zeit anbieten kön-  
2164 nen. Wir werden prüfen, ob es hierfür eine Änderung der rechtlichen Grundlagen be-  
2165 darf.

2166  
2167 Wir wollen innerhalb des Bundesfreiwilligendienstes eine neue Variante analog zum  
2168 „Freiwilligen Sozialen Jahr Digital“ einführen, bei dem Menschen ihre technischen  
2169 Fertigkeiten und Fähigkeiten in den Dienst von gemeinnützigen Einrichtungen stel-  
2170 len.

2171  
2172 Wir erkennen die wachsende Bedeutung der E-Sport-Landschaft in Deutschland an.  
2173 Da E-Sport wichtige Fähigkeiten schult, die nicht nur in der digitalen Welt von Bedeu-  
2174 tung sind, Training und Sportstrukturen erfordert, werden wir E-Sport künftig voll-  
2175 ständig als eigene Sportart mit Vereins- und Verbandsrecht anerkennen und bei der  
2176 Schaffung einer olympischen Perspektive unterstützen.

## 2177 2178 **Digitales Europa**

2179 Die Wettbewerbsfähigkeit Europas hängt entscheidend von der Verwirklichung des  
2180 einheitlichen digitalen Binnenmarkts ab. Deshalb wollen wir grundsätzlich auf einsei-  
2181 tige, nationale Regulierungen verzichten, um die europaweite Umsetzung von digita-  
2182 len Geschäftsmodellen zu erleichtern. Wir streben an, die Freizügigkeit von Daten als  
2183 fünfte Dimension der Freizügigkeit zu verankern.



2184  
2185 Im Rahmen der Zukunftsdebatte um Europa wollen wir auch eine Diskussion über die  
2186 Zuständigkeitsverteilung zwischen der europäischen Ebene und der Ebene der Mit-  
2187 gliedstaaten anstoßen, die die vordringliche Verwirklichung des einheitlichen Bin-  
2188 nenmarkts in den Branchen ermöglicht, in denen eine besonders hohe Wertschöp-  
2189 fung durch Digitalisierung absehbar ist.  
2190  
2191 Wir werden darauf achten, das europäische Innovation am Markt eine faire Chance  
2192 erhält und die Regeln des Binnenmarktes helfen, Beschäftigung, Rechtsstaatlichkeit,  
2193 Demokratie und die Ausübung von Grundrechten der Bürgerinnen und Bürger zu  
2194 stärken.  
2195  
2196 Wir werden auch im Trilog die Revision der Richtlinie über audiovisuelle Medien-  
2197 dienste in enger Abstimmung mit den Ländern vorantreiben und die gemeinsamen  
2198 Ziele (insbesondere die Einbeziehung von sozialen Netzwerken) zur Schaffung eines  
2199 Single Market im Audio-Visuellen-Bereich umsetzen. Die Weiterentwicklung des Ur-  
2200 heberrechts auf europäischer Ebene soll im Sinne eines fairen Ausgleichs der Inte-  
2201 ressen gestaltet werden.  
2202  
2203 An der gesetzlichen Verankerung der Netzneutralität halten wir fest. Netzneutralität  
2204 und diskriminierungsfreier Netzzugang sind entscheidend für das offene und freie  
2205 Internet sowie für Teilhabe, Innovation und fairen Wettbewerb. Die nach europarecht-  
2206 lichen Vorgaben möglichen Ausnahmen vom Prinzip der Netzneutralität müssen eng  
2207 begrenzt bleiben. Sie müssen streng beaufsichtigt werden. Die Einschränkung der  
2208 Netzneutralität kann auch die inhaltliche Vielfalt beeinträchtigen. Daher soll die Regu-  
2209 lierungsbehörde eng mit den Medienanstalten der Länder zusammenarbeiten und  
2210 diese in die Aufsicht über die Medienvielfalt einbeziehen.  
2211  
2212 Bei der Revision der E-Commerce-Richtlinie werden wir prüfen, ob es – vor dem Hin-  
2213 tergrund der Rechtsprechung des EuGH – eine Weiterentwicklung der Hostprovider-  
2214 haftung und einer Konkretisierung des Notice-and-Takedown-Verfahrens bedarf. Am  
2215 Grundsatz der bewährten abgestuften Haftungsprivilegierung halten wir fest.  
2216  
2217 Eine Verpflichtung von Plattformen zum Einsatz von Upload-Filtern, um von Nutzern  
2218 hochgeladene Inhalte nach urheberrechtsverletzenden Inhalten zu „filtern“, lehnen  
2219 wir als unverhältnismäßig ab. Negative Auswirkungen auf kleinere und mittlere Ver-  
2220 lage müssen vermieden werden. Die Daten-Souveränität werden wir auf europäi-  
2221 scher Ebene im Rahmen der E-Privacy-Verordnung stärken.  
2222  
2223 Wir werden die Weiterentwicklung innovativer Rundfunksysteme im digitalen Zeitalter  
2224 auch auf europäischer Ebene absichern (Sicherung Übertragungskapazitäten, 5G).  
2225  
2226 Wir setzen uns für eine Interoperabilitätsverpflichtung für Digitalradiogeräte auch auf  
2227 europäischer Ebene ein.  
2228  
2229 Im digitalen Zeitalter sind universelle Spielregeln wichtig. Um den Grundrechtesschutz  
2230 auch im digitalen Zeitalter sicherzustellen, begleitet die Bundesregierung das Projekt  
2231 einer europäischen digitalen Grundrechtecharta. Durch diese Charta sollen die  
2232 Chancen und Risiken der Digitalisierung zu einem gerechten Ausgleich gebracht  
2233 werden.

2234 **V. Gute Arbeit, breite Entlastung und soziale Teilhabe sichern**

2235

2236 **1. Gute Arbeit**

2237 Wir bekennen uns zum Ziel der Vollbeschäftigung. Dazu gehört auch, dass Men-  
2238 schen, die schon sehr lange arbeitslos sind, wieder eine Perspektive auf dem Ar-  
2239 beitsmarkt eröffnet wird.

2240

2241 Mit einem ganzheitlichen Ansatz wollen wir die Qualifizierung, Vermittlung und Rein-  
2242 tegration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt vorantreiben. Unser Ziel ist,  
2243 bei der Betreuung der Langzeitarbeitslosen die ganze Familie in den Blick zu neh-  
2244 men.

2245

2246 Die Teilhabe am Arbeitsmarkt erfolgt dabei sowohl auf dem ersten Arbeitsmarkt als  
2247 auch auf dem sozialen Arbeitsmarkt z. B. durch Lohnkostenzuschüsse. Das schließt  
2248 Arbeitgeber der freien Wirtschaft, gemeinnützige Einrichtungen und Kommunen ein.  
2249 Bei den sozialversicherungspflichtig bezuschussten Arbeitsverhältnissen im sozialen  
2250 Arbeitsmarkt orientiert sich der Zuschuss am Mindestlohn. Dazu schaffen wir u. a. ein  
2251 neues unbürokratisches Regelinstrument im Sozialgesetzbuch II „Teilhabe am Ar-  
2252 beitsmarkt für alle“. Wir stellen uns eine Beteiligung von bis zu 150.000 Menschen  
2253 vor. Die Finanzierung erfolgt über den Eingliederungstitel, den wir hierfür um vier Mil-  
2254 liarden Euro im Zeitraum 2018 bis 2021 aufstocken werden. Wir ermöglichen außer-  
2255 dem den Passiv-Aktiv-Transfer in den Ländern. Der Bund stellt dazu die eingespar-  
2256 ten Passiv-Leistungen zusätzlich für die Finanzierung der Maßnahmen zur Verfü-  
2257 gung.

2258

2259 Wir erhöhen die Restmittelübertragung für das Sozialgesetzbuch II auf 400 Millionen  
2260 Euro jährlich und entfristen die Regelung.

2261

2262 Lebensbegleitendes Lernen wird eine Grundvoraussetzung sein, um der Digitalisie-  
2263 rung der Wirtschafts- und Arbeitswelt erfolgreich zu begegnen. Die arbeitsmarkt- und  
2264 bildungspolitischen Instrumente der Fachkräftesicherung wollen wir enger verzahnen.  
2265 Wir begrüßen die vielfältigen Anstrengungen, die bereits heute von den Sozialpart-  
2266 nern und in den Unternehmen unternommen werden, um eine zeitgemäße betriebli-  
2267 che Weiterbildung der Mitarbeiter zu ermöglichen. Mit dem Ziel, breiten Bevölke-  
2268 rungsteilen einen beruflichen Aufstieg zu erleichtern, die Fachkräftebasis zu stärken  
2269 und die Beschäftigungsfähigkeit in einer sich wandelnden Arbeitswelt nachhaltig zu  
2270 fördern, wollen wir gemeinsam mit den Sozialpartnern und in enger Abstimmung mit  
2271 den Ländern (und allen anderen Akteuren) eine Nationale Weiterbildungsstrategie  
2272 entwickeln. Ein Ziel ist, alle Weiterbildungsprogramme des Bundes und der Länder  
2273 zu bündeln, sie entlang der Bedarfe der Beschäftigten und der Unternehmen auszu-  
2274 richten und eine neue Weiterbildungskultur zu etablieren. Über die Bundesagentur  
2275 für Arbeit erhalten alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein Recht auf Weiterbil-  
2276 dungsberatung.

2277

2278 Innerhalb von drei Monaten nach entstandener Arbeitslosigkeit soll die Bundesagen-  
2279 tur für Arbeit mit den betroffenen Menschen Maßnahmen entwickeln, um ihre Be-  
2280 schäftigungsfähigkeit nachhaltig zu fördern.

2281

2282 Wir werden die Anspruchsvoraussetzung für die Förderung der beruflichen Weiterbil-  
2283 dung im § 81 Sozialgesetzbuch III im Sinne von Erweiterungsqualifizierungen anpas-  
2284 sen. Dabei muss sich die Weiterbildung an den Bedarfen der Beschäftigten und Ar-

2285 beitslosen, der Wirtschaft und des regionalen Arbeitsmarktes orientieren. Dazu wol-  
2286 len wir die bestehenden Instrumente evaluieren.  
2287  
2288 Wir wollen die Arbeitsmarktinstrumente stärker auf die digitale Weiterbildung ausrich-  
2289 ten und wir wollen finanzielle Anreize für die Weiterbildung schaffen. Zusätzlich wol-  
2290 len wir die bestehende Allianz für Aus- und Weiterbildung stärker auf die digitale Fort-  
2291 und Weiterbildung ausrichten.  
2292  
2293 Wir werden das allgemeine Initiativrecht der Betriebsräte für Weiterbildung stärken.  
2294 Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber und Betriebsrat haben über Maßnahmen der Be-  
2295 rufsbildung zu beraten. Können sich beide nicht verständigen, kann jede Seite einen  
2296 Moderator anrufen mit dem Ziel, eine Einigung zu erreichen. Ein Einigungszwang  
2297 besteht nicht.  
2298  
2299 Durch einen erleichterten Datenaustausch einschließlich der Schülerdaten soll die  
2300 Transparenz am Übergang von der Schule in Ausbildung erhöht und die Zusammen-  
2301 arbeit der beteiligten Institutionen verbessert werden, um so einen erfolgreichen be-  
2302 ruflichen Werdegang zu unterstützen. Dies ist z. B. für die Jugendberufsagenturen  
2303 wichtig, um den Übergang von der Schule in den Beruf erfolgreich begleiten zu kön-  
2304 nen.  
2305  
2306 Die Gruppe der schwer zu erreichenden Jugendlichen soll in dieser Legislaturperiode  
2307 im Fokus stehen. Für eine Anwendung des § 16h Sozialgesetzbuch II wollen wir ab  
2308 2019 50 Millionen Euro jährlich zur Verfügung stellen.  
2309  
2310 Auch die Leistungen für Bildung und Teilhabe werden wir verbessern, Hemmnisse  
2311 der Inanspruchnahme beseitigen, die Wirkung prüfen und gezielt erhöhen. Leistun-  
2312 gen sollen künftig möglichst pauschal abgerechnet werden. Dort wo es möglich ist,  
2313 wollen wir Einzelanträge reduzieren und z. B. Schulen ermöglichen, gesammelte An-  
2314 träge für die berechtigten Kinder diskriminierungsfrei zu stellen. Unter anderem soll  
2315 hierzu das Schulstarterpaket aufgestockt werden. Die Eigenanteile zur gemeinschaft-  
2316 lichen Mittagsverpflegung in Kitas und Schulen und für Schülerbeförderung entfallen.  
2317 Im Rahmen des bestehenden Teilhabepaketes soll allgemeine Lernförderung auch  
2318 dann möglich sein, wenn die Versetzung nicht unmittelbar gefährdet ist.  
2319  
2320 Wir werden prüfen, wie die bei Wahrnehmung des Umgangsrechts zusätzlich entste-  
2321 henden Bedarfe bei der Leistungsgewährung künftig einfacher berücksichtigt werden  
2322 können. Damit entlasten wir Alleinerziehende.  
2323  
2324 Wir wollen die Selbstverwaltung stärken und gemeinsam mit den Sozialpartnern die  
2325 Sozialwahlen modernisieren.  
2326  
2327 Das Zeitalter der Digitalisierung wollen wir als Chance für mehr und bessere Arbeit  
2328 nutzen. Wir wollen deshalb neue Geschäftsmodelle fördern und gleichzeitig die Ta-  
2329 rifbindung stärken.  
2330  
2331 Wir wollen die Gründung und Wahl von Betriebsräten erleichtern. Dazu werden wir  
2332 das vereinfachte Wahlverfahren für alle Betriebe mit 5 bis 100 wahlberechtigten Ar-  
2333 beitnehmerinnen und Arbeitnehmern verpflichtend machen. Für Betriebe mit 101 bis  
2334 200 wahlberechtigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ermöglichen wir die  
2335 Wahl zwischen dem vereinfachten und allgemeinen Wahlverfahren.

2336  
2337 Wir setzen uns dafür ein, dass auch bei grenzüberschreitenden Sitzverlagerungen  
2338 von Gesellschaften die nationalen Vorschriften über die Mitbestimmung gesichert  
2339 werden.  
2340  
2341 Wir wollen den Missbrauch bei den Befristungen abschaffen. Deshalb dürfen Arbeit-  
2342 geber mit mehr als 75 Beschäftigten nur noch maximal 2,5 Prozent der Belegschaft  
2343 sachgrundlos befristen. Bei Überschreiten dieser Quote gilt jedes weitere sachgrund-  
2344 los befristete Arbeitsverhältnis als unbefristet zustande gekommen. Die Quote ist je-  
2345 weils auf den Zeitpunkt der letzten Einstellung ohne Sachgrund zu beziehen.  
2346  
2347 Die Befristung eines Arbeitsvertrages ohne Vorliegen eines sachlichen Grundes ist  
2348 nur noch für die Dauer von 18 statt bislang von 24 Monaten zulässig, bis zu dieser  
2349 Gesamtdauer ist auch nur noch eine einmalige statt einer dreimaligen Verlängerung  
2350 möglich.  
2351  
2352 Wir wollen nicht länger unendlich lange Ketten von befristeten Arbeitsverhältnissen  
2353 hinnehmen. Eine Befristung eines Arbeitsverhältnisses ist dann nicht zulässig, wenn  
2354 mit demselben Arbeitgeber bereits zuvor ein unbefristetes oder ein oder mehrere be-  
2355 fristete Arbeitsverhältnisse mit einer Gesamtdauer von fünf oder mehr Jahren be-  
2356 standen haben. Wir sind uns darüber einig, dass eine Ausnahmeregelung für den  
2357 Sachgrund nach § 14 Abs. 1 Nr. 4 Teilzeit- und Befristungsgesetz wegen der Eigen-  
2358 art des Arbeitsverhältnisses (Künstler, Fußballer) zu treffen ist.  
2359  
2360 Auf die Höchstdauer von fünf Jahren wird bzw. werden auch eine oder mehrere vor-  
2361 herige Entleihung(en) des nunmehr befristet eingestellten Arbeitnehmers durch ein  
2362 oder mehrere Verleihunternehmen angerechnet. Ein erneutes befristetes Arbeitsver-  
2363 hältnis mit demselben Arbeitgeber ist erst nach Ablauf einer Karenzzeit von drei Jah-  
2364 ren möglich.  
2365  
2366 Wir werden über eine Tariföffnungsklausel im Arbeitszeitgesetz Experimentieräume  
2367 für tarifgebundene Unternehmen schaffen, um eine Öffnung für mehr selbstbestimm-  
2368 te Arbeitszeit der Arbeitnehmer und mehr betriebliche Flexibilität in der zunehmend  
2369 digitalen Arbeitswelt zu erproben. Auf Grundlage von diesen Tarifverträgen kann  
2370 dann mittels Betriebsvereinbarungen insbesondere die Höchstarbeitszeit wöchentlich  
2371 flexibler geregelt werden.  
2372  
2373 Arbeit auf Abruf nimmt zu. Wir wollen jedoch sicherstellen, dass die Arbeitnehmerin-  
2374 nen und Arbeitnehmer ausreichend Planungs- und Einkommenssicherheit in dieser  
2375 Arbeitsform haben. Deshalb werden wir gesetzlich festschreiben, dass der Anteil ab-  
2376 zurufender und zu vergütender Zusatzarbeit die vereinbarte Mindestarbeitszeit um  
2377 höchstens 20 Prozent unterschreiten und 25 Prozent überschreiten darf. Fehlt eine  
2378 Vereinbarung zur wöchentlichen Arbeitszeit gilt eine Arbeitszeit von 20 Stunden. Im  
2379 Krankheitsfall und an Feiertagen werden wir den Durchschnittsverdienst der letzten  
2380 drei Monate als verpflichtende Grundlage festschreiben.  
2381  
2382 Wir wollen das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz 2020 evaluieren.  
2383  
2384 Wir wollen einen Rahmen schaffen, in dem Unternehmen, Beschäftigte und die Tarif-  
2385 partner den vielfältigen Wünschen und Anforderungen in der Arbeitszeitgestaltung  
2386 gerecht werden können. Wir wollen Familien in ihrem Anliegen unterstützen, mehr

2387 Zeit füreinander zu haben und die Partnerschaftlichkeit zu stärken. Wir werden dazu  
2388 Modelle entwickeln, mit denen mehr Spielraum für Familienzeit geschaffen werden  
2389 kann.

2390  
2391 Im Teilzeit- und Befristungsrecht wird ein Recht auf befristete Teilzeit eingeführt. Ins-  
2392 besondere für Frauen ist es wichtig, nach einer Familienphase ihre beruflichen Pläne  
2393 voll verwirklichen zu können. Gegenüber dem Referentenentwurf zur Weiterentwick-  
2394 lung des Teilzeitrechts werden folgende Änderungen vereinbart:

- 2395 1. Es besteht kein Anspruch auf Verlängerung oder Verkürzung der Arbeitszeit oder  
2396 vorzeitige Rückkehr zur früheren Arbeitszeit während der zeitlich begrenzten  
2397 Teilzeitarbeit.
- 2398 2. Der neue Teilzeitananspruch nach diesem Gesetz gilt nur für Unternehmen, die in  
2399 der Regel insgesamt mehr als 45 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen.
- 2400 3. Für Unternehmensgrößen von 46 bis 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird  
2401 eine Zumutbarkeitsgrenze eingeführt, dass lediglich einem pro angefangenen 15  
2402 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Anspruch gewährt werden muss. Bei der Be-  
2403 rechnung der zumutbaren Zahlen an Freistellungen werden die ersten 45 Mitar-  
2404 beiterinnen und Mitarbeiter mitgezählt. Bei Überschreitung dieser Grenze kann  
2405 der Arbeitgeber einen Antrag ablehnen.
- 2406 4. Der Arbeitgeber kann eine befristete Teilzeit ablehnen, wenn diese ein Jahr un-  
2407 ter- oder fünf Jahre überschreitet. Die Tarifvertragsparteien erhalten die Möglich-  
2408 keit, hiervon abweichende Regelungen zu vereinbaren.
- 2409 5. Nach Ablauf der zeitlich begrenzten Teilzeitarbeit kann die Arbeitnehmerin oder  
2410 der Arbeitnehmer frühestens nach einem Jahr eine erneute Verringerung der Ar-  
2411 beitszeit verlangen.

2412  
2413 Angesichts der Herausforderungen und Veränderungen durch die Digitalisierung und  
2414 die Globalisierung in unserer Gesellschaft wollen wir eine neue Arbeitsweltberichter-  
2415 stattung entwickeln, die Sozialstaatsforschung wieder verstärken und die sozialpart-  
2416 nerschaftlich ausgerichtete „Initiative Neue Qualität der Arbeit“ fördern und fortentwi-  
2417 ckeln.

2418 Wir wollen den Sozialstaat modernisieren und fortlaufend an neue Herausforderun-  
2419 gen anpassen. Dazu wollen wir u. a. die gesetzliche Unfallversicherung und das Be-  
2420 rufskrankheitenrecht weiterentwickeln.

2421  
2422 Wir wollen den Arbeitsschutz insbesondere mit Blick auf die Herausforderungen der  
2423 Digitalisierung überprüfen. Die vorliegenden Studien der Bundesanstalt für Arbeits-  
2424 schutz und Arbeitsmedizin, besonders mit Blick auf psychische Erkrankungen, sollen  
2425 dazu ausgewertet werden.

2426  
2427 Um weltweit gute Arbeit zu fördern und soziale Ungleichheit abzubauen, wollen wir  
2428 die internationale Zusammenarbeit im Rahmen der Vereinten Nationen – insbeson-  
2429 dere der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) – vertiefen und die Zusammenar-  
2430 beit in den G7 und G20 im Bereich der Beschäftigungs- und Sozialpolitik weiter vo-  
2431 ranbringen. Unsere Strategie zur Bekämpfung von Zwangsarbeit, Kinderarbeit und  
2432 Arbeitsausbeutung soll fortgesetzt, verstetigt und intensiviert werden.

## 2433 **2. Entlastung der Bürgerinnen und Bürger bei Steuern und Sozialabgaben**

2434 Wir werden insbesondere untere und mittlere Einkommen beim Solidaritätszuschlag  
2435 entlasten. Wir werden den Solidaritätszuschlag schrittweise abschaffen und ab dem  
2436 Jahr 2021 mit einem deutlichen ersten Schritt im Umfang von zehn Milliarden Euro  
2437

2438 beginnen. Dadurch werden rund 90 Prozent aller Zahler des Solidaritätszuschlags  
2439 durch eine Freigrenze (mit Gleitzzone) vollständig vom Solidaritätszuschlag entlastet.  
2440  
2441 Wir werden die Steuerbelastung der Bürger nicht erhöhen. Wir halten an der bewähr-  
2442 ten Übung fest, alle zwei Jahre einen Bericht zur Entwicklung der kalten Progression  
2443 vorzulegen und den Einkommensteuertarif im Anschluss entsprechend zu bereini-  
2444 gen. Wir prüfen zudem eine Anpassung der pauschalen Steuerfreibeträge für Men-  
2445 schen mit einer Behinderung.  
2446  
2447 Geringverdienerinnen und Geringverdiener werden wir bei Sozialbeiträgen entlasten  
2448 (Ausweitung Midi-Jobs). Dabei wird sichergestellt, dass die geringeren Rentenversi-  
2449 cherungsbeiträge nicht zu geringeren Rentenleistungen im Alter führen.  
2450  
2451 Wir werden den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung um 0,3 Prozentpunkte  
2452 senken.

2453 **VI. Erfolgreiche Wirtschaft für den Wohlstand von morgen**

2454

2455 **1. Wirtschaft**

2456 Die deutsche Wirtschaft ist in guter Verfassung. Das Gütesiegel „Made in Germany“  
2457 steht für alles, was die Wirtschaft dieses Landes ausmacht: Ideen, Innovationen und  
2458 Qualität. Damit das so bleibt, muss die Wirtschaft durch Stärkung von privaten und  
2459 öffentlichen Investitionen, durch Stärkung der Innovationen und einen verbesserten  
2460 Transfer der wissenschaftlichen Erkenntnisse in hochwertige Produkte und Verfah-  
2461 ren, durch weitere Modernisierung der Infrastruktur und gezielte Qualifikation der Be-  
2462 schäftigten zukunftsfest gemacht werden. Auch in Zukunft wollen wir unsere interna-  
2463 tionale Wettbewerbsfähigkeit sichern. Deutschland braucht ein weltweit wettbewerbs-  
2464 fähiges Steuer- und Abgabensystem. Offene Märkte und freier und fairer Handel sind  
2465 Grundlagen für Wachstum und Beschäftigung, Protektionismus lehnen wir ab. Wir  
2466 setzen uns im Rahmen der Welthandelsorganisation für ein regelbasiertes, multilate-  
2467 rales Handelssystem ein.

2468

2469 Die Soziale Marktwirtschaft ist der Motor, der unser Land wirtschaftlich nach vorn  
2470 gebracht hat. Digitalisierung, Globalisierung, Klimawandel und abnehmender gesell-  
2471 schaftlicher Zusammenhalt stellen uns vor zahlreiche Herausforderungen. Wir wollen  
2472 mit Hilfe der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, wie fairen Wettbewerb, Unter-  
2473 nehmerversantwortung, Sozialpartnerschaft, Mitbestimmung und gerechter Verteilung  
2474 des erwirtschafteten Wohlstands, die Voraussetzungen dafür schaffen, dass wir auch  
2475 in zehn, fünfzehn Jahren noch Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung haben. Ei-  
2476 ne starke Wirtschaft bedeutet für uns immer auch, dass alle gerecht an den Erfolgen  
2477 beteiligt werden. Wir brauchen ehrbare Kaufleute als Vorbilder unternehmerischen  
2478 Handelns. Eigentum und Haftung gehören dabei zusammen.

2479

2480 Inklusives Wachstum schafft die Voraussetzungen dafür, dass alle an den Erfolgen  
2481 beteiligt werden. Eine funktionierende Sozialpartnerschaft ist eine wichtige Grundla-  
2482 ge für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands. Ein ökonomisch starkes, innovatives,  
2483 zukunftsorientiertes Europa ist für uns politisch und ökonomisch von zentraler Bedeu-  
2484 tung. Eine der zentralen Grundlagen dafür ist ein funktionierender EU-Binnenmarkt,  
2485 den wir sichern und weiterentwickeln müssen. Ein zentrales Ziel muss dabei sein,  
2486 den digitalen Binnenmarkt in Europa endlich zu vollenden. Wir brauchen gemeinsa-  
2487 me Anstrengungen einer koordinierten Industrie- und Forschungspolitik, um Wettbe-  
2488 werbsfähigkeit und Innovationsfähigkeit im internationalen Standortwettbewerb zu  
2489 sichern.

2490

2491 Wir werden mit Frankreich konkrete Schritte zur Verwirklichung eines deutsch-  
2492 französischen Wirtschaftsraums mit einheitlichen Regelungen vor allem im Bereich  
2493 des Unternehmens- und Konkursrechts und zur Angleichung der Bemessungsgrund-  
2494 lage der Körperschaftsteuer vereinbaren. Gemeinsam mit Frankreich werden wir uns  
2495 für eine entsprechende Harmonisierung der Regelungen zur Vollendung des europä-  
2496 ischen Binnenmarkts einsetzen.

2497

2498 Eine gute Zukunft braucht Investitionen und Innovationen. Investitionen in die Infra-  
2499 struktur und in Schlüsseltechnologien müssen daher oben auf der Agenda stehen.  
2500 Sie sind wichtig für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Jetzt geht es aber  
2501 auch zusätzlich um Investitionen in Vernetzungs- und Digitalisierungsstrategien, um  
2502 moderne Geschäfts- und Managementprozesse, eine moderne, schlanke öffentliche

2503 Verwaltung, um Investitionen in Forschung und Entwicklung und die Qualifikation der  
2504 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

2505  
2506 Digitalisierung ist der ökonomische Basistrend unserer Zeit. Über Länder-, Sektoren-,  
2507 Markt- und Unternehmensgrenzen hinweg findet eine immer intensivere technische  
2508 und ökonomische Vernetzung statt. Die daraus gerade für Deutschland entstehenden  
2509 Wachstumschancen sind groß, vor allem im Bereich Wirtschaft 4.0. Diese Chan-  
2510 cen werden wir nur nutzen können, wenn wir die digitale Transformation aktiv gestal-  
2511 ten, die dafür notwendigen Infrastrukturen bereitstellen und eine digitale Ordnungs-  
2512 politik entwickeln. Insbesondere die Digitalisierung und Wirtschaft 4.0 bringen eine  
2513 neue Arbeitswelt mit neuen Qualifikationsanforderungen mit sich. Bildung, Ausbil-  
2514 dung und Weiterbildung sind Schlüsselemente, um den Wandel der Industrie, der  
2515 Unternehmen und Beschäftigten zukunftsfähig zu machen.

2516  
2517 Wir brauchen eine zukunftsorientierte Industriepolitik als Antwort auf den stattfindenden  
2518 Strukturwandel. In Deutschland und Europa ist das Ziel, auf den entscheidenden  
2519 Technologiefeldern der Zukunft über eigene Forschungs-, Produktions- und Kompe-  
2520 tenzstrukturen zu verfügen.

2521  
2522 Kommunale und andere öffentliche Unternehmen sind wichtige Säulen der Sozialen  
2523 Marktwirtschaft und der Daseinsvorsorge. Sie bieten sichere und gute Arbeit, stärken  
2524 die regionale Identität und sind unverzichtbar für die Bereitstellung öffentlicher Güter.  
2525 Sie sind von großer Bedeutung für die lokale Wertschöpfung. Dabei muss die Wett-  
2526 bewerbsgleichheit zwischen öffentlichen und privaten Unternehmen sichergestellt  
2527 werden.

2528  
2529 Mit einem kohärenten Zusammenspiel von privaten und öffentlichen Investitionen,  
2530 einer Stärkung der Innovationskraft der Unternehmen, dem gezielten Ausbau moder-  
2531 ner Infrastrukturen und einer Qualifikationsoffensive wollen wir, dass Deutschland  
2532 auch in den nächsten Jahren auf Wachstumskurs bleibt und somit die Bedingungen  
2533 für mehr Beschäftigung weiter verbessert werden. Unser Ziel ist Vollbeschäftigung.  
2534 Insbesondere Langzeitarbeitslose gilt es, besser zu fördern und zu aktivieren und  
2535 ihnen den (Wieder-)Einstieg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Die Veränderung  
2536 der Arbeitswelt führt dazu, dass neue Flexibilitätskonsense in der Arbeit notwendig  
2537 werden. Die Sozialabgaben wollen wir im Interesse von Arbeitnehmerinnen und Ar-  
2538 beitnehmern sowie Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern bei unter 40 Prozent stabili-  
2539 sieren.

2540  
2541 **Industrie**

2542 Deutschland hat mit einem Anteil von 24 Prozent der Bruttowertschöpfung eine star-  
2543 ke und leistungsfähige Industrie. Sie ist Träger von Investition, Innovation und Be-  
2544 schäftigung und der harte Kern des deutschen Wirtschaftsstandortes. Diese Stärke  
2545 unserer Industrie und der Erhalt möglichst vollständiger Wertschöpfungsketten am  
2546 Standort Deutschland sind wichtige Fundamente unserer Wettbewerbsfähigkeit und  
2547 eines breiten gesellschaftlichen Wohlstands. Wir wollen die in Deutschland beste-  
2548 henden geschlossenen Wertschöpfungsketten von der energieintensiven Grundstoff-  
2549 industrie bis zur Herstellung von High-Tech-Produkten erhalten und ausbauen,  
2550 ebenso die gewachsenen Clusterstrukturen aus leistungsfähigen Klein-, Mittel- und  
2551 Großunternehmen und Forschungseinrichtungen. Bei der Weiterentwicklung der  
2552 Rahmenbedingungen gilt es, Kosteneffizienz und Verhältnismäßigkeit zu gewährleis-  
2553 ten sowie „Carbon Leakage“ zu verhindern. Dazu brauchen die Unternehmen Pla-



2554 nungs- und Rechtssicherheit im Planungs- und Umweltrecht, z. B. durch schnellere,  
2555 einfachere Genehmigungsverfahren und eine konsequente 1:1-Umsetzung von EU-  
2556 Vorgaben.

2557  
2558 Die Digitalisierung der Produktionsprozesse, die Modernisierung der Mobilität und die  
2559 Nutzung vollkommen neuer Materialien und Produktionstechnologien werden Wert-  
2560 schöpfungsketten nachhaltig verändern und neue, datenbasierte Geschäftsmodelle  
2561 hervorbringen. Notwendig ist eine zukunftsorientierte Industriepolitik für die Trans-  
2562 formation in eine digitale, nachhaltige und wachstumsorientierte Wirtschaft und Ge-  
2563 sellschaft.

2564  
2565 Um die ehrgeizigen umwelt- und klimaschutzpolitischen Ziele zu erreichen, brauchen  
2566 wir moderne Produkte und Verfahren. Wir wollen ein Förderprogramm Dekarbonisie-  
2567 rung in der Industrie auflegen. Es dient der langfristigen Sicherung des Industrie-  
2568 standorts Deutschland, stärkt die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Un-  
2569 ternehmen und schafft zukunftsfähige Arbeitsplätze in Deutschland.

2570  
2571 Wir wollen das Bündnis „Zukunft der Industrie“ und die Branchendialoge fortsetzen,  
2572 um wesentliche industriepolitische Belange auch künftig unter Beteiligung von Sozi-  
2573 alpartnern, Wissenschaft und Gesellschaft zu erörtern und abzustimmen.

2574  
2575 Wir stehen mit intelligenten Fabriken am Beginn der vierten industriellen Revolution.  
2576 Deutschland hat sich in den letzten Jahren weltweit als führendes Land im Bereich  
2577 Industrie 4.0 positioniert. Zu diesem Zweck wollen wir die Aktivitäten der Plattform  
2578 Industrie 4.0 ausbauen und dabei auch spezifische Zukunftsthemen aufgreifen. Zent-  
2579 rale Ziele sind u. a. die Schaffung offener und interoperabler Standards für Indust-  
2580 rie 4.0 und tragfähige Lösungen für die IT-Sicherheit.

2581  
2582 Um in der Digitalisierung erfolgreich zu sein, müssen Europa und Deutschland si-  
2583 cherstellen, dass digitale Technologien und das Know-how in Wirtschaft, Wissen-  
2584 schaft, Produktion und Verfahren vorhanden sind. Dazu wollen wir den Aufbau von  
2585 digitalen Schlüsseltechnologien, digitalen Forschungs- und Entwicklungszentren ge-  
2586 zielt unterstützen. Es bedarf einer engen Koordination und Kooperation von europäi-  
2587 schen und nationalen Initiativen.

2588  
2589 Wir wollen die bestehenden Technologieprogramme für anwendungsnahe Forschung  
2590 zur Förderung digitaler Spitzentechnologien wie Quantencomputing, Robotik, auto-  
2591 nome Systeme, Augmented Reality (3D Virtualisierung), Blockchain, Visible Light  
2592 Communication und Smart Home fortführen und ausbauen. Gleichzeitig werden wir  
2593 gemeinsam mit unseren französischen Partnern ein öffentlich verantwortetes Zent-  
2594 rum für künstliche Intelligenz errichten.

2595  
2596 Die Mikroelektronik als eine Schlüsseltechnologie für die Digitalisierung der Wirt-  
2597 schaft, für das 5G-Breitbandnetz, für die Elektromobilität und für das automatisierte  
2598 und vernetzte Fahren wollen wir bei Forschung und Investitionen auch im Europäi-  
2599 schen Rahmen weiterhin unterstützen. Wir wollen die Industrie dabei unterstützen,  
2600 die gesamte Wertschöpfungskette der Elektromobilität in Deutschland und Europa  
2601 vorzuhalten. Die Ansiedlung einer Batteriezellfertigung ist für Deutschland und Euro-  
2602 pa ein wichtiges wirtschafts- und industriepolitisches Handlungsfeld. Die Überlegun-  
2603 gen der EU-Kommission, im Bereich Batteriezellfertigung ein Programm (IPCEI) auf-  
2604 zulegen, wollen wir unterstützen. Um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und

2605 Europas zu erhöhen, beteiligt sich Deutschland auch an weiteren Vorhaben von ge-  
2606 meinsamem europäischen Interesse.

2607  
2608 Der Leichtbau trägt maßgeblich zu einer höheren Material- und Energieeffizienz und  
2609 damit zu einem besseren Umwelt- und Klimaschutz bei. Deshalb wollen wir die För-  
2610 derung dieser Schlüsseltechnologie mit dem Ziel einer breiteren industriellen Anwen-  
2611 dung konsequent fortsetzen und ausbauen sowie branchenübergreifende Kooperati-  
2612 onen prüfen. Wir wollen den „Neuen Werkstoffen“ – wie bionisch optimierte Werkstof-  
2613 fe und Adaptive Werkstoffe – verstärkte Aufmerksamkeit widmen und vor allem die  
2614 branchenübergreifende Forschungsförderung mit dem Schwerpunkt Mittelstand in  
2615 diesem Bereich ausbauen. Der Wandel zu einer auf erneuerbaren Ressourcen beru-  
2616 henden Wirtschaft soll mit Hilfe der Bioökonomie weiter vorangetrieben werden. Da-  
2617 zu werden wir frühzeitig einen Dialog zwischen der Industrie und den gesellschaftli-  
2618 chen Akteuren über die Anforderungen an eine veränderte Rohstoffbasis im Rahmen  
2619 einer Plattform initiieren.

2620  
2621 Die Mobilität – und damit die Automobilwirtschaft – steht aktuell vor enormen Heraus-  
2622 forderungen. Klimaschutz, Luftreinhaltung, neue Mobilitäts- und Geschäftsmodelle  
2623 sowie sich stark divergent entwickelnde Weltmärkte sind hierbei bedeutende Aspek-  
2624 te. Das gemeinsame Ziel, das sich die Weltgemeinschaft u. a. mit dem Pariser Ab-  
2625 kommen gesetzt hat, ist die Realisierung einer emissionsarmen und klimaneutralen  
2626 Mobilität. Hierzu müssen alle Potenziale genutzt werden. Es ist daher von besonde-  
2627 rer Bedeutung, dass der Weg zu einer nachhaltigen Mobilität technologieoffen und  
2628 ohne politische Technologiefestlegung erfolgt. Die Politik ist gefordert, die richtigen  
2629 Rahmenbedingungen und Grenzwerte zu setzen und deren Einhaltung zu überwa-  
2630 chen. Die Wirtschaft ist gefordert, die richtigen Technologien zu entwickeln und mit  
2631 innovativen Produkten und Geschäftsmodellen die gemeinsam gesetzten Ziele um-  
2632 zusetzen. Das Gelingen dieses Wandels ist wichtig für die Sicherheit der Arbeitsplät-  
2633 ze in der Automobilindustrie.

2634  
2635 Die Luft- und Raumfahrtindustrie hat eine strategische Bedeutung für den Hightech-  
2636 Standort Deutschland. Wir wollen die Mittel der hierfür zentralen Forschungspro-  
2637 gramme auf nationaler Ebene und insbesondere des Luftfahrtforschungsprogramms  
2638 verstetigen und erhöhen. Um die Beteiligung an internationalen Luftfahrzeug- oder  
2639 Triebwerkprogrammen zu ermöglichen, wollen wir die Entwicklung neuer, innovativer  
2640 Produkte am Standort Deutschland weiter unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, die  
2641 Europäische Weltraumorganisation (ESA) als eigenständige internationale Organisa-  
2642 tion zu erhalten und wollen sie weiter stärken. Wir wollen die Beteiligung innovativer  
2643 mittelständischer Unternehmen bei Luft- und Raumfahrtprojekten erhöhen. Wir wer-  
2644 den ein Weltraumgesetz auf den Weg bringen, um Investitions- und Rechtssicherheit  
2645 für nicht-staatliche Raumfahrtaktivitäten zu schaffen.

2646  
2647 Für ein außenhandelsorientiertes Land wie Deutschland ist eine leistungsstarke, in-  
2648 ternational wettbewerbsfähige maritime Wirtschaft von großer gesamtwirtschaftlicher  
2649 Bedeutung. Die Ziele der Maritimen Agenda 2025 wollen wir umsetzen und Förde-  
2650 rungs- sowie Finanzierungsinstrumente ausbauen. Wir werden auf faire und chan-  
2651 cengleiche Wettbewerbsbedingungen für die deutsche Schiffbauindustrie im interna-  
2652 tionalen Umfeld hinwirken. Den Überwasserschiffbau werden wir als Schlüsseltech-  
2653 nologie Deutschlands einstufen. Wir wollen Flüssiggas (LNG), Landstrom und Was-  
2654 serstoff als umweltfreundliche Antriebe für Schiffe durch Verstärkung der Förderung  
2655 im Bereich der See- und Binnenschifffahrt etablieren. Wir streben die zügige Ratifi-

2656 zierung der Work in Fishing Convention (Bekämpfung der illegalen Fischerei) und der  
2657 Hongkong-Convention (Umwelt- und Sozialstandards im Schiffsrecycling) an. Die  
2658 Schwerpunkte des Nationalen Masterplans Maritime Technologien (NMMT) werden  
2659 durch Pilot- und Referenzprojekte sichtbar gemacht.

2660  
2661 Im Eckpunktepapier zur Sicherheits- und Verteidigungsindustrie von 2015 hat die  
2662 Bundesregierung den Stellenwert der Branche betont und Schlüsseltechnologien de-  
2663 finiert. Dabei gewinnt die europäische Ebene immer mehr an Bedeutung. Dies drückt  
2664 sich in einer Vielzahl von Initiativen der Industrie, der Mitgliedstaaten und der Euro-  
2665 päischen Institutionen zur Stärkung von Schlüsseltechnologien in diesem Bereich  
2666 aus. Wir wollen über die weitere Harmonisierung des Bedarfs in den Mitgliedstaaten  
2667 der Europäischen Union die gegenwärtige Vielfalt militärischer Systeme reduzieren  
2668 und durch Anreize für gemeinsame Entwicklung und Fertigung die Kooperationen  
2669 und die Konsolidierung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Europa sowie  
2670 innerhalb der NATO und vergleichbarer verbündeter Staaten fördern. Diesen Weg  
2671 wollen wir in Europa begleiten und unterstützen. Vor dem Hintergrund der europäi-  
2672 schen Initiativen in diesem Bereich werden wir die Eckpunkte der Bundesregierung  
2673 weiterentwickeln.

## 2674 2675 **Innovationen**

2676 Unser Wohlstand hängt maßgeblich auch von der Innovationsfähigkeit der deutschen  
2677 Wirtschaft ab. Wir wollen alle vorhandenen Innovationspotenziale nutzen und die Un-  
2678 ternehmen, insbesondere auch den innovativen Mittelstand, weiter stärken. Wir wol-  
2679 len eine Transfer-Initiative starten, die die Unternehmen darin unterstützt, die Ergeb-  
2680 nisse der wissenschaftlichen Forschung in Produkte und Verfahren umzusetzen. Wir  
2681 wollen insbesondere für forschende kleine und mittelgroße Unternehmen eine steuer-  
2682 liche Förderung einführen, die bei den Personal- und Auftragskosten für Forschung  
2683 und Entwicklung ansetzt. Die Projektförderung für die kleinen und mittleren Unter-  
2684 nehmen bleibt davon unbenommen. Die Projektförderungen wie z. B. das Zentrale  
2685 Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM), Industrielle Gemeinschaftsforschung (IGF)  
2686 und die Forschungs- und Entwicklungs-Förderung externer Industrieforschungsein-  
2687 richtungen (Innovationskompetenz – INNO-KOM) werden weitergeführt sowie trans-  
2688 parenter und unbürokratischer gestaltet. Soziale Innovationen haben unsere Unter-  
2689 stützung.

2690  
2691 Investitionen von Unternehmen in die Digitalisierung wollen wir unterstützen. Dazu  
2692 werden wir überprüfen, ob zugunsten digitaler Innovationsgüter die Abschreibungs-  
2693 tabellen überarbeitet werden.

2694  
2695 Es ist wichtig, die Potenziale der Kultur- und Kreativwirtschaft für den Innovations-  
2696 standort Deutschland zu nutzen. Wir wollen den German Motion Picture Funds stär-  
2697 ken.

## 2698 2699 **Rohstoffpolitik**

2700 Die Versorgung mit und der sichere Zugang zu Rohstoffen sind entscheidende Fak-  
2701 toren für den Wirtschaftsstandort. Wir wollen die internationale Zusammenarbeit im  
2702 Rohstoffbereich weiter stärken, u. a. auf WTO-Ebene und in bilateralen Handelsver-  
2703 trägen sowie auf der Ebene der wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit.  
2704 Wir wollen das bestehende Rohstoffmonitoring durch die Deutsche Rohstoffagentur  
2705 weiter ausbauen mit einem besonderen Fokus auf Rohstoffe und Zwischenprodukte  
2706 für Zukunftstechnologien (z. B. Elektromobilität, Leichtbau). Wir unterstützen die EU-

2707 Kommission beim Aufbau eines EU-weiten Rohstoffinformationssystems. Die beste-  
2708 henden Kompetenzzentren für Bergbau und Rohstoffe in den Deutschen Außenhan-  
2709 delskammern in rohstoffreichen Ländern wollen wir stärken und im Rahmen der Au-  
2710 ßenwirtschaftsförderung finanziell dauerhaft absichern sowie die Einrichtung weiterer  
2711 Kompetenzzentren an geeigneten Standorten prüfen. Vor dem Hintergrund des  
2712 wachsenden Bedarfs an Hochtechnologie-Rohstoffen wollen wir Projekte im Tiefsee-  
2713 bergbau vorantreiben und unterstützen die Durchführung von Pilot-Mining-Tests. Wir  
2714 setzen uns dafür ein, dass heimische Bodenschätze in Deutschland weiterhin wirt-  
2715 schaftlich abgebaut werden können und die dafür notwendige langfristige Investiti-  
2716 ons- und Planungssicherheit bestehen bleibt. Wir unterstützen Bemühungen der In-  
2717 dustrie, Ressourceneffizienz und Recycling (z. B. von „kritischen“ Metallen) weiter zu  
2718 steigern und wollen das nationale Ressourceneffizienzprogramm (ProgRes) nach  
2719 dem Grundsatz „Freiwilligkeit vor Regulierung“ fortentwickeln.

2720

### 2721 **Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“**

2722 Wir werden ein gesamtdeutsches Fördersystem für strukturschwache Regionen ent-  
2723 wickeln, das allen Bundesländern gerecht wird und das Fördergefälle zu Nachbar-  
2724 staaten Deutschlands berücksichtigt. Die künftige Strukturförderung soll für eine brei-  
2725 tere Verwendung geöffnet werden. Neben dem bekannten Instrumentarium müssen  
2726 Produktivitätssteigerung, Digitalisierung, Fachkräftesicherung, Breitbandversorgung  
2727 und vor allem die verstärkte Förderung unternehmerischer Aktivitäten in Forschung  
2728 und Entwicklung in den Vordergrund gerückt werden. Um die flächendeckende Struk-  
2729 turschwäche insbesondere in den neuen Bundesländern zu überwinden, ist die För-  
2730 derung in den struktur-schwächsten Regionen durch eine Abstufung der Fördersätze  
2731 zu intensivieren und bei der Mittelverteilung angemessen zu berücksichtigen. Um  
2732 gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land zu gewährleisten, wollen wir  
2733 nicht abgerufene Fördermittel aus diesen Bundesprogrammen überjährig bündeln  
2734 und für Regionalprojekte in strukturschwachen Regionen einsetzen.

2735

2736 Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“  
2737 (GRW) soll weiterhin auch und gerade die wirtschaftlichen Strukturprobleme ländli-  
2738 cher und städtischer Räume adressieren. Sie soll auch zum Abbau des Strukturgefäl-  
2739 les innerhalb von Bundesländern beitragen. Ebenfalls wollen wir weitere Bundespro-  
2740 gramme im Rahmen der Konzipierung des gesamtdeutschen Fördersystems darauf-  
2741 hin überprüfen, ob und wie sie zur Förderung strukturschwacher Regionen beitragen  
2742 können. Dabei wollen wir die fachpolitischen Zielrichtungen der Programme wahren.

2743

2744 Wir setzen uns für eine starke EU-Kohäsionspolitik ein, die auch künftig alle Regio-  
2745 nen angemessen berücksichtigt und gleichzeitig notwendige Strukturreformen in den  
2746 Mitgliedstaaten besser unterstützt. Das europäische Beihilferecht ist eine gewichtige  
2747 Rahmenbedingung für die Ausgestaltung der künftigen Strukturförderung und darf  
2748 diese nicht konterkarieren. Wir werden den Prozess der Erstellung der neuen Regio-  
2749 naleitlinien auf europäischer Ebene eng begleiten mit dem Ziel, eine beihilferechtl-  
2750 iche Flankierung des gesamtdeutschen Strukturfördersystems zu erreichen.

2751

### 2752 **Digitalisierung**

2753 Auf EU-Ebene werden wir uns für eine rasche Vollendung des digitalen Binnen-  
2754 markts einsetzen – mit flächendeckend leistungsfähigen Breitbandnetzen, einem  
2755 schnellen und einfachen Zugang zu digitalen Innovationen und Rahmenbedingun-  
2756 gen, die Unternehmen und Startups eine unbürokratische Skalierung von digitalen  
2757 Geschäftsmodellen ermöglicht. Wir werden uns auf EU-Ebene außerdem für eine E-

2758 Privacy-Verordnung einsetzen, die im Einklang mit der EU-Datenschutz-  
2759 Grundverordnung die berechtigten Interessen von Verbraucherinnen und Verbrau-  
2760 chern und Wirtschaft angemessen und ausgewogen berücksichtigt.

2761  
2762 Wir brauchen eine Modernisierung des Kartellrechts in Bezug auf die Digitalisierung  
2763 und Globalisierung der Wirtschaftswelt. Wir wollen das Wettbewerbsrecht für digitale  
2764 Geschäftsmodelle ergänzen. Wir wollen die Verfahren im allgemeinen Wettbewerbs-  
2765 recht spürbar beschleunigen, ohne dabei rechtsstaatliche Garantien einzuschränken.  
2766 Ein wichtiger Schritt sollte dabei die Stärkung des Instrumentariums der einstweiligen  
2767 Maßnahmen sein. Für die Wettbewerbsbehörde soll ein vorläufiges Einschreiten  
2768 schon vor Abschluss des Hauptsacheverfahrens erleichtert werden, damit irreparable  
2769 Schäden für den Wettbewerb wirksam verhindert werden. Wir benötigen neben dem  
2770 allgemeinen Wettbewerbsrecht eine kompetentere und aktivere systematische  
2771 Marktbeobachtung. Die Wettbewerbsbehörde muss Missbrauch von Marktmacht vor  
2772 allem auf sich schnell verändernden Märkten zügig und effektiv abstellen können.  
2773 Dazu werden wir die wettbewerbsbehördliche Aufsicht weiterentwickeln, insbesonde-  
2774 re im Hinblick auf Missbräuche von Plattformunternehmen.

2775  
2776 Gleichzeitig wollen wir im Wettbewerbsrecht alle Voraussetzungen dafür schaffen, in  
2777 Deutschland und Europa die Entstehung von Digitalkonzernen zu ermöglichen, die  
2778 international eine wettbewerbsfähige Größe erreichen. Um Eckpunkte für entspre-  
2779 chende Reformen zu entwickeln, setzen wir eine Kommission „Wettbewerbs-  
2780 recht 4.0“ ein. Wir streben die Harmonisierung und Zusammenführung der rechtli-  
2781 chen Grundlagen im Digitalbereich an.

2782  
2783 Wir wollen die Einrichtung einer Digitalagentur prüfen, die die Bundesregierung als  
2784 nachgeordnete Behörde in der Umsetzung der Maßnahmen unterstützt. Dazu gehö-  
2785 ren z. B. die Telekommunikations- und Plattformregulierung oder Marktbeobachtung.

2786  
2787 Die Digitalisierung hat zu gravierenden Veränderungen auf den klassischen Post-  
2788 dienstleistungsmärkten geführt. Daher werden wir die bestehenden Regulierungen  
2789 überprüfen und vor dem Hintergrund der aktuellen Marktentwicklungen anpassen.  
2790 Unser Ziel ist es, weiterhin eine qualitativ hochwertige, flächendeckende und er-  
2791 schwingliche Grundversorgung mit Postdienstleistungen sicherzustellen. Es gilt, die  
2792 Qualität und die Effizienz auf den Postdienstleistungsmärkten zum Wohle der Ver-  
2793 braucherinnen und Verbraucher zu gewährleisten und zu erhöhen.

## 2794 2795 **Mittelstand**

2796 Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft und steht weltweit für hohe Quali-  
2797 tätsstandards. Selbstständige, Familienunternehmen, Freie Berufe und Handwerk  
2798 schaffen mit Abstand die meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze und leisten damit  
2799 einen wichtigen Beitrag zum Allgemeinwohl. Wir wollen ihre Leistung künftig noch  
2800 stärker öffentlich anerkennen und fördern. Der Mittelstand prägt Kultur und Selbst-  
2801 verständnis der deutschen Wirtschaft und leistet einen starken Beitrag zur internatio-  
2802 nalen Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes.

2803  
2804 Viele kleine und mittlere Unternehmen sind weltweit Innovationsführer. Das zeigen  
2805 die ca. 2000 deutschen „Hidden Champions“ mit ihrer Spitzenstellung auf bestimm-  
2806 ten Technologiefeldern. Eine wesentliche Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist es daher,  
2807 die Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen so zu gestalten, dass  
2808 ihre Entwicklungs- und Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und Unternehmensgründun-

2809 gen ermöglicht werden. Dazu wollen wir beispielsweise die Exportfinanzierung bei  
2810 kleinen Kreditsummen (Small Tickets) unbürokratischer und passgenauer gestalten.  
2811 Wir wollen mittelständische Unternehmen fördern und durch stärkere Vernetzung  
2812 Innovationen in diesem Bereich unterstützen.

2813  
2814 Das deutsche Handwerk bildet mit rund einer Million Betriebe und mehr als 5,3 Milli-  
2815 onen Erwerbstätigen eine tragende Säule des deutschen Mittelstands. Es ist hoch  
2816 innovativ, regional verankert und erschließt durch seine leistungsfähigen Unterneh-  
2817 men auch erfolgreich neue Märkte auf europäischer und internationaler Ebene. Auf  
2818 europäischer Ebene setzen wir uns weiter für den Fortbestand bewährter Qualifikati-  
2819 onsstandards ein und lehnen die Einführung des Herkunftslandprinzips ab. Das  
2820 Kompetenzzentrum „Digitales Handwerk“ wollen wir fortführen.

2821  
2822 Freie Berufe sind ein wichtiges Element unserer Wirtschaft. Sie stehen für Vielfalt  
2823 und unternehmerische Verantwortung. Wir werden uns für die Belange der Freien  
2824 Berufe einsetzen und darauf hinwirken, dass die hohen Qualitätsstandards und die  
2825 Unabhängigkeit freiberuflicher Dienstleistungen auch im europäischen Kontext an-  
2826 gemessen berücksichtigt werden.

2827  
2828 Die Digitalisierung ist Chance und Herausforderung für den Einzelhandel. Es soll ein  
2829 Kompetenzzentrum Handel geschaffen werden, um konkrete Hilfestellungen für den  
2830 kleinen und mittleren Einzelhandel zu leisten.

2831  
2832 Wir werden die Voraussetzungen dafür schaffen, dass der Mittelstand auf breiter  
2833 Front die Chancen der Digitalisierung ergreifen kann und die digitale Transformation  
2834 des Mittelstands mit gezielten Maßnahmen der Information, Beratung und dem An-  
2835 gebot von Testanwendungen fördern. Dazu wollen wir im Rahmen von Mittelstand-  
2836 Digital unser bestehendes Netzwerk an Mittelstand 4.0-Kompetenzzentren und Mit-  
2837 telstand 4.0-Agenturen weiter ausbauen. Mit dem neuen bundesweiten Förderpro-  
2838 gram go-digital wollen wir kleine und mittlere Unternehmen sowie Handwerksbetrie-  
2839 be auf den Feldern IT-Sicherheit, digitale Markterschließung und digitalisierte Ge-  
2840 schäftsprozesse mit konkreten Maßnahmen unterstützen. Darüber hinaus wollen wir  
2841 ein neues Investitionsprogramm „Digitalisierung des Mittelstands“ auflegen, um ge-  
2842 zielt in digitale Technologien und Know-how zu investieren.

## 2843 2844 **Gründungen**

2845 Wir fördern die Gründungskultur in Deutschland und wollen deshalb unsere erfolgrei-  
2846 chen Programme wie EXIST fortführen. Wir schaffen Strukturen, die Neugründungen  
2847 und Nachfolge in der Start- und Übergangsphase unterstützen. In der Start- und  
2848 Übergangsphase werden wir die Bürokratiebelastung auf ein Mindestmaß reduzie-  
2849 ren. In den ersten beiden Jahren nach Gründung werden wir die Unternehmen von  
2850 der monatlichen Voranmeldung der Umsatzsteuer befreien. Zudem werden wir die  
2851 Bedingungen für Wagniskapital weiter verbessern. Antrags-, Genehmigungs- und  
2852 Besteuerungsverfahren werden wir vereinfachen. Ziel sollte ein „One-Stop-Shop“  
2853 sein. Wir brauchen in Deutschland eine deutliche Ausweitung des Volumens des  
2854 Wagniskapitalmarktes, um insbesondere Unternehmen in der Wachstumsphase zu  
2855 unterstützen. Deshalb wollen wir die Einführung steuerlicher Anreize zur Mobilisie-  
2856 rung von privatem Wagniskapital über die bisherigen Maßnahmen hinaus prüfen. An  
2857 diesen Wagniskapitalfinanzierungen sollen sich Privatwirtschaft, öffentliche Hand,  
2858 KfW und europäische Finanzpartner beteiligen. Die klassische Mittelstandsfinanzie-

2859 rung über Sparkassen, Volks- und Genossenschaftsbanken, Privatbanken, För-  
2860 derbanken sowie Bürgschaftsbanken wollen wir sichern und stärken.

2861

2862 Wir wollen die Zusammenarbeit von Start-ups mit der etablierten Wirtschaft in geeig-  
2863 neten Formaten weiter unterstützen und den internationalen Austausch von Start-  
2864 ups, auch im Rahmen der Digital Hub-Initiative und des German Israeli Start-up  
2865 Exchange Program (GISEP), fördern. Wir werden neue Möglichkeiten der Mitarbei-  
2866 terbeteiligung prüfen.

2867

### 2868 **Bürokratieabbau**

2869 Wir treiben den Abbau von Bürokratie weiter voran und stärken damit die Wirtschaft.  
2870 Deshalb wollen wir für diese durch Entlastungen neue Freiräume für ihr Kerngeschäft  
2871 und neue Investitionen schaffen. Im Rahmen eines Bürokratieabbaugesetzes III wer-  
2872 den wir insbesondere die Statistikpflichten weiter verringern. Darüber hinaus werden  
2873 wir weiterhin u. a. die Vereinheitlichung von Grenz- und Schwellenwerten in ver-  
2874 schiedenen Rechtsbereichen, die Harmonisierung, z. B. von handels- und steuer-  
2875 rechtlichen Vorschriften, zeitnahe Betriebsprüfungen durch die Finanzbehörden, die  
2876 Vermeidung von Doppelmeldung zur Berufsgenossenschaft, die Überprüfung von  
2877 Schwellenwerten vor allem im Steuer- und Sozialrecht sowie bei Berichtspflichten  
2878 und der Verwendungspflicht bestimmter Formulare anstreben. Wir setzen eine ress-  
2879 ortübergreifende Bund-/Länder-Arbeitsgruppe ein, die zur signifikanten Reduzierung  
2880 der Statistikpflichten bis Ende 2019 konkrete Vorschläge erarbeitet. Europäische  
2881 Vorgaben werden wir nicht mit zusätzlichen bürokratischen Belastungen versehen.  
2882 Auf europäischer Ebene setzen wir uns für die Einführung des Prinzips „one in, one  
2883 out“ ein. National kann die Bürokratie- und Kostenbremse „one in, one out“ nur er-  
2884 folgreich sein, wenn die laufenden Kosten erfasst werden. Wir werden uns bei der  
2885 EU für eine angemessenere Abgrenzung für kleine und mittlere Unternehmen einset-  
2886 zen, die zukünftig bis zu 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter umfassen soll, damit  
2887 mehr Unternehmen von europäischen Berichtspflichten entlastet werden. Verwal-  
2888 tungsmodernisierung und E-Government bergen enorme Potenziale, um die Bürokrati-  
2889 tielasten zu reduzieren und die Verfahren zu beschleunigen.

2890

2891 Wir wollen die Digitalisierung der Verwaltung und wollen ein zentrales, einheitliches  
2892 digitales Portal für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen schaffen. Die Um-  
2893 setzung werden wir mit großer Dynamik in dieser Legislaturperiode vorantreiben.

2894

2895 Wir wollen das Onlinezugangsgesetz um einen Digitalisierungspakt zwischen Bund,  
2896 Ländern und Kommunen ergänzen. Darin bekennen wir uns zu einer vertrauensvol-  
2897 len Zusammenarbeit und regeln die Verteilung der notwendigen Investitionskosten.  
2898 Damit Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen ihre Daten nur einmal angeben  
2899 müssen, entwickeln wir ein behördenübergreifendes Datenmanagement, das die  
2900 Weitergabe von Daten zwischen Behörden erleichtert und gleichzeitig das hohe  
2901 deutsche Datenschutzniveau erhält. Wir nutzen das Konzept, die 100 wichtigsten  
2902 Verwaltungsleistungen online anzubieten. Schwerpunkte setzen wir dabei in den Be-  
2903 reichen Steuern und Abgaben, Bilanzierung und Buchführung, Personal, Ausschrei-  
2904 bungen und öffentliche Aufträge, Unternehmensübergang sowie Bauen und Immobi-  
2905 lien und erarbeiten die hierfür notwendigen Angebote in enger Abstimmung mit den  
2906 Nutzerinnen und Nutzern aus den Unternehmen. Hierfür definieren wir verbindliche  
2907 Meilensteine, innerhalb derer umfassende Angebote in der Legislaturperiode etabliert  
2908 sein müssen. Dabei ist ein angemessener Ausgleich zwischen den Anforderungen  
2909 eines modernen E-Governments und einer Digitalisierung der unternehmerischen

2910 Geschäftsprozesse erforderlich. Im Interesse einer besseren Rechtsetzung erproben  
2911 wir die Potenziale von alternativen, insbesondere datengestützten Regulierungsin-  
2912 strumenten („smarte Regulierung“) in Reallaboren.

2913  
2914 Langwierige und bürokratische Planungs- und Genehmigungsverfahren sind ein  
2915 massives Hindernis für neue Investitionen in Betriebe und neue Infrastrukturen. Dies  
2916 wirkt sich nachteilig auf die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutsch-  
2917 lands aus, gerade auch für kleinere und mittlere Unternehmen. Wir werden das Pla-  
2918 nungs- und Genehmigungsrecht daher umfassend auf Beschleunigungs- und Entbü-  
2919 rokratisierungsmöglichkeiten überprüfen. EU-Regelungen werden wir 1:1 umsetzen.  
2920 Ebenso wollen wir uns auf EU-Ebene für eine Reduzierung von Bürokratiebelastun-  
2921 gen bei Planungs- und Genehmigungsverfahren einsetzen.

2922  
2923 Die öffentliche Beschaffung ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Öffentliche Aufträge  
2924 müssen mittelstandsfreundlich ausgeschrieben werden. Zur weiteren Vereinheitli-  
2925 chung des Vergaberechts prüfen wir die Zusammenführung von Verfahrensregeln für  
2926 die Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen einerseits und von Bauleistungen an-  
2927 dererseits in einer einheitlichen Vergabeverordnung.

2928  
2929 **Genossenschaften, Kammern und Tourismus**  
2930 Wir wollen Genossenschaften als nachhaltige und krisenfeste Unternehmensform in  
2931 den unterschiedlichsten Wirtschaftsbereichen stärken. Dazu benötigen wir Maßnah-  
2932 men, die eine starke Mitgliederbeteiligung unterstützen und kleinere Genossenschaf-  
2933 ten Orientierungshilfen bieten. Für die Vereinbarkeit des Kartellrechts mit dem Ge-  
2934 nossenschaftswesen, das wir stärken wollen, werden wir die entsprechenden Bedin-  
2935 gungen schaffen und dafür Leitlinien für die Vereinbarkeit mit dem deutschen Kartell-  
2936 recht entwickeln.

2937  
2938 Wir bekennen uns zu den Kammern und den rechtlichen Grundlagen des bestehen-  
2939 den Kammerwesens. Die Kammern müssen einen spürbaren Beitrag zur Stärkung  
2940 ihrer Akzeptanz bei den Mitgliedsunternehmen leisten. Wir bestärken sie darin, ihre  
2941 Leistungen inklusive der Servicequalität für die Mitgliedsunternehmen weiterzuentwi-  
2942 ckeln und zu verbessern.

2943  
2944 Der Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Deutschland, auch in ländlichen  
2945 Räumen. Wir wollen die touristische Entwicklung nachhaltig stärken. Wir vereinbaren  
2946 unter Beachtung der föderalen Grundsätze der Tourismuspolitik (gemeinsam mit den  
2947 Ländern) und den Kompetenzen des Bundes für die Tourismuswirtschaft einen  
2948 ganzheitlichen wirtschaftspolitischen Ansatz in Form einer nationalen Tourismusstra-  
2949 tegie. Dabei wollen wir die Rahmenbedingungen für den Tourismus in Deutschland  
2950 weiter verbessern, von der Werbung im Ausland über einheitliche Qualitätskriterien  
2951 und eine Fachkräfteoffensive mit der Branche bis hin zur Barrierefreiheit. Die Förder-  
2952 instrumente von EU, Bund und Ländern müssen enger miteinander verzahnt werden.

2953  
2954 **Fachkräftebedarf**  
2955 Um dem Fachkräftemangel in Deutschland zu begegnen, werden wir eine Fachkräf-  
2956 testrategie aufbauend auf der bestehenden „Partnerschaft für Fachkräfte“ entwickeln  
2957 und stellen sie auf drei Säulen: die inländischen, die innereuropäischen und die in-  
2958 ternationalen Potenziale. Im Inland setzen wir uns vor allem für eine Qualifizierung  
2959 von geringqualifizierten Beschäftigten und bessere Rahmenbedingungen für ältere  
2960 Beschäftigte ein. Diese Aufgaben erfordern eine stärkere gemeinsame Verantwor-



2961 tung von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern und Arbeitnehmerinnen sowie Arbeit-  
2962 nehmern für die berufsbezogene Weiterbildung. Zudem wollen wir durch Qualifizie-  
2963 rung und Weiterbildung Langzeitarbeitslosen und Bildungsabbrechern bessere  
2964 Chancen auf dem Arbeitsmarkt ermöglichen. Vor dem Hintergrund der demografi-  
2965 schen Entwicklung und den Herausforderungen der Digitalisierung wird das lebens-  
2966 begleitende Lernen immer wichtiger. Die Entwicklung einer Nationalen Weiterbil-  
2967 dungsstrategie ist daher von großer Bedeutung. Die Ausbildungsinitiativen innerhalb  
2968 der Europäischen Union zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit wollen wir stär-  
2969 ken. Um Deutschland für qualifizierte internationale Fachkräfte noch attraktiver zu  
2970 machen, wollen wir ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz verabschieden, mit dem wir  
2971 den Zuzug qualifizierter Arbeitskräfte nach Deutschland ordnen und steuern.

2972  
2973 Wir wollen den Anteil der Frauen im Erwerbsleben in Deutschland erhöhen. Damit  
2974 leisten wir auch einen wesentlichen Beitrag zur Fachkräftesicherung. Daher werden  
2975 wir Frauen und Männern die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermögli-  
2976 chen. Wir wollen vor allem auch Frauen den Weg in die Selbstständigkeit erleichtern.  
2977 Unterstützungsmaßnahmen für Gründerinnen und Unternehmerinnen wollen wir wei-  
2978 terentwickeln und ausbauen sowie erfolgreiche Gründerinnen und Unternehmerinnen  
2979 in ihrer Vorbildfunktion stärken.

2980  
2981 Berufliche und akademische Bildung sind für uns gleichwertig. Wir bekennen uns zur  
2982 dualen Ausbildung in Betrieb und Schule und werden sie stärken. Kooperationen von  
2983 Wirtschaft und Schulen wollen wir unterstützen, um Selbstständigkeit, Unternehme-  
2984 rum und die Vermittlung von handwerklichen Berufsbildern weiter zu fördern. Wir  
2985 werden den Meisterbrief erhalten und verteidigen. Wir werden prüfen, wie wir ihn für  
2986 einzelne Berufsbilder EU-konform einführen können. Um die berufliche Bildung gera-  
2987 de im Handwerk weiter aufzuwerten, soll sie durch die öffentliche Finanzierung der  
2988 Meisterprüfung dem kostenlosen Hochschulstudium stärker angeglichen werden.

2989  
2990 Die Berufliche Bildung werden wir mit einem Berufsbildungspakt modernisieren und  
2991 stärken. Dazu gehören eine Ausstattungsoffensive für berufliche Schulen vor dem  
2992 Hintergrund der Digitalisierung und eine Novelle des Berufsbildungsgesetzes. In die-  
2993 sem Rahmen werden wir eine Mindestausbildungsvergütung im Berufsbildungsge-  
2994 setz verankern. Wir werden mit dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz („Auf-  
2995 stiegs-BAföG“) finanzielle Hürden für den beruflichen Aufstieg abbauen und Meiste-  
2996 rinnen und Meistern in einem ersten Schritt im Handwerk bei bestandener Meister-  
2997 prüfung die angefallenen Gebühren ganz oder teilweise erstatten (Meisterbonus). Wir  
2998 wollen die digitalen Kompetenzen in der beruflichen Bildung stärken. Notwendig ist  
2999 eine schnellere Modernisierung der Ausbildungsordnungen und Berufsbilder.

3000

## 3001 **Außenhandel**

3002 Wir wollen freien und fairen Handel in der Welt. Es gilt, in Zeiten der Globalisierung  
3003 als Europäische Union stärker und einheitlicher in der Handelspolitik aufzutreten. In-  
3004 ternationale Organisationen wie Internationaler Währungsfonds, Welthandelsorgani-  
3005 sation, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie  
3006 Weltbank haben sich in den letzten Jahren zu zentralen Foren der Gestaltung multila-  
3007 teraler Standards und Regeln entwickelt. Sie wollen wir weiter unterstützen und stär-  
3008 ken. Protektionismus lehnen wir ab und setzen vorrangig auf multilaterale Vereinba-  
3009 rungen. Wir sind fest davon überzeugt, dass neben den Verhandlungen auf multilate-  
3010 raler Ebene bilateralen und plurilateralen Abkommen eine entscheidende Bedeutung  
3011 für eine aktive Gestaltung der Globalisierung zukommt. Im europäisch-kanadischen

3012 Handelsabkommen CETA sind zukunftsweisende Regelungen für den Schutz von  
3013 Umwelt und Gesundheit, Arbeitnehmerrechten, öffentlicher Daseinsvorsorge und für  
3014 einen fortschrittlichen Investitionsschutz vereinbart worden. Dies muss auch für künf-  
3015 tige Handelsabkommen gelten. Wir wollen in Deutschland die Voraussetzungen dafür  
3016 schaffen, dass das CETA-Abkommen umfassend in Kraft treten kann. Wir wollen um-  
3017 fassende, moderne bilaterale Freihandelsabkommen mit Drittstaaten insbesondere  
3018 im asiatisch-pazifischen Raum und Lateinamerika abschließen und unterstützen  
3019 gleichzeitig das Ziel einer weiteren Vertiefung der transatlantischen Wirtschaftsbe-  
3020 ziehungen.

3021  
3022 Wir wollen das Außenwirtschaftsförderinstrumentarium, insbesondere in Bezug auf  
3023 neue Märkte und mit dem Schwerpunkt Afrika, weiterentwickeln. Wir nehmen be-  
3024 wusst die Zukunftsthemen des afrikanischen Kontinents in den Fokus – Digitalisie-  
3025 rung, Innovation und Ausbildung – und setzen zu diesem Zwecke das Eckpunktepa-  
3026 pier zur wirtschaftlichen Entwicklung Afrikas um, u. a. durch die Stärkung privater  
3027 Investitionen, Hermes-Bürgschaften und innovativer Finanzierungsinstrumente. Das  
3028 Netzwerk der Deutschen Außenhandelskammern ist ein wichtiger Pfeiler unserer  
3029 Außenwirtschaftspolitik, das wir weiter stärken und ausbauen wollen.

3030  
3031 Wir werden Deutschland als einen offenen Investitionsstandort erhalten, achten aber  
3032 auf faire Wettbewerbsbedingungen. Wir unterstützen die EU-Initiative für ein verbes-  
3033 sertes Investitions-Screening.

3034

## 3035 **2. Finanzen und Steuern**

3036

### 3037 **Solide Finanzen**

3038 Wir wollen die finanziellen Spielräume des Bundes, die aufgrund der guten wirt-  
3039 schaftlichen Lage bestehen, verantwortlich und sozial ausgewogen für politische Ge-  
3040 staltung nutzen. Wir sind uns über das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts ohne  
3041 neue Schulden und unter Einhaltung der entsprechenden grundgesetzlichen Vorga-  
3042 ben einig. Wie im Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgesehen, wollen wir die ge-  
3043 samtstaatliche Schuldenstandsquote auf unter 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts  
3044 zurückführen.

3045

3046 Das 2011 eingeführte Eckwerteverfahren („Top-Down“) zur Haushaltsaufstellung hat  
3047 sich bewährt und wird fortgesetzt. Die bestehenden Beteiligungsrechte des Deut-  
3048 schen Bundestags und seines Haushaltsausschusses bei finanzwirksamen Ent-  
3049 scheidungen auf europäischer Ebene werden gewahrt.

3050

3051 Auf Grundlage des ausgeglichenen Haushalts wollen wir mit den vorhandenen Mit-  
3052 teln noch mehr für die Bürgerinnen und Bürger bewirken. Hierzu gehört auch, durch  
3053 umfassende Aufgabenkritik sowie durch die regelmäßige Überprüfung der Maßnah-  
3054 men auf Effektivität und Effizienz zusätzliche Spielräume zu erarbeiten. Dazu werden  
3055 die Ansätze zur Verbesserung der Wirkungsorientierung des Haushalts, z. B. ein-  
3056 nahme- und ausgabeseitige Haushaltsanalysen, gestärkt und weiterentwickelt.

3057

3058 Für die Jahre 2018 bis 2021 sind nach der Finanzplanung des Bundes für die Haus-  
3059 haltsaufstellung (51. Finanzplan) Ausgaben von 1,392 Billionen Euro vorgesehen.  
3060 Über die dort eingeplanten Maßnahmen hinaus wollen wir den absehbaren finanziel-  
3061 len Spielraum der nächsten vier Jahre für prioritäre Ausgaben in den folgenden  
3062 Schwerpunkt-Bereichen nutzen:

3063  
3064  
3065

## Prioritäre Ausgaben in den folgenden Schwerpunkt-Bereichen

### 1. Investitionen in Zukunft: Bildung, Forschung, Hochschulen, Digitalisierung

Maßnahme	Summe 2018-21
Programm Ganztagschule / Ganztagsbetreuung	2,0
Aufstiegsfortbildung in der beruflichen Bildung	0,35
Reform BAföG	1,0
Nachfolge Hochschulpakt (ab 2021)	0,6
Anteil Bund am schrittweisen Erreichen 3,5-Prozent-Ziel Forschung und Entwicklung bis 2025	2,0
Breitbandausbau, Digitalpakt Schulen (Infrastruktur <sup>1</sup> )	Fonds
<b>Summe (Mrd.)</b>	<b>5,95</b>

### 2. Familien, Kinder und Soziales

Maßnahme	Summe 2018-21
Erhöhung Kindergeld und Kinderfreibetrag (Anteil Bund)	3,5
Kita (Gebühren und Qualität)	3,5
Bekämpfung Kinderarmut durch Kinderzuschlag	1,0
Eingliederungstitel SGB II: Sozialer Arbeitsmarkt / Soziale Teilhabe	4,0
<b>Summe (Mrd.)</b>	<b>12,0</b>

### 3. Bauen und Wohnen

Maßnahme	Summe 2018-21
Weitere Förderung sozialer Wohnungsbau durch Bund in 2020/2021	2,0
Steuerliche Förderung von mehr Wohneigentum (AfA, energetische Gebäudesanierung, Förderung Eigentum für Familien)	2,0
<b>Summe (Mrd.)</b>	<b>4,0</b>

### 4. Gleichwertige Lebensverhältnisse, Landwirtschaft, Verkehr und Kommunen

Maßnahme	Summe 2018-21
Erhöhung der Mittel Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) 2020/21	1,0
Regionale Strukturpolitik / Strukturwandel Kohlepolitik	1,5
Ländliche Räume / Landwirtschaft	1,5
Fortsetzung kommunaler wie auch Landesprogramme	8,0
<b>Summe (Mrd.)</b>	<b>12,0</b>

3068

3069

## 5. Internationale Verantwortung bei Sicherheit und Entwicklung

Maßnahme	Summe 2018-21
Erhöhung Etats für Verteidigung und ODA-Quote	2,0
<b>Summe (Mrd.)</b>	<b>2,0</b>

3070

## 6. Entlastung der Bürger

Maßnahme	Summe 2018-21
Solidaritätszuschlag	10,0
<b>Summe (Mrd.)</b>	<b>10,0</b>

3071

<sup>1</sup> Die weiteren Maßnahmen werden im Rahmen der Haushaltsaufstellungen 2018/2019 geklärt.

3072

3073 Weitere Maßnahmen, auf die sich die Koalition einigt, können finanziert werden,  
3074 wenn sich zusätzliche finanzielle Spielräume ergeben oder eine entsprechende un-  
3075 mittelbare, vollständige und dauerhafte Gegenfinanzierung sichergestellt ist.

3076

3077 Mit den Versteigerungserlösen der 5G-Lizenzen wollen wir einen Investitionsfonds  
3078 einrichten, der für den Ausbau der digitalen Infrastruktur zur Verfügung steht.

3079

3080 Wir stellen die weitere Finanzierung der laufenden Maßnahmen zur Entlastung von  
3081 Ländern und Kommunen bei den Flüchtlingskosten (Integrationspauschale, Kosten  
3082 der Unterkunft, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge) in den Jahren bis 2021 mit  
3083 insgesamt weiteren acht Milliarden Euro sicher und gestalten sie gemeinsam – wo  
3084 erforderlich – effizienter neu aus.

3085

3086 Wir wollen durch die konkrete Programmgestaltung sicherstellen, dass die Mittel, die  
3087 der Bund für definierte Aufgaben, z. B. den sozialen Wohnungsbau, an andere Ge-  
3088 bietskörperschaften gibt, auch vollständig für genau diese Zwecke eingesetzt wer-  
3089 den.

3090

### 3091 Steuerpolitik

3092 Wir werden insbesondere untere und mittlere Einkommen beim Solidaritätszuschlag  
3093 entlasten. Wir werden den Solidaritätszuschlag schrittweise abschaffen und ab dem  
3094 Jahr 2021 mit einem deutlichen ersten Schritt im Umfang von zehn Milliarden Euro  
3095 beginnen. Dadurch werden rund 90 Prozent aller Zahler des Solidaritätszuschlags  
3096 durch eine Freigrenze (mit Gleitzone) vollständig vom Solidaritätszuschlag entlastet.

3097

3098 Steuervereinfachung ist eine Daueraufgabe. Es ist ein wichtiges politisches Ziel, hier  
3099 Schritt für Schritt voranzukommen und dabei insbesondere auch die technischen  
3100 Möglichkeiten der modernen Datenverarbeitung zu nutzen. Wir werden das Angebot  
3101 an die Bürger für eine elektronische Kommunikation mit der Finanzverwaltung aus-  
3102 bauen. Wir streben die Einführung einer vorausgefüllten Steuererklärung für alle  
3103 Steuerpflichtigen bis zum Veranlagungszeitraum 2021 an.

3104

3105 Wir wollen eine gerechte Verteilung der Steuerlast bei Ehegatten. Wir wollen Ehegat-  
3106 ten über das Faktorverfahren besser informieren und die Akzeptanz stärken. Perso-  
3107 nen mit Steuerklassenkombination III/V sollen in den Steuerbescheiden regelmäßig  
3108 über das Faktorverfahren informiert und auf die Möglichkeit des Wechsels zur Steu-  
3109 erklassenkombination IV/IV mit Faktor hingewiesen werden.

3110  
3111 Wir unterstützen in Europa eine gemeinsame Bemessungsgrundlage und Mindest-  
3112 sätze bei den Unternehmenssteuern. Hier wollen wir mit Frankreich Initiativen ergrei-  
3113 fen, um auch eine Antwort auf internationale Veränderungen und Herausforderun-  
3114 gen, nicht zuletzt in den USA, zu geben.

3115  
3116 Die Abgeltungsteuer auf Zinserträge wird mit der Etablierung des automatischen In-  
3117 formationsaustausches abgeschafft; Umgehungstatbestände werden wir verhindern.  
3118 An dem bisherigen Ziel der Einführung einer Finanztransaktionsteuer im europäi-  
3119 schen Kontext halten wir fest.

3120  
3121 In Deutschland wollen wir einen gerechten Steuervollzug – von der Steuererhebung  
3122 bis zur Steuerprüfung. Sämtliche aus einer Straftat erlangten Vermögenswerte und  
3123 alle rechtswidrigen Gewinne sollen konsequent eingezogen werden.

3124  
3125 Das Erhebungs- und Erstattungsverfahren der Einfuhrumsatzsteuer stellt einen gra-  
3126 vierenden Wettbewerbsnachteil für die deutschen Industrie- und Handelsunterneh-  
3127 men sowie für die deutschen Flug- und Seehäfen dar. Wir werden daher diese Ver-  
3128 fahren in Kooperation mit den Bundesländern optimieren.

3129  
3130 Wir werden die Rolle des Bundeszentralamtes für Steuern mit entsprechender Aus-  
3131 stattung stärken und weiterentwickeln. Es soll für Gebietsfremde zur zentralen An-  
3132 laufstelle für steuerliche Fragen und verbindliche Auskünfte werden.

3133  
3134 **Steuerfairness**

3135 Wir wollen Steuerhinterziehung, Steuervermeidung, unfairen Steuerwettbewerb und  
3136 Geldwäsche effizient und unbürokratisch im nationalen, europäischen und internatio-  
3137 nalen Rahmen bekämpfen.

3138  
3139 Wir unterstützen ausdrücklich alle Bemühungen für eine gerechte Besteuerung gro-  
3140 ßer Konzerne, insbesondere auch der Internetkonzerne. Dabei setzen wir weiterhin  
3141 auf internationalen Konsens. Durch weltweit möglichst breite Implementierung der  
3142 OECD-BEPS-Verpflichtungen sowie -Empfehlungen schaffen wir faire steuerliche  
3143 Wettbewerbsbedingungen für grenzüberschreitende unternehmerische Tätigkeiten.  
3144 Wir werden unsere Verpflichtungen aus der EU-Anti-Steuervermeidungsrichtlinie im  
3145 Interesse des Standorts Deutschland umsetzen, die Hinzurechnungsbesteuerung  
3146 zeitgemäß ausgestalten, Hybridregelungen ergänzen und die Zinsschranke anpas-  
3147 sen.

3148  
3149 Wir werden Maßnahmen für eine angemessene Besteuerung der digitalen Wirtschaft  
3150 ergreifen. Zur weiteren Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs beim Handel mit Wa-  
3151 ren im Internet werden wir gesetzliche Regelungen schaffen, um Betreiberinnen und  
3152 Betreiber von elektronischen Marktplätzen, die den Handel unredlicher Unternehme-  
3153 rinnen und Unternehmer über ihren Marktplatz nicht unterbinden, für die ausgefallene  
3154 Umsatzsteuer in Anspruch zu nehmen. Die Betreiberinnen und Betreiber werden wir  
3155 dazu verpflichtet, über die auf ihren Plattformen aktiven Händlerinnen und Händler  
3156 Auskunft zu erteilen.

3157  
3158 Der Zoll leistet wertvolle Arbeit bei der Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität, von  
3159 Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, von Finanz- und Steuerbetrug sowie von  
3160 Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung. Wir werden den Zoll in allen Aufgabenbe-

3161 reichen, auch bei der Abfertigung internationaler Handelsströme, insbesondere durch  
3162 Personalmaßnahmen (Stellen, Besoldung) stärken.

3163

### 3164 **Finanzmarkt und Digitalisierung**

3165 Unsere Finanzmarktpolitik gibt der realwirtschaftlichen Dienstleistungsfunktion des  
3166 Finanzsektors Vorrang. Indem wir Transparenz schaffen, nachhaltige Wachstumsstrategien fördern und die Krisenfestigkeit der Finanzmarktakteure stärken, verbessern wir die Funktionsfähigkeit und Stabilität der Finanzmärkte. Risiko und Haftung gehören zusammen. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sollen nicht mehr für die Risiken des Finanzsektors einstehen müssen. Für uns gilt deshalb der Grundsatz: Kein Finanzmarktakteur, kein Finanzprodukt und kein Markt darf in Zukunft ohne angemessene Regulierung bleiben. Dies trägt auch zur langfristigen Wettbewerbsfähigkeit der Finanzmärkte bei.

3174

3175 Wir setzen uns für eine zielgenaue, wirksame und angemessene Finanzmarktregulierung ein. Daher wollen wir die (Wechsel-)Wirkungen der nach der Finanzmarktkrise beschlossenen Regulierungsmaßnahmen untersuchen. Dabei wollen wir prüfen, ob ihre Ziele erreicht wurden und ob die Regulierung und die Aufsicht nach dem Grundsatz der doppelten Proportionalität ausgerichtet sind. Dort, wo es notwendig ist, werden wir auf eine Nachjustierung auch auf europäischer und internationaler Ebene hinwirken. Wir wollen dabei insbesondere kleine Institute entlasten, soweit von ihnen geringe Risiken für die Finanzstabilität ausgehen.

3183

3184 Regional tätige Finanzinstitute wie Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Förderbanken sind wichtige Finanzpartner vieler Menschen und Unternehmen in unserem Land. Wir sehen sie als wichtige Säule für die Stabilität im Finanzsystem und kämpfen daher für ihren Erhalt. Wir werden bei der Regulierung danach unterscheiden, ob es sich um Sparkassen, Genossenschaftsbanken, Förderbanken bzw. kleine und mittlere Privatbanken mit risikoarmen Geschäftsmodellen handelt oder um systemrelevante Großbanken.

3191

3192 Im Rahmen einer europäischen oder internationalen Lösung streben wir für Finanzinstitute außerhalb des Banken- und Versicherungssektors, z. B. für Hedgefonds und Schattenbanken, einen Kriterienkatalog zur Prüfung ihrer Bedeutung für das Finanzsystem an. Systemrelevante Finanzinstitute sollen verbindlichen Regulierungsanforderungen und einer Aufsicht unterliegen. Gleiches Geschäft muss gleich reguliert werden.

3198

3199 Wir werden uns für attraktive Rahmenbedingungen am Finanzplatz Deutschland einsetzen und die digitale Infrastruktur für die Finanzmärkte weiter stärken. Angesichts des bevorstehenden Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU wollen wir den Standort Deutschland für Finanzinstitute attraktiver gestalten. Dazu werden wir es möglich machen, Risikoträger im Sinne von § 2 Abs. 8 Institutsvergütungsverordnung, deren jährliche regelmäßige Grundvergütung das Dreifache der Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung überschreitet, im Kündigungsschutzgesetz leitenden Angestellten gleichzustellen.

3207

3208 Auch eine kohärente Regulierung und Aufsicht sollen dazu beitragen, Deutschlands Rolle als einer der führenden Digitalisierungs- und FinTech-Standorte zu stärken. Wir werden unnötige bürokratische Hemmnisse beseitigen und dafür sorgen, dass Geschäfte mit gleichen Risiken auch gleich reguliert werden. Um das Potential der

3211

3212 Blockchain-Technologie zu erschließen und Missbrauchsmöglichkeiten zu verhin-  
3213 dern, wollen wir eine umfassende Blockchain-Strategie entwickeln und uns für einen  
3214 angemessenen Rechtsrahmen für den Handel mit Kryptowährungen und Token auf  
3215 europäischer und internationaler Ebene einsetzen. Die Möglichkeiten der bargeldlo-  
3216 sen Zahlung sollen im digitalen Zeitalter erweitert werden. Anonymes Bezahlen mit  
3217 Bargeld muss weiterhin möglich bleiben.

3218  
3219 Die Sicherheit der IT-Systeme ist sowohl für Kundinnen und Kunden als auch für die  
3220 Stabilität der Finanzmärkte von großer Bedeutung. Die Abwehr von Cyber-Angriffen  
3221 stellt auch für Finanzdienstleister eine wesentliche Herausforderung dar. Wir wollen  
3222 die Fähigkeiten der Finanzaufsicht im Bereich Digitalisierung und IT-Sicherheit stär-  
3223 ken und auch die Zusammenarbeit mit allen zuständigen Aufsichts- und Sicherheits-  
3224 behörden intensivieren.

3225  
3226 Wir wollen die bisherigen Maßnahmen zum finanziellen Verbraucherschutz evaluie-  
3227 ren.

3228  
3229 **3. Energie**

3230 Wir wollen im Energiebereich die Rahmenbedingungen so setzen, dass die Energie-  
3231 wende zum Treiber für Energieeffizienz, Modernisierung, Innovationen und Digitali-  
3232 sierung im Strom-, Wärme-, Landwirtschafts- und Verkehrssektor wird, ohne die in-  
3233 ternationale Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Deutschland zu gefähr-  
3234 den. Die dafür erforderliche Versorgungssicherheit muss durch entsprechende Rah-  
3235 menbedingungen auch am deutschen Energiemarkt zuverlässig gewährleistet sein.  
3236 Die Einbettung der Energiewende in den europäischen Zusammenhang eröffnet die  
3237 Chance, die Kosten zu senken und Synergien zu nutzen. Wir wollen zusätzliche  
3238 Wachstums- und Beschäftigungschancen in Deutschland und Exportchancen für  
3239 deutsche Unternehmen auf internationalen Märkten. Zentrale Orientierung bleibt das  
3240 energiepolitische Zieldreieck von Versorgungssicherheit, verlässlicher Bezahlbarkeit  
3241 und Umweltverträglichkeit.

3242  
3243 Wir werden die internationale Energiezusammenarbeit ausbauen, um die Vorreiter-  
3244 rolle Deutschlands bei der Energiewende international zu nutzen und die Wettbe-  
3245 werbsfähigkeit deutscher Unternehmen zu unterstützen. Um die deutsche Wirtschaft  
3246 weltweit zu vernetzen, werden wir verstärkt die internationalen Formate (z. B. G7,  
3247 G20) sowie die internationalen Energieinstitutionen (z. B. IEA, IRENA) nutzen. Wir  
3248 werden weitere bilaterale Energiepartnerschaften entwickeln, mit dem Ziel, der deut-  
3249 schen Industrie den Marktzugang zu erleichtern und die weltweite Energiewende vo-  
3250 ranzubringen.

3251  
3252 Eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Energiewende und Klimaschutzpolitik ist ein  
3253 weiterer zielstrebigere, effizienter, netzsynchroner und zunehmend marktorientierter  
3254 Ausbau der Erneuerbaren Energien. Unter diesen Voraussetzungen streben wir ei-  
3255 nen Anteil von etwa 65 Prozent Erneuerbarer Energien bis 2030 an und werden ent-  
3256 sprechende Anpassungen vornehmen. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien  
3257 muss deutlich erhöht werden, auch um den zusätzlichen Strombedarf zur Erreichung  
3258 der Klimaschutzziele im Verkehr, in Gebäuden und in der Industrie zu decken.

3259  
3260 Vorgesehen sind Sonderausschreibungen, mit denen acht bis zehn Millionen Tonnen  
3261 CO<sub>2</sub> zum Klimaschutzziel 2020 beitragen sollen. Hier sollen je vier Gigawatt Onsho-  
3262 re-Windenergie und Photovoltaik sowie ein Offshore-Windenergiebeitrag zugebaut

3263 werden, je zur Hälfte wirksam in 2019 und 2020. Voraussetzung ist die Aufnahmefähigkeit der entsprechenden Netze.  
3264

3265  
3266 Die Herausforderung besteht in einer besseren Synchronisierung von Erneuerbaren  
3267 Energien und Netzkapazitäten. Wir halten an dem Ziel der einheitlichen Stromge-  
3268 botszone in Deutschland fest. Wir werden eine bessere regionale Steuerung des  
3269 Ausbaus der Erneuerbaren Energien einführen und für die Ausschreibungen südlich  
3270 des Netzengpasses einen Mindestanteil über alle Erzeugungsarten festlegen. Wir  
3271 werden die Akteursvielfalt auch künftig sicherstellen, aber ausschließlich bun-  
3272 desimmissionsschutzrechtlich genehmigte Projekte an Ausschreibungen teilnehmen  
3273 lassen.  
3274

3275 Wir wollen durch eine stärkere Marktorientierung der Erneuerbaren Energien Investi-  
3276 tionen in Speichertechnologien und intelligente Vermarktungskonzepte fördern. Ziel  
3277 ist es, die Versorgungssicherheit in allen Teilen Deutschlands weiterhin sicherzustel-  
3278 len und die EEG- und Systemkosten so gering wie möglich zu halten.  
3279

3280 Offshore-Wind-Energie hat eine industriepolitische Bedeutung für Deutschland und  
3281 kann auch zur Kostensenkung beitragen. Wir setzen uns deshalb für ein nationales  
3282 Offshore-Testfeld ein, mit dem wir die Offshore-Potenziale in der Energiewende er-  
3283 forschen werden.  
3284

3285 Wir werden:

- 3286 • Anstrengungen zum Ausbau und zur Modernisierung der Energienetze unterneh-  
3287 men. Zu diesem Zweck werden wir einen ambitionierten Maßnahmenplan zur Op-  
3288 timisierung der Bestandsnetze und zum schnelleren Ausbau der Stromnetze erar-  
3289 beiten. Es geht darum, mit neuen Technologien und einer stärkeren Digitalisie-  
3290 rung, aber auch mit einer besseren Zusammenarbeit der Netzbetreiber die vor-  
3291 handenen Netze höher auszulasten. Wir werden das Netzausbaubeschleuni-  
3292 gungsgesetz novellieren und vereinfachen. Notwendig sind auch ökonomische An-  
3293 reize für eine Optimierung der Netze;
- 3294 • mehr Akzeptanz für den Netzausbau schaffen und zu dessen Beschleunigung bei-  
3295 tragen, indem wir mehr Erdverkabelung insbesondere im Wechselstrombereich  
3296 und dort vor allem an neuralgischen Punkten, soweit technisch machbar, ermögli-  
3297 chen. Die politischen Vereinbarungen unserer Parteivorsitzenden („Eckpunkte für  
3298 eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende“) vom 1. Juli 2015 gelten fort;
- 3299 • die Verordnung zur Umsetzung der bereits beschlossenen bundesweit einheitli-  
3300 chen Übertragungsnetzentgelte unverzüglich erarbeiten;
- 3301 • mit einer Reform der Netzentgelte die Kosten verursachergerecht und unter an-  
3302 gemessener Berücksichtigung der Netzdienlichkeit verteilen und bei Stromver-  
3303 brauchern unter Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit mehr Flexibilität ermöglichen;
- 3304 • unter Anerkennung der zunehmenden Verantwortung der Stromverteilnetzbetrei-  
3305 ber den Regulierungsrahmen weiterentwickeln, um Investitionen in intelligente Lö-  
3306 sungen (Digitalisierung) – gerade auch im Bereich der Verteilnetze – zu flankieren;
- 3307 • im Rahmen des gesetzlichen Monitorings die Bezahlbarkeit von Energie und die  
3308 Versorgungssicherheit regelmäßig bewerten. Außerdem werden wir jedes Jahr  
3309 überprüfen, wie sich die Netzengpässe entwickeln, und ab Anfang 2019 daraus  
3310den notwendigen Handlungsbedarf ableiten (Stresstests);
- 3311 • beim weiteren Ausbau der Windenergie an Land einen besseren Interessenaus-  
3312 gleich zwischen Erneuerbaren-Branche einerseits und Naturschutz- und Anwoh-  
3313neranliegen andererseits gewährleisten;



- 3314 • durch eine bundeseinheitliche Regelung beim weiteren Ausbau der Erneuerbaren  
3315 Energien (EE) die Standortgemeinden stärker an der Wertschöpfung von EE-  
3316 Anlagen beteiligen und die Möglichkeiten einer Projektbeteiligung von Bürgerinnen  
3317 und Bürgern verbessern, ohne dass dies insgesamt zu Kostensteigerungen beim  
3318 EE-Ausbau führt. Wir werden die bestehende Mieterstromregelung optimieren, in-  
3319 dem der Verlust der tradierten gewerbesteuerlichen Behandlung von Wohnungs-  
3320 baugenossenschaften vermieden wird, um nachhaltige Mieterstrommodelle zu er-  
3321 möglichen;
- 3322 • die Kopplung der Sektoren Wärme, Mobilität und Elektrizität in Verbindung mit  
3323 Speichertechnologien voranbringen. Dafür müssen die Rahmenverbindungen an-  
3324 gepasst werden. Stadtwerke und Verteilnetzbetreiber haben durch ihre Nähe zu  
3325 Energieversorgern und Verbrauchern sowie dem öffentlichen Nahverkehr eine  
3326 Schlüsselposition in der Sektorkopplung. Für Speicher wollen wir entsprechende  
3327 Forschungs- und Fördermittel bereitstellen. Deutschland soll wieder Standort für  
3328 Batteriezellproduktion werden. Wir wollen ein Fraunhofer-Institut für Speichertechno-  
3329 logien einrichten und vorhandene Kompetenzen einbinden. Die Wasserstoff-  
3330 technologie wollen wir stärken;
- 3331 • prüfen, inwieweit zukünftig nicht mehr benötigte Kraftwerksstandorte für große  
3332 thermische Speicher-Kraftwerke genutzt werden können. Wir werden die unter-  
3333 schiedliche Belastung von gespeicherter Energie prüfen und vereinheitlichen. Wir  
3334 werden Speichern die Möglichkeit eröffnen, mehrere Dienstleistungen gleichzeitig  
3335 zu erbringen, etwa Regelenergie und Mieterstrom. Wir werden Wärmespeicher  
3336 insbesondere für Quartiers- und Siedlungslösungen unterstützen;
- 3337 • die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) weiterentwickeln und umfassend modernisie-  
3338 ren, so dass sie im Rahmen der Energiewende eine Zukunft hat. Wir werden die  
3339 Kraft-Wärme-Kopplung CO<sub>2</sub>-ärmer ausgestalten und flexibilisieren. Wir wollen  
3340 KWK-Anlagen und die Fernwärmeinfrastruktur ausbauen und effizienter machen;
- 3341 • die Planung und Finanzierung von Energieinfrastrukturen – einschließlich der be-  
3342 stehenden Gas- und Wärmeinfrastruktur für die Sektorkopplung – so reformieren,  
3343 dass die verschiedenen Infrastrukturen koordiniert energiewendetauglich und kos-  
3344 teneffizient weiterentwickelt werden;
- 3345 • Deutschland zum Standort für LNG-Infrastruktur machen.

3346  
3347 Wir werden unter breiter Beteiligung eine ambitionierte und sektorübergreifende  
3348 Energieeffizienzstrategie des Bundes erarbeiten und darin das Leitprinzip „Efficiency  
3349 First“ verankern mit dem Ziel, den Energieverbrauch bis zum Jahr 2050 um  
3350 50 Prozent zu senken. Den Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE) werden  
3351 wir basierend auf den Ergebnissen des Grünbuchs Energieeffizienz weiterentwickeln  
3352 und schnellstmöglich umsetzen. Bestehende Programme zur Förderung der Energie-  
3353 effizienz wollen wir evaluieren und bei Bedarf nutzergerecht optimieren. Wir wollen  
3354 die Fördermittel auf dem derzeitigen Niveau stabilisieren.

3355  
3356 Wir werden die Energieforschung vermehrt auf die Energiewende ausrichten. Ge-  
3357 meinsam mit der Wirtschaft und der Wissenschaft werden wir neue Formate der Ver-  
3358 netzung schaffen, die uns helfen, die Wertschöpfung und die klügsten Köpfe in  
3359 Deutschland zu halten. Dazu wollen wir u. a.:

- 3360 • im Rahmen der Energieforschung gezielt öffentliche Mittel zur Entwicklung CO<sub>2</sub>-  
3361 armer Industrieprozesse bzw. zur CO<sub>2</sub>-Kreislaufwirtschaft bereitstellen,
- 3362 • den Übergang von Forschung zu Demonstration und Markteinführung unterstützen  
3363 und die „Reallabore“ (z. B. Power to Gas/Power to Liquid) als weitere Säule der  
3364 Energieforschung ausbauen,

- 3365 • den Zugang zu der Forschungsförderung für Start-ups deutlich erleichtern.  
3366

#### 3367 **4. Verkehr**

3368 Mobilität ist eine zentrale Grundlage für individuelle Freiheit und gesellschaftlichen  
3369 Wohlstand, für wirtschaftliches Wachstum und für Arbeitsplätze in allen Regionen.  
3370 Wir wollen deshalb für alle Menschen in Deutschland eine moderne, saubere, barriere-  
3371 freie und bezahlbare Mobilität organisieren und dabei die gesellschaftlichen Her-  
3372 ausforderungen, wie den demografischen Wandel, die Urbanisierung, Anbindung  
3373 ländlicher Räume und Globalisierung, meistern. Um den Zusammenhalt in Europa zu  
3374 stärken, werden wir die grenzüberschreitende Mobilität verbessern. Wir wollen unse-  
3375 re Infrastruktur weiter ausbauen und modernisieren und die großen Chancen von  
3376 digitalen Innovationen, wie automatisiertes und vernetztes Fahren, und von alternati-  
3377 ven Antrieben auf allen Verkehrsträgern nutzen.

#### 3378 **Finanzierung / Verkehrsinvestition**

3379 Wir werden den Investitionshochlauf auf einem Rekordniveau für die Verkehrsinvesti-  
3380 tionen mindestens auf dem heutigen Niveau fortführen. Für die Planungs- und Finan-  
3381 zierungssicherheit wird die Überjährigkeit der zur Verfügung gestellten Haushaltsmit-  
3382 tel dauerhaft sichergestellt. Zugleich werden wir Finanzierungsinstrumente imple-  
3383 mentieren, mit denen jährlichen Haushaltsresten entgegengesteuert wird. Wir setzen  
3384 weiterhin unseren Schwerpunkt auf den Erhalt vor dem Neu- und Ausbau.

3386 Die prioritären Projekte des Bundesverkehrswegeplans 2030 wollen wir auskömmlich  
3387 finanzieren. Bis zum 3. Quartal 2018 werden wir die Schienenprojekte des potenziel-  
3388 len Bedarfs unter Berücksichtigung der Berechnungen des Verkehrsressorts bewerte-  
3389 ten. Im neuen Verkehrsinfrastrukturzustandsbericht werden wir transparent die priori-  
3390 tären Erhaltungsmaßnahmen nach Bundesländern auführen.

3392 Wir werden die noch nicht fertiggestellten Öffentlich-Privaten Partnerschaften der  
3393 1.-3. Staffel realisieren, wenn deren Wirtschaftlichkeit auf Basis der mit dem Bundes-  
3394 rechnungshof abgestimmten Regularien transparent nachgewiesen worden ist. Die  
3395 Wirtschaftlichkeitsuntersuchung und die Konzessionsverträge werden wir nach  
3396 Vergabe bei Zustimmung des Konzessionsnehmers im Internet veröffentlichen.

3398 Den Aufbau der Infrastrukturgesellschaft Verkehr werden wir unter Einbindung der  
3399 Gewerkschaften und Personalräte bei den Organisationsentscheidungen eng  
3400 begleiten. Die Möglichkeit, die Planfeststellung weiterhin durch die Länder  
3401 durchführen zu können, ist rechtssicher auszugestalten.

3403 Die Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern zu einer verbesserten  
3404 Ausgabenpauschale für die Bundesfernstraßen wollen wir umsetzen.

3406 Eine Privatisierung der Straßeninfrastruktur und der Infrastrukturgesellschaft Verkehr  
3407 bleibt ausgeschlossen.

3409 Wir halten an der zügigen Ausdehnung der Lkw-Maut für Fahrzeuge ab 7,5 Tonnen  
3410 auf alle Bundesstraßen fest und werden auf Grundlage des neuen  
3411 Wegekostengutachtens eine durchschnittliche Mauthöhe für Lkw auf allen  
3412 Bundesfernstraßen festlegen.

3414

3415 Wir werden die Mittel für das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) bis  
3416 2021 auf jährlich eine Milliarde Euro erhöhen und danach jährlich dynamisiert für  
3417 Aus- und Neubaumaßnahmen zur Verfügung stellen.  
3418

### 3419 **Planungsbeschleunigung**

3420 Wir werden ein Planungs- und Baubeschleunigungsgesetz verabschieden. Damit  
3421 wollen wir deutliche Verbesserungen und noch mehr Dynamik in den Bereichen Ver-  
3422 kehr, Infrastruktur, Energie und Wohnen erreichen. Durch frühzeitige Bürgerbeteili-  
3423 gung, weniger Bürokratie und gezielten Personaleinsatz wollen wir unsere öffentli-  
3424 chen Verkehrswege schneller planen und bauen. Mit Änderung der rechtlichen Vor-  
3425 gaben wollen wir Erleichterungen für Infrastrukturprojekte erreichen. Dabei orientie-  
3426 ren wir uns an den Verkehrsprojekten Deutsche Einheit sowie an den zwölf Punkten  
3427 der Strategie Planungsbeschleunigung des Verkehrsressorts. Für ausgewählte Pro-  
3428 jekte mit überragendem öffentlichem Interesse werden wir die Planungs- und Ge-  
3429 nehmigungsverfahren verkürzen und die Verwaltungsgerichtsverfahren auf eine In-  
3430 stanz beschränken.

3431  
3432 Zudem wollen wir auf Grundlage europäischen Rechts das Verbandsklagerecht in  
3433 seiner Reichweite überprüfen und uns auf EU-Ebene für die Wiedereinführung der  
3434 Präklusion einsetzen.

3435  
3436 Für fünf Pilotprojekte wollen wir Baurecht durch Maßnahmengesetze erproben. Das  
3437 Instrument der Plangenehmigung wollen wir stärken, insbesondere bei Ersatzneu-  
3438 bauten und Lärmschutzmaßnahmen. Gemeinsam mit der Wirtschaft werden wir die  
3439 Gewinnung von Fachpersonal gezielt angehen.  
3440

3441 Die digitale Planungsmethode „Building Information Modeling“ (BIM) reduziert Kosten  
3442 und minimiert die Risiken von Kosten- und Terminüberschreitungen. Deshalb werden  
3443 wir die BIM baldmöglichst bei allen neu zu planenden Verkehrsinfrastrukturprojekten  
3444 zur Anwendung bringen.  
3445

### 3446 **Mobilität und Umwelt**

3447 Wir werden eine Kommission unter Einbeziehung der unterschiedlichen Akteure aus  
3448 Politik, Wirtschaft, Umweltverbänden, Gewerkschaften sowie betroffenen Ländern  
3449 und Regionen einsetzen, die bis Anfang 2019 eine Strategie „Zukunft der  
3450 bezahlbaren und nachhaltigen Mobilität“ mit verlässlicher Zeitschiene erarbeitet. Die  
3451 Mobilität – und damit die Automobilwirtschaft – stehen aktuell vor enormen  
3452 Herausforderungen. Klimaschutz, Luftreinhaltung, neue Mobilitäts- und  
3453 Geschäftsmodelle und sich stark divergent entwickelnde Weltmärkte sind hierbei  
3454 bedeutende Aspekte. Die Mobilitätspolitik ist dem Pariser Klimaschutzabkommen und  
3455 dem Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung verpflichtet. Wir wollen die  
3456 Klimaziele von Paris erreichen und dabei soziale Belange berücksichtigen, die  
3457 Wettbewerbsfähigkeit der Industrie gewährleisten und bezahlbare Mobilität  
3458 sicherstellen. Dafür bedarf es eines ganzen Bündels von Maßnahmen, wie z. B. der  
3459 Förderung von Elektromobilität, des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und  
3460 des Schienenverkehrs, effizienteren und saubereren Verbrennungsmotoren inklusive  
3461 Nachrüstungen sowie der Verstetigung der Mittel im Rahmen des Nationalen Forums  
3462 Diesel.  
3463

3464 Wir wollen gemeinsam mit Ländern und Kommunen unsere Anstrengungen für eine  
3465 Verbesserung der Luftqualität insbesondere in besonders belasteten Innenstädten

3466 erheblich verstärken. Wir wollen Fahrverbote vermeiden und die Luftreinhaltung  
3467 verbessern. Die Kommunen wollen wir unterstützen, die Emissionsgrenzwerte im  
3468 Rahmen ihrer Luftreinhaltepläne mit anderen Maßnahmen als mit pauschalen  
3469 Fahrverboten einzuhalten.

3470  
3471 Wir wollen insbesondere die Schadstoffemissionen aus dem Straßenverkehr an der  
3472 Quelle weiter reduzieren. Dazu gehören – soweit technisch möglich und wirtschaftlich  
3473 vertretbar – technische Verbesserungen von Fahrzeugen im Bestand. Wir werden im  
3474 Jahr 2018 auf Basis der Ergebnisse der laufenden Untersuchungen zu Hardware-  
3475 Nachrüstungsvarianten in der Arbeitsgruppe „Technische Nachrüstung“ und den  
3476 weiteren Entscheidungen des „Diesel-Gipfels“ sowie aller rechtlicher Fragen der  
3477 Zulassung, Gewährleistung und Kostentragung sowie in Kenntnis von  
3478 Gerichtsentscheidungen und den Entscheidungen auf europäischer Ebene über  
3479 weitere Schritte zur NOx-Reduzierung, auch der technischen Nachrüstungen,  
3480 entscheiden. Wir setzen uns dabei für ein gemeinsames und koordiniertes Vorgehen  
3481 von Bund, Ländern, Kommunen, Unternehmen und Gewerkschaften ein.

3482  
3483 In den besonders betroffenen Städten wollen wir aus dem Fonds „Nachhaltige  
3484 Mobilität für die Stadt“ Mobilitätspläne zur Schadstoffreduktion sowie die darin  
3485 verankerten Maßnahmen fördern. Das Sofortprogramm „Saubere Luft 2017-2020“  
3486 wollen wir fortschreiben. Bundes- und Landesprogramme sollen kumuliert werden  
3487 können.

3488  
3489 Wir wollen den Umstieg der Fahrzeugparks von Behörden, Taxiunternehmen,  
3490 Handwerksbetrieben sowie des ÖPNV auf emissionsarme bzw. -freie  
3491 Antriebstechnologien durch Aufwertung der Förderprogramme vorantreiben.  
3492 Außerdem wollen wir die Verlagerung der Pendlerverkehre auf die Schiene (u. a.  
3493 Park+Ride) fördern. Zudem wollen wir den Ordnungsrahmen so ändern, dass  
3494 Länder, Städte und Kommunen in der Lage sind, verbindliche Vorgaben und  
3495 Emissionsgrenzwerte für den gewerblichen Personenverkehr wie Busse, Taxen,  
3496 Mietwagen und Carsharing-Fahrzeuge sowie für Kurier-, Express-, Paket-Fahrzeuge  
3497 zu erlassen. Gleichzeitig wollen wir bei Taxen und leichten Nutzfahrzeugen den  
3498 Umstieg auf emissionsarme Antriebe technologieoffen im bestehenden  
3499 Finanzrahmen durch eine Erhöhung der bestehenden Kaufprämie bei  
3500 Elektrofahrzeugen fördern und für weitere Technologien andere Förderinstrumente  
3501 entwickeln.

3502  
3503 Für die Überwachung der bereits im Markt befindlichen Fahrzeuge werden wir eine  
3504 flächendeckende Feldüberwachung sowie ein wirksames Sanktionssystem bei  
3505 Nichteinhaltung von Emissionsvorschriften gegenüber den Herstellern etablieren. Wir  
3506 werden die Gründung des Deutschen Instituts für Verbrauchs- und  
3507 Emissionsmessungen (DIVEM) vorantreiben.

3508  
3509 Wir wollen das Nationale Innovationsprogramm Wasserstoff- und  
3510 Brennstoffzellentechnologie fortführen. Wir wollen die Mobilitäts- und  
3511 Kraftstoffstrategie (MKS) technologieoffen weiterentwickeln und die Mittel zu deren  
3512 Umsetzung erhöhen. Wir wollen die Sektorenkopplung voranbringen und den  
3513 regulativen Rahmen ändern, so dass „grüner Wasserstoff“ und Wasserstoff als  
3514 Produkt aus industriellen Prozessen als Kraftstoff oder für die Herstellung  
3515 konventioneller Kraftstoffe (z. B. Erdgas) genutzt werden kann. Wir wollen die TMG-

3516 Quote weiterentwickeln, um die Produktion von Biokraftstoffen abfall- und  
3517 reststoffbasiert sowie auf Pflanzenbasis zu unterstützen.

3518  
3519 Bei der pauschalen Dienstwagenbesteuerung werden wir für E-Fahrzeuge (Elektro-  
3520 und Hybridfahrzeuge) einen reduzierten Satz von 0,5 Prozent des inländischen Lis-  
3521 tenpreises einführen.

3522  
3523 Wir wollen die Elektromobilität (batterieelektrisch, Wasserstoff und Brennstoffzelle) in  
3524 Deutschland deutlich voranbringen und die bestehende Förderkulisse, wo erforder-  
3525 lich, über das Jahr 2020 hinaus aufstocken und ergänzen. Wir wollen den Aufbau  
3526 einer flächendeckenden Lade- und Tankinfrastruktur intensivieren. Ziel ist, bis 2020  
3527 mindestens 100 000 Ladepunkte für Elektrofahrzeuge zusätzlich verfügbar zu ma-  
3528 chen – wovon mindestens ein Drittel Schnellladesäulen (DC) sein sollen. Zudem wol-  
3529 len wir die Errichtung von privaten Ladesäulen fördern. Für eine nachhaltige Umstel-  
3530 lung der Busflotten auf alternative Antriebe sind neben den Fahrzeugen auch eine  
3531 geeignete Ladeinfrastruktur sowie Betriebsmanagementsysteme erforderlich. Den  
3532 Einbau von Ladestellen für Elektrofahrzeuge von Mieterinnen und Mietern sowie  
3533 Wohnungseigentümerinnen und Wohnungseigentümern werden wir rechtlich erleich-  
3534 tern. Außerdem werden wir die gesetzlichen Bedingungen für benutzerfreundliche  
3535 Bezahlsysteme verbessern.

3536  
3537 Für gewerblich genutzte Elektrofahrzeuge führen wir eine auf fünf Jahre befristete  
3538 Sonder-AfA (Abschreibung für Abnutzung) von 50 Prozent im Jahr der Anschaffung  
3539 ein. Wir wollen zudem die Förderung für die Umrüstung und Anschaffung von  
3540 E-Taxen, E-Bussen, E-Nutzfahrzeugen und Carsharing verstetigen.

3541  
3542 Wir wollen die bestehende „Nationale Plattform Elektromobilität“ zu einer Plattform  
3543 „Zukunft der Mobilität“ umgestalten, die sich mit der Weiterentwicklung der Automo-  
3544 bilindustrie beschäftigt. Die Ansiedlung einer Batteriezellfertigung ist für Deutschland  
3545 und Europa ein wichtiges wirtschafts- und industriepolitisches Handlungsfeld. Wir  
3546 wollen die Industrie dabei unterstützen, die gesamte Wertschöpfungskette der Elekt-  
3547 romobilität in Deutschland und Europa vorzuhalten.

3548  
3549 Für den Schienenverkehr wollen wir ein umfassendes Förderprogramm auflegen, das  
3550 sowohl die Elektrifizierung von Strecken als auch die Anschaffung von Fahrzeugen  
3551 nebst Nachlade-/Tankinfrastruktur umfasst. Den Schienenpersonennahverkehr  
3552 wollen wir mit Investitionszuschüssen für Brennstoffzellen-Hybrid-Triebwagen inkl.  
3553 Ausstattung/Umrüstung der Depots und Bau und Betrieb von Wasserstofftankstellen  
3554 unterstützen. Um die Wirtschaftlichkeit von Elektrobussen zu erhöhen, wollen wir sie  
3555 analog der Schienenbahnen von der EEG-Umlage freistellen.

### 3556 3557 **Schieneverkehr**

3558 Pünktlichkeit, guter Service und hohe Qualität müssen das Markenzeichen der  
3559 Eisenbahnen in Deutschland sein. Mit einem Schienenpakt von Politik und Wirtschaft  
3560 wollen wir bis 2030 doppelt so viele Bahnkundinnen und Bahnkunden gewinnen und  
3561 dabei u. a. mehr Güterverkehr auf die umweltfreundliche Schiene verlagern. Wir  
3562 wollen die Maßnahmen des Masterplans Schienengüterverkehr dauerhaft umsetzen.  
3563 Die Eisenbahnen müssen im Gegenzug in mehr Service, mehr Zuverlässigkeit und  
3564 mehr Innovationen investieren.

3565

3566 Die priorisierten Maßnahmen zur Schaffung eines deutschlandweiten  
3567 740-Meter-Netzes für Güterzüge werden wir bis 2020 realisieren.

3568  
3569 Wir wollen die Digitalisierung der Schiene, auch auf hochbelasteten S-Bahnstrecken,  
3570 vorantreiben und den Ausbau der europäischen Leit- und Sicherungstechnik ETCS,  
3571 elektronischer Stellwerke und Umrüstung der Lokomotiven durch den Bund  
3572 unterstützen. Die Automatisierung des Güterverkehrs und das autonome Fahren auf  
3573 der Schiene wollen wir durch Forschung und Förderung unterstützen.

3574  
3575 Bis 2025 wollen wir 70 Prozent des Schienennetzes in Deutschland elektrifizieren.  
3576 Mit einer neuen Förderinitiative wollen wir regionale Schienenstrecken elektrifizieren.  
3577 Wir wollen zudem mehr hindernisfreie Mobilität ermöglichen. Ein Schlüsselprojekt  
3578 dabei ist das Programm zur Förderung von Barrierefreiheit auf Bahnhöfen.

3579  
3580 Wir wollen Bundesmittel für den Betrieb von Schienennebenstrecken zur Verfügung  
3581 stellen sowie ein Programm zur Förderung der Mobilität im ländlichen Raum  
3582 auflegen. Wir wollen Bahnhöfe und -haltstellen in den Regionen halten.

3583  
3584 Wir wollen ein Instrumentarium entwickeln, mit dem Aufgabenträger übergreifende  
3585 Schienenverkehrsprojekte von besonderer Bedeutung beschleunigt realisieren  
3586 können (z. B. Schienenverkehrsknoten in Mischnutzung aus S-Bahn, Schienennah-  
3587 und Fernverkehr sowie strategische grenzüberschreitende Schienenverbindungen).

3588  
3589 Wir wollen die Förderung für NE-Bahnen für den Ausbau öffnen. Das  
3590 Eisenbahnkreuzungsgesetz wollen wir ändern, um den kommunalen Anteil der  
3591 Finanzierung an TEN-Strecken zu reduzieren.

3592  
3593 Für ein „Tausend-Bahnhöfe“-Förderprogramm zur Attraktivitätssteigerung gerade  
3594 kleinerer Bahnhöfe, das Bahnanlagen und das Bahnhofsumfeld einbezieht, wollen  
3595 wir die Länder, Kommunen und die Deutsche Bahn als Partner gewinnen. Damit  
3596 wollen wir u. a. die Sanierung von Bahnhofsgebäuden fördern.

3597  
3598 Für uns steht als Eigentümer der Deutschen Bahn AG nicht die Maximierung des  
3599 Gewinns, sondern eine sinnvolle Maximierung des Verkehrs auf der Schiene im  
3600 Vordergrund.

3601  
3602 Wir halten am integrierten Konzern Deutsche Bahn AG fest. Eine Privatisierung der  
3603 Bahn lehnen wir ab. Das Schienennetz und die Stationen sind Teil der öffentlichen  
3604 Daseinsvorsorge. Entscheidungen, an welcher Stelle des Netzes in den Erhalt und  
3605 Ausbau der Schieneninfrastruktur investiert wird, müssen durch den Bund frei von  
3606 Gewinninteressen privater Dritter gefällt werden.

3607  
3608 Wir werden in den Satzungen der DB Netz AG, der DB Station&Service AG sowie  
3609 des Gesamtkonzerns volkswirtschaftliche Ziele wie die Steigerung des Marktanteils  
3610 der Schiene festschreiben und die Vorstände der Unternehmen auf die Erfüllung der  
3611 Ziele verpflichten.

3612  
3613 Die für den Schienenverkehr zuständige Fachabteilung und deren nachgeordnete  
3614 Behörden im für Verkehr zuständigen Ressort wollen wir strukturell und personell  
3615 stärken und eine/n hochrangige/n Beauftragte/n der Bundesregierung für den  
3616 Schienenverkehr einsetzen.

3617  
3618 Zur Kostenentlastung und Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit des  
3619 Schienenverkehrs wollen wir die Senkung der Trassenpreise konsequent  
3620 weiterverfolgen. Wir werden das Eisenbahnregulierungsrecht evaluieren.

3621  
3622 Wir wollen mit der DB AG eine neue Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung  
3623 abschließen (LuFV III). Wesentliches Qualitätskriterium ist dabei die  
3624 Netzverfügbarkeit. Zudem wollen wir Anreize für ein nutzerfreundliches  
3625 Baustellenmanagement im Schienennetz schaffen.

3626  
3627 Wir werden prüfen, wie Einzelwagenverkehre wirtschaftlich betrieben werden  
3628 können.

3629  
3630 Wir werden die Umsetzung des Deutschlandtakts vorantreiben. Die dafür  
3631 vorgesehenen Aus- und Neubaumaßnahmen wollen wir bevorzugt realisieren. Unser  
3632 Ziel ist, vertakteten Fernverkehr auf der Schiene deutlich zu stärken, das beinhaltet  
3633 auch eine Ausweitung des Angebots auf größere Städte und Regionen, so dass  
3634 mehr Menschen von Direktverbindungen im Fernverkehr profitieren. Den optimierten  
3635 Zielfahrplan bestimmt die Politik. In diesem Fahrplan sind auch die notwendigen  
3636 leistungsfähigen Güterverkehrstrassen enthalten. Unter Federführung des  
3637 Bundesverkehrsministeriums müssen die Infrastrukturunternehmen, die  
3638 Eisenbahnverkehrsunternehmen des Fernverkehrs, die Bundesländer mit den  
3639 Aufgabenträgern des SPNV sowie die Öffentlichkeit inklusive der Fahrgast- und  
3640 Verbraucherverbände an diesem Prozess beteiligt werden. Der weitere Ausbau der  
3641 Infrastruktur muss sich am gewünschten Fahrplan ausrichten.

3642  
3643 Wir werden die gesetzlichen Regelungen zum Vergaberecht so anpassen, dass die  
3644 Landkreise und Kommunen die Weiterbeschäftigung der bisherigen Beschäftigten  
3645 beim Leistungsübergang im ÖPNV auf andere Betreiber zu den bestehenden  
3646 Arbeits- und Sozialbedingungen vorschreiben können.

3647  
3648 Wir werden uns im Mobilitätsbereich an der UN-Behindertenrechtskonvention  
3649 orientieren. Der Bund begleitet den Prozess zum barrierefreien ÖPNV bis 2022.

3650

#### 3651 **Mehr Verkehrssicherheit und Mobilität 4.0**

3652 Wir sehen uns der „Vision Zero“, also der mittelfristigen Senkung der Anzahl der  
3653 Verkehrstoten auf null, verpflichtet. Deshalb wollen wir nach Auslaufen des  
3654 „Verkehrssicherheitsprogramms 2011“ ein Anschlussprogramm auflegen. Die  
3655 Umsetzung von verkehrssicherheitserhöhenden Projekten, wie z. B. „Schutzstreifen  
3656 für Radfahrer außerorts“, wollen wir unterstützen. Die Kontrollbehörden des Bundes  
3657 wollen wir personell besser ausstatten, um die Kontrolldichte zu erhöhen. Wir werden  
3658 zur Steigerung der Verkehrssicherheit den rechtssicheren Einsatz moderner  
3659 technischer Hilfsmittel wie z. B. Alcolocks ermöglichen. Nach der Einführung des  
3660 neuen Punktesystems ist eine Evaluierung des Bußgeldkatalogs notwendig.

3661

3662 Wir werden die großen Chancen von digitalen Innovationen wie automatisiertes und  
3663 vernetztes Fahren nutzen. Die Digitalisierung des Verkehrssystems erfordert neben  
3664 großen Investitionen in die Verkehrstechnik auch den Ausbau der Informations- und  
3665 Kommunikationstechnik. Wir werden dafür Sorge tragen, dass die  
3666 Breitbandversorgung aller Verkehrsträger in den kommenden Jahren sichergestellt  
3667 und dass schnelles mobiles Internet (5G) durch die Telekommunikations-

3668 Unternehmen ausgebaut wird. Bei der Versteigerung der Frequenzen werden wir  
3669 entsprechende Vorgaben zur Versorgung und flächendeckenden Abdeckung  
3670 vorlegen.

3671  
3672 Damit autonome Fahrzeuge im öffentlichen Raum rechtssicher getestet und  
3673 eingesetzt werden können, werden wir Experimentierklauseln bzw.  
3674 Ausnahmeregelungen schaffen. Bis zum Ende der Legislaturperiode werden wir die  
3675 rechtlichen Voraussetzungen für vollautonome Fahrzeuge (Stufe 5) auf geeigneten  
3676 Infrastrukturen schaffen. Wir wollen die Haftungsregelungen beim Einsatz autonomer  
3677 Systeme (z. B. selbstfahrende Kfz, Roboter) mit dem Ziel auf den Prüfstand stellen,  
3678 um gegebenenfalls drohende Haftungslücken zu schließen.

3679  
3680 Den Ausbau der Straßenverkehrstelematik wollen wir weiterführen und intelligente  
3681 Parkleitsysteme aufbauen. Hierfür werden wir ein „digitales Straßengesetz“  
3682 erarbeiten.

3683  
3684 Wir wollen den erfolgreichen Aufbau der „Digitalen Testfelder Autobahnen“  
3685 weiterführen und Digitale Testfelder auf der Straße (insbesondere in den Städten),  
3686 Schiene und Wasserstraße („autonomes Fahren auf der Elbe“ – Elbe 4.0)  
3687 unterstützen. Wir werden Fahrerassistenzsysteme wie nicht abschaltbare  
3688 Notbremssysteme oder Abbiegeassistenten für Lkw und Busse verbindlich  
3689 vorschreiben und eine Nachrüstpflicht für Lkw- Abstandswarnsysteme prüfen.

3690  
3691 Wir wollen, dass die Nutzerinnen und Nutzer des ÖPNV künftig mit einem  
3692 elektronischen Ticket (eTicket) bargeldlos – vorzugsweise mit einer Anwendung im  
3693 Smartphone – über Verkehrsverbünde hinweg, bundesweit fahren können. Wir  
3694 werden die Verknüpfung der Verkehrsträger verbessern, indem wir bessere  
3695 Informationen in Echtzeit zur Verfügung stellen. Im Rahmen der internetbasierten  
3696 Fahrzeugzulassung (i-Kfz) werden wir die internetbasierte Neuzulassung und  
3697 Umschreibung einführen.

3698  
3699 Daten sind der Rohstoff des 21. Jahrhunderts. Wir wollen durch neue Open-Data-  
3700 Anwendungen die Mobilität der Menschen und den Transport der Waren vereinfachen.  
3701 Gleichzeitig kann durch Open-Data Transparenz hergestellt und Betrug, z. B.  
3702 durch Tachomanipulationen, wirksam bekämpft werden.

3703  
3704 Die Bürgerinnen und Bürger müssen sicher sein, dass ihre Daten jederzeit geschützt  
3705 sind und nicht gegen ihre Interessen eingesetzt werden. Um beim automatisierten  
3706 Fahren Datenschutz und Datensicherheit zu gewährleisten, werden wir einen Ver-  
3707 ordnungsentwurf im Bundestag vorlegen.

### 3708 **Luftverkehr**

3709  
3710 Wir wollen faire Rahmenbedingungen im Einklang mit europäischen und internationa-  
3711 len Regelungen für die Luftverkehrswirtschaft. Dazu gehören die Umsetzung des  
3712 Luftverkehrskonzeptes, die Entlastung unserer Flughäfen und Luftfahrtunternehmen  
3713 von einseitigen nationalen Kosten. Damit haben wir bereits im letzten Jahr begon-  
3714 nen.

3715  
3716 Die bedarfsgerechte Kapazitätserweiterung der Flughäfen muss auch in Zukunft  
3717 möglich sein. Die Luftverkehrswirtschaft ist aufgefordert, den durch Emissionen ver-  
3718 ursachten Nachteilen wirksam zu begegnen.



3719  
3720 Luftsicherheitskontrollen sind eine hoheitliche Aufgabe. Daher soll der Staat mehr  
3721 strukturelle Verantwortung und Anteile der in den letzten Jahren gestiegenen Kosten  
3722 für die Sicherheit der Menschen beim Fliegen übernehmen. Wir werden gleichzeitig  
3723 die bestehende Organisation und Aufgabenwahrnehmung und -verteilung für die  
3724 Luftsicherheit begutachten und konzeptionelle Vorschläge erarbeiten lassen, um die-  
3725 se in Deutschland einheitlicher und effizienter zu gestalten.

3726  
3727 Wir befürworten den Beschluss zur weltweiten Einführung des  
3728 Klimaschutzinstruments CORSIA durch die Internationale Zivilluftfahrtorganisation  
3729 (ICAO) ab 2020. Innovative Luftverkehrstechnologien werden wir fördern. Wir werden  
3730 uns national, europäisch und international dafür einsetzen, dass die Emissionen des  
3731 Luft- und insbesondere Seeverkehrs gesenkt werden und beide Sektoren zu den  
3732 internationalen Klimazielen beitragen. Den Umwelt- und Nachhaltigkeitsbezug des  
3733 Luftfahrtforschungsprogramms (LUFO) wollen wir weiter ausbauen und mehr  
3734 finanzielle Mittel zur Verbesserung der Erforschung und Erprobung alternativer  
3735 Treibstoffe im Luftverkehr bereitstellen, dazu gehört auch die Ausstattung von  
3736 Flughäfen mit Landstrom. Für den Luftverkehr wollen wir die Forschung und  
3737 Entwicklung zur Herstellung und Nutzung von alternativen, strombasierten  
3738 Kraftstoffen vorantreiben und fördern.

3739  
3740 Wir wollen die industriepolitische Zusammenarbeit von Bund, Ländern, Luftfahrt und  
3741 Gewerkschaften zur Stärkung von Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit des  
3742 Luftfahrtstandorts Deutschland institutionalisieren und mit einer regelmäßigen Bund-  
3743 Länder-Konferenz begleiten.

3744  
3745 Die Sicherheit der Menschen muss auch bei zunehmender kommerzieller und priva-  
3746 ter Nutzung von Drohnen gegeben sein. Den rechtlichen Rahmen werden wir weiter-  
3747 entwickeln. Wir setzen dabei insbesondere auf eine Registrierungspflicht, vereinfach-  
3748 te Zulassungsverfahren und technische Neuerungen (z. B. Geofencing). Wir wollen  
3749 auf die Deutsche Flugsicherung einwirken, die Treibstoffschnellablässe zeitnah auf  
3750 ihrer Internetseite zu veröffentlichen.

3751  
3752 Wir halten an der Beteiligung des Bundes am Flughafen Köln-Bonn fest. Alle Beteilig-  
3753 ten sind aufgefordert, an einer zügigen Fertigstellung des neuen Hauptstadtflughaf-  
3754 ens BER mitzuwirken.

3755  
3756 Wir werden die Genehmigungsdauer für Ein- und Ausflüge von Ad-hoc-  
3757 Frachtchartern deutlich verkürzen. Hierfür werden wir das Luftfahrtbundesamt stär-  
3758 ken. Für den Flughafen Leipzig-Halle wollen wir die Frachtfluglandrechte erweitern  
3759 und diesen generell als Landepunkt für den Luftfrachtverkehr in die assoziierten Do-  
3760 kumente und damit in die Luftverkehrsabkommen aufnehmen.

3761  
3762 Wir unterstützen den Novellierungsvorschlag der EU-Kommission für die europäische  
3763 Fluggastrechte-Verordnung.

### 3764 **Schifffahrt**

3765  
3766 Das Gesamtsystem aus Häfen und Wasserstraßen werden wir durch eine bessere  
3767 konzeptionelle Vernetzung nachhaltig stärken. Zur Förderung des maritimen  
3768 Standortes wollen wir die Förderinstrumente evaluieren und weiterentwickeln. Das

3769 nationale Hafenkonzept wollen wir konsequent umsetzen. Das Deutsche Maritime  
3770 Zentrum (DMZ) wird als zentraler Ansprechpartner etabliert.

3771  
3772 Wir werden das Maritime Bündnis unter Einbeziehung der Gewerkschaften stärken.  
3773 Wir werden in Deutschland maritimes Know-how erhalten und dazu die maritime  
3774 Ausbildung stärken. Die Auswirkungen der Entlastungsoffensive für die deutsche  
3775 Flagge werden evaluiert. Bei Bedarf wollen wir das Gesamtpaket – einschließlich der  
3776 Ausbildungsplatzförderung – anpassen. Die Optimierung und Modernisierung der  
3777 Flaggenstaatverwaltung werden wir weiter voranbringen. Dazu gehört sowohl die  
3778 Überprüfung und gegebenenfalls Anpassung der bisherigen Strukturen als auch die  
3779 komplett elektronische Abwicklung der Verfahren bis 2020 sowie die dringend  
3780 notwendige Modernisierung des Schifffahrtsrechts.

3781  
3782 Auf nationaler Ebene wollen wir unsere technologieoffenen Initiativen zugunsten  
3783 alternativer Antriebe und Energiequellen in der Schifffahrt und in den Häfen (LNG,  
3784 Wasserstoff/Brennstoffzelle, Methanol, Elektromobilität) verstärken und verstetigen.

3785  
3786 Im Hafenbereich gehören die Absenkung der EEG-Umlage und der Einsatz  
3787 energieeffizienter Fahrzeuge dazu. Wir stellen flächendeckend Landstrom für die  
3788 deutschen Häfen zur Verfügung. Wir setzen uns für eine europaweit einheitliche  
3789 Nutzungspflicht ein. Der einheitlichen Rechtsanwendung und dem entsprechenden  
3790 Genehmigungsmanagement beim Thema LNG kommt in den Häfen hohe Bedeutung  
3791 zu.

3792  
3793 Wir wollen digitale Technologien und den automatisierten Betrieb in der Schifffahrt,  
3794 den Häfen und der maritimen Lieferkette vorantreiben (z. B. digitales Testfeld  
3795 Hamburger Hafen).

3796  
3797 Das Förderprogramm Innovative Hafentechnologien wollen wir über 2020 hinaus  
3798 verlängern. Unser Ziel ist, dass die Häfen ihre Stärken künftig gemeinsam noch  
3799 besser nutzen – beispielsweise als „German Ports“.

3800  
3801 Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Binnenschifffahrt wollen wir die  
3802 Befahrensabgaben für die Nutzung der Binnenwasserstraßen (ausgenommen der  
3803 Nord-Ostsee-Kanal – NOK) abschaffen.

3804  
3805 Das Förderprogramm „Nachhaltige Modernisierung von Binnenschiffen“ wollen wir  
3806 fortsetzen und ausbauen. Fördern wollen wir zudem alternative Antriebe in der See-  
3807 und Binnenschifffahrt sowie Pilotprojekte für alternative Antriebskonzepte und  
3808 Kraftstoffe. Gemeinsam mit dem Gewerbe werden wir einen „Masterplan  
3809 Binnenschifffahrt“ entwickeln. Wichtige Bestandteile werden die Modernisierung und  
3810 Umweltfreundlichkeit der Flotte, Anreizsysteme sowie Infrastruktur/Logistik sein. Wir  
3811 wollen ein Konzept einer Gebührenstaffelung zur Förderung einer modernen und  
3812 nachhaltigen Flotte vorlegen. Wir werden die Reform der Wasser- und  
3813 Schifffahrtsverwaltung (WSV) zügig umsetzen.

3814  
3815 Für die Nutzung der Wasserstraßen und Häfen braucht es zudem klare und ver-  
3816 ständliche Rechtsregelungen, die wir u. a. durch ein modernes Schifffahrtsgesetz-  
3817 buch schaffen werden.

3818

3819 Für die ausschließlich dem Tourismus oder Sport dienenden Nebenwasserstraßen  
3820 des Bundes wollen wir entsprechend der Befahrbarkeit neue Prioritäten setzen und  
3821 diese unterstützen. Wir streben an, zusammen mit den Bundesländern und Regionen  
3822 neue Konzepte für die einzelnen Wasserwege zu entwickeln.

3823

### 3824 **Transport und Logistik**

3825 Wir werden uns weiterhin für EU-weit einheitliche und faire Wettbewerbsbedingungen  
3826 in der Logistik einsetzen und entsprechende Kontrollmechanismen optimieren.

3827

3828 Sozialbetrug und Sozialdumping darf es auf unseren Straßen nicht geben. Wir  
3829 werden daher klarere Regelungen der Haftung entlang der Logistikkette entwickeln.  
3830 In diesem Zusammenhang werden wir auch die EU-Initiative „Europe on the Move“  
3831 kritisch begleiten. Wichtige Kriterien dabei sind die Anwendung der Entsenderichtlinie  
3832 für Lkw-Fahrer und der Mindestlohnregelungen. Die Kabotage darf dabei nicht weiter  
3833 ausgeweitet werden. Wir werden wirksame Instrumente zur Kontrolle der Kabotage  
3834 schaffen. Auch Transporter im gewerblichen Güterverkehr mit einem zulässigen  
3835 Gesamtgewicht unter 3,5 Tonnen müssen künftig den Bedingungen des  
3836 Güterkraftverkehrsrechts unterliegen.

3837

3838 Wir wollen den kombinierten Verkehr weiter stärken.

3839

3840 Die führende Position des Güterverkehr- und Logistikstandorts Deutschland wollen  
3841 wir mit einem „Innovationsprogramm Logistik 2030“ sichern. Auch wollen wir das  
3842 Netzwerk Güterverkehr und Logistik stärken und die Vermarktungsoffensive  
3843 „Logistics made in Germany“ fortsetzen. Wir unterstützen eine Ausbildungsinitiative  
3844 für Berufskraftfahrer.

3845

3846 Die Mautharmonisierung bleibt Bestandteil unserer Nutzerfinanzierung. Mit der Bran-  
3847 che werden wir gezielte Maßnahmen ergreifen, um dem Fachkräftemangel wirksam  
3848 zu begegnen. Zur besseren Kontrolle setzen wir uns auf europäischer Ebene für die  
3849 Einführung eines europaweiten elektronischen Frachtbriefs ein. Außerdem wollen wir  
3850 die Kontrollbehörden im Straßengüterverkehr, insbesondere das Bundesamt für Gü-  
3851 terverkehr, aufgabenadäquat besser personell ausstatten.

3852

3853 Die Genehmigungspraxis für Schwer- und Großraumtransporte werden wir be-  
3854 schleunigen und verbessern.

3855

3856 Zur verkehrssicheren Abwicklung des Verkehrs auf unseren Autobahnen gehört auch  
3857 die bedarfsgerechte Bereitstellung von Stellplätzen für den Güterkraftverkehr, damit  
3858 die Lenk- und Ruhezeiten eingehalten werden können. Wir wollen deshalb weiterhin  
3859 in den Ausbau des Parkplatzangebotes für Lkw auf den Rastanlagen der Bundesau-  
3860 tobahnen investieren.

3861

3862 Zudem wollen wir strategische Forschungs- und Demonstrationsprojekte zu innovati-  
3863 ven Mobilitäts- und Logistikkonzepten fördern.

3864

### 3865 **Forschung und Entwicklung**

3866 Die von der Bundesregierung geförderte Mobilitätsforschung wird künftig verstärkt die  
3867 gesamte Breite von Mobilitätsangeboten auch unter klimapolitischen sowie gesell-  
3868 schaftlich- und sozialwissenschaftlichen Aspekten betrachten. Für mehr Effizienz wol-  
3869 len wir Mobilitätsforschung im zuständigen Ministerium für Verkehr bündeln.

3870 Wir wollen ein eigenständiges Forschungsprogramm für den Schienenverkehr schaf-  
3871 fen und ergreifen die Initiative zur Etablierung eines deutschen Zentrums für Schie-  
3872 nenverkehrsforschung, das als eine praxisorientierte, technisch-wissenschaftliche  
3873 Forschungseinrichtungen aufgebaut werden soll. Zudem wollen wir die Lärmfor-  
3874 schung an der Schiene fördern und ein Pilotprojekt „LärmLab 21“ in mehreren lärm-  
3875 belasteten Regionen einrichten, um Verfahren für einen besseren Lärmschutz zu tes-  
3876 ten und einen intensiveren Dialogprozess mit allen Beteiligten anzustoßen.

3877  
3878 Zur Erforschung und Eindämmung von Weltraumwetterrisiken auf unsere technische  
3879 Infrastruktur wollen Bund und Länder am Aufbau eines globalen Weltraumwetterzent-  
3880 rums unter Zuhilfenahme bestehender Strukturen mitwirken.

3881

## 3882 **5. Landwirtschaft und Ernährung**

3883 Unser Ziel ist eine nachhaltige flächendeckende Landwirtschaft – sowohl ökologisch  
3884 als auch konventionell. Nachhaltige Landwirtschaft und Naturschutz sind keine Ge-  
3885 gegensätze. Wir wollen eine multifunktional ausgerichtete, bäuerlich-unternehmerische,  
3886 familiengeführte und regional verwurzelte Landwirtschaft erhalten. Der gesellschaft-  
3887 lich geforderte Wandel in der Landwirtschaft und die veränderten Erwartungen der  
3888 Verbraucher bedürfen einer finanziellen Förderung – national wie europäisch.

3889

### 3890 **Gemeinsame Europäische Agrarpolitik**

3891 Dafür bedarf es einer Weiterentwicklung und Neujustierung der Gemeinsamen Euro-  
3892 päischen Agrarpolitik (GAP). Wir streben eine Haushaltsausstattung im bisherigen  
3893 Volumen auf EU-Ebene an. Aber die Förderstrukturen nach 2020 müssen gezielter  
3894 und einfacher als bisher ausgerichtet werden. Wir wollen weniger Bürokratie und  
3895 mehr Effizienz für eine marktfähige Landwirtschaft, die gesunde Lebensmittel nach-  
3896 haltig produziert. Insofern sind besonders Tier-, Natur- und Klimaschutz sowie die  
3897 Wahrung sozialer Standards im öffentlichen Interesse auch öffentlich zu fördern. Die  
3898 Verwendung der Mittel soll neben der Einkommensstabilisierung besser auf diese  
3899 Ziele ausgerichtet werden. Dabei achten wir auch auf ertragschwache Standorte mit  
3900 geringen Bodenwerten.

3901

### 3902 **Förderung der ländlichen Entwicklung**

3903 Wir wollen lebenswerte und attraktive ländliche Räume. Gerade mit Blick auf die  
3904 Herausforderungen von Demografie und Daseinsvorsorge wird die Gemeinschafts-  
3905 aufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) bei fi-  
3906 nanzieller Stärkung um ländliche Entwicklung ergänzt. Die Mittel sind im bisherigen  
3907 Maße übertragbar. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse wollen wir mit einem  
3908 erweiterten Förderrahmen erreichen und dabei auch das Ehrenamt stärken. Wir wol-  
3909 len einen GAK-Sonderrahmenplan „Förderung der ländlichen Entwicklung“ einsetzen.  
3910 Den Sonderrahmenplan Hochwasser- und Küstenschutz wollen wir fortführen und an  
3911 die Herausforderungen des Klimawandels anpassen.

3912

### 3913 **Gentechnik**

3914 Patente auf Pflanzen und Tiere lehnen wir ab. Ebenso das Klonen von Tieren zur  
3915 Lebensmittelerzeugung. Wir halten an der Saatgutreinheit fest. Ein Gentechnikan-  
3916 bau-Verbot werden wir bundesweit einheitlich regeln (Opt-Out-Richtlinie der EU). Im  
3917 Anschluss an die noch ausstehende Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes  
3918 (EuGH) zu den neuen molekularbiologischen Züchtungstechnologien werden wir auf  
3919 europäischer oder gegebenenfalls nationaler Ebene Regelungen vornehmen, die das  
3920 Vorsorgeprinzip und die Wahlfreiheit gewährleisten.

3921

3922 **Ökologische Landwirtschaft und Eiweißstrategie stärken**

3923 Ausgehend von der Zukunftsstrategie Ökologischer Landbau werden wir den Öko-  
3924 landbau weiter ausbauen, um einen Flächenanteil von 20 Prozent nachfrageorientiert  
3925 und bei Ausbau der Forschung bis zum Jahr 2030 zu erreichen. Wir wollen im Rah-  
3926 men der Modell- und Demonstrationsprojekte (Best-Practice) Vorhaben zur regiona-  
3927 len Wertschöpfung und Vermarktung fördern, z. B. Netzwerk Solidarische Landwirt-  
3928 schaft (Solawi).

3929

3930 Die Attraktivität des Anbaus von Eiweißpflanzen wollen wir im Rahmen der Weiter-  
3931 entwicklung der Eiweißpflanzenstrategie erhöhen. Dauergrünland werden wir als Bei-  
3932 trag zum Klimaschutz weiter effektiv schützen. Die Fünfjahresfrist zur Umwandlung  
3933 von Ackergras in Dauergrünland werden wir überprüfen.

3934

3935 Wir wollen Initiativen für nachhaltige, entwaldungsfreie Lieferketten von Agrarrohstof-  
3936 fen, z. B. Palmöl, Kakao und Soja, unterstützen.

3937

3938 Aus Gründen des Klimaschutzes werden wir die Beihilfefähigkeit oder andere For-  
3939 men der finanziellen Unterstützung von klimafreundlichen Paludikulturen prüfen.

3940

3941 **Ackerbaustrategie und Insektenschutz**

3942 Die Umsetzung der Ackerbaustrategie für u. a. umwelt- und naturverträgliche An-  
3943 wendungen von Pflanzenschutzmitteln werden wir gemeinsam mit der Landwirtschaft  
3944 vornehmen und adäquat mit Fördermitteln für Maßnahmen zur Umsetzung der Nati-  
3945 onalen Biodiversitätsstrategie und insbesondere des Insektenschutzes untersetzen.  
3946 Dabei liegt uns der Schutz der Bienen besonders am Herzen. Wir legen diese Stra-  
3947 tegien bis Mitte der Legislaturperiode vor.

3948

3949 Die an der Pflanzenschutzmittel-Zulassung beteiligten Behörden statten wir mit zu-  
3950 sätzlichem Personal aus, um die Zulassungsverfahren zügig durchführen zu können.  
3951 Wir sorgen für eine bessere Transparenz der Zulassungsverfahren für Wirkstoffe und  
3952 Pflanzenschutzmittel auf EU- und nationaler Ebene. Wir werden die Forschung ver-  
3953 stärken, um die Bandbreite innovativer und vorhandener Pflanzenschutzmittel – auch  
3954 im ökologischen Landbau – zu erweitern. Wir beziehen in diese Strategie auch den  
3955 Garten- und Weinbau sowie die Forstwirtschaft mit ein. Wir werden die Ackerbaustra-  
3956 tegie durch ein Innovationsprogramm für digital-mechanische Methoden, z. B. zur  
3957 Unkrautbekämpfung und Bodenlockerung, ergänzen. Dies soll dazu beitragen den  
3958 Einsatz von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln wirksam zu reduzieren.

3959

3960 **Chancen der Digitalisierung nutzen**

3961 Mit einer fortschrittlichen Digitalisierungspolitik werden wir die Zukunftschancen un-  
3962 serer Land- und Forstwirtschaft, des Garten- und Weinbaus sowie der Fischerei ver-  
3963 bessern. Wir werden die Potenziale der Digitalisierung in der landwirtschaftlichen  
3964 Produktion, beispielsweise zur Reduzierung des Einsatzes von Pflanzenschutz- und  
3965 Düngemitteln, des Medikamenteneinsatzes in der Tierhaltung sowie die Erhebung  
3966 meldepflichtiger Angaben fördern. Hier begleiten wir das Thema Datenschnittstelle  
3967 und standardisierter Datenformate. Die mit öffentlichen Mitteln erzeugten Daten müs-  
3968 sen kostenlos und in geeigneten Formaten zur Verfügung gestellt werden. Dazu  
3969 müssen Rahmenbedingungen für eine gemeinsam getragene Verantwortung von  
3970 Staat, Wirtschaft und Gesellschaft entwickelt werden. Wir werden verhindern, dass

3971 sensible Daten und andere betriebsspezifische Daten unkontrolliert an Dritte weiter-  
3972 gegeben werden.

3973

3974 Grüne Berufe sollen attraktiver und zukunftsfähiger werden. Insbesondere im Bereich  
3975 der Digitalisierung in der Land- und Forstwirtschaft werden wir in Kooperation mit den  
3976 Ländern, dem Berufsstand und den Sozialpartnern eine Aus-, Fort- und Weiterbil-  
3977 dungsstrategie entwickeln.

3978

3979 **Tierschutz, Tierwohllabel und Nutztierhaltung – Deutschland soll beim Tier-**  
3980 **schutz eine Spitzenposition einnehmen.**

3981 Die Erkennbarkeit von tierischen Lebensmitteln, die über die gesetzlichen Vorgaben  
3982 der Haltung hinausgehen, wollen wir verlässlich, einfach und verbraucherfreundlich  
3983 gestalten. Dazu brauchen wir den mehrstufigen Aufbau einer staatlichen Kennzeich-  
3984 nung anhand verbindlicher Kriterien für Fleisch aus besserer Tierhaltung (Tierwohlla-  
3985 bel) und schaffen dafür bis zur Mitte der Legislaturperiode die rechtlichen und organi-  
3986 satorischen Voraussetzungen. Der Mehraufwand soll honoriert werden.

3987

3988 Wir entwickeln die nationale Nutztierstrategie weiter, die den Tier- und Umweltschutz  
3989 genauso beachtet wie die Qualität bei der Erzeugung und Marktorientierung. Um das  
3990 Ziel der Verbesserung des Tierwohls in der Nutztierhaltung zu erreichen, sind Investi-  
3991 tionen und Offenheit für die Modernisierung tierwohlorientierter Ställe der Zukunft  
3992 notwendig. Dabei werden wir die Landwirtinnen und Landwirte unterstützen. Wir wol-  
3993 len einen Bestandsschutz genehmigter Tierhaltungsanlagen bei Modernisierungs-  
3994 maßnahmen zu Tierwohlzwecken. Wir werden ein bundeseinheitliches Prüf- und Zu-  
3995 lassungsverfahren für serienmäßig hergestellte Tierhaltungssysteme bei Nutz- und  
3996 Heimtieren vorlegen und dabei auf die Besonderheiten kleiner und mittlerer Hersteller  
3997 und ihre Innovationsfähigkeit Rücksicht nehmen.

3998

3999 Wir werden Lücken in den Haltungsnormen im Tierschutzrecht schließen. Ziel ist es,  
4000 wie beim Schnabelkürzen bei Legehennen, in der Nutztierhaltung auf nicht-kurative  
4001 Eingriffe zu verzichten. Das Töten von Eintagsküken werden wir bis zur Mitte der Le-  
4002 gislaturperiode beenden. Hierzu wollen wir die Beratung und Forschung verstärken  
4003 sowie spezifische Ausstiegsszenarien entwickeln. Zusätzlich zu den bestehenden  
4004 Wegen sollen für weitere tierschutz- und praxisgerechte Alternativen zur Ferkelkast-  
4005 ration die rechtlichen Voraussetzungen auf wissenschaftlicher Grundlage geschaffen  
4006 werden.

4007

4008 Die intensiven Bemühungen zur Erforschung und Anwendung von Ersatzmethoden  
4009 für Tierversuche wollen wir fortführen. Wir haben in verschiedenen Bereichen Her-  
4010 ausforderungen im Tierschutz (Wildtier- und Exotenhaltung, Qualzuchten, Tierbörsen,  
4011 Internet und Versandhandel von lebenden Heimtieren, illegaler Welpenhandel,  
4012 Situation der Tierheime und Heimtierzubehör). Das für Tierschutzfragen zuständige  
4013 Ministerium wird bis zur Mitte der Legislaturperiode Vorschläge für konkrete Maß-  
4014 nahmen bis hin zu Verboten zur Verbesserung des Tierschutzes in diesen Bereichen  
4015 vorlegen.

4016

4017 Wir setzen den Weg der Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes in der Tierhaltung im  
4018 Sinne der „Deutschen Antibiotika-Resistenzstrategie“ (DART 2020) und des One-  
4019 Health-Ansatzes konsequent fort und nehmen gegebenenfalls Anpassungen auf Ba-  
4020 sis von europäischen Vorgaben und wissenschaftlicher Evaluation vor.

4021

4022 Wir setzen uns auf europäischer Ebene dafür ein, dass die Tiertransportzeiten ver-  
4023 kürzt werden und fordern die EU-Kommission auf, Lebendtiertransporte effektiver zu  
4024 kontrollieren.

4025  
4026 Wir wollen Einbrüche in Tierställe als Straftatbestand effektiv ahnden.

4027  
4028 Die Zuständigkeit für Angelegenheiten der Tierarzneimittel, einschließlich der Zulas-  
4029 sung von Tierarzneimitteln führen wir zusammen.

4030  
4031 Viele Infektionskrankheiten bedrohen die Tiergesundheit und können erhebliche wirt-  
4032 schaftliche Auswirkungen haben. Die diesbezügliche Forschung werden wir verstär-  
4033 ken. Wir ergreifen die notwendigen Maßnahmen, um diese Krankheitserreger frühzei-  
4034 tig erkennen und bekämpfen zu können. Die Organisation der Tierseuchenvorsorge  
4035 und -bekämpfung in Deutschland werden wir überprüfen und mit den Ländern opti-  
4036 mieren.

### 4037 4038 **Flächenschutz**

4039 Unser Ziel ist, den Flächenverbrauch bis zum Jahr 2030 auf maximal 30 Hektar/Tag  
4040 zu halbieren. Wir prüfen, mit welchen zusätzlichen planungsrechtlichen und ökonomischen  
4041 Instrumenten das Ziel erreicht werden kann.

4042  
4043 Die Bundesregierung unterstützt die Bundesländer bei der Novellierung bodenrechtlicher  
4044 Vorgaben mit dem Ziel einer ausgewogenen Agrarstruktur und der Abwehr außerlandwirtschaftlicher  
4045 Investitionen. In diesem Zusammenhang sind die Regelungen zur Vergabe der noch verbliebenen  
4046 Flächen der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) zu überarbeiten. Junglandwirtinnen  
4047 und Junglandwirte sowie Existenzgründerinnen und Existenzgründer sind dabei besonders zu berücksichtigen.

4048  
4049  
4050  
4051 Wir prüfen die Grundlage für eine finanzielle Beteiligung betroffener Grundstücksei-  
4052 gentümerinnen und -eigentümer an der Wertschöpfung des Netzausbaus, gegebenenfalls  
4053 sind wiederkehrende Zahlungen eine Option.

### 4054 4055 **Wald und Forstwirtschaft**

4056 Die multifunktionale Forstwirtschaft ist eine wichtige Landnutzungsform in Deutschland.  
4057 Mit der Charta für Holz 2.0 wollen wir unsere auf Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit  
4058 ausgerichtete Forstpolitik weiter ausbauen. Wir wollen die Waldstrategie 2020  
4059 als zentrale Leitlinie, ergänzt durch den Gedanken der Biodiversität, fortführen. Wir  
4060 wollen ein Kompetenzzentrum für Wald und Holz im Geschäftsbereich des Bundesministeriums  
4061 für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) einrichten. Im Rahmen aller Aktivitäten gegen  
4062 die Klimaveränderungen muss die Forst- und Holzforschung zukünftig ein Schwerpunkt  
4063 der öffentlichen Forschungsförderung sein. Gemeinsame internationale Aktivitäten sollen  
4064 gefördert werden.

### 4065 4066 **Jagd**

4067 Wir erkennen die Jagd als nachhaltige Nutzungsform an und wollen sie weiterhin  
4068 stärken. Wir werden bundeseinheitliche Regelungen für eine Zertifizierung von  
4069 Jagdmunition mit optimaler Tötungswirkung bei gleichzeitiger Bleiminimierung, einen  
4070 Schießübungsnachweis, die Jäger- und Falknerausbildung sowie -prüfung schaffen.

4071

4072 **Weinbau**  
4073 Damit die deutsche Weinwirtschaft auch in Zukunft gut aufgestellt bleibt und die typi-  
4074 schen deutschen Kulturlandschaften erhalten werden, setzen wir die Änderungen im  
4075 europäischen Weinbezeichnungsrecht um. Vor dem Hintergrund des internationalen  
4076 Wettbewerbs fördern wir die qualitätsorientierte Herkunftsprofilierung, den internatio-  
4077 nalen Schutz dieser Bezeichnungen und die nachhaltige Entwicklung im Weinbau,  
4078 insbesondere in Steil- und Steilstlagen. Die Ausweitung von Rebpfanzrechten soll  
4079 weiterhin restriktiv gehandhabt werden.

4080  
4081 **Gartenbau**  
4082 Wir stärken die Betriebe im Gartenbausektor, wollen das Bundesprogramm Energie-  
4083 effizienz fortführen und erarbeiten eine Torfschutzstrategie mit dem Ziel, klimafreund-  
4084 liche Alternativen zur Minderung der Torfanteile zur Verfügung zu stellen.

4085  
4086 **Fischerei, Angeln und Aquakultur**  
4087 Wir wollen auch nach dem Brexit eine nachhaltige Fischerei in der Nord- und Ostsee  
4088 erhalten und legen besonderen Wert auf die Meeresumwelt und den Schutz der Be-  
4089 stände. Wir wollen die nachhaltige Fischerei auf dem Meer und im Binnenland sowie  
4090 die Aquakultur in ihrer Wettbewerbsfähigkeit stärken und als moderne nachhaltige  
4091 Nutzung voranbringen.

4092  
4093 **Weidetierhaltung**  
4094 Die Weidetierhaltung ist aus ökologischen, kulturellen und sozialen Gründen sowie  
4095 zum Erhalt der Artenvielfalt und Kulturlandschaft zu erhalten. Im Umgang mit dem  
4096 Wolf hat die Sicherheit der Menschen oberste Priorität. Wir werden die EU-  
4097 Kommission auffordern, den Schutzstatus des Wolfs abhängig von seinem Erhal-  
4098 tungszustand zu überprüfen, um die notwendige Bestandsreduktion herbeiführen zu  
4099 können. Unabhängig davon wird der Bund mit den Ländern einen geeigneten Krite-  
4100 rien- und Maßnahmenkatalog zur Entnahme von Wölfen entwickeln. Dazu erarbeiten  
4101 wir mit der Wissenschaft geeignete Kriterien für die letale Entnahme. Wir wollen,  
4102 dass Wölfe, die Weidezäune überwunden haben oder für den Menschen gefährlich  
4103 werden, entnommen werden.

4104  
4105 **Bioenergie**  
4106 Die Bioenergie trägt zur Erreichung der Klimaziele im Energie- und Verkehrssektor  
4107 bei. Den Bestand von Bioenergieanlagen wollen wir im Zuge der Ausschreibungen  
4108 weiterentwickeln. Die Reststoffverwertung werden wir verstärken und den Einsatz  
4109 von Blühpflanzen erhöhen.

4110  
4111 **Milch**  
4112 Die Milcherzeugung hat eine herausragende Bedeutung für die deutsche Landwirt-  
4113 schaft, vor allem mit Blick auf eine flächendeckende Grünlandbewirtschaftung. Wir  
4114 wollen Maßnahmen und Instrumente entwickeln, um auf schwere Krisen auf dem  
4115 Milchmarkt zukünftig besser vorbereitet zu sein. Insbesondere die Modernisierung  
4116 der Lieferbeziehungen halten wir hier für einen wichtigen Schritt.

4117  
4118 **Agrarsoziale Sicherung**  
4119 Wir bekennen uns zum eigenständigen agrarsozialen Sicherungssystem und wollen  
4120 ein leistungsfähiges, bezahlbares System erhalten.

4121



4122 **Internationaler Agrarhandel**

4123 Etwa ein Drittel der Erzeugung der deutschen Landwirtschaft, des Garten- und Wein-  
4124 baus wird exportiert. Wir wollen deshalb die Unterstützung insbesondere kleiner und  
4125 mittlerer Unternehmen der Agrar- und Ernährungswirtschaft bei der Erschließung  
4126 kaufkräftiger internationaler Märkte weiter ausbauen.

4127  
4128 Fairer Handel bedingt einen Ausgleich ökonomischer, ökologischer und sozialer Fra-  
4129 gen. In Deutschland erzeugte landwirtschaftliche Produkte dürfen nicht zu Lasten der  
4130 Entwicklungsländer produziert und exportiert werden. Wir wollen die internationale  
4131 land- und ernährungswirtschaftliche Projekt- und Forschungszusammenarbeit sowie  
4132 die Kooperation mit internationalen Organisationen, insbesondere mit der FAO und  
4133 OIE, im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft  
4134 verstärken.

4135

4136 **Ernährung und gesundheitlicher Verbraucherschutz**

4137 Wir wollen vom Acker bis zum Teller einen gesundheitserhaltenden und nachhaltigen  
4138 Lebensstil fördern, ernährungsmitbedingte Krankheiten bekämpfen und den gesund-  
4139 heitlichen Verbraucherschutz stärken. In Deutschland nehmen gesundheitliche Risi-  
4140 ken wie Übergewicht, Fettleibigkeit und Herz-Kreislauf-Erkrankungen zu. Dies hat  
4141 große negative Auswirkungen auf die Lebensqualität der Betroffenen und verursacht  
4142 hohe Kosten für das Gesundheits- und Sozialsystem. Wir wollen die Wertschätzung  
4143 für Lebensmittel in der Gesellschaft erhöhen. Lebensmittel haben ihren Wert und  
4144 sollten nicht als Lockangebote verkauft werden. Wir wollen dazu beitragen, die Viel-  
4145 falt von Erzeugern – insbesondere mit kleinen und mittleren Unternehmen – und  
4146 hochwertigen Lebensmitteln zu erhalten und die Lebensmittelverschwendung einzu-  
4147 dämmen. Neugründungen im Lebensmittelbereich werden wir unterstützend beglei-  
4148 ten. Der Ernährungsbildung messen wir großen Wert bei.

4149

4150 **Gesunde Ernährung**

4151 Der bewährte Aktionsplan „In FORM“ soll auf Grundlage der laufenden Evaluierung  
4152 mit dem Fokus auf die ersten 1000 Tage im Leben und die besonderen Bedürfnisse  
4153 von Kindern sowie Seniorinnen und Senioren weiterentwickelt werden.

4154

4155 Für die Nationale Reduktionsstrategie für Zucker, Fett und Salz in Fertigprodukten  
4156 werden wir 2018 gemeinsam mit den Beteiligten ein Konzept erarbeiten, und dies mit  
4157 wissenschaftlich fundierten, verbindlichen Zielmarken und einem konkreten Zeitplan  
4158 versehen. Gemeinsam mit dem Lebensmittelhandwerk werden wir die Möglichkeiten  
4159 einer praktikablen Umsetzung in diesem Bereich gewährleisten. Wir werden dabei  
4160 gerade die Belange handwerklicher Betriebe im Blick haben.

4161

4162 Transparenz und Information für Verbraucherinnen und Verbraucher soll durch eine  
4163 verständliche und vergleichbare Lebensmittelkennzeichnung gewährleistet werden,  
4164 um eine ausgewogene Ernährung zu erleichtern. Wir werden das Nährwertkenn-  
4165 zeichnungssystem für verarbeitete und verpackte Lebensmittel weiterentwickeln, in-  
4166 dem das Verhältnis zur Referenzzahl gegebenenfalls vereinfacht visualisiert wird. Wir  
4167 lehnen uns dabei an bereits bestehende Systeme an. Dazu werden wir Erkenntnisse  
4168 aus dem Bericht der EU-Kommission zur Evaluierung bestehender freiwilliger Kenn-  
4169 zeichnungssysteme und deren Wirkungen berücksichtigen. Wir werden darauf basie-  
4170 rend ein Modell in Zusammenarbeit mit Lebensmittel- und Verbraucherverbänden  
4171 unter Berücksichtigung der besonderen Interessen der kleinen und mittleren Unter-

4172 nehmen bis zum Sommer 2019 erarbeiten und unter Beachtung der EU-rechtlichen  
4173 Situation einführen.

4174

4175 Soweit die EU-Kommission im Rahmen ihres REFIT-Programms Nährwertprofile vor-  
4176 legen sollte, müssen diese traditionelle Lebensmittel und Ernährungsgewohnheiten  
4177 der Bevölkerung hinreichend berücksichtigen.

4178

4179 Wir streben auf europäischer Ebene rechtlich verbindliche Kriterien für die Kenn-  
4180 zeichnung von vegetarischen und veganen Lebensmitteln an.

4181

4182 Bestehende Herkunftskennzeichnungen und das Regionalfenster sollen evaluiert und  
4183 EU-Rechts-kompatibel weiterentwickelt und gegebenenfalls ergänzt werden. Es wird  
4184 geprüft, inwieweit die Herkunftskennzeichnung im Lichte der EU-Entscheidung auf  
4185 alle verarbeiteten tierischen Produkte ausgeweitet werden kann.

4186

4187 Der Bund unterstützt die Länder, damit die Standards der Deutschen Gesellschaft für  
4188 Ernährung (DGE) als Mindeststandards flächendeckend in Schulen, Kitas und in der  
4189 Gemeinschaftsverpflegung eingeführt werden. Dies erfolgt über die stärkere Unter-  
4190 stützung der Schulvernetzungsstellen und den Ausbau des „Nationalen Qualitäts-  
4191 zentrums für Ernährung in Kita und Schule“ (NQZ).

4192

4193 Die Reduzierung der Lebensmittelverschwendung werden wir gezielt weiterverfolgen  
4194 und dabei die gesamte Wertschöpfungskette einbeziehen. Für die Reduzierung ver-  
4195 meidbarer Lebensmittelabfälle in der Lebensmittelwirtschaft werden wir mit den Be-  
4196 teiligten Zielmarken vereinbaren. Die Initiative „Zu gut für die Tonne“ wird mit den  
4197 Ländern zu einer nationalen Strategie weiterentwickelt. Wir werden das Mindesthalt-  
4198 barkeitsdatum überprüfen, um die Verschwendung von Lebensmitteln zu vermeiden.  
4199 Wir fördern auch die Einführung intelligenter Verpackungen.

4200

### 4201 **Lebensmittelsicherheit**

4202 Wir streben nach dem zu erwartenden Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur  
4203 Normenkontrollklage eine rechtssichere Veröffentlichung von festgestellten Verstö-  
4204 ßen gegen die Lebensmittelsicherheit im Sinn von § 40 Abs. 1a Lebensmittel- und  
4205 Futtermittelgesetzbuch (LFGB) auf Grundlage eines einheitlichen Bußgeldkataloges  
4206 an.

4207

4208 Wir werden eine Regelung schaffen, die eine übersichtliche und eindeutige Verbrau-  
4209 cherinformation zu Hygiene und Lebensmittelsicherheit gewährleistet und den Be-  
4210 trieben auf freiwilliger Basis die Möglichkeit bietet, die Kontrollergebnisse darzustel-  
4211 len. Gleichzeitig wird im Rahmen der Änderung des LFGB klargestellt, dass in Bezug  
4212 auf die Veröffentlichung von Ergebnissen der amtlichen Lebensmittelkontrollen Raum  
4213 für landesrechtliche Regelungen bleibt.

4214

4215 Wir überprüfen auf Basis des Gutachtens des Beauftragten für die Wirtschaftlichkeit  
4216 in der Verwaltung („Engels-Gutachten“) die Organisation des gesundheitlichen Ver-  
4217 braucherschutzes von Bund und Ländern mit dem Ziel, Schwachstellen zu beseiti-  
4218 gen. Die Befugnisse der Lebensmittelkontrolleure müssen an den Internethandel mit  
4219 Lebensmitteln angeglichen werden.

4220

4221 Den Prozess der Vernetzung der Länderkontrollinstanzen mit dem Bund setzen wir  
4222 fort, damit die Entwicklung einheitlicher Standards, einer sachgerechten Kontrolldich-

4223 te sowie die schnelle Reaktion im Krisenfall weiter verbessert werden kann. Die Platt-  
4224 form [www.lebensmittelwarnung.de](http://www.lebensmittelwarnung.de) wird im Zusammenwirken mit den Ländern ver-  
4225 braucherfreundlich überarbeitet.

4226

### 4227 **Werbung**

4228 An Kinder gerichtete Werbung bedarf der kritischen Beobachtung. Wir unterstützen  
4229 die EU-Kommission bei der Umsetzung der „Audiovisuellen Mediendienst Richtlinie“,  
4230 damit auf europäischer Ebene Verhaltensregeln umgesetzt werden, die einen ver-  
4231 antwortlichen Umgang der Wirtschaft mit an Kinder gerichteter Werbung beinhalten.

4232

### 4233 **Forschung**

4234 Wir wollen eine Bündelung und Verstärkung der Forschungsaktivitäten im Bereich  
4235 gesunde Ernährung. Zur Stärkung des Verbraucherschutzes bei Vergiftungen richten  
4236 wir beim Bundesinstitut für Risikobewertung ein nationales Vergiftungsregister ein.

4237

4238 Das Nationale Referenzzentrum für die Echtheit und Integrität der Lebensmittelkette  
4239 wollen wir planmäßig ausbauen.

4240

## 4241 **VII. Soziale Sicherheit gerecht und verlässlich gestalten**

4242

### 4243 **1. Rente**

4244 Die Rente muss für alle Generationen gerecht und zuverlässig sein. Dazu gehören  
4245 die Anerkennung der Lebensleistung und ein wirksamer Schutz vor Altersarmut.

4246

4247 Vertrauen in die langfristige Stabilität der gesetzlichen Rentenversicherung ist ein  
4248 hohes Gut in unserem Sozialstaat. Deshalb werden wir die gesetzliche Rente auf  
4249 heutigem Niveau von 48 Prozent bis zum Jahr 2025 absichern und bei Bedarf durch  
4250 Steuermittel sicherstellen, dass der Beitragssatz nicht über 20 Prozent steigen wird.  
4251 Für die Sicherung des Niveaus bei 48 Prozent werden wir in 2018 die Rentenformel  
4252 ändern und parallel dazu eine Rentenkommission „Verlässlicher Generationenver-  
4253 trag“ einrichten, die sich mit den Herausforderungen der nachhaltigen Sicherung und  
4254 Fortentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung und der beiden weiteren Ren-  
4255 tensäulen ab dem Jahr 2025 befassen wird. Sie soll eine Empfehlung für einen ver-  
4256 lässlichen Generationenvertrag vorlegen. Dabei streben wir eine doppelte Haltelinie  
4257 an, die Beiträge und Niveau langfristig absichert. Die Rentenkommission soll ihren  
4258 Bericht bis März 2020 vorlegen. Ihr sollen Vertreter der Sozialpartner, der Politik und  
4259 der Wissenschaft angehören. Die Rentenkommission soll die Stellschrauben der  
4260 Rentenversicherung in ein langfristiges Gleichgewicht bringen sowie einen Vorschlag  
4261 unterbreiten, welche Mindestrücklage erforderlich ist, um die ganzjährige Liquidität  
4262 der gesetzlichen Rentenversicherung zu sichern.

4263

4264 Die Lebensleistung von Menschen, die jahrzehntelang gearbeitet, Kinder erzogen  
4265 und Angehörige gepflegt haben, soll honoriert und ihnen ein regelmäßiges Altersein-  
4266 kommen zehn Prozent oberhalb des Grundsicherungsbedarfs zugesichert werden.

4267

4268 Die Grundrente gilt für bestehende und zukünftige Grundsicherungsbezieher, die  
4269 35 Jahre an Beitragszeiten oder Zeiten der Kindererziehung bzw. Pflegezeiten auf-  
4270 weisen. Voraussetzung für den Bezug der „Grundrente“ ist eine Bedürftigkeitsprüfung  
4271 entsprechend der Grundsicherung.

4272

4273 Die Abwicklung der „Grundrente“ erfolgt durch die Rentenversicherung. Bei der Be-  
4274 dürftigkeitsprüfung arbeitet die Rentenversicherung mit den Grundsicherungsämtern  
4275 zusammen.

4276  
4277 Wir wollen, dass der Bezug sozialer staatlicher Leistungen und der neu geschaffenen  
4278 Grundrente nicht dazu führt, dass selbstgenutztes Wohneigentum aufgegeben wer-  
4279 den muss. Dazu werden wir die gesetzlichen Regelungen zur Vermögensverwertung  
4280 und zum Schonvermögen in der Sozialhilfe und der Grundsicherung für Arbeitsu-  
4281 suchende überarbeiten, angleichen und so ändern, dass Bezieher sozialer staatlicher  
4282 Leistungen in ihrem Wohneigentum wohnen bleiben können.

4283  
4284 Wir werden diejenigen besser absichern, die aufgrund von Krankheit ihrer Erwerbstä-  
4285 tigkeit nicht mehr nachgehen können. Wir wollen die Anhebung der Zurechnungszei-  
4286 ten beschleunigen, indem wir das jetzt vorgesehene Alter von 62 Jahren und drei  
4287 Monaten in einem Schritt auf 65 Jahre und acht Monate anheben. Danach wird die  
4288 Zurechnungszeit in weiteren Monatsschritten entsprechend der Anhebung der Re-  
4289 gelaltersgrenze auf das Alter 67 angehoben.

4290  
4291 Wir halten am Drei-Säulen-Modell fest und wollen in diesem Rahmen die private Al-  
4292 tersvorsorge weiterentwickeln und gerechter gestalten. Es ist ein Dialogprozess mit  
4293 der Versicherungswirtschaft anzustoßen mit dem Ziel einer zügigen Entwicklung ei-  
4294 nes attraktiven standardisierten Riester-Produkts.

4295  
4296 Wir werden eine säulenübergreifende Renteninformation einführen, mit der Bürgerin-  
4297 nen und Bürger über ihre individuelle Absicherung im Alter Informationen aus allen  
4298 drei Säulen erhalten und möglichen Handlungsbedarf erkennen können. Die säulen-  
4299 übergreifende Renteninformation soll unter Aufsicht des Bundes stehen.

4300  
4301 Wir wollen Möglichkeiten und Anreize zum freiwilligen längeren Arbeiten und damit  
4302 auch das Angebot der „Flexi-Rente“ nachhaltig gestalten.

4303  
4304 Um den sozialen Schutz von Selbstständigen zu verbessern, wollen wir eine gründer-  
4305 freundlich ausgestaltete Altersvorsorgepflicht für alle Selbstständigen einführen, die  
4306 nicht bereits anderweitig obligatorisch (z. B. in berufsständischen Versorgungswer-  
4307 ken) abgesichert sind. Grundsätzlich sollen Selbstständige zwischen der gesetzli-  
4308 chen Rentenversicherung und – als Opt-out-Lösung – anderen geeigneten insol-  
4309 venzsicheren Vorsorgearten wählen können. Wobei diese insolvenz- und pfändungs-  
4310 sicher sein und in der Regel zu einer Rente oberhalb des Grundsicherungsniveaus  
4311 führen müssen. Zudem werden wir die Mindestkrankenversicherungsbeiträge für  
4312 kleine Selbstständige reduzieren. Die Renten- und Krankenversicherungsbeiträge  
4313 sollen gründerfreundlich ausgestaltet werden.

4314  
4315 Mit dem zweiten Kindererziehungsjahr in der Rente für Geburten vor 1992 haben wir  
4316 einen ersten Schritt getan. Wir wollen die Gerechtigkeitslücke schließen: Mütter und  
4317 Väter, die vor 1992 geborene Kinder erzogen haben, sollen künftig auch das dritte  
4318 Jahr Erziehungszeit in der Rente angerechnet bekommen. Wir wollen die „Mütterren-  
4319 te II“ einführen. Das ist ein wichtiger Baustein zur Bekämpfung von Altersarmut. Die-  
4320 se Verbesserungen bei der Mütterrente durch einen 3. Entgeltpunkt pro Kind sollen  
4321 für Mütter und Väter gelten, die drei und mehr Kinder erzogen haben.

4322

4323 Zur Sicherung der bundesweiten Versorgung mit Presseerzeugnissen für alle Haus-  
4324 halte – in Stadt und Land gleichermaßen – wird bei Minijobs von Zeitungszustellerin-  
4325 nen und Zeitungszustellern der Beitrag zur Rentenversicherung, den die Arbeitgebe-  
4326 rinnen und Arbeitgeber zu tragen haben, befristet für die Dauer von fünf Jahren bis  
4327 zum 31. Dezember 2022, von 15 auf 5 Prozent abgesenkt.

4328  
4329 Wir wollen schrittweise einen höheren Anteil bei den Erstattungen an die Rentenver-  
4330 sicherung für die Ansprüche aus den Sonder- und Zusatzversorgungssystemen der  
4331 ehemaligen DDR übernehmen und damit die ostdeutschen Bundesländer entlasten  
4332 (AAÜG).

4333  
4334 Wir wollen die Rehabilitation in der Rentenversicherung weiter stärken und die in der  
4335 vergangenen Legislaturperiode eingeführten Verbesserungen weiterentwickeln.

4336  
4337 Für Härtefälle in der Grundsicherung im Rentenüberleitungsprozess wollen wir einen  
4338 Ausgleich durch eine Fondslösung schaffen. Entsprechendes wollen wir auch für die  
4339 Gruppe der Spätaussiedler und der jüdischen Kontingentflüchtlinge prüfen.

4340

## 4341 **2. Teilhabe von Menschen mit Behinderungen**

4342 Menschen mit Behinderungen haben einen Anspruch auf gleichberechtigte Teilhabe  
4343 in allen Bereichen unserer Gesellschaft. Mit dem Bundesteilhabegesetz haben wir  
4344 einen wichtigen Schritt zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention getan.  
4345 Seine Umsetzung werden wir in den kommenden Jahren intensiv begleiten und  
4346 gleichzeitig die Teilhabe weiter fördern.

4347

### 4348 **Teilhabe an Arbeit**

4349 Wir prüfen die Einführung eines Budgets für Ausbildung. Wir wollen zudem die Assis-  
4350 tierte Ausbildung um zwei Jahre verlängern und weiterentwickeln. Darüber hinaus  
4351 wollen wir gemeinsam mit den Akteuren der Arbeitsmarktpolitik klären, wie Teilquali-  
4352 fizierungen einen Beitrag leisten können, auch Menschen mit Beeinträchtigungen,  
4353 die als nicht ausbildungsfähig gelten, einen schrittweisen Einstieg in eine anerkannte  
4354 Ausbildung nach § 66 Berufsbildungsgesetz (BBIG) oder § 42m Handwerksordnung  
4355 (HwO) zu ermöglichen. Inklusionsbetriebe werden wir weiter fördern. Wir wollen die  
4356 Werkstätten für behinderte Menschen unterstützen, ihr Profil entsprechend neuer  
4357 Anforderungen weiterzuentwickeln und dem Wunsch der Menschen mit Behinderun-  
4358 gen nach Selbstbestimmung Rechnung zu tragen.

4359

4360 Gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit werden wir die Ursachen der überdurch-  
4361 schnittlich hohen Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderungen genau analysieren  
4362 und passgenaue Unterstützungsangebote entwickeln. Wir wollen die Meldepflicht an  
4363 die Arbeitsagenturen für offene Stellen im öffentlichen Dienst, die von einem Men-  
4364 schen mit Schwerbehinderung besetzt waren, wiedereinführen. Das betriebliche Ein-  
4365 gliederungsmanagement wollen wir stärken. Für alle Menschen mit Behinderungen, ob  
4366 im allgemeinen Arbeitsmarkt oder in Werkstätten beschäftigt, wollen wir den vollen Zu-  
4367 gang zu medizinisch-beruflicher Rehabilitation verbessern. Wir sehen dabei insbeson-  
4368 dere für Menschen mit psychischer Erkrankung einen Nachholbedarf.

4369

### 4370 **Barrierefreiheit**

4371 Wir wollen behinderungsgerechten, barrierefreien Wohnungsbau und barrierefreie  
4372 Mobilität fördern, damit Menschen mit Behinderungen eine Wahl haben, wo und wie  
4373 sie leben wollen. Wir wollen darüber hinaus Initiativen zu mehr Barrierefreiheit in

4374 Städten und Gemeinden stärken. Wir wollen Anreize auch durch Förderprogramme  
4375 zur Verbesserung der Barrierefreiheit in den Kommunen setzen (z. B. Einsatz leichter  
4376 Sprache und Gebärdendolmetscher, mobile sanitäre Anlagen, barrierefreie Veran-  
4377 staltungen). Im Rahmen der Weiterentwicklung des Allgemeinen Gleichbehand-  
4378 lungsgesetzes (AGG) werden wir prüfen, wie Private, die Dienstleistungen für die  
4379 Allgemeinheit erbringen, angemessene Vorkehrungen umsetzen können. Ein erster  
4380 Schritt wird den Gesundheitssektor betreffen.

4381  
4382 Die Digitalisierung eröffnet neue Teilhabechancen insbesondere für sinnesbehinderte  
4383 und mobilitätseingeschränkte Menschen. Hier wollen wir einen Schwerpunkt im Nati-  
4384 onalen Aktionsplan setzen.

4385  
4386 Wir werden darauf hinwirken, dass die Produzenten der Medien ihren Verpflichtun-  
4387 gen nachkommen, zugängliche und barrierefreie Angebote in Film, Fernsehen und  
4388 Print anzubieten. Dabei haben die öffentlichen Medien eine Vorbildfunktion.

### 4389 **Unabhängige Teilhabeberatung**

4390 Unabhängige Teilhabeberatung wollen wir durch eine Weiterführung der Finanzie-  
4391 rung verlässlich schützen.

### 4392 **Politische Partizipation**

4393  
4394 Unser Ziel ist ein inklusives Wahlrecht für alle. Wir werden den Wahlrechtsaus-  
4395 schluss von Menschen, die sich durch eine Vollbetreuung unterstützen lassen, been-  
4396 den. Wir empfehlen dem Deutschen Bundestag, in seinen aktuellen Beratungen zu  
4397 Änderungen am Wahlrecht, dieses Thema entsprechend umzusetzen.

### 4398 **Schutz vor Gewalt**

4399  
4400 Menschen mit Behinderungen werden besonders häufig Opfer von Gewalt in unter-  
4401 schiedlichster Form. Wir wollen die Aufklärung und Stärkung der Menschen fördern  
4402 sowie Gewaltschutzkonzepte in Einrichtungen und eine Verbesserung der Unterbrin-  
4403 gungsmöglichkeiten nach Übergriffen, z. B. in barrierefreien oder mit speziell ge-  
4404 schultem Personal besetzten Frauenhäusern.

### 4405 **Schnittstellenklärung eingeschränkte bzw. dauerhafte Erwerbsminderung**

4406  
4407 Die unterschiedliche Gewährung existenzsichernder Leistungen bei Menschen mit  
4408 befristeter und dauerhafter Erwerbsminderung werden wir prüfen.

### 4409 **3. Reform des Sozialen Entschädigungsrechts**

4410  
4411 Wir wollen das Soziale Entschädigungsrecht (SER) reformieren. Dabei werden die  
4412 Regelungen insbesondere an den Bedarfen der Opfer von Gewalttaten einschließlich  
4413 der Opfer von Terrorataten ausgerichtet. Psychische Gewalt wird in den Gewaltbegriff  
4414 einbezogen. Neue Leistungen der Sofort- bzw. Akuthilfen (u. a. Traumaambulanzen)  
4415 werden schnell, niedrigschwellig und unbürokratisch zugänglich gemacht. Entschädi-  
4416 gungszahlungen für Geschädigte und Hinterbliebene werden erhöht. Teilhabelei-  
4417 stungen werden künftig grundsätzlich ohne den Einsatz von Einkommen und Vermö-  
4418 gen erbracht. Bei der Reform wird ein Bestandsschutz für die Kriegsoffer und ihre  
4419 Angehörigen eingehalten.

4420  
4421  
4422 Wir wollen Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Opfern des Terrors rea-  
4423 lisieren. Dazu wird ein/e Beauftragte/r der Bundesregierung für die Belange von Ter-  
4424 roropfern benannt.

4425  
4426 Im Zuge der SER-Reform soll auch die Situation der Opfer sexueller Gewalt verbes-  
4427 sert werden.

#### 4428 4429 **4. Gesundheit und Pflege**

4430 Kranke, Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderungen müssen auf die Solidari-  
4431 tät der Gesellschaft vertrauen können. Wir werden sicherstellen, dass alle auch zu-  
4432 künftig eine gute, flächendeckende medizinische und pflegerische Versorgung von  
4433 Beginn bis zum Ende ihres Lebens erhalten, unabhängig von ihrem Einkommen und  
4434 Wohnort. Das Patientenwohl ist für uns entscheidender Maßstab für gesundheitspoli-  
4435 tische Entscheidungen, die Patientenorientierung ist unser Leitbild für das Gesund-  
4436 heitswesen. Die Zusammenarbeit und Vernetzung im Gesundheitswesen müssen  
4437 ausgebaut und verstärkt werden. Zur Erreichung einer sektorübergreifenden Versor-  
4438 gung wollen wir nachhaltige Schritte einleiten.

#### 4439 4440 **Pflege**

4441 Eine gute und verlässliche Pflege ist für immer mehr Betroffene und ihre Angehöri-  
4442 gen von zentraler Bedeutung. In der vergangenen Legislaturperiode haben wir die  
4443 Pflegeversicherung mit den Pflegestärkungsgesetzen grundlegend reformiert. Auch  
4444 in den kommenden Jahren werden wir nicht nachlassen, die Pflege und die häusliche  
4445 Versorgung zu verbessern, die Unterstützung für pflegende Angehörige auszubauen  
4446 und die Arbeitsbedingungen von Fachkräften und Betreuern in der Pflege so attraktiv  
4447 zu machen, dass ausreichend Menschen den Pflegeberuf ergreifen, beibehalten und  
4448 damit die Versorgung sicherstellen. Dazu werden wir ein Sofortprogramm Pflege und  
4449 darüber hinaus eine „Konzertierte Aktion Pflege“ zur bedarfsgerechten Weiterent-  
4450 wicklung der Situation in der Pflege auf den Weg bringen.

4451  
4452 Wir werden die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung in der Alten- und Kranken-  
4453 pflege sofort und spürbar verbessern. Es werden Sofortmaßnahmen für eine bessere  
4454 Personalausstattung in der Altenpflege und im Krankenhausbereich ergriffen und  
4455 dafür zusätzliche Stellen zielgerichtet gefördert. In der Altenpflege sollen die Sach-  
4456 leistungen kontinuierlich an die Personalentwicklung angepasst werden.

4457  
4458 In einem Sofortprogramm werden wir 8000 neue Fachkraftstellen im Zusammenhang  
4459 mit der medizinischen Behandlungspflege in Pflegeeinrichtungen schaffen. Der dafür  
4460 erforderliche finanzielle Mehraufwand soll durch eine Vollfinanzierung aus Mitteln der  
4461 Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) erfolgen. Dem Sofortprogramm werden  
4462 weitere Schritte folgen.

4463  
4464 Wir wollen in einer „Konzertierten Aktion Pflege“ eine bedarfsgerechte Weiterentwick-  
4465 lung der Situation in der Altenpflege erreichen. Deshalb entwickeln wir verbindliche  
4466 Personalbemessungsinstrumente, auch im Hinblick auf die Pflegesituation in der  
4467 Nacht. Die „Konzertierte Aktion Pflege“ umfasst u. a. eine Ausbildungsoffensive, An-  
4468 reize für eine bessere Rückkehr von Teil- in Vollzeit, ein Wiedereinstiegsprogramm,  
4469 eine bessere Gesundheitsvorsorge für die Beschäftigten sowie eine Weiterqualifizie-  
4470 rung von Pflegehelferinnen und Pflegehelfern zu Pflegefachkräften.

4471  
4472 Wir wollen die Bezahlung in der Altenpflege nach Tarif stärken. Gemeinsam mit den  
4473 Tarifpartnern wollen wir dafür sorgen, dass Tarifverträge in der Altenpflege flächen-  
4474 deckend zur Anwendung kommen. Wir wollen angemessene Löhne und gute Ar-  
4475beitsbedingungen in der Altenpflege. Dafür schaffen wir die gesetzlichen Vorausset-

4476 zungen. Im Krankenhausbereich werden wir eine vollständige Refinanzierung von  
4477 Tarifsteigerungen herbeiführen, verbunden mit der Nachweispflicht, dass dies auch  
4478 tatsächlich bei den Beschäftigten ankommt. Wir bitten die Pflegemindestlohn-  
4479 Kommission, sich zeitnah mit der Angleichung des Pflegemindestlohns in Ost und  
4480 West zu befassen.

4481  
4482 Wir werden die ambulante Alten- und Krankenpflege insbesondere im ländlichen  
4483 Raum stärken. Dazu gehört u. a. eine bessere Honorierung der Wegezeiten, wenn  
4484 die Versorgung nur mit längeren Anfahrtswegen sichergestellt werden kann.

4485  
4486 Um Angehörige besser zu unterstützen, gehören insbesondere Angebote in der  
4487 Kurzzeit- und Verhinderungspflege sowie in der Tages- und Nachtpflege, die beson-  
4488 ders pflegende Angehörige entlasten, zu einer guten pflegerischen Infrastruktur. Wir  
4489 wollen die o. g. Leistungen, die besonders pflegende Angehörige entlasten, zu einem  
4490 jährlichen Entlastungsbudget zusammenfassen, das flexibel in Anspruch genommen  
4491 werden kann. Damit können wir erheblich zur Entbürokratisierung in der ambulanten  
4492 Pflege beitragen, die häusliche Versorgung stärken und pflegende Angehörige ent-  
4493 lasten. Wir werden die Angebote für eine verlässliche Kurzzeitpflege stärken, indem  
4494 wir eine wirtschaftlich tragfähige Vergütung sicherstellen. Um die Situation pflegender  
4495 Angehöriger zu verbessern, werden sie einen Anspruch auf medizinisch erforderliche  
4496 Rehabilitationsleistung nach ärztlicher Verordnung erhalten.

4497  
4498 Auf das Einkommen der Kinder von pflegebedürftigen Eltern soll künftig erst ab ei-  
4499 nem Einkommen in Höhe von 100.000 Euro im Jahr zurückgegriffen werden.

4500  
4501 Wir wollen möglichst frühzeitig Pflegebedürftigkeit vermeiden. Dafür fördern wir den  
4502 präventiven Hausbesuch durch Mittel des Präventionsgesetzes. Kommunen sollen  
4503 mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten bei der Ausrichtung der pflegerischen Versor-  
4504 gungsangebote vor Ort im Rahmen der Versorgungsverträge erhalten.

4505  
4506 Pflegebedürftige Menschen haben einen hohen Bedarf an medizinischen Leistungen.  
4507 Die kassenärztlichen Vereinigungen und die Pflegeeinrichtungen werden verpflichtet,  
4508 Kooperationsverträge abzuschließen.

4509  
4510 Den Auftrag an Kassen und Krankenhäuser, Personaluntergrenzen für pflegeintensi-  
4511 ve Bereiche festzulegen, werden wir dergestalt erweitern, dass in Krankenhäusern  
4512 derartige Untergrenzen nicht nur für pflegeintensive Bereiche, sondern für alle bet-  
4513 tenführenden Abteilungen eingeführt werden.

### 4514 **Sektorübergreifende Versorgung**

4515 Die Zusammenarbeit und Vernetzung im Gesundheitswesen müssen ausgebaut und  
4516 verstärkt werden. Für eine sektorenübergreifende Versorgung wollen wir weitere  
4517 nachhaltige Schritte einleiten, damit sich die Behandlungsverläufe ausschließlich am  
4518 medizinisch-pflegerischen Bedarf der Patientinnen und Patienten ausrichten.

4519  
4520 Wir werden eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter Einbeziehung der Regierungs-  
4521 fraktionen im Deutschen Bundestag einrichten. Diese Arbeitsgruppe wird Vorschläge  
4522 für die Weiterentwicklung zu einer sektorenübergreifenden Versorgung des stationä-  
4523 ren und ambulanten Systems im Hinblick auf Bedarfsplanung, Zulassung, Honorie-  
4524 rung, Kodierung, Dokumentation, Kooperation der Gesundheitsberufe und Qualitäts-  
4525



4526 sicherung unter Berücksichtigung der telematischen Infrastruktur bis 2020 vorlegen.  
4527 Dabei sollen Spielräume für regionale Ausgestaltungen ermöglicht werden.

4528

### 4529 **Ambulante Versorgung**

4530 Wir werden in einem Sofortprogramm die Leistungen und den Zugang zur Versor-  
4531 gung für gesetzlich Versicherte verbessern. Dazu werden die Terminservicestellen  
4532 der Kassenärztlichen Vereinigungen unter einer bundesweit einheitlichen, einprä-  
4533 genden Telefonnummer von 8 bis 18 Uhr erreichbar sein und auch haus- und kinder-  
4534 ärztliche Termine vermitteln.

4535

4536 Das Mindestsprechstundenangebot der Vertragsärzte für die Versorgung von gesetz-  
4537 lich versicherten Patienten wird von 20 auf 25 Stunden erhöht. Ärztinnen und Ärzte,  
4538 die in wirtschaftlich schwachen und unterversorgten ländlichen Räumen praktizieren,  
4539 werden über regionale Zuschläge besonders unterstützt. Dazu werden die hausärzt-  
4540 liche Versorgung und die „sprechende Medizin“ besser vergütet. Dies beinhaltet auch  
4541 die koordinierenden Leistungen, inklusive der Terminvermittlung zum Facharzt.

4542

4543 Die Möglichkeit der Kassenärztlichen Vereinigungen, die Sicherstellung durch Eigen-  
4544 einrichtungen zu gewährleisten, wird erweitert.

4545

4546 Wir werden weiterhin darauf drängen, dass die Bedarfsplanung zur Verteilung der  
4547 Arztsitze kleinräumiger, bedarfsgerechter und flexibler gestaltet wird. In ländlichen  
4548 oder strukturschwachen Gebieten entfallen Zulassungssperren für die Neuniederlas-  
4549 sung von Ärztinnen und Ärzten. Die Bestimmung der von dieser Regelung erfassten  
4550 Gebiete obliegt den Ländern.

4551

4552 Wir werden die Strukturfonds der Kassenärztlichen Vereinigungen erhöhen, verbind-  
4553 licher ausgestalten und im Verwendungszweck flexibilisieren. Die Länder erhalten ein  
4554 Mitberatungs- und Antragsrecht in den Zulassungsausschüssen der Kassenärztli-  
4555 chen Vereinigungen.

4556

4557 Wir werden den Innovationsfonds über das Jahr 2019 mit einem Volumen von 200  
4558 Millionen Euro jährlich fortsetzen. Wir wollen gewährleisten, dass erfolgreiche Ver-  
4559 sorgungsansätze zügig in die Regelversorgung überführt werden. Eigene Modellpro-  
4560 jekte des Bundesministeriums für Gesundheit wollen wir ermöglichen.

4561

4562 Wir wollen gezielt Volkskrankheiten wie Krebs, Demenz oder psychische Störungen  
4563 bekämpfen. Dabei betonen wir die nationale Diabetesstrategie. Wir werden die  
4564 Disease-Management-Programme weiter stärken, insbesondere durch eine Umset-  
4565 zung der Programme für Rückenschmerz und Depressionen.

4566

4567 Die Festzuschüsse für Zahnersatz werden wir von bisher 50 Prozent auf 60 Prozent  
4568 erhöhen.

4569

4570 Zu einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung gehören für uns neben einer gut  
4571 erreichbaren ärztlichen Versorgung auch eine wohnortnahe Geburtshilfe, Hebammen  
4572 und Apotheken vor Ort.

4573

4574 Um die Apotheken vor Ort zu stärken, setzen wir uns für ein Verbot des Versandhan-  
4575 dels mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln ein.

4576

4577 Wir werden die Hospiz- und Palliativversorgung weiter stärken, insbesondere durch  
4578 Kostenübernahme für die Koordination von Hospiz- und Palliativversorgungsnetz-  
4579 werken sowie durch Verbesserungen bei der Versorgung von Kindern und in Alten-  
4580 pflegeeinrichtungen. Wir werden zeitnah überprüfen, ob die zuschussfähigen Leis-  
4581 tungen bei den Hospizen angemessen erfasst sind.

4582  
4583 Wir wollen prüfen, ob eine Herausnahme der spezialisierten ambulanten Palliativver-  
4584 sorgung (SAPV) aus dem Anwendungsbereich des Gesetzes gegen Wettbewerbs-  
4585 beschränkungen durch eine entsprechende Klarstellung in § 69 Abs. 2 Satz 2 Sozi-  
4586 algesetzbuch V erforderlich ist.

4587  
4588 Wir werden die Medizinischen Dienste der Krankenversicherung stärken, deren Un-  
4589 abhängigkeitsgewährleistungen und für bundesweit einheitliche und verbindliche Rege-  
4590 lungen bei ihrer Aufgabenwahrnehmung Sorge tragen.

4591  
4592 Damit medizinische Innovationen schneller in die Regelversorgung gelangen, werden  
4593 wir die Verfahren des Gemeinsamen Bundesausschusses beschleunigen, indem der  
4594 Aufgabenkatalog und die Ablaufstrukturen gestrafft werden. Über neue Untersu-  
4595 chungs- und Behandlungsmethoden soll zukünftig schneller entschieden werden.  
4596 Den Ländern werden künftig in den Beratungen zur Bedarfsplanung und zu allen As-  
4597 pekten der Qualitätssicherung die gleichen Rechte und Pflichten wie den Patienten-  
4598 vertretern eingeräumt.

4599  
4600 Sowohl die ambulante Honorarordnung in der Gesetzlichen Krankenversicherung  
4601 (EBM), als auch die Gebührenordnung der Privaten Krankenversicherung (GOÄ)  
4602 müssen reformiert werden. Deshalb wollen wir ein modernes Vergütungssystem  
4603 schaffen, das den Versorgungsbedarf der Bevölkerung und den Stand des medizini-  
4604 schen Fortschritts abbildet. Dies bedarf einer sorgfältigen Vorbereitung. Die Bundes-  
4605 regierung wird dazu auf Vorschlag des Bundesgesundheitsministeriums eine wissen-  
4606 schaftliche Kommission einsetzen, die bis Ende 2019 unter Berücksichtigung aller  
4607 hiermit zusammenhängenden medizinischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Fragen  
4608 Vorschläge vorlegt. Ob diese Vorschläge umgesetzt werden, wird danach entschie-  
4609 den.

## 4610 4611 **Krankenhäuser**

4612 Um eine gute stationäre Versorgung sicherzustellen, sind deutlich erhöhte Investitio-  
4613 nen in Krankenhäuser für Umstrukturierungen, neue Technologien und Digitalisie-  
4614 rung notwendig. Die Länderkompetenz in der Krankenhausplanung und die Verpflich-  
4615 tung zur Investitionsfinanzierung bleiben erhalten. Um den notwendigen Struktur-  
4616 wandel der Krankenhauslandschaft und die Qualität der stationären Versorgung zu  
4617 befördern, wird der aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds und von den  
4618 Ländern hälftig finanzierte Strukturfonds für weitere vier Jahre in Höhe von einer Mrd.  
4619 Euro/jährlich fortgesetzt.

4620  
4621 Die Qualitätsoffensive für Krankenhäuser soll fortgesetzt werden. Dazu gehören ins-  
4622 besondere eine qualitätsorientierte Arbeitsteilung und Vernetzung zwischen einer gut  
4623 erreichbaren Grund- und Regelversorgung, Zentren für schwerwiegende, komplexe  
4624 oder seltene Erkrankungen sowie damit verbundenen Anbietern des Gesundheits-  
4625 und Pflegewesens. Die Zentren bieten interdisziplinäre Behandlungsteams mit hoher  
4626 medizinischer Kompetenz und sollen auch mit ambulanten Schwerpunktpraxen zu-  
4627 sammenarbeiten, um so spezialmedizinische Kompetenz auch in der Fläche verfüg-

4628 bar zu machen. Die für die Ausweisung der Zentren notwendigen Instrumente der  
4629 Qualitätssicherung sind weiterzuentwickeln. Wir werden die rechtlichen Anpassungen  
4630 für die entsprechende Weiterentwicklung der Krankenhausplanung vornehmen.

4631  
4632 Als zusätzliche Aufgabe der stationären Grundversorgung sollen die Krankenhäuser  
4633 insbesondere im ländlichen Raum im Verbund mit den Schwerpunktkrankenhäusern  
4634 und örtlichen Pflegeanbietern ergänzende niedrigschwellige Versorgungsangebote  
4635 z. B. in der Nachsorge vorhalten.

4636  
4637 Künftig sollen Pflegepersonalkosten besser und unabhängig von Fallpauschalen ver-  
4638 gütet werden. Die Krankenhausvergütung wird auf eine Kombination von Fallpau-  
4639 schalen und einer Pflegepersonalkostenvergütung umgestellt. Die Pflegepersonal-  
4640 kostenvergütung berücksichtigt die Aufwendungen für den krankenhausindividuellen  
4641 Pflegepersonalbedarf. Die DRG-Berechnungen werden um die Pflegepersonalkosten  
4642 bereinigt.

4643  
4644 Wir werden die bereits eingeleiteten Verbesserungen der Versorgung psychisch  
4645 Kranker mit Nachdruck umsetzen, insbesondere die Schaffung einheitlicher und hin-  
4646 reichender Personalstandards sowie die Einführung stationersetzender Leistungen.

4647  
4648 Eine qualitativ hochwertige Geburtshilfe auch durch Belegärztinnen und -ärzte ist uns  
4649 ein Anliegen. Wir werden die Finanzierungsgrundlagen dazu überprüfen.

4650  
4651 Wir wollen die Zahl der Organspenden in Deutschland erhöhen. Dazu werden wir  
4652 eine verbindliche Freistellungsregelung für Transplantationsbeauftragte schaffen und  
4653 diese finanzieren. Die Organentnahme wird höher vergütet.

4654  
4655 Zur Infektionsprävention und -bekämpfung wird das Hygienesonderprogramm für  
4656 Krankenhäuser verlängert und evaluiert.

4657  
4658 Zur Verbesserung der Notfallversorgung wird eine gemeinsame Sicherstellung der  
4659 Notfallversorgung von Landeskrankengesellschaften und Kassenärztlichen Ver-  
4660 einigungen in gemeinsamer Finanzierungsverantwortung geschaffen. Dazu sind Not-  
4661 falleitstellen und integrierte Notfallzentren aufzubauen.

4662  
4663 **Gesundheitsberufe**  
4664 Stärken unseres Gesundheitswesens sind die Freiberuflichkeit der Heilberufe, freie  
4665 Arzt- und Krankenhauswahl, die Therapiefreiheit und gut qualifizierte Gesundheitsbe-  
4666 rufe.

4667  
4668 Wir legen auch in Zukunft Wert darauf, hoch motivierten und hervorragend ausgebil-  
4669 deten Nachwuchs in den Gesundheitsberufen zu gewinnen. Dazu müssen wir attrak-  
4670 tive Ausbildungsmöglichkeiten schaffen. Den Masterplan Medizinstudium 2020  
4671 wollen wir insbesondere im Hinblick auf die Neuregelung des Studienzugangs, die  
4672 Stärkung der Allgemeinmedizin sowie die Landarztquote zügig umsetzen. Dazu ge-  
4673 hören auch mehr Medizinstudienplätze.

4674  
4675 Um die ärztliche Tätigkeit im ländlichen Raum zu fördern, werden zudem an medizi-  
4676 nischen Fakultäten modellhaft neue Unterrichtskonzepte als Schwerpunkt- bzw. Ver-  
4677 tiefungsprogramme gefördert und evaluiert. Lücken in der Weiterbildung der Allge-  
4678 meinmedizin werden ebenso evaluiert und geschlossen. Darüber hinaus werden wir

4679 zusätzliche Anreize zur Qualifizierung von Weiterbildungern durch die regionalen Kom-  
4680 petenzzentren Weiterbildung Allgemeinmedizin setzen.

4681  
4682 Der Öffentliche Gesundheitsdienst ist eine wichtige Säule des Gesundheitswesens,  
4683 insbesondere bei der Prävention und Gesundheitsförderung. Wir stehen für eine  
4684 Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes ein.

4685  
4686 Die Ausbildungs- und Prüfungsverordnung sowie die Finanzierungsverordnung des  
4687 Pflegeberufgesetzes werden zeitnah vorgelegt.

4688  
4689 Wir werden die Ausbildung der Gesundheitsfachberufe im Rahmen eines Gesamt-  
4690 konzeptes neu ordnen und stärken. Wir wollen das Schulgeld für die Ausbildung in  
4691 den Gesundheitsfachberufen abschaffen, so wie es in den Pflegeberufen bereits be-  
4692 schlossen wurde. Wir werden die Hebammenausbildung nach den EU-Vorgaben als  
4693 akademischen Beruf umsetzen. Die Novellierungen der Ausbildung der bisherigen  
4694 psychologischen Psychotherapeuten in Form einer Direktausbildung und der Appro-  
4695 bationsordnung für Zahnärzte werden wir zügig abschließen.

4696  
4697 Für die zukünftigen Herausforderungen des Gesundheitswesens ist die Aufgabenver-  
4698 teilung der Gesundheitsberufe neu zu justieren und den Gesundheitsfachberufen  
4699 mehr Verantwortung zu übertragen. Die Ergebnisse der Modellprojekte der Heilberu-  
4700 fe werden wir berücksichtigen. Im Sinne einer verstärkten Patientensicherheit wollen  
4701 wir das Spektrum der heilpraktischen Behandlung überprüfen.

#### 4702 4703 **Prävention**

4704 Wir wollen die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung und die Prävention in allen  
4705 Lebensbereichen deutlich stärken. Auf Grundlage des Berichtes der Nationalen Prä-  
4706 ventionskonferenz und der anschließenden Beratungen im Deutschen Bundestag  
4707 werden wir ein Eckpunktepapier zur Weiterentwicklung des Präventionsgesetzes vor-  
4708 legen.

4709  
4710 Mit einem Nationalen Gesundheitsportal wollen wir, dass sich die Patientinnen und  
4711 Patienten verlässlich schnell und umfassend im Internet über medizinische Fragestel-  
4712 lungen und Strukturen unseres Gesundheitswesens informieren können.

4713  
4714 Wir werden Patientenrechte stärken. Dazu werden wir Vorschläge für einen Patien-  
4715 tenentschädigungsfonds für Schäden in Härtefällen, bei denen die bestehenden Haf-  
4716 tungsregelungen nicht greifen, prüfen.

4717  
4718 Wir werden weitere Maßnahmen ergreifen, um die notwendigen Impfquoten zum  
4719 Schutz der Bevölkerung zu erreichen.

4720  
4721 Weitere Schwerpunkte werden in der Prävention chronischer Erkrankungen, insbe-  
4722 sondere in der Entwicklung einer nationalen Strategie zur Reduzierung von Überge-  
4723 wicht vor allem bei Kindern und Jugendlichen liegen. Wir werden Drogenmissbrauch  
4724 weiterhin bekämpfen und dabei auch unsere Maßnahmen zur Tabak- und Alkohol-  
4725 prävention gezielt ergänzen. Dabei ist uns das Wohl der Kinder von Suchtkranken  
4726 besonders wichtig.

4727  
4728 Wir werden die Forschung im Bereich der Kinder- und Jugendmedizin fördern.

4729

4730 Wir werden uns weiterhin für eine Reduzierung des Antibiotikaverbrauchs und der  
4731 Verhinderung von Antibiotikaresistenzen einsetzen und dies zusätzlich durch For-  
4732 schung unterstützen.

4733

### 4734 **E-Health und Gesundheitswirtschaft**

4735 Die Digitalisierung des Gesundheitswesens ist eine der größten Herausforderung des  
4736 Gesundheitswesens in den nächsten Jahren.

4737

4738 Wir werden die Telematikinfrastuktur weiter ausbauen und eine elektronische Pati-  
4739 entenakte für alle Versicherten in dieser Legislaturperiode einführen. Wir wollen neue  
4740 Zulassungswege für digitale Anwendungen schaffen, die Interoperabilität herstellen  
4741 und die digitale Sicherheit im Gesundheitswesen stärken. Die einschränkenden Re-  
4742 gelungen zur Fernbehandlung werden wir auf den Prüfstand stellen. Auch die pflege-  
4743 rische Versorgung wollen wir mit den Möglichkeiten der Digitalisierung weiterentwi-  
4744 ckeln, so dass sowohl Pflegekräfte als auch pflegebedürftige Menschen Informations-  
4745 und Kommunikationstechnologien sowie neue technische Anwendungen besser nut-  
4746 zen können. Dazu gehört auch, die Pflege in die Telematikinfrastuktur einzubezie-  
4747 hen. Ziel ist zudem, Bürokratie in Diagnostik und Dokumentation abzubauen.

4748

4749 Die Anwendung und Abrechenbarkeit telemedizinischer Leistungen soll ausgebaut  
4750 werden. Es wird sichergestellt, dass die Datenspeicherung den strengen Anforderun-  
4751 gen des Datenschutzes unterliegt. Die gespeicherten Daten sind Eigentum der Pati-  
4752 entinnen und Patienten.

4753

4754 Wir werden die E-Health-Initiative und den Strategieprozess Medizintechnik weiter-  
4755 führen, um Deutschland als Standort der Gesundheitswirtschaft nachhaltig und zu-  
4756 kunftsorientiert zu gestalten. Wir werden auch den Pharma-Dialog unter Einbezie-  
4757 hung der Regierungsfractionen des Deutschen Bundestags fortsetzen.

4758

4759 Wir werden den Aktionsplan zur Verbesserung der Arzneimitteltherapiesicherheit in  
4760 Deutschland (AMTS) entschlossen umsetzen und die Fälschungssicherheit von Arz-  
4761 neimitteln verbessern. Wir wollen die Arzneimittelsicherheit durch weitere Maßnah-  
4762 men von der Produktion über den Transport bis zum Endverbraucher gewährleisten.

4763

### 4764 **Globale Gesundheit**

4765 Deutschland wird eine Strategie zur globalen Gesundheitspolitik erarbeiten, um noch  
4766 stärker seiner internationalen Verantwortung gerecht zu werden. Schwerpunkte wer-  
4767 den die Gesundheitssicherheit und die Prävention von internationalen Pandemien  
4768 sowie Stärkung von Gesundheitssystemen in Entwicklungsländern sein. Dafür wer-  
4769 den wir internationale Kooperationen und strategische Partnerschaften weiter auf-  
4770 bauen und ausbauen. Außerdem gilt es, die WHO zu stärken, indem wir auch den  
4771 Reformprozess in der WHO unterstützen.

4772

### 4773 **Finanzierung**

4774 Wir werden die Parität bei den Beiträgen zur Gesetzlichen Krankenversicherung wie-  
4775 derherstellen. Ab 1. Januar 2019 werden die Beiträge zur Krankenversicherung wie-  
4776 der in gleichem Maße von Arbeitgebern und Beschäftigten geleistet. Der bisherige  
4777 Zusatzbeitrag wird paritätisch finanziert.

4778

4779 Wir wollen die schrittweise Einführung von kostendeckenden Beiträgen zur Gesetzli-  
4780 chen Krankenversicherung für die Bezieher von ALG II aus Steuermitteln finanzieren.

4781  
4782  
4783  
4784  
4785  
4786  
4787  
4788  
4789  
4790

Um kleine Selbständige zu entlasten, werden wir die Bemessungsgrundlage für die Mindestkrankenversicherungsbeiträge von heute 2283,75 Euro auf 1150 Euro nahezu halbieren.

Unter Berücksichtigung der Gutachten des Expertenbeirats des Bundesversicherungsamtes (BVA) werden wir den morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich mit dem Ziel eines fairen Wettbewerbs weiterentwickeln und ihn vor Manipulation schützen. Es wird eine regelmäßige gutachterliche Überprüfung gesetzlich festgelegt.

4791 **VIII. Zuwanderung steuern – Integration fordern und unterstützen**

4792

4793 **1. Flüchtlingspolitik**

4794 Deutschland bekennt sich zu seinen bestehenden rechtlichen und humanitären Ver-  
4795 pflichtungen. Wir werden das Grundrecht auf Asyl nicht antasten: Wir bekennen uns  
4796 strikt zum Recht auf Asyl und zum Grundwertekatalog im Grundgesetz, zur Genfer  
4797 Flüchtlingskonvention, zu den aus dem Recht der EU resultierenden Verpflichtungen  
4798 zur Bearbeitung jedes Asylantrags sowie zur UN-Kinderrechtskonvention und zur  
4799 Europäischen Menschenrechtskonvention.

4800

4801 Wir sind stolz auf die Integrationsleistung unseres Landes, insbesondere auf das viel-  
4802 fältige ehrenamtliche Engagement in den Städten und Gemeinden. Wir sind uns dar-  
4803 über einig, dass die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft nicht überfordert wer-  
4804 den darf. Integrationsfähigkeit bemisst sich dabei nicht nur daran, wie die Aufnahme  
4805 und Integration zugewanderter Menschen in die Gesellschaft gelingt, vielmehr bein-  
4806 haltet sie auch unseren Anspruch, die Lebensbedingungen der hier lebenden Men-  
4807 schen gerade angesichts der zu bewältigenden Zuwanderung zu berücksichtigen  
4808 (z. B. Versorgung mit Kita-Plätzen, Schulen, Wohnungen).

4809

4810 Deswegen setzen wir unsere Anstrengungen fort, die Migrationsbewegungen nach  
4811 Deutschland und Europa angemessen mit Blick auf die Integrationsfähigkeit der Ge-  
4812 sellschaft zu steuern und zu begrenzen, damit sich eine Situation wie 2015 nicht  
4813 wiederholt.

4814

4815 Bezogen auf die durchschnittlichen Zuwanderungszahlen, die Erfahrungen der letz-  
4816 ten zwanzig Jahre sowie mit Blick auf die vereinbarten Maßnahmen und den unmit-  
4817 telbar steuerbaren Teil der Zuwanderung – das Grundrecht auf Asyl und die Genfer  
4818 Flüchtlingskonvention (GFK) bleiben unangetastet – stellen wir fest, dass die Zuwan-  
4819 derungszahlen (inklusive Kriegsflüchtlinge, vorübergehend Schutzberechtigte, Fami-  
4820 liennachzügler, Relocation, Resettlement, abzüglich Rückführungen und freiwilligen  
4821 Ausreisen künftiger Flüchtlinge und ohne Erwerbsmigration) die Spanne von jährlich  
4822 180 000 bis 220 000 nicht übersteigen werden. Dem dient auch das nachfolgende  
4823 Maßnahmenpaket.

4824

4825 Es soll eine Fachkommission der Bundesregierung eingesetzt werden, die sich mit  
4826 den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit befasst und einen entsprechen-  
4827 den Bericht dem Deutschen Bundestag zuleitet. Wir stärken die Migrations- und In-  
4828 tegrationsforschung.

4829

4830 Wir wollen Fluchtursachen bekämpfen, nicht die Flüchtlinge.

4831

4832 Dazu wollen wir:

- 4833
- 4834 • die Entwicklungszusammenarbeit verbessern;
  - 4835 • den Ausbau humanitären Engagements; UNHCR und World Food Programme  
4836 (WFP) angemessen ausstatten und für eine kontinuierliche Finanzierung sorgen;
  - 4837 • das Engagement für Friedenssicherung ausweiten (u. a. Stärkung internationaler  
4838 Polizeieinsätze);
  - 4838 • eine faire Handels- und Landwirtschaftspolitik (faire Handelsabkommen);
  - 4839 • einen verstärkten Klimaschutz;
  - 4840 • eine restriktive Rüstungsexportpolitik.
- 4841

4842 Wir werden eine Kommission „Fluchtursachen“ im Deutschen Bundestag einrichten,  
4843 die der Bundesregierung und dem Bundestag konkrete Vorschläge unterbreiten soll.

4844  
4845 Wir treten für ein gemeinsames europäisches Asylsystem ein und beteiligen uns da-  
4846 her aktiv am Prozess der Reform des Dublin-Verfahrens. Ein fairer Verteilmechani-  
4847 smus für Schutzbedürftige, die Frage der Menschenrechte in Drittstaaten sowie das  
4848 Prinzip der Zuständigkeit des Ersteinreiselandes für Asylbewerber müssen hierbei  
4849 eine übergeordnete Rolle spielen. Dabei muss klar sein, dass eine unbefristete Beru-  
4850 fungung auf einen anderen Staat der Ersteinreise ausscheidet. Bei der Ausgestaltung  
4851 des Selbsteintrittsrechts wird die Frage der Herstellung der Einheit der Kernfamilie zu  
4852 berücksichtigen sein. Damit eine Verteilung in der Praxis funktioniert, muss es wirk-  
4853 same Mechanismen zur Verhinderung von Sekundärmigration geben. Dazu wollen  
4854 wir insbesondere die Asylverfahren einschließlich der Standards bei der Versorgung  
4855 und Unterbringung von Asylbewerbern harmonisieren und dafür sorgen, dass volle  
4856 Leistungen nur noch im zugewiesenen EU-Mitgliedstaat gewährt werden. In diesem  
4857 Sinne wird sich die Bundesregierung in den Verhandlungen auf EU-Ebene abge-  
4858 stimmt positionieren. Dies gilt auch für eine gemeinsame Durchführung von Asylver-  
4859 fahren überwiegend an den Außengrenzen sowie gemeinsame Rückführungen von  
4860 dort. Dabei werden europäische Menschenrechtsstandards eingehalten.

4861  
4862 Wir unterstützen eine Politik der EU, die verhindern soll, dass kriminelle Schlepper  
4863 und Schleuser entscheiden, wer nach Europa kommt. Wir wollen Anreize ausschlie-  
4864 ßen, die dadurch entstehen, dass Minderjährige von ihren Eltern unter Gefährdung  
4865 des Kindeswohls zukünftig auf die gefährliche Reise vorgeschickt werden.

4866  
4867 Wir wollen die Zusammenarbeit mit UNHCR, IOM, Herkunfts- und Transitstaaten wei-  
4868 ter ausbauen. Zur Sicherung der Freizügigkeit innerhalb Europas gehört ein wirksa-  
4869 mer Schutz der europäischen Außengrenzen. Dazu wollen wir Frontex zu einer ech-  
4870 ten Grenzschutzpolizei weiterentwickeln. Bis der Schutz der EU-Außengrenzen effek-  
4871 tiv funktioniert, sind Binnengrenzkontrollen vertretbar.

4872  
4873 Wir unterstützen europäische Beschlüsse zur Verteilung von Flüchtlingen (Relocati-  
4874 on) und leisten einen angemessenen Beitrag zu Aufnahmekontingenten humanitär  
4875 Schutzbedürftiger (Resettlement). Die Größenordnung dieses aus humanitären Moti-  
4876 ven erfolgenden legalen Zugangs muss jedoch von der Größenordnung des Zugangs  
4877 humanitär Schutzsuchender insgesamt abhängen.

4878  
4879 Für die Frage des Familiennachzugs wird Bezug genommen auf das Gesetz zur Ver-  
4880 längerung der Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten.  
4881 Das Nähere regelt ein noch zu erlassendes Bundesgesetz.

4882  
4883 Für diese Regelung zum Familiennachzug bei subsidiär Geschützten ab dem 1. Au-  
4884 gust 2018 ist die Festsetzung erfolgt, dass der Zuzug auf 1000 Personen pro Monat  
4885 begrenzt ist und die Härtefallregelung nach §§ 22 und 23 Aufenthaltsgesetz jenseits  
4886 dieses Kontingents Anwendung findet. Die weitere Ausgestaltung des Gesetzes ob-  
4887 liegt den Koalitionsparteien bzw. deren Bundestagsfraktionen.

4888  
4889 1. Dieser Familiennachzug wird nur gewährt,  
4890 • wenn es sich um Ehen handelt, die vor der Flucht geschlossen worden sind,  
4891 • keine schwerwiegenden Straftaten begangen wurden,  
4892 • es sich nicht um Gefährder handelt,



4893 • eine Ausreise kurzfristig nicht zu erwarten ist.

4894

4895 2. Mit der gesetzlichen Neuregelung wollen wir Anreize ausschließen, die dadurch  
4896 entstehen, dass Minderjährige von ihren Eltern unter Gefährdung des Kindeswohls  
4897 zukünftig auf die gefährliche Reise vorgeschickt werden.

4898

4899 3. Mit der gefundenen Lösung zum Familiennachzug werden fortan subsidiär Ge-  
4900 schützte im Rahmen des Kontingents eine ungefährliche Möglichkeit auf Familien-  
4901 nachzug ihrer Kernfamilie haben. Die Einstufung gemäß der GFK soll sachgerecht  
4902 erfolgen

4903

## 4904 **2. Erwerbsmigration**

4905 Unser Land braucht geeignete und qualifizierte Fachkräfte in großer Zahl. Kein Ar-  
4906beitsplatz soll unbesetzt bleiben, weil es an Fachkräften fehlt. Den Fachkräftezugang  
4907 nach Deutschland haben wir in den vergangenen Jahren bereits erheblich verbessert  
4908 und vereinfacht. Dieser Bedarf wird voraussichtlich in den nächsten Jahren aufgrund  
4909 unserer guten wirtschaftlichen Entwicklung und wegen der rückläufigen Zahl junger  
4910 Menschen, die neu ins Erwerbsleben eintreten, weiter steigen.

4911

4912 Deshalb werden wir ein Regelwerk zur Steuerung von Zuwanderung in den Arbeits-  
4913 markt und das damit verbundene Recht des Aufenthalts und der Rückkehr in einem  
4914 Gesetzeswerk erarbeiten, das sich am Bedarf unserer Volkswirtschaft orientiert. Ein  
4915 solches Gesetz wird die bereits bestehenden Regelungen zusammenfassen, trans-  
4916 parenter machen und, wo nötig, effizienter gestalten.

4917

4918 Maßgeblich zu berücksichtigen für den Zuzug nach Deutschland sind der Bedarf un-  
4919 serer Volkswirtschaft, Qualifikation, Alter, Sprache sowie der Nachweis eines konkre-  
4920 ten Arbeitsplatzes und die Sicherung des Lebensunterhalts.

4921

4922 Unter Fachkräften verstehen wir sowohl Hochschulabsolventen als auch Einwande-  
4923 rerinnen und Einwanderer mit qualifizierter Berufsausbildung bzw. ausgeprägten be-  
4924 rufspraktischen Kenntnissen. Eine Gleichwertigkeitsprüfung der beruflichen bzw.  
4925 akademischen Qualifikationen der Fachkräfte soll möglichst ohne lange Wartezeiten  
4926 erfolgen. Auf eine Vorrangprüfung wird verzichtet, soweit die Landesregierungen  
4927 nicht in Bezirken mit hoher Arbeitslosigkeit an der Vorrangprüfung festhalten wollen.  
4928 Unberührt hiervon bleibt die Prüfung der Arbeitsbedingungen auf Gleichwertigkeit  
4929 durch die Bundesagentur für Arbeit.

4930

4931 Mit einer klug gesteuerten Einwanderungspolitik für Fachkräfte unterstützen wir die  
4932 Schaffung von Arbeitsplätzen in Deutschland und verringern spürbar die Attraktivität  
4933 von illegaler und ungesteuerter Einwanderung.

4934

4935 Um angemessen auf Entwicklungen unseres Arbeitsmarktes reagieren zu können,  
4936 achten wir darauf, nationale Regelungsmöglichkeiten für Zuwanderung in den Ar-  
4937beitsmarkt zu erhalten.

4938

## 4939 **3. Gelingende Integration**

4940 Menschen mit Migrationshintergrund gehören zu unserer Gesellschaft und prägen sie  
4941 mit. Ihre Repräsentanz auf allen Ebenen in den Unternehmen, gesellschaftlichen Ein-  
4942 richtungen und vor allem auch im öffentlichen Dienst gilt es weiterhin zu verbessern.

4943

4944 Die vielfältigen Integrationsmaßnahmen werden wir in einer bundesweiten Strategie  
4945 nach dem Grundsatz „Fordern und Fördern“ bündeln, größere Transparenz in das  
4946 Geflecht der bestehenden Integrationsmaßnahmen bringen, die Koordinierung zwi-  
4947 schen Bund, Ländern und Kommunen deutlich verbessern und dadurch eine effizien-  
4948 tere Wahrnehmung der bestehenden Zuständigkeiten erreichen. Wir wollen mehr  
4949 Erfolgskontrolle und werden dazu Integrationsforschung und -messung im Sinne ei-  
4950 nes echten Integrationsmonitorings intensivieren, um die Erfolge der Integrationspoli-  
4951 tik sichtbar zu machen und Fehlentwicklungen frühzeitig zu korrigieren.

4952  
4953 So wollen wir z. B. die Teilhabe an den Angeboten der Gesundheitsversorgung (ins-  
4954 besondere in der Pflege) gerade für die erste Generation der Arbeitsmigranten der  
4955 50er und 60er Jahre unabhängig von kultureller Herkunft und Status verbessern. Mit  
4956 Blick auf Vorsorge- und Früherkennungsangebote sowie Rehabilitation sollen die  
4957 Akteure im Gesundheitswesen verstärkt mehrsprachige gesundheitsfördernde Ange-  
4958 bote unterbreiten, die die Betroffenen auch wirklich erreichen.

4959  
4960 Wir stellen die weitere Finanzierung der laufenden Maßnahmen zur Entlastung von  
4961 Ländern und Kommunen bei den Flüchtlingskosten (Integrationspauschale, Kosten  
4962 der Unterkunft, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge) in den Jahren bis 2021 mit  
4963 insgesamt weiteren acht Milliarden Euro sicher und gestalten sie gemeinsam, wo  
4964 erforderlich, effizienter neu aus. Wir prüfen zusätzliche finanzielle Anreize bei freiwil-  
4965 ligem Engagement von Kommunen für erfolgreiche Integrationsarbeit.

4966  
4967 Wir bekennen uns zur Integration für diejenigen mit dauerhafter Bleibeperspektive.  
4968 Dazu gehören Sprache und Arbeit. Die im Jahr 2005 eingeführten Integrationskurse  
4969 sind der zentrale Ausgangspunkt für alle weiteren Integrationsschritte. Qualität und  
4970 Effizienz dieser Kurse wollen wir weiter verbessern, insbesondere mit Blick auf eine  
4971 bessere Zielgruppenorientierung. Erforderlich ist eine stärkere Kursdifferenzierung  
4972 nach Vorkenntnissen. Die Mitwirkung beim Spracherwerb werden wir stärker einfor-  
4973 dern. Wir wollen für den Spracherwerb zusätzliche Anreize setzen, Hilfestellungen  
4974 ausbauen und Sanktionsmöglichkeiten konsequent nutzen. Zudem wollen wir auch in  
4975 der Integrationspolitik die Chancen der Digitalisierung nutzen und digitale Angebote  
4976 bei Orientierungs- und Integrationskursen ermöglichen. Schließlich wollen wir die  
4977 Regelungen des Integrationsgesetzes entfristen und die Wohnsitzregelung zeitnah  
4978 evaluieren.

4979  
4980 Die Zugangsvoraussetzungen zu den ausbildungs- und berufsvorbereitenden Lei-  
4981 stungen wollen wir vereinheitlichen und für die Gruppe der Geduldeten mit dem recht-  
4982 lichen Arbeitsmarktzugang harmonisieren. Gleichzeitig sollen insbesondere diejeni-  
4983 gen, bei denen die Ausreise kurzfristig nicht zu erwarten ist, Angebote nach dem  
4984 Grundsatz des Förderns und Forderns für Spracherwerb und Beschäftigung bekom-  
4985 men. Dazu soll ein Vorschlag erarbeitet werden, wie für diese Gruppe der Zugang zu  
4986 Sprachkursen und Beschäftigung gewährt werden kann, ohne dass es zu einer Ver-  
4987 festigung von Aufenthaltsrechten und einer Gleichstellung mit denjenigen führt, die  
4988 eine rechtliche Bleibeperspektive haben.

4989  
4990 Für langjährig Geduldete, die die Integrationsanforderungen im Sinne des § 25a  
4991 und b des Aufenthaltsgesetzes erfüllen, wollen wir Verbesserungen und Vereinfachungen  
4992 für den Aufenthalt und bei der Ausbildung und Arbeitsmarktintegration erar-  
4993 beiten. Damit wollen wir auch Klarheit für die Betroffenen hinsichtlich ihrer Zukunft in  
4994 Deutschland schaffen.

4995  
4996 Die 3+2-Regelung für Auszubildende wollen wir bundesweit einheitlich anwenden.  
4997 Diese Regelung zielt auf die Ermöglichung eines Zugangs zu einer qualifizierten Be-  
4998 rufsausbildung mit einer Duldung. Dieses Ziel darf nicht durch eine zu enge Anwen-  
4999 dung des Beschäftigungsrechts für Geduldete unterlaufen werden. Diese Regelung  
5000 wollen wir auch auf staatlich anerkannte Helferausbildungen anwenden, soweit daran  
5001 eine qualifizierte Ausbildung in einem Mangelberuf anschlussfähig ist. Eine Ausbil-  
5002 dungszusage muss dabei vorliegen. Bei alledem wollen wir zusätzliche Belastungen  
5003 für die sozialen Sicherungssysteme vermeiden.

#### 5004 5005 **4. Effizientere Verfahren**

5006 Menschen, die in Deutschland Schutz suchen, brauchen Asylverfahren, die schnell,  
5007 umfassend und rechtssicher bearbeitet werden. Deren Bearbeitung erfolgt künftig in  
5008 zentralen Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen, in denen  
5009 BAMF, BA, Jugendämter, Justiz, Ausländerbehörden und andere Hand in Hand ar-  
5010 beiten. In den AnKER-Einrichtungen sollen Ankunft, Entscheidung, kommunale Ver-  
5011 teilung bzw. Rückführung (AnKER) stattfinden. Eine unabhängige und flächende-  
5012 ckende Asylverfahrensberatung ist zu gewährleisten. Über die Frage von Zuständig-  
5013 keit und Trägerschaft wird eine Vereinbarung zwischen Bund und Ländern getroffen.

5014  
5015 Die Bundesrepublik Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren in einzigartiger  
5016 Weise humanitär engagiert. Menschen, die von Krieg und Verfolgung betroffen sind,  
5017 bieten wir Schutz. Wir haben das Recht zu wissen, wer in unserem Land leben will;  
5018 dazu bestehen besondere Mitwirkungspflichten durch die Ankommenden. Das betrifft  
5019 zuallererst die umfassende Identitätsfeststellung: Name, Herkunft, Alter, Fingerab-  
5020 druck. Bei ungeklärter Identität wollen wir die behördlichen Möglichkeiten zu deren  
5021 Feststellungen erweitern und Identitätstäuschungen wirksamer begegnen. Die um-  
5022 fassende Identitätsfeststellung findet in den AnKER-Einrichtungen statt.

5023  
5024 Nach der Altersfeststellung werden unbegleitete Minderjährige durch Jugendbehör-  
5025 den in Obhut genommen, Erwachsene verbleiben in den AnKER-Einrichtungen.  
5026 Steht in Zweifel, ob es sich um Jugendliche oder um Erwachsene handelt, erfolgt die  
5027 Altersfeststellung durch das zuständige Jugendamt unter Beteiligung des BAMF in  
5028 den AnKER-Einrichtungen.

5029  
5030 Um die Chance auf eine erfolgreiche Integration zu wahren und europarechtliche  
5031 Vorgaben zu erfüllen, ist die Bleibeverpflichtung in den AnKER-Einrichtungen zeit-  
5032 lich und sachlich zu begrenzen. Sowohl in den Aufnahmeeinrichtungen als auch in  
5033 den AnKER-Einrichtungen soll die Aufenthaltszeit in der Regel 18 Monate nicht über-  
5034 schreiten (§ 47 Abs. 1a und 1b Asylgesetz bleibt davon unberührt), bei Familien mit  
5035 minderjährigen Kindern in der Regel sechs Monate. Insgesamt ist eine geschlechter-  
5036 und jugendgerechte Unterbringung zu gewährleisten.

5037  
5038 Wir streben an, nur diejenigen auf die Kommunen zu verteilen, bei denen eine positi-  
5039 ve Bleibeprognose besteht. Alle anderen sollen, wenn in angemessener Zeit möglich,  
5040 aus diesen Einrichtungen in ihre Heimatländer zurückgeführt werden.

5041  
5042 Spätestens drei Jahre nach einer positiven Entscheidung ist eine Überprüfung des  
5043 gewährten Schutzes erforderlich. Für dieses Prüfverfahren werden verbindliche Mit-  
5044 wirkungspflichten der Betroffenen gelten. Dazu sollen Belehrungen stattfinden.

5045

5046 Vollziehbar Ausreisepflichtige müssen unser Land verlassen. Freiwillige Rückkehr  
5047 und konsequente Abschiebung sind dabei von wesentlicher Bedeutung. Die freiwilli-  
5048 ge Rückkehr hat Vorrang. Bestehende Hindernisse (z. B. Identitätsfeststellung, Auf-  
5049 nahmewillen der Herkunftsländer, Passersatzbeschaffung, Arbeit der Potsdamer  
5050 Clearingstelle, ZUR) wollen wir weiter verringern. Wir starten eine Qualitätsoffensive  
5051 für die Arbeit des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge.

5052  
5053 Gerade im Interesse der wirklich Schutzbedürftigen und der Akzeptanz in der Bevöl-  
5054 kerung wollen wir Ausreisepflichtige stärker danach unterscheiden, ob sie unver-  
5055 schuldet an der Ausreise gehindert sind oder ihnen die fehlende Möglichkeit zur  
5056 Durchsetzung ihrer Ausreisepflicht zugerechnet werden muss. Diese Unterscheidung  
5057 hat auch Konsequenzen, beispielsweise hinsichtlich des Bezugs von Leistungen.  
5058 Entsprechendem Änderungsbedarf werden wir nachkommen.

5059  
5060 Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ist möglichst frühzeitig über die Einlei-  
5061 tung eines Strafverfahrens zu informieren. Dazu werden wir § 8 Abs. 1a des Asylge-  
5062 setzes ändern.

5063  
5064 Wer sein Aufenthaltsrecht dazu missbraucht, um Straftaten zu begehen, muss unser  
5065 Land verlassen. Das gilt auch bei Fällen von Sozialleistungsbetrug und Verstößen  
5066 gegen das Betäubungsmittelgesetz, soweit diese zu einer Verurteilung von mindes-  
5067 tens einem Jahr geführt haben.

5068  
5069 Abschiebehaft und Ausreisegewahrsam, einschließlich des Beschwerdeverfahrens,  
5070 werden wir praktikabler ausgestalten, die Voraussetzungen absenken und klarer be-  
5071 stimmen. Ziel ist, die Zuführungsquoten zu Rückführungsmaßnahmen deutlich zu  
5072 erhöhen.

5073  
5074 Zum Zwecke der Verfahrensbeschleunigung werden Algerien, Marokko und Tunesi-  
5075 en sowie weitere Staaten mit einer regelmäßigen Anerkennungsquote unter fünf Pro-  
5076 zent zu sicheren Herkunftsstaaten bestimmt. Der Individualanspruch auf Einzelfall-  
5077 prüfung bleibt unberührt. Gleichzeitig wird durch eine spezielle Rechtsberatung für  
5078 besondere vulnerable Fluchtgruppen deren besondere Schutzwürdigkeit berücksich-  
5079 tigt.

5080  
5081 Wir werden das Ausländerzentralregister (AZR) ertüchtigen, um belastbarere Aus-  
5082 künfte erhalten zu können, allen relevanten Behörden unkomplizierten Zugriff zu er-  
5083 möglichen und es auch zur besseren Steuerung der Rückführung und freiwilligen  
5084 Ausreise einsetzen zu können. Wir werden es in Zusammenarbeit mit den Ländern  
5085 zu einem insgesamt den zeitgemäßen Anforderungen entsprechenden zentralen  
5086 Ausländerdateisystem weiterentwickeln. Im Rahmen dieser Ertüchtigung werden wir  
5087 auch den Bestand der tatsächlich zur Rückführung anstehenden Personen besser  
5088 abbilden.

5089  
5090

5091 **IX. Lebenswerte Städte, attraktive Regionen und bezahlbares Wohnen**

5092  
5093 Unser Ziel sind gleichwertige Lebensverhältnisse im urbanen und ländlichen Raum in  
5094 ganz Deutschland.

5095  
5096 Der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum gerade in wachsenden Städten und Bal-  
5097 lungsräumen ist weiterhin groß. Hier belasten die steigenden Mieten und Kaufpreise  
5098 die Haushalte mit unteren und mittleren Einkommen zunehmend.

5099  
5100 **1. Wohnraumoffensive**

5101 Wir wollen erreichen, dass 1,5 Millionen Wohnungen und Eigenheime frei finanziert  
5102 und öffentlich gefördert gebaut werden. Hierzu gehört auch, dass der Bestand an  
5103 bezahlbarem Wohnraum gesichert wird.

5104  
5105 Wir werden im Rahmen eines „Wohngipfels 2018“ mit Ländern, Kommunen, Vertre-  
5106 tern der Bau- und Immobilienwirtschaft, der Mieter- und Vermieterverbände und der  
5107 Gewerkschaften Eckpunkte eines Gesetzespaketes „Wohnraumoffensive“ vereinba-  
5108 ren.

5109  
5110 Das „Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen“ und die im Rahmen dessen be-  
5111 gründete Innovationspartnerschaft werden fortgesetzt. Beide werden bis 2021 die  
5112 Umsetzung der Vereinbarungen begleiten und gegebenenfalls weitere Initiativen zur  
5113 Zielerreichung beim Wohnungsneubau anstoßen. Für eine „Nachhaltige Baulandmo-  
5114 bilisierung und Bodenpolitik“ werden wir eine Enquête-Kommission einsetzen.

5115  
5116 Wir wollen die Gewinnung von Wohnbauland von Landwirten durch steuerlich wirk-  
5117 same Reinvestitionsmöglichkeiten in den Mietwohnungsbau nach einer verfassungs-  
5118 rechtlichen Prüfung verbessern.

5119  
5120 Wir werden nach einer verfassungsrechtlichen Prüfung den Kommunen durch Schaf-  
5121 fung der rechtlichen Grundlagen die Möglichkeit einräumen, die Baulandmobilisie-  
5122 rung durch steuerliche Maßnahmen zu verbessern. Durch die Einführung einer  
5123 Grundsteuer C ermöglichen wir den Städten und Gemeinden die Möglichkeit, die  
5124 Verfügbarkeit von Grundstücken für Wohnzwecke zu verbessern.

5125  
5126 Wir wollen ermöglichen, dass die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) den  
5127 Ländern und Kommunen zu Zwecken der sozialen Wohnraumförderung bundeseige-  
5128 ne Grundstücke rechtssicher und im beschleunigten Verfahren zu vergünstigten  
5129 Konditionen zur Verfügung stellen kann. Die bestehende Erstzugriffsoption für Kom-  
5130 munen soll im Haushaltsgesetz des Bundes auf alle entbehrlichen Liegenschaften  
5131 des Bundes ausgeweitet werden.

5132  
5133 Wir werden die Kommunen bei der Aktivierung von Bauland und Sicherung bezahl-  
5134 baren Wohnens unterstützen und streben dazu weitere Verbesserungen im Baupla-  
5135 nungsrecht an.

5136  
5137 Weitere Verschärfungen der Eingriffsmöglichkeiten der Kommunen in Eigentums-  
5138 rechte durch Gestaltung auf Bundesebene werden dabei nicht verfolgt.

5139  
5140 Wir wollen das Bauplanungsrecht und die immissionsschutzrechtlichen Vorschriften  
5141 besser aufeinander abstimmen, um die Kommunen in die Lage zu versetzen, mit

5142 Nutzungskonflikten vor Ort umzugehen und eine bessere Nutzungsmischung zu er-  
5143 möglichen.

5144

5145 Das beschleunigte Bebauungsplanverfahren für den Wohnungsbau werden wir eva-  
5146 luieren und gegebenenfalls weiterentwickeln. Ferner gehört dazu ein vielseitiger Mix  
5147 qualitativ hochwertiger Ausgleichsmaßnahmen, damit Genehmigungsbehörden fle-  
5148 xible Instrumente erhalten, auch bei der Schaffung von Wohnraum die Flächenin-  
5149 spruchnahme gering zu halten.

5150

5151 Der soziale Wohnungsbau muss mindestens auf heutigem Niveau und langfristig  
5152 verstetigt werden. Dafür ist es erforderlich, dass der Bund auch in Zukunft gemein-  
5153 sam mit den Ländern Verantwortung für die soziale Wohnraumförderung überneh-  
5154 men kann. Falls erforderlich wird dazu eine Grundgesetzänderung vorgenommen.  
5155 Ungeachtet dessen werden wir in den Jahren 2020/2021 mindestens zwei Milliarden  
5156 Euro für den sozialen Wohnungsbau zweckgebunden bereitstellen.

5157

5158 Wir schaffen insbesondere für den freifinanzierten Wohnungsneubau im bezahlbaren  
5159 Mietsegment steuerliche Anreize. Dazu werden wir eine bis Ende des Jahres 2021  
5160 befristete Sonderabschreibung einführen. Sie beträgt zusätzlich zur linearen Ab-  
5161 schreibung über vier Jahre fünf Prozent pro Jahr.

5162

5163 Wir werden die Eigentumsbildung für Familien finanziell unterstützen. Dafür führen  
5164 wir für den Ersterwerb von Neubau oder Bestand ein Baukindergeld als Zuschuss  
5165 aus dem Bundeshaushalt in Höhe von 1200 Euro je Kind und pro Jahr ein, das über  
5166 einen Zeitraum von zehn Jahren gezahlt wird. Das Baukindergeld wird flächende-  
5167 ckend bis zu einer Einkommensgrenze von 75.000 Euro zu versteuerndem Haus-  
5168 haltseinkommen pro Jahr und zusätzlich 15.000 Euro pro Kind gewährt.

5169

5170 Wir wollen ein Bürgschaftsprogramm der KfW einführen, mit dem ein Anteil des  
5171 Kaufpreises bzw. der Baukosten selbstgenutzten Wohneigentums abgesichert wird.  
5172 Dadurch kann das beim Erwerb notwendige Eigenkapital gesenkt werden. Die Bürg-  
5173 schaft soll für 20 Jahre gelten.

5174

5175 Wir prüfen einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer beim erstmaligen Erwerb von  
5176 Wohngrundstücken für Familien ohne Rückwirkung beim Länderfinanzausgleich.

5177

5178 Nach Abschluss der Prüfarbeiten durch Bund und Länder werden wir eine effektive  
5179 und rechtssichere gesetzliche Regelung umsetzen, um missbräuchliche Steuerge-  
5180 staltungen bei der Grunderwerbsteuer mittels Share Deals zu beenden. Die gewon-  
5181 nenen Mehreinnahmen können von den Ländern zur Senkung der Steuersätze ver-  
5182 wendet werden.

5183

5184 Die Wohnungsbauprämie behalten wir als Anreizinstrument insbesondere für junge  
5185 Menschen, frühzeitig mit der Ansparphase zu beginnen, bei. Wir wollen sie attraktiver  
5186 gestalten. Dazu wollen wir die Einkommensgrenzen an die allgemeine Einkommens-  
5187 und Preisentwicklung anpassen und den Prämiensatz erhöhen.

5188

5189 Der Bund nimmt für seine Beschäftigten insbesondere in Gebieten mit angespannten  
5190 Wohnungsmärkten die Wohnungsfürsorge verstärkt wahr.

5191

5192 Ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen benötigen barrierefreie und bar-  
5193 rierearme Wohnungen und ein Wohnumfeld, in dem sie möglichst lange selbstbe-  
5194 stimmt leben können. Deshalb wollen wir das KfW-Programm „Altersgerecht Umbau-  
5195 en“ verstetigen. Zugleich wollen wir die Wiedereinführung der Kreditvariante des  
5196 KfW-Programms „Altersgerecht Umbauen“ mit Bundesmitteln ebenso prüfen wie eine  
5197 finanzielle Unterstützung des KfW-Programms „Barrierearme Stadt“.

5198  
5199 Das erfolgreiche KfW-Förderprogramm „Prävention durch Einbruchssicherung“ wollen  
5200 wir ebenfalls verstetigen. Von der Förderung sollen Eigentümer, Mieter und private  
5201 Kleinvermieter auch von Mehrfamilienhäusern, profitieren. Zudem wollen wir die För-  
5202 derung von Maßnahmen zur Kriminalprävention auf den Neubau ausweiten.

5203  
5204 Wir werden die Regelungen des Wohnungseigentumsrechts reformieren und mit dem  
5205 Mietrecht harmonisieren, um die Vorbereitung und Durchführung von Beschlüssen  
5206 der Wohnungseigentümer über bauliche Maßnahmen insbesondere in den Bereichen  
5207 Barrierefreiheit, energetische Sanierung, Förderung von Elektromobilität und Ein-  
5208 bruchsschutz zu erleichtern.

5209  
5210 Wir wollen das Engagement von Genossenschaften, kommunalen und kirchlichen  
5211 Wohnungsunternehmen, nicht gewinnorientierten Initiativen und Stiftungen für den  
5212 Neubau und eine sozialverträgliche Sanierung im Sinne einer Gemeinwohlorientie-  
5213 rung unterstützen. Wir wollen dazu gezielt langfristige Finanzierungen  
5214 und Bürgschaften über 20 Jahre durch die KfW zur Verfügung stellen. Mit Beratung,  
5215 weiteren innovativen Finanzierungsmodellen und einem Austausch guter Beispiele  
5216 wollen wir auch Neugründungen in diesem Feld unterstützen.

5217  
5218 Wir wollen eine Anpassung des Wohngeldes an die jeweiligen allgemeinen und indi-  
5219 viduellen Lebensbedingungen vornehmen. Die Veränderung der maßgeblichen Krite-  
5220 rien wollen wir regelmäßig prüfen.

5221  
5222 Die Einführung einer Klimakomponente beim Wohngeld erfolgt nach Vorlage eines  
5223 mit den Ländern inhaltlich und finanziell abgestimmten Modells.

## 5224 5225 **2. Mieten**

5226 Wir werden durch gesetzliche Mindestanforderungen eine standardisierte Gestaltung  
5227 qualifizierter Mietspiegel sichern. Unser Ziel ist es, eine repräsentative und differen-  
5228 zierte Qualität dieses Instruments zur rechtssicheren und zuverlässigen Abbildung  
5229 der Vergleichsmiete zu gewährleisten. Wir wollen erreichen, dass die tatsächlichen  
5230 Marktverhältnisse auf zuverlässiger Datengrundlage differenziert dargestellt werden.

5231  
5232 Die Ausgestaltung der neuen Vorgaben für qualifizierte Mietspiegel erfolgt so, dass  
5233 die für die Erstellung und Fortschreibung anfallenden Kosten für die Gemeinden  
5234 möglichst gering bleiben.

5235  
5236 Dazu werden wir den Bindungszeitraum für einen qualifizierten Mietspiegel von zwei  
5237 auf drei Jahre verlängern. Dadurch wird zugleich der Mietenanstieg gedämpft.

5238  
5239 Die Verlängerung des Betrachtungszeitraums wird geprüft.

5240  
5241 Der einfache Mietspiegel soll insbesondere in kleineren Städten und Gemeinden als  
5242 Instrument der Orientierung und des Rechtsfriedens stärker zu Anwendung kommen.

5243  
5244 Wir wollen mit einer gesetzlichen Auskunftspflicht des Vermieters bezüglich der Vor-  
5245 miete – wenn sich der Vermieter bei der Begründung des Mietverhältnisses auf diese  
5246 beruft – mehr Transparenz bei der Mietpreisbremse erreichen.

5247  
5248 Die Mietpreisbremse wird frühzeitig bis Ende 2018 auf Geeignetheit und Wirksamkeit  
5249 bewertet. Dabei werden die praktische Bedeutung und die Erkenntnisse aus der  
5250 Rechtsprechung berücksichtigt.

5251  
5252 Wir werden die Anforderungen an eine qualifizierte Rüge des Mieters bezüglich der  
5253 Miethöhe erleichtern. Künftig soll eine einfache Rüge der Miethöhe ausreichen.

5254  
5255 Wir wollen Mieter besser vor bewusstem Missbrauch bei der Ankündigung und der  
5256 Durchführung von Modernisierungsmaßnahmen schützen. Das gezielte Herausmo-  
5257 dernisieren wird künftig den Tatbestand einer Ordnungswidrigkeit erfüllen und für  
5258 Mieter Schadensersatzansprüche begründen.

5259  
5260 In Gebieten geltender Kappungsgrenze für Mieterhöhungen wird die Modernisie-  
5261 rungsumlage auf acht Prozent abgesenkt. Diese Regelung wird auf fünf Jahre befris-  
5262 tet und zum Laufzeitende überprüft.

5263  
5264 Wir wollen verhindern, dass Mieter durch Modernisierungsmaßnahmen unverhält-  
5265 nismäßig belastet werden. Die monatliche Miete darf künftig nach einer Modernisie-  
5266 rung nicht um mehr als drei Euro pro Quadratmeter Wohnfläche innerhalb von sechs  
5267 Jahren erhöht werden (Kappungsgrenze).

5268  
5269 Für kleinere Modernisierungen werden wir ein optionales, vereinfachtes Mieterhö-  
5270 hungsverfahren einführen, bei dem die formellen Anforderungen an die Ankündigung  
5271 abgesenkt werden und ein maximaler Betrag von 10.000 Euro unter Berücksichti-  
5272 gung eines Instandhaltungsanteils von 30 Prozent umgelegt werden kann.

5273  
5274 Wir werden die neuen mietrechtlichen Regelungen innerhalb des Gesetzespaketes  
5275 zur Wohnraumoffensive auf den Weg bringen.

### 5276 5277 **3. Stadtentwicklung und Baukultur**

5278 Wir sorgen dafür, dass zwischen Städten und ländlichen Regionen keine Kluft  
5279 entsteht, dass die Menschen in diesem Land unabhängig von ihrem Wohnort  
5280 gleichwertige Entwicklungschancen haben.

5281  
5282 Unser Ziel ist, die ländlichen Räume weiter zu stärken und Regionen und Städte  
5283 zukunftsfest zu machen. Dazu gehören Investitionen in eine moderne Infrastruktur  
5284 z. B. in den Bereichen Mobilität, Energie und Digitalisierung, in ein qualitativ  
5285 hochwertiges Wohnumfeld und Sicherheit in öffentlichen Räumen.

5286  
5287 Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen an den Prozessen  
5288 der Stadtentwicklung wollen wir stärken und eine bessere Beteiligung von Privaten  
5289 an der Städtebauförderung erreichen.

5290  
5291 Dazu unterstützen wir seit Jahrzehnten die Kommunen mit der Städtebauförderung.  
5292 Mit Blick auf die sich örtlich und inhaltlich stetig verändernden Aufgaben der Stadt-  
5293 entwicklung ist diese Förderung auch zukünftig unverzichtbar. Wir wollen die Städte-



5294 bauförderung daher als ein eigenständiges, eng an lokalen Problemlagen orientiertes  
5295 Förderinstrument neben den Gemeinschaftsaufgaben beibehalten. Wir wollen die  
5296 Städtebauförderung inklusive des Investitionspaktes „Soziale Integration im Quartier“  
5297 mindestens auf dem derzeitigen Niveau fortführen. Wir werden die Programme flexi-  
5298 bilisieren, entbürokratisieren und weiterentwickeln.  
5299  
5300 Wir werden mit den Ländern die der Städtebauförderung zu Grunde liegende Grund-  
5301 vereinbarung neu verhandeln und wollen dabei den Verfügungsrahmen für gewährte  
5302 Mittel der Städtebauförderung verlängern.  
5303  
5304 Zur Vorbereitung einer Weiterentwicklung der Städtebauförderung wollen wir Modell-  
5305 projekte gemeinsam mit einzelnen, unterschiedlich großen Kommunen realisieren,  
5306 die beispielhaft Modernisierungs- und Anpassungsstrategien für den klimagerechten  
5307 Umbau, Infrastruktur für neue Mobilitätsformen, für Nachverdichtung und Nebenei-  
5308 nander von Sport, Wohnen, Freizeit und Gewerbe und den sozialen Zusammenhalt  
5309 entwickeln.  
5310  
5311 Vor allem zur Unterstützung von Wohnungsbau prüfen wir die Sanierung und Her-  
5312 richtung von Industriebrachen als eigenen Förderschwerpunkt. Unabhängig davon  
5313 werden wir zur Förderung der Revitalisierung von Industrie- und Konversionsbrach-  
5314 flächen das Bundesimmissionsschutzgesetz und damit in Verbindung stehende  
5315 Technische Anleitungen auf Anpassungsbedarfe in Bezug auf bestehende Hinder-  
5316 nisse bei der Brachflächenaktivierung überprüfen und bis 2021 bestehende Hemm-  
5317 nisse beseitigen.  
5318  
5319 Das Programm „Nationale Projekte des Städtebaus“ wollen wir fortführen.  
5320  
5321 Wir werden die ressortübergreifende Zusammenarbeit ausbauen. Gemeinsam mit  
5322 Ländern und Kommunen wollen wir ehrenamtliches Engagement und gemeinwohl-  
5323 orientierte Initiativen stärken. Dafür wollen wir bestehende Rechtsgrundlagen sowie  
5324 Finanzierungs- und Beratungsinstrumente überprüfen und wo nötig verbessern.  
5325  
5326 Die Nationale Stadtentwicklungspolitik wollen wir als Förderinstrument für innovative,  
5327 modellhafte Lösungen in der Stadtentwicklung stärken. Wir wollen Projektförderun-  
5328 gen auf dem Feld der nachhaltigen Stadtentwicklung auch im Rahmen der Internati-  
5329 onalen Klimaschutzinitiative (IKI) erheblich ausweiten. Wir wollen das World Urban  
5330 Forum 2022 in Deutschland ausrichten.  
5331  
5332 Wir wollen Städte, Kreise und Gemeinden bei der digitalen Modernisierung und Ent-  
5333 wicklung zu Smart Cities aktiv begleiten. Dazu werden wir die Dialogplattform „Smart  
5334 Cities“ fortsetzen und zukunftsfähige Modellprojekte in Deutschland fördern.  
5335  
5336 Die Bundesstiftung Baukultur wollen wir als wichtige Institution zur Förderung der  
5337 Baukultur ausbauen. Mit der Wiedererrichtung der Schinkel’schen Bauakademie  
5338 werden wir ein nationales und internationales Schaufenster für Architektur, Baukunst,  
5339 Handwerk und Stadtentwicklung schaffen. Das zum Erhalt der „Weißen Stadt“ Tel  
5340 Aviv als deutsch-israelische Kooperation in Tel Aviv eingerichtete Architektur- und  
5341 Denkmalschutzzentrum unterstützen wir weiter finanziell und organisatorisch.  
5342  
5343 Die Arbeit der unabhängigen Historikerkommission zur Erforschung der NS-  
5344 Vergangenheit der für Stadtentwicklung, Wohnungswesen und Bauen zuständigen

5345 Institutionen werden wir unterstützen und wollen die für das Projekt notwendigen Mit-  
5346 tel bereitstellen.

5347

#### 5348 **4. Innovation und Wirtschaftlichkeit beim Bauen**

5349 Der Bausektor ist einer der größten Arbeitgeber in Deutschland und auch im interna-  
5350 tionalen Vergleich leistungs- und innovationsstark. Wir wollen die internationale  
5351 Wettbewerbsfähigkeit des Baubereiches stärken, die Qualifizierung und Ausbildung  
5352 von Fachkräften verbessern, der Bauwirtschaft Planungssicherheit für Kapazitäts-  
5353 und Beschäftigungsaufbau geben, sie unterstützen bei der Suche nach innovativen  
5354 Lösungen und die Bauverwaltungen leistungsfähiger machen. Das Potenzial für  
5355 wettbewerbsfähige und wirtschaftliche Lösungen insbesondere beim klimagerechten,  
5356 ressourcenschonenden und bezahlbaren Bauen wollen wir erschließen.

5357

5358 Wir wollen für die Erreichung der Klimaziele und zur Beschleunigung der Energie-  
5359 wende im Wärmesektor die Energieeffizienz und den Einsatz erneuerbarer Energien  
5360 im Gebäudebereich weiter voranbringen. Dabei gelten für uns weiterhin die Grund-  
5361 sätze der Wirtschaftlichkeit, der Technologieoffenheit, der Vereinfachung sowie der  
5362 Freiwilligkeit. Die anzustrebenden CO<sub>2</sub>-Einsparungen können auch auf Quartiers-  
5363 ebene bilanziert werden.

5364

5365 Wir werden das Ordnungsrecht entbürokratisieren und vereinfachen und die Vor-  
5366 schriften der EnEV, des EnergieeinsparG und des EEWärmeG in einem modernen  
5367 Gebäudeenergiegesetz zusammenführen und damit die Anforderungen des EU-  
5368 Rechts zum 1. Januar 2019 für öffentliche Gebäude und zum 1. Januar 2021 für alle  
5369 Gebäude umsetzen. Dabei gelten die aktuellen energetischen Anforderungen für Be-  
5370 stand und Neubau fort. Wir wollen dadurch insbesondere den weiteren Kostenauf-  
5371 trieb für die Mietpreise vermeiden. Zusätzlich werden wir den Quartiersansatz einfüh-  
5372 ren. Mögliche Vorteile einer Umstellung künftiger gesetzlicher Anforderungen auf die  
5373 CO<sub>2</sub>-Emissionen werden wir prüfen. Die mögliche Umstellung soll spätestens bis  
5374 zum 1. Januar 2023 eingeführt werden.

5375

5376 Die Förderung der energetischen Gebäudesanierung wollen wir fortführen und die  
5377 bestehenden Programme überarbeiten und besser aufeinander abstimmen. Dabei  
5378 wollen wir erreichen, dass jeder eingesetzte öffentliche Euro dazu beiträgt, möglichst  
5379 viel CO<sub>2</sub> einzusparen.

5380

5381 Wir wollen das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm fortsetzen. Der Austausch von  
5382 alten, ineffizienten Heizungsanlagen gegen moderne, hocheffiziente Heizungen  
5383 (auch Brennwertkessel) wird weiterhin zur Erreichung unserer Klimaziele gefördert.

5384

5385 Wir wollen die energetische Gebäudesanierung steuerlich fördern. Dabei werden wir  
5386 für die Antragsteller ein Wahlrecht zwischen einer Zuschussförderung und einer Re-  
5387 duzierung des zu versteuernden Einkommens vorsehen.

5388

5389 Die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand im Gebäudebereich nehmen wir ernst. Wir  
5390 wollen einen Gebäudeeffizienzerlass sowie einen energetischen Sanierungsfahrplan  
5391 Bundesliegenschaften beschließen und im Rahmen der Finanzplanung konsequent  
5392 umsetzen. Dabei sind die Klimaschutzziele unter Beachtung des Wirtschaftlichkeits-  
5393 gebots und der Kosteneffizienz zu erreichen.

5394

5395 Die Energieberatung wollen wir ausbauen und adressatengerechter gestalten.

5396  
5397 Die Innovationen bei der Gebäudetechnik werden immer schneller. Die Technologie  
5398 von morgen muss auch künftig ihre Chance im Wettbewerb haben. Deshalb wollen  
5399 wir bei der Erarbeitung der Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele im Gebäu-  
5400 debereich technologische Innovationen besonders fördern.

5401  
5402 Die öffentlichen Bauleistungen sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Sie fördern insbe-  
5403 sondere den Mittelstand. Die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen  
5404 (VOB) als faire, wettbewerbsneutrale und von allen Bauverbänden getragene Verfah-  
5405 rensregelung garantiert gute Bauleistungen. Sie ist zu sichern und anwenderorien-  
5406 tiert weiterzuentwickeln.

5407  
5408 Die Arbeit der im Rahmen des „Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen“  
5409 eingesetzten Baukostensenkungskommission wird fortgesetzt. An den zur Umset-  
5410 zung ihrer Empfehlungen eingeleiteten Maßnahmen für die Begrenzung der Baukos-  
5411 ten wird weitergearbeitet. Wir werden Maßnahmen vermeiden, die die Schaffung von  
5412 Wohnraum verteuern. Normen müssen auf ihren Nutzen überprüft und auf ihren er-  
5413 forderlichen Umfang reduziert werden. Durch Abschaffung überflüssiger Vorschriften  
5414 auf allen Ebenen wollen wir Kostensenkungspotenziale erschließen. Wir setzen uns  
5415 dafür ein, dass für jede neue Normung im Bereich des Bauens eine Folgeabschät-  
5416 zung für die Kosten des Bauens und Wohnens vorgenommen wird, die zur Entschei-  
5417 dungsgrundlage über die Einführung einer Normung gemacht und öffentlich zugäng-  
5418 lich (Internetportal) dokumentiert wird. Wir streben eine stärkere Harmonisierung des  
5419 Bauordnungsrechts im Einklang mit den Ländern an, insbesondere beim Brand-  
5420 schutz. Das serielle und modulare Bauen soll im Rahmen des Forschungspro-  
5421 gramms „Zukunft Bau“ weiterentwickelt und in Modellprojekten erprobt werden. Wir  
5422 wollen die Länder dabei unterstützen, referenzielle Baugenehmigungen einzuführen.

5423  
5424 Wir wollen eine gemeinsame Initiative mit der Bauwirtschaft und weiteren betroffenen  
5425 Partnern anschieben, um ein Maßnahmenbündel gegen Arbeitskräftemangel zu ent-  
5426 wickeln.

5427  
5428 Das Reformprogramm für den Bundesbau ist zügig umzusetzen. Innerhalb der Bun-  
5429 desregierung ist das Bauministerium zuständig für den Bundesbau und die für den  
5430 Bund tätigen Bauverwaltungen. Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung  
5431 (BBR) soll gestärkt und mit dem für die Qualitätssicherung des Bundesbaus notwen-  
5432 digen Personal ausgestattet werden.

5433  
5434 Der zunehmenden Gefährdung von In- und Auslandsliegenschaften des Bundes wol-  
5435 len wir mit einem verbesserten baulichen Schutz insbesondere bei deutschen Vertre-  
5436 tungen in Ländern mit hohem Gefährdungspotential begegnen.

5437  
5438 Wir wollen die Digitalisierung des Planens und Bauens in der gesamten Wertschöp-  
5439 fungskette Bau vorantreiben und dabei die Interessen des Mittelstands und kleinerer  
5440 Planungsbüros berücksichtigen. Dazu gehört die Weiterentwicklung des Building In-  
5441 formation Modelling (BIM) für alle Planungs- und Baudisziplinen. Bei Baumaßnah-  
5442 men des Bundes wollen wir BIM verstärkt zum Einsatz bringen.

5443  
5444 Die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) ist ein unverzichtbares  
5445 Instrument zur Sicherung von Bauqualität und Baukultur und Voraussetzung eines  
5446 fairen Leistungswettbewerbs. Wir werden uns für den Erhalt in Deutschland auf eu-

5447 ropäischer Ebene einsetzen. Wir wollen die hohe Qualität der Ausbildung von Archi-  
5448 tekten und Ingenieuren auch künftig sicherstellen.

5449  
5450 Die Forschungsinitiative Zukunft Bau wollen wir fortsetzen und mit Blick auf die The-  
5451 men Klimaschutz und CO<sub>2</sub>-neutrale Gebäudekonzepte, studentisches Wohnen, be-  
5452 zahlbares Bauen, Digitalisierung und Holzbau entsprechend weiterentwickeln. Beim  
5453 Bauen mit Holz sehen wir weiteres Entwicklungspotenzial und wollen prüfen, mit wel-  
5454 chen Maßnahmen bestehende Hürden und Hemmnisse abgebaut werden können.

## 5455 5456 **5. Heimat mit Zukunft**

5457 Kommunen sind die Heimat der Menschen und das Fundament des Staates. Der  
5458 Bund setzt sich intensiv für eine Verbesserung der kommunalen Finanzlage und eine  
5459 Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung ein. In der letzten Legislaturperiode ha-  
5460 ben wir die Kommunen in besonderer Weise unterstützt. Unser Ziel sind gleichwerti-  
5461 ge Lebensverhältnisse in handlungs- und leistungsfähigen Kommunen in städtischen  
5462 und ländlichen Räumen, in Ost und West.

### 5463 5464 **Gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen**

5465 Ein neues gesamtdeutsches Fördersystem für strukturschwache Regionen, Städte,  
5466 Gemeinden und Kreise richtet sich gegen wachsende Ungleichheit zwischen Städten  
5467 und Regionen und dient dem Ziel der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse  
5468 in Deutschland.

5469  
5470 Wir werden die Strukturschwächen in ländlichen Räumen, in Regionen, Städten und  
5471 Kommunen in allen Bundesländern wirkungsvoll bekämpfen und die Kommunen  
5472 beim demografischen Wandel unterstützen, um gleichwertige Lebensverhältnisse zu  
5473 schaffen. Wir wollen, dass die Menschen in allen Regionen einen guten Zugang zu  
5474 Leistungen der Daseinsvorsorge einschließlich der Bildung haben. Sie sollen am  
5475 Aufbau neuer, moderner Infrastrukturen teilhaben. Wir wollen, dass der Strukturwan-  
5476 del in den Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit gelingt und die wirtschaftlichen Unter-  
5477 schiede weiter abgebaut werden. Wir richten deshalb unsere Maßnahmen zweck-  
5478 und bedarfsgerecht auf ländliche und städtische Räume aus und berücksichtigen  
5479 dabei die gegenseitigen Wechselbeziehungen. Im Mittelpunkt stehen Maßnahmen  
5480 der Daseinsvorsorge sowie eine flächendeckende Gesundheits- und Pflegeversor-  
5481 gung, Infrastruktur, Mobilitätsangebote und -konzepte, Bildung und Kultur, Hochschu-  
5482 le und Forschung, Breitband- und Mobilfunkausbau, Digitalisierung, Unternehmens-  
5483 und Behördenansiedlungen, die Stärkung der regionalen Wirtschafts- und Innovati-  
5484 onskraft und Fachkräftesicherung. Dem dienen auch eine Dezentralisierungsstrategie  
5485 sowie eine Flexibilisierung im Bau-, Planungs- und Raumordnungsrecht.

5486  
5487 Wir werden angespannte Situationen in Städten entlasten und den Auswirkungen  
5488 des demografischen Wandels in ländlichen Regionen und strukturschwachen Städ-  
5489 ten entgegenwirken. Hierzu gehört auch die Bekämpfung der Ursachen und Folgen  
5490 europäischer Armutszuwanderung.

5491  
5492 Die Bundesregierung wird zusammen mit den Ländern und den kommunalen Spit-  
5493 zenverbänden eine Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ einsetzen, die  
5494 bis Mitte 2019 konkrete Vorschläge erarbeitet. Hierbei geht es um alle Aspekte der  
5495 Daseinsvorsorge genauso wie gezielte Strukturverstärkungen in Ländern und Kom-  
5496 munen. Maßnahmen im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe für Kommunen zum Beispiel

5497 mit Altschulden und hohen Kassenkrediten ebenso wie die Altschuldenproblematik  
5498 kommunaler Wohnungsbauunternehmen werden in die Prüfung einbezogen.

5499

### 5500 **Stabile Finanzen für unsere Kommunen**

5501 Die grundgesetzlich garantierte Selbstverwaltung sichert den Kommunen die Hand-  
5502 lungsfreiheit. Staatliche Leistungen müssen deshalb auch auf der kommunalen Ebe-  
5503 ne auskömmlich finanziert sein. Es gilt der Grundsatz: Wer eine Leistung veranlasst,  
5504 muss für ihre Finanzierung aufkommen („Wer bestellt, bezahlt“). Das ist Grundsatz  
5505 allen politischen Handelns der Koalitionspartner.

5506

5507 Wir werden alle bisher kommunal entlastend wirksamen Finanzprogramme fortfüh-  
5508 ren, sicherstellen und zweck- und bedarfsgerecht anpassen. Dazu gehören u. a. die  
5509 Städtebauförderung sowie die bisherigen Programme im Zusammenhang mit Flucht,  
5510 Zuwanderung und Integration.

5511

5512 Die kommunalen Steuerquellen werden wir sichern. Die Grundsteuer ist eine unver-  
5513 zichtbare Einnahmequelle der Kommunen. Diese wird unter Beachtung der Vorga-  
5514 ben des Bundesverfassungsgerichts, der Sicherung des derzeitigen Aufkommens  
5515 sowie unter Beibehaltung des kommunalen Hebesatzrechtes neu geregelt.

5516 Durch Schaffung einer Grundsteuer C schaffen wir für die Gemeinden die Möglich-  
5517 keit, die Verfügbarmachung von bebaubaren Grundstücken für Wohnbauzwecke zu  
5518 verbessern.

### 5519 **Förderprogramme mit neuen Akzenten fortsetzen**

5520 Wir werden die Städtebauförderung fortsetzen und mit Blick auf die Förderung von  
5521 strukturschwachen Regionen, einer Stärkung von interkommunalen Kooperationen  
5522 und Stadt-/Umlandpartnerschaften weiterentwickeln. Ein Schwerpunkt liegt dabei –  
5523 unter Berücksichtigung der ländlichen Regionen – auf der Belegung von Orts- und  
5524 Stadtkernen.

5525

5526 Erfolgreiche Modellvorhaben zur ländlichen Entwicklung werden wir zügig in die Re-  
5527 gelförderung überführen und diese auch für die Unterstützung der Akteure vor Ort  
5528 öffnen. Die Übernahme dieses Verfahrens für städtische Räume werden wir prüfen.

5529

5530 Die im Programm Soziale Stadt begonnene ressortübergreifende Zusammenarbeit  
5531 werden wir mit einer besseren Abstimmung von Förderprogrammen und -  
5532 instrumenten fortsetzen.

5533

### 5534 **Kommunale Daseinsvorsorge sichern**

5535 Wir sind uns der Bedeutung des steuerlichen Querverbundes für die Finanzierung  
5536 kommunaler Daseinsvorsorge bewusst. Wir werden uns deshalb weiterhin, gegebe-  
5537 nenfalls auch durch Anpassung der relevanten Gesetze, für dessen dauerhaften Er-  
5538 halt einsetzen.

5539

5540 Der Bund setzt sich weiterhin für die Absicherung und Stärkung der kommunalen  
5541 Daseinsvorsorge sowie für Chancengleichheit gegenüber privaten Unternehmen in  
5542 den Märkten zur Infrastrukturbereitstellung im Europäischen Binnenmarkt und bei  
5543 Freihandelsabkommen ein.

5544

### 5545 **Stärkung der Zivilgesellschaft und des Ehrenamts**

5546 Ein starkes Ehrenamt und ausgeprägtes bürgerschaftliches Engagement sind Mar-  
5547 kenzeichen unseres Landes. Millionen von Menschen sind freiwillig für das Gemein-  
5548 wohl aktiv – vom individuellen Engagement bis zum Ehrenamt, z. B. in Sportverei-  
5549 nen, Kirchen, Stiftungen, Vereinen, Migrantenorganisationen und der Wohlfahrtspfle-  
5550 ge. In ländlichen Regionen ist das Ehrenamt eine tragende Säule eines lebendigen  
5551 und funktionierenden Gemeinwesens. Dieses ehrenamtliche und bürgerschaftliche  
5552 Engagement für alle Generationen verdient Anerkennung und Wertschätzung. Wir  
5553 werden es herausgehoben in der Bundesregierung verankern und durch konkrete  
5554 Maßnahmen unterstützen und stärken.

5555  
5556 Um diese Kultur des zivilgesellschaftlichen Engagements und des Ehrenamts zu för-  
5557 dern und zu stärken, wollen wir:

- 5558 • bestehende Regelungen entbürokratisieren, die digitalen Kompetenzen stärken  
5559 und konkrete Hilfestellungen für eine entsprechende Organisationsentwicklung der  
5560 Verbände, Vereine und Stiftungen leisten. Eine Ehrenamtsstiftung oder eine Ser-  
5561 vice-Agentur kann dabei helfen.
- 5562 • den rechtlichen Rahmen für ehrenamtliche Betätigung und soziales Unternehme-  
5563 rum weiter verbessern sowie
- 5564 • das Gemeinnützigkeitsrecht verbessern. Insbesondere streben wir im Hinblick auf  
5565 die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zur Eintragungsfähigkeit von Verei-  
5566 nen mit wirtschaftlichem Geschäftsbetrieb im Interesse von bürgerschaftlichen Ini-  
5567 tiativen Verbesserungen im Vereinsrecht an. Zudem werden wir das Stiftungsrecht  
5568 auf Grundlage der Vorschläge der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Stiftungsrecht“  
5569 ändern (mod. Beitrag UAG Stärkung der Zivilgesellschaft).
- 5570 • Bundesfreiwilligendienst und Jugendfreiwilligendienste in ihrer Bandbreite aus-  
5571 bauen und stärken, ehrenamtliche und gemeinnützige Organisationen mit innova-  
5572 tiven und sozialen Ideen und nachweislichem gesellschaftlichen, ökologischem  
5573 oder wirtschaftlichem Nutzen in ihrer Start- und Wachstumsphase unterstützen.  
5574 Den Zugang für Menschen mit Behinderungen und für Benachteiligte wollen wir in  
5575 den Jugendfreiwilligendiensten und dem Bundesfreiwilligendienst ausweiten.
- 5576 • initiieren, dass in Kooperation mit den Bundesländern, Wohlfahrtsverbänden und  
5577 Kommunen insbesondere Grundschulkindern in Ganztagsbetreuung gezielt an eh-  
5578 renamtliche Tätigkeit herangeführt werden.
- 5579 • zur besseren Förderung von bürgerschaftlichem und ehrenamtlichem Engagement  
5580 Ehrenamtliche steuerlich entlasten sowie Hauptamtliche zu ihrer Entlastung ver-  
5581 mehrt einsetzen.

5582  
5583 Gesellschaft und Demokratie leben von Gemeinschaft. Familiäre Bindung und ein  
5584 stabiles Netz mit vielfältigen sozialen Kontakten fördern das individuelle Wohlerge-  
5585 hen und verhindern Einsamkeit. Angesichts einer zunehmend individualisierten, mo-  
5586 bilen und digitalen Gesellschaft werden wir Strategien und Konzepte entwickeln, die  
5587 Einsamkeit in allen Altersgruppen vorbeugen und Vereinsamung bekämpfen.

5588  
5589 Die Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften stiften Identität und  
5590 vermitteln Werte. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zum Zusammenhalt unserer  
5591 Gesellschaft in Deutschland und Europa. Darüber hinaus sind sie wichtige Stützen im  
5592 Bildungs- und Sozialwesen mit Kindertageseinrichtungen und Schulen, mit Kranken-  
5593 häusern und Pflegeeinrichtungen.

5594

5595 Wir wollen den Dialog und die Zusammenarbeit des Staates mit den Kirchen, Religi-  
5596 ons- und Weltanschauungsgemeinschaften verstärken. Dies gilt insbesondere auch  
5597 mit Blick auf die Integration der Muslime in Deutschland.  
5598

5599 Wir wollen eine teilhabeorientierte Gesellschaftspolitik für alle Menschen – ob mit  
5600 oder ohne Migrationshintergrund. Deshalb werden wir die Jugendmigrationsdienste  
5601 sowie Zugangsmöglichkeiten und Beteiligungschancen bei zivilgesellschaftlichem  
5602 Engagement auch für Migrantenorganisationen stärken.  
5603

### 5604 **Stärkung der Demokratie und Extremismusprävention**

5605 Die Stärkung der freiheitlichen Demokratie muss allen am Herzen liegen. Deshalb  
5606 wollen wir Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie und der Zivilgesellschaft um-  
5607 setzen, um das zivilgesellschaftliche Engagement gegen jede Form von Extremismus  
5608 weiter zu stärken. Dazu gehören:  
5609

- 5610 • Nachhaltige Absicherung von qualitativ guten Programmen zur Demokratieförde-  
5611 rung und Extremismusprävention.
- 5612 • Ausbau unserer erfolgreichen Programme gegen Rechtsextremismus, gegen  
5613 Linksextremismus, gegen Antisemitismus, gegen Islamismus und Salafismus.
- 5614 • Stärkung politischer und kultureller Bildung. Darüber hinaus unterstützen wir das  
5615 „Forum Recht“ als dauerhafte Einrichtung des Bundes mit Hauptsitz in Karlsruhe.  
5616 Ziel ist, den Bürgerinnen und Bürgern den Rechtsstaat im Sinne einer gewachsen-  
5617 en Rechtskultur als unverzichtbaren Teil unseres Zusammenlebens näherzubrin-  
5618 gen.
- 5619 • Im Jahr 2019 werden wir 100 Jahre Demokratie in Deutschland und 100 Jahre  
5620 Frauenwahlrecht feiern sowie an 70 Jahre Grundgesetz und 30 Jahre friedliche  
5621 Revolution erinnern.
- 5622 • Unsere Geschichte mahnt uns, antidemokratischem, rassistischem und nationalis-  
5623 tischem Gedankengut entschieden zu begegnen. Die Empfehlungen der NSU-  
5624 Untersuchungsausschüsse bleiben für die präventive Arbeit gegen Rechtsextre-  
5625 mismus handlungsleitend. Das Nationale Präventionsprogramm gegen islamisti-  
5626 schen Extremismus wollen wir über das Jahr 2018 hinaus fortführen.
- 5627 • Ausbau der Koordinierung der Maßnahmen zur Extremismusprävention von Bund  
5628 und Ländern und Weiterentwicklung auf Grundlage von externen Forschungs- und  
5629 Evaluierungsergebnissen.
- 5630 • Wir verurteilen Rassismus und Diskriminierung in jeder Form. Die Arbeit der Anti-  
5631 diskriminierungsstelle wird fortgesetzt. Entsprechende Aktionspläne werden wir  
5632 fortführen und weiterentwickeln.
- 5633 • Wir werden eine/n Beauftragte/n der Bundesregierung für jüdisches Leben in  
5634 Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus einsetzen. Ferner wollen wir  
5635 eine Expertenkommission zum Thema Antiziganismus einsetzen.
- 5636 • Wir wollen die Erinnerungskultur und die Rehabilitierung der Opfer des SED-  
5637 Unrechtregimes weiterentwickeln und die Fristen für die Beantragung nach den  
5638 Rehabilitierungsgesetzen im Einvernehmen mit den Bundesländern aufheben. Wir  
5639 werden prüfen, inwieweit die bestehenden rechtlichen Grundlagen für die DDR-  
5640 Heimkinder verbessert werden können.
- 5641 • Mit einer Kampagne für den Rechtsstaat wollen wir dessen Bedeutung für jede  
5642 Einzelne und jeden Einzelnen stärker in das Bewusstsein rücken.
- 5643 • Die „Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit e. V.“ leistet  
5644 einen unverzichtbaren Beitrag für die Rechtsstaatsförderung im Ausland. Ihre Ar-  
5645 beit wollen wir weiter fördern.

- 5646 • Eine Kampagne initiieren, die private und öffentliche Arbeitgeber ermuntert, Mitar-  
5647 beiterinnen und Mitarbeiter für die Wahrnehmung des Ehrenamtes zu unterstüt-  
5648 zen, und dabei bei den Bundesbediensteten mit gutem Beispiel voranzugehen.  
5649 • Für eine bessere Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit sowie Ehrenamt  
5650 speziell im Katastrophenschutz Hürden abbauen.

5651  
5652 Der Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte, Rettungskräfte und anderen Re-  
5653 präsentantinnen und Repräsentanten des Staates sowie gegen ehrenamtliche Enga-  
5654 gierte muss auf allen Ebenen konsequent entgegengewirkt werden.

## 5655 **6. Lärmschutz und Bürgerbeteiligung**

5656 Lärm ist in unserem dichtbevölkerten Land ein großes Problem. Den durch Mobilität  
5657 verursachten Lärm wollen wir deutlich reduzieren. Wir werden die Bürger frühzeitiger  
5658 bei Verkehrsprojekten beteiligen und eine Gesamtlärbetrachtung einführen. Wir  
5659 werden ein verkehrsträgerübergreifendes Lärmkonzept erstellen.

5660  
5661 Wir wollen die ausreichende Finanzausstattung des Lärmsanierungsprogramms an  
5662 Bundesfernstraßen in der Baulast des Bundes sicherstellen.

5663  
5664 Wir wollen bei deutlicher Verkehrszunahme auch an Bestandsstrecken der Schiene  
5665 und an Fernstraßen in Baulastträgerschaft des Bundes flexibel erhöhte Lärmschutz-  
5666 maßnahmen ergreifen.

5667  
5668 Der Schienenlärm soll bis 2020 halbiert werden. Wir setzen uns für das Verbot lauter  
5669 Güterwagen auch auf EU-Ebene ein. Das lärmabhängige Trassenpreissystem wer-  
5670 den wir weiterentwickeln. Wir wollen die Forschung, Entwicklung und Markteinfüh-  
5671 rung von innovativen Lärmvermeidungstechniken sowie von lärmarmen Güterwagen  
5672 fördern. In Ergänzung zur Umrüstung von Waggons soll ein Innovationsbonus für die  
5673 Neuanschaffung und den Umbau von Triebwagen und Lokomotiven gewährt werden.

5674  
5675 Bei der Gestaltung von Lärmschutzmaßnahmen im Schienenverkehr sollen insbe-  
5676 sondere die jeweiligen Anforderungen an Sanierungsabschnitte mit besonderer Be-  
5677 deutung für die Tourismus- oder Gesundheitswirtschaft berücksichtigt werden. Wir  
5678 prüfen zudem, ob das freiwillige Lärmsanierungsprogramm und die Lärmaktionspla-  
5679 nung nach der EU-Umgebungslärmrichtlinie stärker miteinander verschränkt werden  
5680 können. Wir wollen die Förderung für freiwilligen Lärmschutz an der Schiene erhö-  
5681 hen. An Bahnstrecken werden weitere Messstationen für ein umfassendes Lärmmo-  
5682 nitoring eingerichtet.

5683  
5684 Wir wollen beim Ausbau des Schienennetzes die Bürger frühzeitig beteiligen und ein  
5685 strukturiertes Verfahren entwickeln, mit dem das Ergebnis der Bürgerbeteiligung au-  
5686 tomatisch dem Deutschen Bundestag vorgelegt wird und der Gesetzgeber die Mög-  
5687 lichkeit erhält, im Einzelfall für das weitere Planungsverfahren über begründete alter-  
5688 native Trassierungen und über das gesetzliche Maß hinausgehende Lärmschutz-  
5689 maßnahmen entscheiden zu können.

5690  
5691 Die Verschärfung der Lärmzulassungsgrenzwerte für neue Flugzeuge auf internatio-  
5692 naler Ebene (ICAO) befürworten wir.

5693  
5694 Wir wollen zusätzliche Mittel für die Forschung und Entwicklung neuer lärmarmer  
5695 Technologien wie für emissionsarme Flugzeugtriebwerke bereitstellen. Für die Fest-  
5696



5697 legung der Flugrouten setzen wir auf eine verbesserte Transparenz in den Verfahren.  
5698 Dabei ist entscheidend, frühzeitig die betroffenen Menschen zu informieren und in  
5699 einen Dialogprozess mit allen Beteiligten einzubinden. Die Fluglärmmmissionen  
5700 werden wir in ihrer Arbeit unterstützen. Die bestehenden Nachtflugverbote bleiben  
5701 erhalten.

5702  
5703 Wir wollen im Luftverkehr die zügige Umsetzung lärmarmen Flugverfahren vorantrei-  
5704 ben und Anreize für den Einsatz leiserer Flugzeuge setzen. Bei allen Planungen an  
5705 Flughafenstandorten müssen die Bürger frühzeitig einbezogen werden. Dabei ist auf  
5706 die Nachtruhe für die Bevölkerung rund um den Flughafen in den Verfahren nach  
5707 dem Luftverkehrsgesetz weiterhin in besonderem Maße Rücksicht zu nehmen.

5708  
5709 Die Lärmgrenzwerte für den Schutz der Menschen rund um die Flughäfen werden wir  
5710 nach den gesetzlichen Vorgaben des Fluglärmschutzgesetzes unter Berücksichti-  
5711 gung des Standes der Lärmwirkungsforschung und der Luftfahrttechnik überprüfen  
5712 und weiterentwickeln.

5713  
5714 **7. Personenbeförderungsrecht, ÖPNV und Mobilität im ländlichen Raum**  
5715 Wir wollen die individuelle Mobilität der Menschen stärken, neue Angebotsformen zur  
5716 Verbesserung des Mobilitätsangebots im ländlichen Raum unterstützen und diese mit  
5717 Pilotprojekten erproben.

5718  
5719 Wir werden das Personenbeförderungsrecht modernisieren und die Rahmenbedin-  
5720 gungen für den öffentlichen Verkehr und neue Bedienformen im Bereich geteilter  
5721 Nutzungen (Ride Pooling) an die sich ändernden Mobilitätsbedürfnisse der Men-  
5722 schen und neue technischen Entwicklungen anpassen. Neue plattformbasierte digita-  
5723 le Mobilitätsangebote brauchen eine rechtssichere Grundlage für ihre Zulassung.  
5724 Dabei achten wir darauf, dass ein fairer Ausgleich (level playing field) zwischen den  
5725 unterschiedlichen Beförderungsformen gewahrt bleibt. Kommunen müssen entspre-  
5726 chende Steuerungsmöglichkeiten erhalten. Gute soziale Rahmenbedingungen zum  
5727 Schutz der Beschäftigten sind für uns dabei zentrale Voraussetzung. Sowohl der Ta-  
5728 xi- wie auch der Mietwagenbetrieb soll von regulatorischen Entlastungen profitieren.

5729  
5730 Für einen attraktiven und in die Zukunft gerichteten ÖPNV wollen wir digitale Informa-  
5731 tions- und Vertriebssysteme fördern. Neue Mobilitätsangebote sowie moderne Be-  
5732 dienformen und der ÖPNV müssen sich bestmöglich ergänzen.

5733  
5734 Wir wollen den erfolgreichen Förderfonds mFUND für die frühe Entwicklung digitaler  
5735 Innovationen im Bereich Mobilität fortschreiben und weiterentwickeln. Die mCLOUD  
5736 zur offenen Bereitstellung öffentlicher Mobilitäts-, Geo- und Wetterdaten wollen wir  
5737 ausbauen und bieten damit Startups und Mobilitätsanbietern eine zentrale Plattform.

5738  
5739 An den Festlegungen im Personenbeförderungsgesetz für den Vorrang von eigen-  
5740 wirtschaftlichen Verkehren im Personennahverkehr halten wir fest.

5741  
5742 Im Personenbeförderungsgesetz werden wir klarstellen, dass über die  
5743 Nahverkehrspläne soziale Standards zum Schutz der Beschäftigten sowie qualitative  
5744 und ökologische Standards auch für eigenwirtschaftliche Verkehre gelten.

5745  
5746 Wir wollen die Mittel für den Radverkehr als Testlauf aufstocken. Wir wollen damit in  
5747 den Radwegebau investieren und die gesetzliche Grundlage schaffen, damit die

5748 Radwege unabhängig vom Verlauf der Bundesstraßen geführt werden können. Zu-  
5749 dem wollen wir das Programm für den Bau von Radschnellwegen praxisnaher aus-  
5750 gestalten und weitere innovative Projekte fördern, die den Radverkehr in Deutsch-  
5751 land verbessern.

5752  
5753 Wir werden die Straßenverkehrsordnung mit dem Ziel der Radverkehrsförderung  
5754 überprüfen und gegebenenfalls fahrradgerecht fortschreiben einschließlich einer In-  
5755novationsklausel für örtlich und zeitlich begrenzte Pilotprojekte. Wir wollen den Nati-  
5756onalen Radverkehrsplan 2020 fortschreiben.

5757  
5758 Unser Ziel ist eine selbstbestimmte sichere Mobilität von Seniorinnen und Senioren.  
5759 Dies wollen wir mit der Förderung freiwilliger Angebote noch stärker unterstützen.

5760  
5761

5762 **X. Ein handlungsfähiger und starker Staat für eine freie Gesellschaft**

5763

5764 **1. Pakt für den Rechtsstaat**

5765 Wir werden den Rechtsstaat handlungsfähig erhalten. Dies stärkt auch das Vertrauen  
5766 in die rechtsstaatliche Demokratie. Wir werden einen Pakt für den Rechtsstaat auf  
5767 Ebene der Regierungschefinnen und -chefs von Bund und Ländern schließen.

5768

5769 **Justiz**

5770 Bestandteil dieses Paktes sind 2000 neue Richterstellen bei den Gerichten der Län-  
5771 der und des Bundes sowie entsprechendes Folgepersonal. Die Länder haben mit der  
5772 Ausweitung des Justizpersonals bereits begonnen. Die Personalausstattung des Ge-  
5773 neralbundesanwalts wird verbessert. Wir werden die Digitalisierung der Justiz in allen  
5774 Bereichen konsequent und einheitlich vorantreiben. Wir stärken die digitale und in-  
5775 terkulturelle Kompetenz.

5776

5777 Wir wollen das historische Bewusstsein für das nationalsozialistische Unrecht schär-  
5778 fen, um aus den dunklen Kapiteln unserer Vergangenheit lernen zu können. Wir sind  
5779 uns einig, dass die Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Justizun-  
5780 recht auch Teil der Juristenausbildung ist.

5781

5782 **Sicherheitsbehörden**

5783 Bund und Länder haben die personelle Ausstattung der Sicherheitsbehörden bereits  
5784 vorangebracht. Am Ende dieser Ausbauphase werden insgesamt 15 000 Stellen ge-  
5785 schaffen worden sein. Der Bund wird 7500 zusätzliche Stellen schaffen. Wir wollen  
5786 das Bundeskriminalamt als zentrales Datenhaus im polizeilichen Informationsver-  
5787 bund etablieren und einen gemeinsamen Investitionsfonds für die IT der deutschen  
5788 Polizei schaffen. Im Bereich der Strafverfolgung werden wir den Datenaustausch  
5789 zwischen Polizei und Justiz verbessern.

5790

5791 **Verfahrensrecht**

5792 Wir stärken das Vertrauen in den Rechtsstaat, indem wir die Strafprozessordnung  
5793 (StPO) modernisieren und Strafverfahren beschleunigen mit folgenden Maßnahmen:  
5794 Wir modernisieren das Selbstleseverfahren. Wir ermöglichen in besonders umfang-  
5795 reichen Strafverfahren die gebündelte Vertretung der Interessen von Nebenklägern  
5796 durch das Gericht. Wir prüfen die systematische Kodifizierung der Regeln zur Zuläs-  
5797 sigkeit von Beweiserhebung und -verwertung. Wir prüfen gesetzgeberischen Hand-  
5798 lingsbedarf einer Rechtsgrundlage für die Tatprovokation. Wir unterstützen Einrich-  
5799 tungen, in denen Opfer von Gewalttaten ihre Verletzungen anonym dokumentieren  
5800 lassen können. Wir vereinfachen weiter die Ablehnungsmöglichkeiten von miss-  
5801 bräuchlichen Befangenheits- und Beweisanträgen. Besetzungsrügen sollen künftig in  
5802 einem Vorab-Entscheidungsverfahren entschieden werden. Die DNA-Analyse wird im  
5803 Strafverfahren auf äußerliche Merkmale (Haar, Augen, Hautfarbe) sowie Alter aus-  
5804 geweitet (§ 81e StPO). Wir führen gesetzliche bundeseinheitliche Qualitätsstandards  
5805 für Gerichtsdolmetscherinnen und -dolmetscher ein.

5806

5807 **Musterfeststellungsklage**

5808 Durch die Einführung einer Musterfeststellungsklage werden wir die Rechtsdurchset-  
5809 zung für die Verbraucherinnen und Verbraucher verbessern.

5810

5811 Wir wollen die Klagebefugnis auf festgelegte qualifizierte Einrichtungen beschränken,  
5812 um eine ausufernde Klageindustrie zu vermeiden. Bewährte wirtschaftliche Struktu-  
5813 ren sollen nicht zerschlagen werden.

5814  
5815 Wir werden drohende Verjährungen zum Jahresende 2018 verhindern und deshalb  
5816 das Gesetz (spätestens) zum 1. November 2018 in Kraft treten lassen.

5817  
5818 Wir werden für die Einleitung des Verfahrens die schlüssige Darlegung und Glaub-  
5819 haftmachung einer Mindestzahl von zehn individualisierten Betroffenen sowie für die  
5820 Durchführung des Verfahrens von 50 Anmelderinnen und Anmeldern zum Klagereg-  
5821 ister in einer Frist von zwei Monaten festsetzen, um die Effektivität des Verfahrens  
5822 für Gerichte und Parteien zu gewährleisten.

5823  
5824 Die Feststellungen des Urteils sind für die Beklagte oder den Beklagten und die im  
5825 Klageregister angemeldeten Betroffenen bindend. Die Bindungswirkung entfällt nur,  
5826 wenn die Anmeldung bis zum Beginn der ersten mündlichen Verhandlung zurückge-  
5827 nommen ist.

5828  
5829 Mit Blick auf kleine „Streuschäden“ prüfen wir einen Ausschluss von Abtretungsver-  
5830 boten für Forderungen in AGB.

5831  
5832 **Rechtsdurchsetzung und Schlichtung im Verbraucherschutz**  
5833 Wir wollen die vorhandenen Marktwächter durch eine finanzielle Förderung versteti-  
5834 gen und auf eine rechtliche Grundlage stellen.

5835  
5836 Wir wollen den Missbrauch des bewährten Abmahnrechts verhindern, z. B. durch die  
5837 Einschränkung des fliegenden Gerichtsstandes, und so kleine und mittlere Unter-  
5838 nehmen sowie Verbraucherinnen und Verbraucher schützen. Zudem wollen wir die  
5839 Aufsicht über die Inkassounternehmen verstärken und die Regelungen zum Inkasso-  
5840 recht verbraucherfreundlich weiterentwickeln.

5841  
5842 Wir erleichtern Verbraucherinnen und Verbrauchern die Rechtsdurchsetzung durch  
5843 Digitalisierung, insbesondere bei smart contracts. Deshalb werden wir die Entwick-  
5844 lung der automatischen Vertragsentschädigung fördern und rechtssicher gestalten.

5845  
5846 Die allgemeine Verbraucherschlichtungsstelle wird dauerhaft zentral vom Bund ge-  
5847 tragen werden. Mit den Ländern sollen Gespräche über eine Beteiligung geführt wer-  
5848 den.

5849  
5850 Wir wollen Verbraucherinnen und Verbraucher besser vor telefonisch untergescho-  
5851 benen Verträgen und Kostenfallen schützen.

5852  
5853 Wir wollen von der Möglichkeit Gebrauch machen, eine Reparaturklausel im Design-  
5854 recht einzuführen und Verbraucherinnen und Verbraucher besser gegen Tachomani-  
5855 pulationen schützen.

5856  
5857 Im Bauträgerrecht wollen wir vorhandene Schutzlücken durch wirksame Absicherung  
5858 des Erwerbers eines Bauträgerobjekts für den Fall der Insolvenz des Bauträgers und  
5859 eine Erleichterung der Abnahme bei Gemeinschaftseigentum schließen.

5860  
5861 **Weitere Verfahren**

5862 Damit Asylverfahren bei den Verwaltungsgerichten künftig zügiger durchgeführt wer-  
5863 den können, werden wir Gesetzesänderungen zur weiteren Verfahrensbeschleuni-  
5864 gung, -vereinfachung und -vereinheitlichung prüfen.

5865  
5866 Wir wollen Genehmigungsverfahren beschleunigen. Wir werden deshalb das Verwal-  
5867 tungsverfahrenrecht auf Möglichkeiten zur Beschleunigung von Genehmigungsver-  
5868 fahren prüfen.

5869  
5870 Wir erweitern die Wiederaufnahmemöglichkeiten zuungunsten der oder des freige-  
5871 sprochenen Angeklagten in Bezug auf die nicht verjähmbaren Straftaten.

5872  
5873 Wir werden uns dafür einsetzen, dass der EU Rechtsrahmen für „Justice in Cyber-  
5874 space/E-Evidence“, sowohl die schützenswerten Interessen der Dateninhaberinnen  
5875 und -inhaber, der Netzgemeinde und der Provider berücksichtigt als auch dem Be-  
5876 dürfnis der Strafverfolgungspraxis nach Beschleunigung Rechnung trägt. Insbeson-  
5877 dere werden wir uns für die Transparenz der Verfahren und dafür einsetzen, dass  
5878 hohe rechtsstaatliche Standards gewährleistet sind.

5879  
5880 Wir schaffen eine ausdrückliche gesetzliche Regelung, dass Verfahrensbeteiligte in  
5881 Gerichtsverhandlungen ihr Gesicht weder ganz noch teilweise verdecken dürfen, au-  
5882 ßer medizinische Gründe sprechen dem entgegen, wenn es zur Identitätsfeststellung  
5883 oder zur Beurteilung des Aussageverhaltens notwendig ist.

5884

### 5885 **Digitales / Cybersicherheit**

5886 Eine erfolgreiche Digitalisierungsstrategie setzt Datensicherheit voraus. Wir wollen,  
5887 dass gemeinsam zwischen Bund und Ländern, möglichst sogar in ganz Europa, Si-  
5888 cherheitsstandards für die IT-Strukturen und den Schutz der kritischen Infrastruktur  
5889 entwickelt werden. Den mit dem IT-Sicherheitsgesetz eingeführten Ordnungsrahmen  
5890 werden wir in einem IT-Sicherheitsgesetz 2.0 weiterentwickeln und ausbauen. In die-  
5891 sem Zusammenhang werden wir die Herstellerinnen und Hersteller sowie Anbieterin-  
5892 nen und Anbieter von IT-Produkten, die neben den kritischen Infrastrukturen von be-  
5893 sonderem nationalem Interesse sind, stärker in die Pflicht nehmen.

5894

### 5895 **Keine Toleranz bei Wirtschaftskriminalität, Einbruchdiebstahl und organisierter 5896 Kriminalität.**

5897 Wir bekämpfen konsequent jede Form von Kriminalität, insbesondere die organisierte  
5898 Kriminalität. Wohnungseinbrüche führen nicht nur zu materiellen Schäden, sondern  
5899 häufig zu einer Traumatisierung der Opfer. Unseren Kampf gegen Einbrecher inten-  
5900 sivieren wir deshalb weiter, indem wir unseren Sicherheitsbehörden die notwendigen  
5901 Ermittlungsinstrumente zur Verfügung stellen und die in der vergangenen Legislatur-  
5902 periode beschlossenen Maßnahmen zur Ahndung und Bekämpfung von Einbruchs-  
5903 kriminalität konsequent anwenden. Darüber hinaus unterstützen wir die Bürger dabei,  
5904 Einbrüche in ihre Wohnungen oder Häuser zu verhindern.

5905

5906 Das KfW-Förderprogramm „Prävention durch Einbruchssicherung“ ist ein Beispiel für  
5907 gelungene Prävention. Diese Förderung wollen wir aufstocken und auf Mehrfamilien-  
5908 häuser erweitern, um flächendeckend Einbruchsschutz von Wohnungen und Häu-  
5909 sern zu erreichen. Wir werden in Abstimmung mit den Ländern Möglichkeiten prüfen,  
5910 um den Einbau von Einbruchsschutz bei Neubauten zu fördern.

5911

5912 **Unternehmenssanktionen**

5913 Wir wollen sicherstellen, dass Wirtschaftskriminalität wirksam verfolgt und angemessen geahndet wird. Deshalb regeln wir das Sanktionsrecht für Unternehmen neu. Wir werden sicherstellen, dass bei Wirtschaftskriminalität grundsätzlich auch die von Fehilverhalten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern profitierenden Unternehmen stärker sanktioniert werden. Bislang liegt es im Ermessen der zuständigen Behörde, ob auch das betreffende Unternehmen verfolgt wird. Durch die Abkehr vom Opportunitätsprinzip des bislang einschlägigen Ordnungswidrigkeitenrechts sorgen wir für eine bundesweit einheitliche Rechtsanwendung. Durch klare Verfahrensregelungen erhöhen wir zudem die Rechtssicherheit der betroffenen Unternehmen. Zugleich werden wir spezifische Regelungen über Verfahrenseinstellungen schaffen, um der Justizpraxis die notwendige Flexibilität in der Verfolgung einzuräumen. Wir werden das Sanktionsinstrumentarium erweitern: Die geltende Bußgeldobergrenze von bis zu zehn Millionen Euro ist für kleinere Unternehmen zu hoch und für große Konzerne zu niedrig. Wir werden sicherstellen, dass sich die Höhe der Geldsanktion künftig an der Wirtschaftskraft des Unternehmens orientiert. Bei Unternehmen mit mehr als 100 Millionen Euro Umsatz soll die Höchstgrenze bei zehn Prozent des Umsatzes liegen. Zudem schaffen wir weitere Sanktionsinstrumente. Weiterhin schaffen wir konkrete und nachvollziehbare Zumessungsregeln für Unternehmensgeldsanktionen. Die Sanktionen sollen auf geeignetem Weg öffentlich bekannt gemacht werden.

5932  
5933 Um Rechtssicherheit für alle Beteiligten zu schaffen, werden wir gesetzliche Vorgaben für „Internal Investigations“ schaffen, insbesondere mit Blick auf beschlagnahmte Unterlagen und Durchsuchungsmöglichkeiten. Wir werden gesetzliche Anreize zur Aufklärungshilfe durch „Internal Investigations“ und zur anschließenden Offenlegung der hieraus gewonnenen Erkenntnisse setzen.

5938  
5939 Der Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte, Rettungskräfte und anderen Repräsentantinnen und Repräsentanten des Staates muss auf allen Ebenen konsequent entgegengewirkt werden.

5942  
5943 Die Schutzlücken des § 201a Strafgesetzbuch (StGB) hinsichtlich bloßstellender Bildaufnahmen (Herstellung und Verbreitung) von verstorbenen Personen werden wir schließen. Wir erweitern den veralteten Schriftenbegriff in § 11 Abs. 3 StGB hin zu einem modernen Medienbegriff.

5947  
5948 **Sicherheitsarchitektur / Operative Fähigkeiten**

5949 Wir wollen keine Zonen unterschiedlicher Sicherheit in Deutschland. Dazu gehört die Erarbeitung eines gemeinsamen Musterpolizeigesetzes (gemäß Innenministerkonferenz-Beschluss).

5952  
5953 Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Bundespolizei bundesweit im Rahmen der bestehenden Zuständigkeiten und Aufgaben eingesetzt wird, so auch zur Bekämpfung von Straftaten an Kriminalitätsschwerpunkten wie z. B. Bahnhöfen, insbesondere von Alltagskriminalität. Die Bereitschaftspolizeien der Länder sowie des Bundes sind eine tragende Säule der inneren Sicherheit und sehen sich einer erhöhten Einsatzbelastung flächendeckend ausgesetzt. Die erforderliche Verbesserung der Ausstattung wird intensiviert.

5960  
5961 Die Menschen sollen sich auf unseren Straßen und Plätzen sicher bewegen können. Deshalb wollen wir die Videoüberwachung an Brennpunkten einsetzen, sie verhält-

5963 nismäßig und mit Augenmaß effektiv ausbauen und dabei auch technisch verbes-  
5964 sern. Intelligente Videoüberwachung kann dabei eine Weiterentwicklung sein. Des-  
5965 wegen werden wir den laufenden Modellversuch abwarten, prüfen und bewerten.

5966  
5967 Private Sicherheitsbetriebe leisten einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit. Durch die  
5968 Neuordnung der Regelungen für das private Sicherheitsgewerbe in einem eigen-  
5969 ständigen Gesetz werden wir die Sicherheitsstandards in diesem Gewerbebereich ver-  
5970 bessern und so für noch mehr Sicherheit und Verlässlichkeit sorgen.

5971  
5972 Bei der Bekämpfung des Terrorismus wollen wir im Rahmen eines zeitgemäßen und  
5973 effektiven Rechts gemeinsame Standards, verbindlichen Umgang, einheitliche Praxis  
5974 und klare Zuständigkeitsregelungen. Die Standorte der Bundessicherheitsbehörden  
5975 sollen bestehen bleiben. Das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) wer-  
5976 den wir gemeinsam mit den Ländern als Kooperations- und Kommunikationsplattform  
5977 so weiterentwickeln, dass dort Informationen reibungsloser ausgetauscht und ver-  
5978 bindliche Absprachen auch zur Bearbeitung des Einzelfalls getroffen werden.

5979  
5980 Zur Verbesserung der Sicherheit in unserem Land wird das Bundesamt für Verfas-  
5981 sungsschutz (BfV) im Bereich der zentralen Auswertung und Analyse in Angelegen-  
5982 heiten des islamistischen Terrorismus sowie bei länderübergreifenden extremisti-  
5983 schen Phänomenen von bundesweiter Bedeutung seine Steuerungsfunktion ver-  
5984 stärkt wahrnehmen, auch bei solchen, die zunächst keinen unmittelbaren Gewaltbe-  
5985 zug aufweisen. Aufgrund des ständigen technischen Fortschrittes und des damit ein-  
5986 hergehenden personellen und finanziellen Ressourceneinsatzes soll das BfV als  
5987 zentrale Servicedienststelle für den Einsatz operativer Technik im Verbund gestärkt  
5988 werden. Zudem wollen wir die Befugnisse des Verfassungsschutzes des Bundes und  
5989 der Länder vereinheitlichen, insbesondere bei der Datenerhebung und Datenspei-  
5990 cherung. Zu diesem Zwecke werden wir das Bundesverfassungsschutzgesetz auf  
5991 Grundlage eines einheitlichen Rechtsrahmens der Innenministerkonferenz novellie-  
5992 ren. Wir sind uns bewusst, dass auch maßvolle und sachgerechte Kompetenzerwei-  
5993 terungen des BfV eine gleichzeitige und entsprechende Ausweitung der parlamenta-  
5994 rischen Kontrolle erfordern.

5995  
5996 Wir haben in der vergangenen Wahlperiode die gesetzliche Grundlage für eine effek-  
5997 tivere Kontrolle der Nachrichtendienste geschaffen. Die Bundesregierung wird diese  
5998 Kontrolle durch eine umfassende Wahrnehmung der Unterrichts- und Vorlage-  
5999 pflichten gegenüber den gesetzlich vorgesehenen Kontrollorganen unterstützen.

6000  
6001 Wir werden die europäische Sicherheitskooperation unter Einbeziehung und Stär-  
6002 kung internationaler und europäischer Organisationen (Europol, Interpol, Europäi-  
6003 sche Staatsanwaltschaft) verbessern und vertiefen. Ziel muss es sein, durch struktu-  
6004 relle Maßnahmen und mit einer leistungsfähigen IT-Struktur sicherzustellen, dass  
6005 Straftäterinnen und Straftäter sowie Gefährderinnen und Gefährder überall in Europa  
6006 identifiziert und relevante Erkenntnisse ausgetauscht werden können. Zu diesem  
6007 Zwecke werden wir auf eine effektive Vernetzung und Verbesserung der für die Si-  
6008 cherheitsbehörden relevanten Datenbanken hinwirken. Den Informationsaustausch  
6009 und die Koordinierung von präventiven und operativen Maßnahmen zwischen den  
6010 EU-Mitgliedstaaten bei Europol im Rahmen des „European Counter Terrorism Cen-  
6011 ter“ und auch die internationale Zusammenarbeit, u. a. im Rahmen von Interpol, wol-  
6012 len wir intensivieren und verbessern. Wir wollen dabei in Absprache mit den Ländern  
6013 auch die europäische und internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der

6014 organisierten Kriminalität intensivieren und ebenso die Bekämpfung der Organisier-  
6015 ten Kriminalität beim Bundeskriminalamt stärken, um etwa organisierten Einbrecher-  
6016 banden noch besser zu begegnen.

6017  
6018 Wir bekennen uns zum deutschen Engagement in internationalen Polizeimissionen.  
6019 Wir werden Möglichkeiten finden, dies auszubauen, etwa durch Einrichtung eines  
6020 Stellenpools für Auslandsverwendungen und Polizeimissionen.

## 6021 6022 **Befugnisse**

6023 Die Sicherheitsbehörden brauchen gleichwertige Befugnisse im Umgang mit dem  
6024 Internet wie außerhalb des Internets. Das bedeutet im Einzelnen: Es darf für die Be-  
6025 fugnisse der Polizei zu Eingriffen in das Fernmeldegeheimnis zum Schutz der Bevöl-  
6026 kerung keinen Unterschied machen, ob die Nutzer sich zur Kommunikation der klas-  
6027 sischen Telefonie oder klassischer SMS bedienen oder ob sie auf internetbasierte  
6028 Messenger-Dienste ausweichen. Die Zusammenarbeit von Bund und Ländern bei der  
6029 Cyberabwehr soll ausgebaut, verbessert und strukturell neu geordnet werden. Die  
6030 Rolle des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) wird gestärkt.

6031  
6032 Wo Strafbarkeitslücken bestehen, werden wir eine Strafbarkeit für das Betreiben kri-  
6033 mineller Infrastrukturen einführen, um speziell im Internet eine Ahndung von Delikten  
6034 wie z. B. das Betreiben eines Darknet-Handelsplatzes für kriminelle Waren und  
6035 Dienstleistungen einzuführen.

6036  
6037 Wir wollen Angriffe aus dem Cyberraum gegen unsere kritischen Infrastrukturen ab-  
6038 wehren und verhindern.

6039  
6040 Wir wollen die Sicherheitsbehörden bei der Verfolgung und Prävention von Cyber-  
6041 kriminalität durch die Schaffung notwendiger rechtlicher, organisatorischer sowie  
6042 technischer Rahmenbedingungen stärken.

6043  
6044 Wir wollen, dass die Sicherheitsbehörden ihre bestehenden Befugnisse auch in der  
6045 digitalen Welt anwenden und tatsächlich durchsetzen können.

6046  
6047 Wir werden einen neuen Verlusttatbestand in das Staatsangehörigkeitsgesetz einfü-  
6048 gen, wonach Deutsche, die eine weitere Staatsangehörigkeit besitzen, die deutsche  
6049 Staatsangehörigkeit verlieren können, wenn ihnen die konkrete Beteiligung an  
6050 Kampfhandlungen einer Terrormiliz im Ausland nachgewiesen werden kann.

## 6051 6052 **2. Moderner Staat**

### 6053 6054 **Öffentlicher Dienst**

6055 Wir bekennen uns zu einem modernen öffentlichen Dienst, der mit bestens ausgebil-  
6056 deten und hochmotivierten Beschäftigten seine Aufgabe gut, zuverlässig und effizient  
6057 erledigt. Wir werden uns um die Nachwuchsgewinnung kümmern. Der öffentliche  
6058 Dienst muss unter Beibehaltung seiner Qualifikationsanforderungen attraktiv sein,  
6059 damit der Staat im Wettbewerb um die besten Köpfe bestehen kann. Tarifabschlüsse  
6060 (TVöD) wollen wir grundsätzlich gleich auf die Bundesbeamtenbesoldung übertragen.  
6061 Das Bundespersonalvertretungsrecht wird novelliert.

6062



6063 Wir wollen Arbeitszeitkontenmodelle im öffentlichen Dienst einführen, die einen plan-  
6064 baren Überstunden- und Mehrarbeitsabbau unter Berücksichtigung besonders belas-  
6065 teter Bereiche ermöglichen.

6066  
6067 Der Bund nimmt für seine Beschäftigten, insbesondere auch für die Beamtinnen und  
6068 Beamten der Bundespolizei, in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten die  
6069 Wohnungsfürsorge verstärkt wahr. Dazu soll der Wohnungsbestand der Bundesan-  
6070 stalt für Immobilienaufgaben genutzt und weiterentwickelt werden.

6071  
6072 Wir stehen zum Bonn-Berlin-Gesetz. Bonn bleibt das zweite bundespolitische Zent-  
6073 rum. Der Bund wird mit der Region Bonn sowie den Bundesländern Nordrhein-  
6074 Westfalen und Rheinland-Pfalz eine vertragliche Zusatzvereinbarung („Bonn-  
6075 Vertrag“) schließen.

6076

6077

### 6078 **Digitale Verwaltung**

6079 Der digitale Zugang zu Verwaltungsleistungen soll zur Regel, Schriftform und das  
6080 persönliche Erscheinen soweit möglich durch gleichwertige digitale Lösungen ersetzt  
6081 werden (Digital First).

6082

6083 Wir wollen ein digitales „Bürgerportal“ für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen  
6084 schaffen, indem wir zentrale und dezentrale Verwaltungsportale miteinander vernet-  
6085 zen.

6086

6087 Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen sollen ihre Daten grundsätzlich nur ein-  
6088 mal angeben müssen. Mit ihrer Zustimmung sollen bestimmte zur Verfügung gestell-  
6089 te Daten unter den Behörden weitergegeben werden. Wir wollen damit auch errei-  
6090 chen, dass berechnete Leistungsansprüche, wie z. B. das Kindergeld nach der Mel-  
6091 dung einer Geburt, künftig antragslos und proaktiv gewährt werden können. Dabei  
6092 sorgen wir für sichere Kommunikationswege, sowie vollständige Transparenz und  
6093 Kontrolle der Bürgerinnen und Bürger über ihre Daten.

6094

6095 Wir stehen zu unseren Verpflichtungen aus dem internationalen Open Government  
6096 Partnership. Im Bereich „Open Data“ wollen wir erreichen, dass die Bundesregierung  
6097 internationaler Vorreiter wird. Die entsprechende Veröffentlichung von Daten soll ent-  
6098 sprechend dem Prinzip „Open by default“ Teil des täglichen Verwaltungshandelns  
6099 werden. Der digitale Wandel der öffentlichen Verwaltung wird auch in der Aus- und  
6100 Fortbildung und der Organisationsentwicklung vorangetrieben.

6101

### 6102 **Datenschutz**

6103 Bei der Plattformregulierung soll ein sektorspezifischer Ansatz verfolgt werden.

6104

6105 Die Mitte 2020 anstehende Evaluierung der Datenschutz-Grundverordnung (DS-  
6106 GVO) wollen wir intensiv begleiten und dabei alle Regelungen auf ihre Zukunftsfä-  
6107 higkeit und Effektivität überprüfen. Wir wollen eine sichere, mobile, digitale Authenti-  
6108 fizierung.

6109

6110 Wir wollen die Arbeit der Stiftung Datenschutz fördern.

6111

6112 Die Frage, ob und wie ein Eigentum an Daten ausgestaltet sein kann, müssen wir  
6113 zügig angehen. Wir wollen die Öffnungsklausel in Artikel 88 der Datenschutz-

6114 Grundverordnung nutzen und prüfen die Schaffung eines eigenständiges Gesetzes  
6115 zum Beschäftigtendatenschutz, das die Persönlichkeitsrechte der Beschäftigten am  
6116 Arbeitsplatz schützt und Rechtssicherheit für den Arbeitgeber schafft.

6117

### 6118 **Zivil- und Katastrophenschutz**

6119 Wir wollen den Zivil- und Katastrophenschutz sachgemäß und den heutigen Anforde-  
6120 rungen entsprechend strukturieren und ausstatten.

6121

6122 Einen wichtigen Beitrag für unser funktionierendes Hilfeleistungssystem für Katastro-  
6123 phen leisten die vielen ehren- und hauptamtlichen Helferinnen und Helfer bei den  
6124 Feuerwehren, den Hilfsorganisationen und dem Technischen Hilfswerk (THW). Wir  
6125 wollen das ehrenamtliche Engagement nachhaltig stärken. Wir wollen die Arbeit der  
6126 80.000 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer des THW durch einen weiteren Aus-  
6127 bau des hauptamtlichen Personals unterstützen – auch beim Bundesamt für Bevölke-  
6128 rungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) – und entlasten sowie weiter darin fortfah-  
6129 ren, den Investitionsstau bei der Fahrzeugbeschaffung und den Liegenschaften des  
6130 THW abzubauen. Der Bund wird seiner Verpflichtung im Rahmen des ergänzenden  
6131 Katastrophenschutzes gerecht werden.

6132

6133 Um Anerkennung und Wertschätzung für ehrenamtlich Tätige zu erhöhen und die  
6134 Nachwuchsgewinnung zu stärken, wollen wir bei öffentlichen wie privaten Arbeitge-  
6135 bern dafür werben, bei gleicher Qualifizierung ehrenamtlich Tätige (z. B. aktive Mit-  
6136 glieder Freiwilliger Feuerwehren oder des THW) bevorzugt einzustellen.

6137

### 6138 **3. Modernes Recht für eine moderne Gesellschaft**

6139 Eine moderne Gesellschaft braucht modernes Recht.

6140

#### 6141 **Opferschutz**

6142 Wir werden den Opferschutz weiter stärken. Die Empfehlungen des Opferbeauftrag-  
6143 ten für die Opfer und Hinterbliebenen des Anschlags auf dem Breitscheidplatz wer-  
6144 den wir zügig umsetzen, die Erfahrungen nach den Morden und Sprengstoffanschlä-  
6145 gen der Terrorgruppe NSU berücksichtigen und zentrale Strukturen auf Bundesebe-  
6146 ne schaffen. Dazu werden wir innerhalb der Bundesregierung als dauerhafte Struktur  
6147 eine/n ständige/n Opferbeauftragte/n einrichten, um Opfern sofort einen direkten An-  
6148 sprechpartner an die Seite zu stellen.

6149

6150 Wir werden die Opferentschädigung neu regeln, erhöhen die Härteleistungen des  
6151 Bundes signifikant und stellen die für die Betreuung der Opfer und Abwicklung der  
6152 Hilfeleistungen erforderlichen personellen und finanziellen Mittel zur Verfügung.

6153

6154 Mit einer Informations-Kampagne werden wir die Angebote der Opferhilfe und des  
6155 Opferschutzes in der Öffentlichkeit bekannter machen.

6156

6157 Wir werden alles Notwendige tun, um Kindesmissbrauch und Kinderpornografie mög-  
6158 lichst zu verhindern und entschieden zu bekämpfen. Präventionsprogramme wie  
6159 „Kein Täter werden“ sind dabei ein wichtiges Element. Wir führen eine Strafbarkeit  
6160 für den Versuch des Cybergroomings ein, um Kinder im Internet besser zu schützen  
6161 und die Effektivität der Strafverfolgung pädophiler Täter, die im Netz Jagd auf Kinder  
6162 machen, zu erhöhen.

6163

6164 Die Befugnis der Bewährungshelferinnen und -helfer sowie Führungsaufsichtsstellen,  
6165 zur Gefahrenabwehr in Eilfällen unmittelbar die zuständigen Behörden zu informie-  
6166 ren, wird im Gesetz unmissverständlich klargestellt. Zudem wird eine eindeutige und  
6167 umfassende gesetzliche Grundlage für die Zusammenarbeit mit Polizei und anderen  
6168 Verwaltungsbehörden im Rahmen runder Tische geschaffen.

6169  
6170 Wir prüfen, wie kindliche Zeuginnen und Zeugen in Verfahren wegen sexuellen Miss-  
6171 brauchs außerhalb des Gerichtssaals durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden  
6172 vernommen und diese Vernehmung in den Sitzungssaal übertragen werden kann.

### 6173 6174 **Rechtsfolgen der Digitalisierung**

6175 Wir setzen uns für eine europäische Harmonisierung der Regelungen über die  
6176 grenzüberschreitende Sitzverlegung von Kapitalgesellschaften („Sitzverlegungs-  
6177 Richtlinie“) und die Europäische Privatgesellschaft (SPE) unter Wahrung der Rechte  
6178 der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einschließlich der Unternehmensmitbe-  
6179 stimmung, der Gläubiger und der Minderheitsgesellschafter ein.

6180  
6181 Bei Onlineregistrierungen von Gesellschaften setzen wir uns – auch auf europäischer  
6182 Ebene – für effektive präventive Kontrollen und zuverlässige Identitätsprüfungen ein,  
6183 um die Richtigkeit der Eintragungen und den Vertrauensschutz öffentlicher Register  
6184 zu gewährleisten; einfache Online-Anmeldungen lehnen wir ab.

6185  
6186 Wir werden das Personengesellschaftsrecht reformieren und an die Anforderungen  
6187 eines modernen, vielfältigen Wirtschaftslebens anpassen; wir werden eine Experten-  
6188 kommission einsetzen, die gesetzliche Vorschläge für eine grundlegende Reform  
6189 erarbeitet.

6190  
6191 Im aktienrechtlichen Beschlussmängelrecht werden wir im Interesse des Minderhei-  
6192 tenschutzes und der Rechtssicherheit Brüche und Wertungswidersprüche beseitigen.  
6193 Ferner werden wir das langwierige und teure Spruchverfahren unter besonderer Be-  
6194 rücksichtigung der Interessen von Minderheitsaktionärinnen und -aktionären sowie  
6195 Kleinanlegerinnen und -anlegern evaluieren. Wir prüfen, ob zur Erleichterung von  
6196 Forschungsk Kooperationen eine neue Rechtsform für diese Art der Zusammenarbeit  
6197 eingeführt werden sollte.

6198  
6199 Wir werden die Vererbbarkeit des digitalen Eigentums (z. B. Nutzer Accounts, Da-  
6200 tenbestände) rechtssicher gesetzlich regeln.

6201  
6202 Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz ist ein richtiger und wichtiger Schritt zur Bekämp-  
6203 fung von Hasskriminalität und strafbaren Äußerungen in sozialen Netzwerken. Wir  
6204 werden auch weiterhin den Schutz der Meinungsfreiheit sowie der Persönlichkeits-  
6205 rechte der Opfer von Hasskriminalität und strafbaren Äußerungen sicherstellen. Die  
6206 Berichte, zu denen die Plattformbetreiber verpflichtet sind, werden wir sorgfältig aus-  
6207 werten und zum Anlass nehmen, um das Netzwerkdurchsetzungsgesetz insbesonde-  
6208 re im Hinblick auf die freiwillige Selbstregulierung weiterzuentwickeln.

6209  
6210 Wir werden das AGB-Recht für Verträge zwischen Unternehmen auf den Prüfstand  
6211 stellen mit dem Ziel, die Rechtssicherheit für innovative Geschäftsmodelle zu verbes-  
6212 sern. Kleine und mittelständische Unternehmen, die Vertragsbedingungen ihres Ver-  
6213 tragspartners aufgrund der wirtschaftlichen Kräfteverhältnisse faktisch akzeptieren  
6214 müssen, sollen im bisherigen Umfang durch das AGB-Recht geschützt bleiben. Sozi-

6215 alen Netzwerken kommt eine immer größere Bedeutung in unserer Gesellschaft zu,  
6216 sie behalten sich aber einseitig alle Rechte und Nutzungseinschränkungen vor. Wir  
6217 wollen die vertraglichen Rechte der Nutzer stärken, z. B. gegen unberechtigte Lö-  
6218 schungen und Sperrungen. Im Insolvenzrecht werden wir den Grundsatz der Gleich-  
6219 behandlung aller Gläubiger ohne Einschränkung bewahren. Wir werden gesetzliche  
6220 Rahmenbedingungen für die Berufszulassung und -ausübung von Insolvenzverwalte-  
6221 rinnen und Insolvenzverwalter sowie Sachwalterinnen und Sachwaltern regeln, um  
6222 im Interesse der Verfahrensbeteiligten eine qualifizierte und zuverlässige Wahrneh-  
6223 mung der Aufgaben sowie effektive Aufsicht zu gewährleisten. Zudem werden wir die  
6224 Digitalisierung des Insolvenzverfahrens konsequent vorantreiben.

6225  
6226 Zur Stärkung des Wirtschafts- und Forschungsstandorts Deutschland wollen wir die  
6227 Rechte des Lizenznehmers im Insolvenzfall des Lizenzgebers besser schützen.  
6228 Wir werden die Insolvenzantragspflichten im Lichte der europäischen Vorgaben zum  
6229 Restrukturierungs- und Insolvenzrecht sowie unter Berücksichtigung der besonderen  
6230 Bedingungen bei Naturkatastrophen reformieren.

6231

### 6232 **Urheberrecht**

6233 Im Urheberrecht unterstützen wir nachdrücklich eine zeitnahe Regelung zur Verle-  
6234 gerbeteiligung bei den Verwertungsgesellschaften und stärken die Position der Ver-  
6235 leger auf europäischer Ebene durch eine eigene Rechtsposition. Wir werden die  
6236 Rechtsposition der Urheberinnen und Urheber stärken und uns hierbei für einen ge-  
6237 rechten Interessenausgleich zwischen Kreativen und den Unternehmen der Kultur-  
6238 wirtschaft, Plattformen und Nutzern einsetzen. Zudem wollen wir die Stellung von  
6239 Rechteinhabern gegenüber Internet Providern verbessern, die sich an der öffentlichen  
6240 Zugänglichmachung von Werken beteiligen. Den Vertrag von Marrakesch zugunsten  
6241 blinder und sehbehinderter Menschen setzen wir zügig um.

6242

6243 Wir wollen das System der Vergütung für gesetzlich erlaubte Nutzungen auf eine  
6244 neue Grundlage stellen, indem moderne Nutzungsformen einbezogen werden und  
6245 die an Urheberinnen und Urheber sowie Leistungsschutzberechtigte zu zahlende  
6246 angemessene Vergütung effizient, berechenbar und zeitnah bestimmt wird. Wo im-  
6247 mer möglich soll die Vergütung direkt bei der nutzenden Einrichtung erhoben wer-  
6248 den. Wir streben an, das gegenwärtig zeitaufwändige Schiedsstellenverfahren in ei-  
6249 nen schnelleren Entscheidungsprozess zu überführen.

6250

6251 Wir greifen den Wunsch des Deutschen Bundestages auf und werden einen struktu-  
6252 rierten Dialog führen, wie möglichst rasch innerhalb der nächsten fünf Jahre der Zu-  
6253 gang zu wissenschaftlichen Publikationen im Interesse aller Beteiligten – der Auto-  
6254 rinnen und Autoren, der vielfältigen deutschen Verlagslandschaft und der nutzenden  
6255 Wissenschaft – über eine Lizenzierungsplattform praktisch verbessert werden kann.

6256

### 6257 **Familien- und Abstammungsrecht**

6258 Im Hinblick auf die zunehmenden Möglichkeiten der Reproduktionsmedizin und Ver-  
6259 änderungen in der Gesellschaft werden wir Anpassungen des Abstammungsrechts  
6260 unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Arbeitskreises Abstammungsrecht  
6261 prüfen.

6262

6263 Wir werden unter Berücksichtigung europäischer und internationaler Vorgaben prü-  
6264 fen, ob sich das anwendbare Recht insbesondere im Bereich des Familienrechts  
6265 stärker nach dem gewöhnlichen Aufenthalt der Beteiligten bestimmen sollte.

6266  
6267 Zumeist wollen beide Elternteile nach Trennung und Scheidung intensiv in die Erzie-  
6268 hungsverantwortung für ihre Kinder eingebunden bleiben. Dies wollen wir bei Um-  
6269 gang und Unterhalt stärker berücksichtigen, wenn die Eltern sich einig sind oder  
6270 Gründe des Kindeswohls vorliegen. Dabei muss das Kindeswohl stets im Mittelpunkt  
6271 stehen. Wir prüfen, inwieweit Unterhaltsbedarf und Selbstbehalt verbindlich geregelt  
6272 werden könnten.

6273  
6274 Wir befürworten Fortbildungen für Richterinnen und Richter insbesondere an Famili-  
6275 engerichten und streben verbindliche Regelungen in Abstimmung mit den Ländern  
6276 an. Wir wollen Ehepartnern ermöglichen, im Betreuungsfall füreinander Entscheidun-  
6277 gen über medizinische Behandlungen zu treffen, ohne dass es hierfür der Bestellung  
6278 einer Betreuerin bzw. eines Betreuers oder der Erteilung einer Vorsorgevollmacht  
6279 bedarf.

#### 6280 6281 **Betreuungsrecht und Selbstbestimmung**

6282 Wir werden das Vormundschaftsrecht modernisieren und das Betreuungsrecht unter  
6283 Berücksichtigung der Ergebnisse der jüngst durchgeführten Forschungsvorhaben in  
6284 struktureller Hinsicht verbessern. Im Einzelnen wollen wir den Vorrang sozialrechtli-  
6285 cher Hilfen vor rechtlicher Betreuung, die Qualität der Betreuung sowie Auswahl und  
6286 Kontrolle von Betreuerinnen und Betreuern, das Selbstbestimmungsrecht der Be-  
6287 troffenen („Unterstützen vor Vertreten“), sowie die Finanzierung der unverzichtbaren  
6288 Arbeit der Betreuungsvereine in Zusammenarbeit mit den Ländern stärken. Für eine  
6289 angemessene Vergütung der Berufsbetreuerinnen und -betreuer wollen wir ebenfalls  
6290 zeitnah Sorge tragen.

#### 6291 6292 **Gleichberechtigung und Vielfalt**

6293 Wir werden die erforderlichen Anpassungen und Ergänzungen, die sich durch die  
6294 Öffnung der Ehe für Personen gleichen Geschlechts ergeben, zügig vornehmen.

6295  
6296 Menschen sollen unabhängig von ihrer sexuellen Identität frei und sicher leben kön-  
6297 nen – mit gleichen Rechten und Pflichten.

6298  
6299 Die Arbeit der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld ist für die Förderung der Akzeptanz  
6300 sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Deutschland unverzichtbar. Wir wollen die  
6301 Bundesstiftung daher weiterhin über eine institutionelle Förderung in ihrer Aufgaben-  
6302 wahrnehmung absichern.

6303  
6304 Illegale Paralleljustiz werden wir nicht dulden.

#### 6305 6306 **4. Prävention**

6307 Wir betonen die Bedeutung der sozialwissenschaftlichen und kriminologischen Si-  
6308 cherheitsforschung, u. a. die hohe Relevanz von Dunkelfeldstudien und anderer em-  
6309 pirischer Forschung z. B. zu organisierter Kriminalität, und wollen diese wissenschaft-  
6310 lichen Bereiche beim Bundeskriminalamt und in der wissenschaftlichen Forschung  
6311 durch Universitäten und Dritte stärken.

6312  
6313 Wir treten für eine evidenzbasierte Kriminalpolitik ein. Wir wollen, dass kriminologi-  
6314 sche Evidenzen sowohl bei der Erarbeitung von Gesetzentwürfen als auch bei deren  
6315 Evaluation berücksichtigt werden. Wir unterstützen das unabhängige Deutsche Fo-  
6316 rum für Kriminalprävention. Um ein Gesamtbild der langfristigen Kriminalitätsentwick-

6317 lung zu bekommen, streben wir eine zügige Aktualisierung des Periodischen Sicher-  
6318 heitsberichts an. Um die Aussagekraft der Strafrechtspflegestatistiken zu erhöhen,  
6319 werden wir in Zusammenarbeit mit den Ländern ein Strafrechtspflegestatistikgesetz  
6320 schaffen. Die Kriminal- und Strafrechtspflegestatistiken sollen langfristig zu einer Ver-  
6321 laufsstatistik zusammengeführt werden. Hierzu soll eine Machbarkeitsstudie in Auf-  
6322 trag gegeben werden.

6323  
6324 Gerade im weiter wachsenden Bereich des islamistischen Extremismus und Terro-  
6325 rismus wollen wir Prävention und Deradikalisierung weiter stärken, national und auf  
6326 EU-Ebene.

6327  
6328 Wir werden den radikalen Islam in Deutschland zurückdrängen. Wir erwarten, dass  
6329 Imame aus dem Ausland Deutsch sprechen. Radikalisierte Moscheen werden wir  
6330 beobachten und gegebenenfalls schließen. Hierzu werden wir die Praxis zwischen  
6331 Bund und Ländern abstimmen.

6332  
6333 Wir stellen sicher, dass öffentliche Gelder des Bundes nicht an Einrichtungen und  
6334 Initiativen vergeben werden, die verfassungsfeindliche Tendenzen aufweisen.

6335  
6336 Wir werden die Deutsche Islam Konferenz fortsetzen. Die in dem Vertrag zwischen  
6337 der Bundesrepublik Deutschland und dem Zentralrat der Juden in Deutschland vor-  
6338 gesehene Staatsleistungen werden angepasst.

6339  
6340 Wir bekennen uns weiterhin zur besonderen Verpflichtung gegenüber den Deutschen  
6341 in Mitteleuropa und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, die als Aussiedler und  
6342 Spätaussiedler zu uns kamen oder als deutsche Minderheiten in den Herkunftsgebieten  
6343 leben. Wir wollen die nationalen Minderheiten in Deutschland und die deutschen  
6344 Minderheiten in Dänemark, in Mittele- und Südosteuropa und den Nachfolgestaa-  
6345 ten der Sowjetunion weiter fördern. Wir wollen die Maßnahmen zum Erhalt des kultu-  
6346 rellen Erbes der Heimatvertriebenen, der Aussiedler und der deutschen Minderheiten  
6347 unter ihrer Einbeziehung – gegebenenfalls auch strukturell – weiterentwickeln.

## 6348 **5. Verbraucherschutz**

6349 Die Bundesregierung wird zur leichteren und schnelleren Auffindbarkeit von Verbrau-  
6350 cherinformation und -beratung ein einheitliches bundesweites Portal Verbraucherlot-  
6351 se anbieten. Mit bestehenden Einrichtungen und Behörden wird kooperiert.

6352  
6353 Gemeinsam mit Bundesländern und ehrenamtlichen Akteurinnen und Akteuren wol-  
6354 len wir die Unterstützungsangebote für Verbraucherinnen und Verbraucher in ländli-  
6355 chen Räumen ausbauen und verbessern. Zudem werden wir die Initiative des „auf-  
6356 suchenden Verbraucherschutzes“ im Rahmen des Projekts soziale Stadt weiterent-  
6357 wickeln.

6358  
6359 Die Grundversorger von Strom, Gas, Wärme und Wasser werden verpflichtet, säu-  
6360 migen Kundinnen und Kunden eine Versorgung auf Basis von Vorauszahlungen an-  
6361 zubieten, wenn die Kundin oder der Kunde Ratenzahlungen auf Altschulden leistet  
6362 oder eine eidesstattliche Versicherung abgegeben hat.

6363  
6364 Wir werden die Verbraucherrechte bei ambulanten Pflegeverträgen stärken. Wir wol-  
6365 len eine bessere Kooperation von Unabhängiger Patientenberatung, Verbraucher-  
6366 zentralen und Stiftung Warentest.

6368  
6369 Vorfälligkeitsentschädigungen bei Immobilienkrediten müssen angemessen, nach-  
6370 vollziehbar und objektiv überprüfbar sein.  
6371  
6372 Wir werden zur Herstellung einer einheitlichen und qualitativ hochwertigen Finanz-  
6373 aufsicht die Aufsicht über die freien Finanzanlagevermittler schrittweise auf die Bun-  
6374 desanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht übertragen. Dabei wollen wir sicherstel-  
6375 len, dass die dadurch bei den Ländern freiwerdenden Aufsichtskapazitäten zur Stär-  
6376 kung der Geldwäscheaufsicht im Nichtfinanzbereich verwendet werden.  
6377  
6378 Wir wollen zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher Algorithmen- und KI-  
6379 basierte Entscheidungen, Dienstleistungen und Produkte überprüfbar machen, ins-  
6380 besondere im Hinblick auf mögliche unzulässige Diskriminierungen, Benachteiligun-  
6381 gen und Betrügereien. Wir werden Mechanismen entwickeln, um bei bedenklichen  
6382 Entwicklungen tätig werden zu können.  
6383  
6384 Dynamische Preisbildung muss Verbraucherinnen und Verbrauchern nach klaren  
6385 Regeln transparent dargestellt werden.  
6386  
6387 Wir wollen Anbieter digitaler Kommunikationssysteme mit hohem Verbreitungsgrad  
6388 dazu verpflichten, den verlustfreien Wechsel in andere Systeme zu ermöglichen.  
6389  
6390 Anbieter des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs werden dazu verpflichtet, eine  
6391 Schnittstelle für Portale bereitzustellen, die Information und Buchung integrierter Mo-  
6392 bilität (wie z. B. Tickets) deutschlandweit ermöglicht. Diese soll auch anderen Anbie-  
6393 tern offenstehen.  
6394  
6395 Wir werden das Produktsicherheitsrecht novellieren, um die IT-Sicherheit in verbrau-  
6396 chernahen Produkten zu erhöhen. Dazu werden wir u. a. das Produkthaftungsrecht  
6397 anpassen, Mindeststandards vorschreiben und die Einführung einer gewährleis-  
6398 tungsähnlichen Herstellerhaftung prüfen. Darüber hinaus werden wir ein europaweit  
6399 gültiges IT-Sicherheits-Gütesiegel etablieren.  
6400  
6401 Auf Vermittlungs-, Buchungs- und Vergleichsplattformen wollen wir die Transparenz  
6402 hinsichtlich ihrer Bewertungssysteme, der Gewichtung ihrer Ergebnisse, der Provisi-  
6403 onen und Marktabdeckung sowie der Zusammenhänge zwischen Portalen und wirt-  
6404 schaftliche Verflechtungen erhöhen. Verbraucherinnen und Verbraucher sollen bes-  
6405 ser vor gefälschten Bewertungen, Datenmissbrauch und elementaren Risiken abge-  
6406 sichert werden. Vermittlungsplattformen sollen den Nutzerinnen und Nutzern gegen-  
6407 über transparent machen müssen, ob Angebote privat oder gewerblich sind.  
6408  
6409 Die Verbraucherzentralen werden mit der Fortsetzung der Bereitstellung von Materi-  
6410 alkompassen in den Bereichen Verbraucherschutz, Verbraucherbildung, digitale  
6411 Kompetenzen und nachhaltiger Konsum für die Bildungscloud beauftragt.  
6412  
6413 Die Arbeit des Sachverständigenrats für Verbraucherfragen wird fortgesetzt, um rele-  
6414 vante und praxisnahe Politikberatung sowie Impulse für die Verbraucherpolitik zu  
6415 gewährleisten.  
6416

6417 Wir wollen den Verbraucherschutz auch in der digitalen Welt sicherstellen. Gleiches  
6418 Recht für alle muss durch Netzneutralität und diskriminierungsfreien Netzzugang ge-  
6419 währleistet werden.

6420

## 6421 **6. Sport**

6422 Wir wissen um die überragende Bedeutung des Sports gerade für die Integration, die  
6423 Inklusion und den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft. Der Sport erhält auf-  
6424 grund seiner gesellschaftlichen Kraft auch in Zukunft unsere Unterstützung, sowohl  
6425 im Breiten- wie auch im Leistungssport.

6426

6427 Die beschlossene Reform zur Förderung des Leistungssports werden wir im Dialog  
6428 mit allen Beteiligten umsetzen und wollen dafür deutlich mehr Mittel bereitstellen. Die  
6429 Förderung und die Absicherung der Bedürfnisse der Athletinnen und Athleten, insbe-  
6430 sondere im Hinblick auf die Altersversorgung und die Duale Karriere, sollten dabei  
6431 besonders im Mittelpunkt stehen.

6432

6433 Der Aufbau und die Umsetzung einer langfristig angelegten Strategie für Sportgroß-  
6434 veranstaltungen, insbesondere olympische und paralympische Spiele sowie Univer-  
6435 siaden, wird die Spitzensportreform begleiten. Hierfür wollen wir übergeordnete Leit-  
6436 linien entwickeln. Darüber hinaus werden wir dem Modernisierungs- und Sanierungs-  
6437 stau in der Infrastruktur der Sportanlagen, die dem Spitzensport dienen, entgegen-  
6438 wirken. Insbesondere wollen wir uns stärker an den Unterhaltskosten der Spitzen-  
6439 sportanlagen, die in kommunaler Trägerschaft liegen, beteiligen.

6440

6441 Zugleich setzen wir uns für eine insgesamt moderne und bedarfsgerechte Sportstät-  
6442 teninfrastruktur in Deutschland ein.

6443

6444 Die effektive Bekämpfung von Doping im Sport ist die Grundlage für die Zukunft und  
6445 den Erfolg des Sports. Die wichtige Arbeit der Nationalen Anti Doping Agentur  
6446 (NADA) wollen wir weiterhin unterstützen und fördern, sowohl von öffentlicher Seite  
6447 als auch vom Sport selbst.

6448

6449 Wir sind uns darin einig, Gewalt jeglicher Art bei und im Umfeld von Sportereignissen  
6450 zu verurteilen und zu verfolgen. Der Bund wird sich in diesem Zusammenhang mit  
6451 den Sportverbänden, den Ländern und anderen Akteuren für eine zielgerichtete Prä-  
6452 ventionsarbeit einsetzen. Die Integrität des Sports und seiner Spitzenorganisationen  
6453 ist unabdingbare Voraussetzung für öffentliche Förderung. Darauf werden wir unter  
6454 Achtung der Autonomie des Sports in seinem Interesse achten.

6455

6456 Sport leistet einen wichtigen gesamtgesellschaftlichen Beitrag, er verbindet Men-  
6457 schen mit und ohne Behinderung und trägt dazu bei, Barrieren und Vorurteile abzu-  
6458 bauen. Bei jeder von Deutschland unterstützten Bewerbung um Austragung olympi-  
6459 scher und paralympischer Spiele sowie anderer internationaler Sportveranstaltungen  
6460 soll der paralympische Sport gleichberechtigt berücksichtigt und gefördert werden.

6461

6462 Wir wissen um die überragende Bedeutung des Sports gerade für die Integration,  
6463 Inklusion und den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Neben der wichtigen Aufgabe  
6464 des Breitensports werden wir die beschlossene Reform der Förderung des Leis-  
6465 tungssports mit allen Beteiligten umsetzen und wollen dafür deutlich mehr Mittel be-  
6466 reitstellen.



6467 **XI. Verantwortungsvoller Umgang mit unseren Ressourcen**

6468

6469 **1. Umwelt und Klima**

6470 Wir wollen für unsere Kinder und Enkelkinder eine intakte Natur bewahren. Eine saubere Umwelt und der Schutz der Biodiversität sind unser Ziel. Dafür werden wir das Prinzip der Nachhaltigkeit umfassend beachten und wirksame Maßnahmen ergreifen, um den Artenschwund zu stoppen, die Landnutzung umweltgerechter zu gestalten, Wasser und Böden besser zu schützen, die Luft sauberer zu halten und unsere Ressourcen im Kreislauf zu führen.

6476

6477 Wir stehen für eine Umwelt- und Klimapolitik, die die Bewahrung der Schöpfung und den Schutz natürlicher Ressourcen mit wirtschaftlichem Erfolg und sozialer Verantwortung erfolgreich verbindet. Wir treten für eine effiziente, technologieoffene und innovationsfördernde Umweltpolitik ein, die wir gemeinsam mit den gesellschaftlichen Partnern gestalten. EU-Recht setzen wir 1:1 um.

6482

6483 Wir werden zeigen, dass anspruchsvoller Klimaschutz, wirtschaftliche Prosperität und sozialer Ausgleich erfolgreich vereinbar sind. Mit dem weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien und dem bereits weit fortgeschrittenen Ausstieg aus der Kernenergie haben wir wichtige Grundlagen für die Zukunft gelegt. Wir werden nun ein neues integriertes Energiesystem schaffen aus Erneuerbaren, Energieeffizienz, einem beschleunigten Ausbau der Stromnetze, einer schrittweisen Reduzierung der Stromerzeugung aus fossilen Energieträgern und einer forcierten Nutzung der Digitalisierung. Klima- und Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit sind die Eckpfeiler dieser Energiepolitik. Die Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes ist Grundbedingung einer erfolgreichen Energiewende und dafür, dass sie auch international zum Erfolgsmodell wird.

6494

6495 **Umwelt**

6496 Umweltschutz als Teil einer umfassenden Nachhaltigkeitspolitik

6497

6498 Die Umsetzung der Agenda 2030 und die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung sind Maßstab des Regierungshandelns. Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie wollen wir kontinuierlich und ambitioniert weiterentwickeln.

6501

6502 Wir wollen das Nationale Programm für nachhaltigen Konsum weiterentwickeln sowie das „Kompetenzzentrum Nachhaltiger Konsum“ weiter stärken. Wir werden auf die Stärkung der ökologischen Standards in der EU-Öko-Design-Richtlinie hinwirken.

6505

6506 Um der Vorbildwirkung der öffentlichen Verwaltung gerecht zu werden, soll die Bundesregierung ihr „Maßnahmenprogramm Nachhaltigkeit“ umsetzen und weiterentwickeln.

6509

6510 Wir werden alle Subventionen – neue und alte – gemäß den subventionspolitischen Leitlinien und dem Prinzip der Nachhaltigkeit einer stetigen Überprüfung unterziehen.

6512

6513 **Internationaler und europäischer Umweltschutz**

6514 Die globalen Umweltbedrohungen brauchen eine starke internationale Umweltpolitik. Deshalb werden wir uns – in besonderer und enger Zusammenarbeit mit Frankreich – für eine Stärkung der internationalen Umweltinstitutionen einsetzen. Wir wollen die Mittel für die internationale Umweltpolitik aufstocken. Wir setzen uns gegen den fort-

6517

6518 schreitenden Verlust an biologischer Vielfalt, die Zerstörung von Wäldern und den  
6519 zunehmenden Verlust an fruchtbaren Böden ein. Unser Engagement im internationa-  
6520 len Artenschutz und gegen die Wilderei sowie den illegalen Wildtierhandel werden  
6521 wir ausweiten. Sauberes Wasser ist die wichtigste Lebensgrundlage aller Menschen.  
6522 Zur Krisenprävention und Bekämpfung der Fluchtursachen wollen wir insbesondere  
6523 in Afrika in einer gemeinsamen Initiative mit der deutschen Wasserwirtschaft Maß-  
6524 nahmen zur Verbesserung der Versorgung mit Wasser auf lokaler Ebene ermögli-  
6525 chen.

6526  
6527 Wir werden die EU-Präsidentschaft im Jahr 2020 nutzen, um das Ambitionsniveau  
6528 des europäischen Umweltschutzes weiter zu steigern. Dabei bekennen wir uns zum  
6529 europäischen Vorsorgeprinzip. Wir wollen Europa auf dem Weg zu einem nachhalti-  
6530 gen Wirtschaften voranbringen.

6531

### 6532 **Internationaler Meeresschutz**

6533 Wir werden der übermäßigen Nutzung der Ozeane entgegenwirken und den Schutz  
6534 der Meere insbesondere vor Vermüllung verbessern. Wir setzen uns für ein Schutz-  
6535 gebietsnetz für Hochseegebiete und für ein internationales Durchführungsüberein-  
6536 kommen zum Schutz der biologischen Vielfalt im Bereich der Hohen See ein und un-  
6537 terstützen die Einrichtung von Schutzgebieten in Arktis und Antarktis. Um Nord- und  
6538 Ostsee besser zu schützen, werden wir ein wirksames Management der Freizeitfi-  
6539 scherei in den Schutzgebieten in Kraft setzen und uns für wirksame Fischereirege-  
6540 lungen auf EU-Ebene sowie eine bessere Förderung ökosystemgerechter Fangtech-  
6541 niken und -methoden einsetzen. Für einen umweltverträglichen Tiefseebergbau sol-  
6542 len internationale Regeln entwickelt werden.

6543

### 6544 **Hochwasserschutz, Gewässerschutz**

6545 Wir werden das Nationale Hochwasserschutzprogramm umsetzen und stärken es,  
6546 indem wir es über die derzeit vorgesehenen zehn Jahre hinaus dauerhaft ausstatten.  
6547 Zudem werden wir dieses Programm zum vorbeugenden Hochwasserschutz aus-  
6548 bauen und den Küstenschutz sicherstellen. Die Interessen der Flächeneigentümer  
6549 werden wir wie bisher berücksichtigen.

6550

6551 Wir werden für einen verbesserten Hochwasserschutz bis 2021 länderübergreifende  
6552 Raumordnungspläne zum Schutz der Menschen und Umwelt entlang unserer Ge-  
6553 wässer entwickeln.

6554

6555 Im Dialog mit der Landwirtschaft werden wir auf eine gewässerschonende Bewirt-  
6556 schaftung hinwirken. Die Abwasserabgabenregelung wollen wir mit dem Ziel der Re-  
6557 duzierung von Gewässerverunreinigungen weiter entwickeln. Wir wollen mit einer  
6558 Öffentlichkeitskampagne auf die Gefahren einer falschen Entsorgung von Arzneimit-  
6559 teln über das Abwasser hinweisen, auf eine sachgerechte Handhabung abzielen und  
6560 damit insbesondere den Schutz unserer Wasserressourcen vor Chemikalieneinträ-  
6561 gen verbessern.

6562

6563 Wir wollen die Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel fortentwickeln  
6564 und dafür die notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellen.

6565

6566 **Schutz der biologischen Vielfalt**

6567 Den Schutz der biologischen Vielfalt werden wir als Querschnittsaufgabe zu einem  
6568 starken Pfeiler unserer Umweltpolitik machen. Dazu wollen wir die Umsetzung der  
6569 Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt forcieren.

6570  
6571 Das erfolgreiche Programm „Nationales Naturerbe“ werden wir mit einer vierten  
6572 Tranche über 30 000 Hektar, darunter 20 000 Hektar von der Bodenverwertungs-  
6573 und -verwaltungs GmbH, fortsetzen.

6574  
6575 Wir wollen das Bundesprogramm „Biologische Vielfalt“ fortführen und werden die Mit-  
6576 tel für „chance.natur – Bundesförderung Naturschutz“ erhöhen. In Zusammenarbeit  
6577 mit den Ländern werden wir einen Aktionsplan Schutzgebiete erarbeiten. Wir werden  
6578 einen „Wildnisfonds“ zur Verfügung stellen mit dem Ziel, die Länder bei der Umset-  
6579 zung des Zwei-Prozent-Ziels Wildnis zu unterstützen. Das Bundesprogramm „Blaues  
6580 Band Deutschland“ werden wir weiter umsetzen. Wir wollen eine Moorschutzstrategie  
6581 erarbeiten und die ersten Maßnahmen noch in dieser Legislaturperiode umsetzen.  
6582 Zur Erhöhung der Arten- und Biotopvielfalt in den Städten wollen wir einen Master-  
6583 plan zur Umsetzung des Weißbuchs „Grün in der Stadt“ entwickeln und umsetzen.

6584  
6585 Wir werden das Insektensterben umfassend bekämpfen. Mit einem „Aktionspro-  
6586 gramm Insektenschutz“ wollen wir die Lebensbedingungen für Insekten verbessern.  
6587 Wir wollen ein wissenschaftliches Monitoringzentrum zur Biodiversität unter Einbe-  
6588 ziehung des Bundesumwelt- sowie des Bundeslandwirtschaftsministeriums aufbau-  
6589 en.

6590  
6591 Wir werden uns in der EU für mehr Mittel für den Naturschutz, die sich am Bedarf von  
6592 Natura 2000 orientieren, und einen eigenständigen EU-Naturschutzfonds einsetzen.

6593  
6594 Wir initiieren einen Dialog zwischen Landwirten, Jägern, Fischern, den Naturschutz-  
6595 verbänden und der Wissenschaft, um den Schutz der heimischen Flora und Fauna  
6596 vor sich zunehmend ausbreitenden nicht-heimischen Tier- und Pflanzenarten zu ver-  
6597 bessern.

6598  
6599 Unser Ziel ist, Eingriffe in Natur und Landschaft möglichst zu vermeiden. Dort, wo  
6600 dies nicht möglich ist, sind entstandene Beeinträchtigungen wieder auszugleichen,  
6601 um die Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes auf Dauer zu sichern. Wir wollen eine  
6602 Bundeskompensationsverordnung mit einem vielseitigen Mix qualitativ hochwertiger  
6603 Maßnahmen schaffen, damit Genehmigungsbehörden Spielraum erhalten, auch bei  
6604 der Errichtung Erneuerbarer-Energien-Anlagen und beim Netzausbau die Flächenin-  
6605 anspruchnahme möglichst gering zu halten.

6606  
6607 Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft haben große Potenziale für den Klimaschutz  
6608 und die Bewahrung der Biodiversität. Schutzmaßnahmen wollen wir deshalb ver-  
6609 stärkt in Zusammenarbeit mit diesen Sektoren voranbringen und die vorhandenen  
6610 Instrumente verstärkt nutzen. Wir wollen international Schutz, Erhaltung und Wieder-  
6611 aufbau von Wäldern und die Finanzierung dafür voranbringen.

6612  
6613 **Kreislaufwirtschaft**

6614 Wir stehen für eine Weiterentwicklung des erfolgreichen deutschen Modells der  
6615 Kreislaufwirtschaft. Anspruchsvolle Recyclingquoten, Wettbewerb und Produktver-  
6616 antwortung sollen dabei auch künftig die Leitplanken sein. Wir wollen, auch im Rah-

6617 men des europäischen Kreislaufwirtschaftspakets und der weiteren Arbeiten an der  
6618 europäischen Plastikstrategie, Abfallvermeidung und Recycling stärken, die Einsatz-  
6619 möglichkeiten für recycelte Materialien verbessern und entsprechende Anreize sowie  
6620 mögliche gesetzliche Pflichten prüfen. Daneben wollen wir die Produktverantwortung  
6621 weiterentwickeln, d.h. Hersteller müssen Langlebigkeit, Reparierbarkeit und Wieder-  
6622 verwendbarkeit stärker berücksichtigen.

6623  
6624 Wir werden die Recyclingpotenziale weiterer relevanter Abfallströme wie Altholz, Alt-  
6625 textilien oder Altreifen evaluieren und verstärkt nutzen. Bei der Einweg-Mehrweg-  
6626 Diskussion setzen wir auf Wissenschaftlichkeit und den größten ökologischen Nut-  
6627 zen. Deshalb werden wir für Ökobilanzen als Entscheidungsgrundlage zügig die ein-  
6628 heitliche Methodik weiterentwickeln. Wir werden eine „Nationale Forschungs- und  
6629 Innovationsstrategie für Ressourcenschutztechnologie“ gemeinsam mit der Wirt-  
6630 schaft erarbeiten.

6631  
6632 Wir wollen den Bodenschutz in der Praxis voranbringen und einen bundeseinheitli-  
6633 chen und rechtsverbindlichen Rahmen für die Verwertung mineralischer Abfälle  
6634 schaffen. Die Mantelverordnung für Ersatzbaustoffe und Bodenschutz muss ein ho-  
6635 hohes Schutzniveau für Mensch, Boden und Grundwasser gewährleisten, gleichzeitig  
6636 aber praxistauglich und kosteneffizient ausgestaltet sein sowie Entsorgungsengepäs-  
6637 se vermeiden. Wir wollen den Ländern bei entsprechenden Änderungsanträgen des  
6638 Bunderates mit der Aufnahme einer Öffnungsklausel die Möglichkeit einräumen, be-  
6639 reits bestehende und bewährte länderspezifische Regelungen bei der Verfüllung von  
6640 Gruben, Brüchen und Tagebauen gesetzlich abzusichern.

#### 6641 6642 **Luftreinhaltung**

6643 Wir werden die Novelle der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft)  
6644 zügig verabschieden und damit an den Stand der Technik anpassen.

#### 6645 6646 **Umwelt und Gesundheit**

6647 Wir werden auch aus Wettbewerbsgründen auf EU-Ebene dafür eintreten, dass Er-  
6648 zeugnisse, die besonders besorgniserregende Stoffe enthalten und freisetzen kön-  
6649 nen, im Rahmen der bestehenden Chemikalienverordnung REACH geregelt werden,  
6650 wenn sie nicht in der EU hergestellt werden. Eine geeignete und bewährte Maßnah-  
6651 me zur Regelung von Stoffen in Erzeugnissen ist das REACH-  
6652 Beschränkungsverfahren. Die Regulierung dieser Erzeugnisse soll beschleunigt und  
6653 erleichtert werden. Regelungslücken, die europäische Unternehmen benachteiligen,  
6654 sollen bei künftigen Anpassungen der bestehenden REACH-Vorschriften geschlos-  
6655 sen werden.

6656  
6657 Wir wollen das ressortübergreifende „Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit“  
6658 weiterentwickeln, um den Schutz der Menschen vor umweltbedingten Gesundheitsri-  
6659 siken weiter zu verbessern.

6660  
6661 Wir wollen zur Verbesserung des Schutzes der Gesundheit vor ionisierender Strah-  
6662 lung das Strahlenschutzgesetz 2017 auf der Verordnungsebene konkretisieren. Im  
6663 Bundesamt für Strahlenschutz wollen wir ein Kompetenzzentrum „Strahlenschutz und  
6664 Stromnetze“ einrichten. Wir wollen den Schutz vor elektromagnetischen Feldern bei  
6665 der Digitalisierung, insbesondere auch bei dem Aufbau des zukünftigen Mobilfunk-  
6666 standards, sicherstellen.

6667

6668 **Atompolitik**

6669 Wir werden den beschlossenen Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie bis Ende  
6670 2022 zielgerichtet vorantreiben. Auch für den verbleibenden Nutzungszeitraum bleibt  
6671 bestmögliche Sicherheit das oberste Gebot und muss von den Betreibern jederzeit  
6672 gewährleistet werden.

6673  
6674 Wir wollen ein In-camera-Verfahren im Hauptsacheverfahren einführen, so dass ge-  
6675 heimhaltungsbedürftige Unterlagen zum Zwecke des Nachweises der Genehmi-  
6676 gungsvoraussetzungen in ein verwaltungsgerichtliches Hauptsacheverfahren bei  
6677 gleichzeitiger Wahrung des Geheimsschutzes eingeführt werden können.

6678  
6679 In der EU werden wir uns dafür einsetzen, dass die Zielbestimmungen des EU-  
6680 RATOM-Vertrages hinsichtlich der Nutzung der Atomenergie an die Herausforderun-  
6681 gen der Zukunft angepasst werden. Wir wollen keine EU-Förderung für neue Atom-  
6682 kraftwerke. Wir wollen eine konsequente Beendigung aller Beteiligungen staatlicher  
6683 Fonds an AKWs im Ausland umsetzen.

6684  
6685 Wir stehen für eine zügige Umsetzung bei der Suche nach einem Endlager für hoch-  
6686 radioaktive Abfälle gemäß Standortauswahlgesetz. An dem gesetzlich festgelegten  
6687 Ziel, bis 2031 den Standort für ein Endlager festzulegen, halten wir fest. Dafür ist als  
6688 nächster Schritt die schnellstmögliche Festlegung der übertägigen Erkundungs-  
6689 standorte erforderlich. Die Zugänglichkeit und Veröffentlichung der hierfür benötigten  
6690 wissenschaftlichen Daten ist durch die rasche Verabschiedung des Geowissen-  
6691 schaftsdatingesetzes zu ermöglichen. Ein zügiges Verfahren ist auch im Interesse  
6692 der Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen, in denen sich derzeit atomare Zwi-  
6693 schenlager befinden. Diese dürfen nicht zu faktischen Endlagern werden.

6694  
6695 Um die sichere Entsorgung der bereits angefallenen erheblichen Mengen schwach-  
6696 und mittelradioaktiver Abfälle und einen zügigen Rückbau der Atomkraftwerke zu  
6697 ermöglichen, wollen wir eine möglichst rasche Fertigstellung und Inbetriebnahme von  
6698 Schacht Konrad als Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle wie auch die  
6699 zuvor erforderliche Produktkontrolle vorantreiben. Für einen zügigen Einlagerungsbe-  
6700 trieb ist die Errichtung eines Bereitstellungslagers unverzichtbar. Wir wollen deshalb  
6701 ein solches Bereitstellungslager einrichten und mit den Planungen dafür unverzüglich  
6702 beginnen.

6703  
6704 Wir werden ein Konzept zum perspektivischen Erhalt von Fachwissen und -personal  
6705 für Betrieb, Rückbau und zu Sicherheitsfragen bei Nuklearanlagen sowie für Zwi-  
6706 schen- und Endlagerung erarbeiten.

6707  
6708 Wir wollen, dass Deutschland bei der Reaktorsicherheit in Europa dauerhaft Einfluss  
6709 ausübt – auch nach dem Ausstieg aus der nationalen Nutzung der Kernenergie. Etli-  
6710 che Nachbarländer nutzen die Kernenergie weiter. Angesichts des alternden Be-  
6711 stands der Atomkraftwerke in Europa wollen wir uns weiterhin für umfassende Si-  
6712 cherheitsüberprüfungen, ambitionierte verbindliche Sicherheitsziele in der EU und ein  
6713 System wechselseitiger Kontrolle bei fortbestehender nationaler Verantwortung für  
6714 die Sicherheit einsetzen. Wer in Sicherheitsfragen mitreden will, der muss das auch  
6715 können. Dafür ist der Know-how-Erhalt unverzichtbar.

6716

6717 Die Arbeiten zur Rückholung der Abfälle aus dem Forschungsbergwerk Asse sind mit  
6718 hoher Priorität fortzusetzen. Auch die sichere Stilllegung des Endlagers Morsleben  
6719 muss schnellstmöglich vorangebracht werden.

6720  
6721 Wir wollen verhindern, dass Kernbrennstoffe aus deutscher Produktion in Anlagen im  
6722 Ausland, deren Sicherheit aus deutscher Sicht zweifelhaft ist, zum Einsatz kommen.  
6723 Wir werden deshalb prüfen, auf welchem Wege wir dieses Ziel rechtssicher errei-  
6724 chen.

### 6725 6726 **Biodiversitätsschutz**

6727 Wir werden mit einer systematischen Minderungsstrategie den Einsatz von  
6728 glyphosathaltigen Pflanzenschutzmitteln deutlich einschränken mit dem Ziel, die An-  
6729 wendung so schnell wie möglich grundsätzlich zu beenden. Dazu werden wir ge-  
6730 meinsam mit der Landwirtschaft Alternativen im Rahmen einer Ackerbaustrategie  
6731 entwickeln und u. a. umwelt- und naturverträgliche Anwendungen von Pflanzen-  
6732 schutzmitteln regeln. Die dazu notwendigen rechtlichen Maßnahmen werden wir in  
6733 einem EU-konformen Rahmen verankern.

### 6734 6735 **Klima**

6736 Wir bekennen uns zu den national, europäisch und im Rahmen des Pariser Klima-  
6737 schutzabkommens vereinbarten Klimazielen 2020, 2030 und 2050 für alle Sektoren.  
6738 Deutschland setzt sich gemäß dem Pariser Klimaschutzabkommen dafür ein, die  
6739 Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius und möglichst auf 1,5 Grad Cel-  
6740 sius zu begrenzen und spätestens in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts weltweit  
6741 weitgehende Treibhausgasneutralität zu erreichen.

6742  
6743 Wir setzen das Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 und den Klimaschutzplan 2050  
6744 mit den für alle Sektoren vereinbarten Maßnahmenpaketen und Zielen vollständig  
6745 um und werden Ergänzungen vornehmen, um die Handlungslücke zur Erreichung  
6746 des Klimaziels 2020 so schnell wie möglich zu schließen. Das Minderungsziel 2030  
6747 wollen wir auf jeden Fall erreichen. Dies soll unter Beachtung des Zieldreiecks Ver-  
6748 sorgungssicherheit, Sauberkeit und Wirtschaftlichkeit sowie ohne Strukturbrüche  
6749 und mithilfe einer deutlichen Steigerung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien  
6750 und der Energieeffizienz realisiert werden. Wir stehen weiterhin für eine wissen-  
6751 schaftlich fundierte, technologieoffene und effiziente Klimapolitik.

6752  
6753 Wir werden eine Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ unter  
6754 Einbeziehung der unterschiedlichen Akteure aus Politik, Wirtschaft, Umweltverbän-  
6755 den, Gewerkschaften sowie betroffenen Ländern und Regionen einsetzen, die auf  
6756 Basis des Aktionsprogramms Klimaschutz 2020 und des Klimaschutzplans 2050 bis  
6757 Ende 2018 ein Aktionsprogramm mit folgenden Elementen erarbeiten soll:

- 6758 • Maßnahmen, um die Lücke zur Erreichung des 40 Prozent-Reduktionsziels bis  
6759 2020 so weit wie möglich zu reduzieren,
  - 6760 • Maßnahmen, die das 2030-Ziel für den Energiesektor zuverlässig erreichen, ein-  
6761 schließlich einer umfassenden Folgenabschätzung,
  - 6762 • einen Plan zur schrittweisen Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung,  
6763 einschließlich eines Abschlussdatums und der notwendigen rechtlichen, wirt-  
6764 schaftlichen, sozialen und strukturpolitischen Begleitmaßnahmen und
  - 6765 • die finanzielle Absicherung für den notwendigen Strukturwandel in den betroffe-  
6766 nen Regionen und einen Fonds für Strukturwandel aus Mitteln des Bundes.
- 6767

6768 Ein zeitlich paralleles Vorgehen soll für den Bau- und Verkehrssektor erfolgen. Damit  
6769 schaffen wir die Grundlagen dafür, dass die Sektorziele 2030 erreicht werden. Auf  
6770 dieser Grundlage wollen wir ein Gesetz verabschieden, das die Einhaltung der Kli-  
6771 maschutzziele 2030 gewährleistet. Wir werden 2019 eine rechtlich verbindliche Um-  
6772 setzung verabschieden.

6773  
6774 Der Bund wird sich mit den betroffenen Regionen auch über die Fortführung der  
6775 Braunkohlesanierung nach 2022 abstimmen.

6776  
6777 Die Nationale Klimaschutzinitiative wird fortgesetzt.

6778  
6779 Den EU-Emissionshandel wollen wir als Leitinstrument weiter stärken. Unser Ziel ist  
6780 ein CO<sub>2</sub>-Bepreisungssystem, das nach Möglichkeit global ausgerichtet ist, jedenfalls  
6781 aber die G20-Staaten umfasst. Wir werden die Impulse der gemeinsamen Resoluti-  
6782 on von Assemblée nationale und Deutschem Bundestag zum 55. Jahrestag des  
6783 Élysée-Vertrags am 22. Januar 2018 aufgreifen und im Rahmen der deutsch-  
6784 französischen Freundschaft die enge Zusammenarbeit bei der Umsetzung des Pari-  
6785 ser Klimaschutzabkommens von 2015 und der Verpflichtungen des „One Planet  
6786 Summit“ von 2017 fortsetzen.

6787  
6788 Wir gewährleisten die internationale Wettbewerbsfähigkeit insbesondere energiein-  
6789 tensiver Industrien, sichern damit unsere integrierten Wertschöpfungsketten und  
6790 sorgen für einen umfassenden Schutz vor carbon leakage.

6791  
6792 Wir bekennen uns zur deutschen Verantwortung für den internationalen Klimaschutz  
6793 und sorgen für einen weiteren Aufwuchs der internationalen Klimaschutzfinanzierung  
6794 durch Deutschland im Rahmen der Erhöhung der ODA-Mittel.

## 6795 6796 **2. Raumordnung**

6797 Bis 2021 werden wir auch die Raumordnungspläne für die Außenwirtschaftszonen in  
6798 Nord- und Ostsee anpassen, um vor dem Hintergrund der zu erwartenden klimati-  
6799 schen Veränderungen die nachhaltige Nutzung der Meere sicherzustellen.

6800

6801 **XII. Deutschlands Verantwortung für Frieden, Freiheit und Sicherheit in der**  
6802 **Welt**

6803  
6804 Deutsche Außenpolitik ist dem Frieden verpflichtet und fest in den Vereinten Natio-  
6805 nen und der Europäischen Union verankert. Wir setzen uns für eine dauerhaft friedli-  
6806 che, stabile und gerechte Ordnung in der Welt ein. Gemeinsam mit unseren Partnern  
6807 verfolgen wir einen umfassenden und vernetzten Ansatz. Dabei setzen wir auf Dip-  
6808 lomatie, Dialog und Kooperation sowie Entwicklungszusammenarbeit. In diesem  
6809 Rahmen bleibt die Bundeswehr – wie im Weißbuch von 2016 dargelegt – ein unver-  
6810 zichtbarer Bestandteil deutscher Sicherheitspolitik. Unsere Politik basiert auf unseren  
6811 Werten und dient unseren Interessen.

6812  
6813 In den vergangenen Jahren ist die Welt unberechenbarer und unsicherer geworden –  
6814 auch für Deutschland und Europa. Internationale Ordnungen und fundamentale Prin-  
6815 zipien wie Multilateralismus, das Völkerrecht und die universelle Gültigkeit von Men-  
6816 schenrechten sind unter Druck und drohen zu erodieren. Die Folgen des Klimawan-  
6817 dels, Risiken von Handelskriegen, Rüstungswettläufen und bewaffneten Konflikten,  
6818 Instabilität im Nahen und Mittleren Osten, Fluchtbewegungen, sowie neue aggressive  
6819 Nationalismen innerhalb und außerhalb Europas fordern uns heraus und wirken bis  
6820 in unsere Gesellschaften hinein.

6821  
6822 In dieser Lage ist es die überragende Aufgabe deutscher Politik, auf Regeln basie-  
6823 rende internationale Kooperationen, Institutionen und Organisationen als Grundlage  
6824 von Frieden, Sicherheit und Stabilität zu stärken und weiter zu entwickeln. Unser  
6825 Ziel ist eine gerechte Gestaltung der Globalisierung im Sinne der Agenda 2030, die  
6826 allen Menschen ein Leben in Würde und Sicherheit bietet. Wir setzen auf starke  
6827 Partnerschaften und Allianzen. Dabei steht die Stärkung gemeinsamen europäischen  
6828 Handelns und der Gestaltungskraft der EU im Mittelpunkt.

6829  
6830 Europa wird nur dann politisch und wirtschaftlich erfolgreich sein, wenn es seiner  
6831 Verantwortung in der Welt gerecht wird. Europa nutzt heute sein politisches und wirt-  
6832 schaftliches Potenzial zu wenig und mit zu geringem Selbstbewusstsein. Wir brau-  
6833 chen eine neue Kultur der Verantwortung, die die Glaubwürdigkeit Europas als Part-  
6834 ner in der westlichen Welt erhöht und unsere Position gegenüber aufstrebenden  
6835 Mächten stärkt.

6836  
6837 In dieser Lage verfolgt Deutschland zwei zentrale Ziele: Europa muss international  
6838 eigenständiger und handlungsfähiger werden. Gleichzeitig wollen wir die Bindung an  
6839 die USA festigen. Wir wollen transatlantisch bleiben und europäischer werden.

6840  
6841 Wir brauchen eine entschlossene und substanzielle Außen-, Sicherheits-, Entwick-  
6842 lungs- und Menschenrechtspolitik aus einem Guss. Wir wollen die dafür zur Verfü-  
6843 gung stehenden Mittel deutlich stärken, um die immensen internationalen Herausfor-  
6844 derungen zu bewältigen.

6845  
6846 Die Zunahme von weltweiten Krisen stellt auch Deutschland vor enorme Herausfor-  
6847 derungen - sowohl in der Außen- und Verteidigungspolitik wie in der Entwicklungszu-  
6848 sammenarbeit. Unser Land wird gemeinsam mit unseren Nachbarn in Europa in Zu-  
6849 kunft mehr eigene Verantwortung für seine Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit  
6850 übernehmen müssen. Zugleich werden wir noch mehr als bisher bei gemeinsamen  
6851 Initiativen in den Vereinten Nationen, in der EU oder auch im bilateralen Verhältnis zu



6852 anderen Staaten gefordert werden. Humanitäre Hilfe zu leisten bei Krieg, Bürger-  
6853 krieg, Hunger und Not gehört zu unserem politischen Selbstverständnis. Aber wir  
6854 verfolgen dabei auch ein umfassendes Konzept für Sicherheit. Wir wissen, dass mili-  
6855 tärliche Mittel zur Abwehr von Gewalt und Terror notwendig sein können. Zugleich  
6856 wissen wir aber auch, dass für eine Befriedung von Konflikten insbesondere die  
6857 nachhaltige Schaffung von Lebensperspektiven in den betroffenen Ländern von zent-  
6858 raler Bedeutung ist. Dies gilt insbesondere für junge Menschen. Deshalb will  
6859 Deutschland die für diese Aufgaben bereitgestellten Mittel angemessen erhöhen.

6860  
6861 Im Rahmen der jährlichen Haushaltsaufstellung ab 2018 bis 2021 wird die Koalition  
6862 zusätzlich entstehende Haushaltsspielräume prioritär dazu nutzen, neben den Ver-  
6863 teidigungsausgaben zugleich die Mittel für Krisenprävention, humanitäre Hilfe, aus-  
6864 wärtige Kultur- und Bildungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit ausgehend von  
6865 der Grundlage des 51. Finanzplans angemessen zu erhöhen im Verhältnis von eins  
6866 zu eins beim Verteidigungshaushalt zu Ausgaben im Rahmen der ODA-Quote (Kri-  
6867 senprävention, humanitäre Hilfe, Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik und Entwick-  
6868 lungszusammenarbeit). Diese Erhöhungen dienen der Schließung von Fähigkeitslü-  
6869 cken der Bundeswehr und der Stärkung der europäischen Zusammenarbeit im Ver-  
6870 teidigungsbereich wie auch gleichermaßen der Stärkung der zivilen Instrumente der  
6871 Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen einer umfassenden ge-  
6872 meinsamen Friedens- und Sicherheitspolitik. Deutschland wird verbindlich mit dieser  
6873 Haushaltspolitik und der Koppelung von Verteidigungsausgaben und ODA-  
6874 quotenfähigen Ausgaben sowohl dem Zielkorridor der Vereinbarungen in der NATO  
6875 folgen als auch den internationalen Verpflichtungen zur weiteren Steigerung der  
6876 ODA-Quote nachkommen, deren beider Absinken bereits 2018 verhindert werden  
6877 muss.

6878  
6879 Die weitere (nicht ODA-quotenfähige) angemessene Mittelausstattung des Auswärtig-  
6880 en Dienstes einschließlich des Konsularwesens, z. B. zum Schutz der Auslandsver-  
6881 tretungen, zur vollständigen Umsetzung des Gesetzes über den Auswärtigen Dienst,  
6882 sowie für den Aufbau einer einheitlichen Auslands-IT für alle Bundesbehörden, ins-  
6883 besondere die diplomatischen Auslandsvertretungen, bleibt davon unberührt.

## 6884 6885 **1. Europäische Außen- und Sicherheitspolitik**

6886 Wir wollen eine Europäische Union, die nach Innen erfolgreich ist und zugleich in der  
6887 globalisierten Welt unsere Interessen wahrt und mit unseren Werten überzeugt. Hier-  
6888 zu braucht sie eine kraftvolle gemeinsame Außen-, Sicherheits-, Verteidigungs- und  
6889 Entwicklungspolitik, die weit intensiver als bisher mit einer Stimme spricht und mit gut  
6890 ausgestatteten und aufeinander abgestimmten zivilen und militärischen Instrumenten  
6891 arbeitet.

6892  
6893 Dafür müssen die außenpolitischen Entscheidungsmechanismen innerhalb der EU  
6894 fortentwickelt werden. Analog zur Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit im mili-  
6895 tärlichen Bereich (PESCO) wollen wir auch im zivilen Bereich eine vergleichbare  
6896 Struktur schaffen und werden hierzu eine Initiative anstoßen. Ebenso notwendig ist  
6897 auch die Weiterentwicklung der Strukturen der EU-Entwicklungspolitik.

6898  
6899 Wir werden die Europäische Verteidigungsunion mit Leben füllen. Dabei werden wir  
6900 die in die PESCO eingebrachten Projekte vorantreiben und das neue Instrument des  
6901 Europäischen Verteidigungsfonds nutzen. Wir setzen uns für ein angemessen aus-  
6902 gestattetes Hauptquartier der EU zur Führung der zivilen und militärischen Missionen

6903 ein. Wir wollen, dass die Planungsprozesse innerhalb der EU effizienter abgestimmt  
6904 und mit denen der NATO harmonisiert werden. Auch im Rahmen dieser Kooperation  
6905 bleibt die Bundeswehr eine Parlamentsarmee. Wir werden weitere Schritte auf dem  
6906 Weg zu einer „Armee der Europäer“ unternehmen.

6907  
6908 Gemeinsam mit Frankreich werden wir die vereinbarten Projekte des deutsch-  
6909 französischen Arbeitsplans („Feuille de Route“) engagiert fortsetzen. Gleiches gilt für  
6910 die deutsch-niederländische und die deutsch-norwegische Kooperationen, die wir  
6911 ausbauen wollen.

6912  
6913 Damit die Fähigkeits- und Rüstungskooperation innerhalb Europas künftig effizienter  
6914 wird, wollen wir in Zukunft militärische Fähigkeiten stärker gemeinsam planen, entwi-  
6915 ckeln, beschaffen und betreiben. Dabei soll ein einheitliches Design auf Basis ein-  
6916 heitlicher Fähigkeitsforderungen entwickelt werden und ein Staat die Federführung  
6917 der Umsetzung des Projektes übernehmen. Ferner soll die Wertschöpfung dort erfol-  
6918 gen, wo die beste unternehmerische und technologische Kompetenz in Industrie und  
6919 Mittelstand liegt.

6920  
6921 **Außen-, sicherheits- und entwicklungspolitische Handlungs- und Strategiefä-**  
6922 **higkeit sicherstellen**

6923 Angesichts der internationalen Herausforderungen muss Deutschland seine Kapazi-  
6924 täten zur strategischen Analyse stärken und seine strategische Kommunikation in-  
6925 tensivieren. Deshalb wird die Bundesregierung in den Ausbau des außen-, sicher-  
6926 heits- und entwicklungspolitischen Sachverständigeninvestitionen und bestehende Ein-  
6927 richtungen wie die Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS), das Deutsche  
6928 Institut für Entwicklungspolitik (DIE), die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik  
6929 (DGAP), die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF), das German Institute of  
6930 Global and Area Studies (GIGA), die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktfor-  
6931 schung (HSFK), das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg  
6932 (IFSH), die Münchner Sicherheitskonferenz (MSC), das Zentrum für Osteuropa- und  
6933 internationale Studien (ZOIS) und die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) stär-  
6934 ken.

6935  
6936 Zur Stärkung europäischer Handlungsfähigkeit wollen wir die Idee eines „European  
6937 Council on Global Responsibilities“ unterstützen, die in EU-Mitgliedstaaten wie  
6938 Frankreich und Polen diskutiert wird. Der Council soll als unabhängige Institution Ini-  
6939 tiativen formulieren, die Europas Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit ermutigen  
6940 und dazu beitragen, unsere Interessen bei der Gestaltung einer neuen Weltordnung  
6941 selbstbewusster zur Geltung zu bringen.

6942  
6943 Die Ertüchtigung von Partnern in fragilen Regionen ist ein zentrales Ziel deutscher  
6944 Sicherheitspolitik. Wir wollen darum den nationalen, von Auswärtigem Amt und Bun-  
6945 desministerium der Verteidigung verantworteten Mittelansatz ausbauen und auch  
6946 weiterhin den Bedarf unserer Partner an Beratung, Ausbildung und Ausstattung ab-  
6947 decken. Wir setzen uns dafür ein, dass für Ertüchtigungsprojekte im Sicherheitsbe-  
6948 reich auf EU-Ebene (CBSD) rasch ein gesondertes Finanzinstrument außerhalb der  
6949 EU-Entwicklungsfinanzierung eingerichtet wird.

6950

6951 **2. Internationale und europäische Bündnisse und Partnerschaften**

6952

6953 **Vereinte Nationen stärken**

6954 Die Vereinten Nationen (VN) sind Fundament einer regelbasierten Internationalen  
6955 Ordnung. Deutschland will mehr Verantwortung für Frieden und Sicherheit überneh-  
6956 men, auch mit Übernahme eines ständigen Sitzes im Sicherheitsrat. Für die Jahre  
6957 2019/2020 streben wir einen nicht-ständigen Sitz im Sicherheitsrat an. Für die Zu-  
6958 kunft streben wir einen ständigen Sitz der Europäischen Union an.

6959

6960 Wir sind bereit, unsere freiwilligen VN-Beiträge strategischer auszurichten und zu  
6961 erhöhen. Wir werden die Vereinten Nationen weiterhin in der Friedenssicherung en-  
6962 gagierte und verlässlich unterstützen, indem wir insbesondere Hochwertfähigkeiten für  
6963 Friedensmissionen nach dem Rotationsprinzip bereitstellen. Zudem wollen wir den  
6964 VN-Standort Bonn auf Grundlage eines neuen Gaststaatsgesetzes stärken.

6965

6966 **Transatlantische Partnerschaft als Werte- und Interessengemeinschaft festigen**

6967 Mit den USA und Kanada verbindet uns eine starke Werte- und Interessengemein-  
6968 schaft. Nur gemeinsam können wir die Herausforderungen in unserer Nachbarschaft  
6969 und die der Globalisierung bewältigen. Davon lassen wir uns in unseren Beziehun-  
6970 gen leiten. Diese bleiben auch wirtschaftlich von herausragender Bedeutung für  
6971 Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit für Deutschland und Europa.

6972

6973 Die USA durchlaufen einen tiefgreifenden Wandel, der uns vor große Herausforde-  
6974 rungen stellt. Darauf werden wir unsere Politik entsprechend ausrichten. Wir wollen  
6975 darauf mit Dialog und verstärkten Kooperationsangeboten reagieren. Wir setzen uns  
6976 für einen offenen, intensiven Dialog mit der US-Administration, dem Kongress und  
6977 Vertretern der US-Bundesstaaten ein und intensivieren unsere Anstrengungen, deut-  
6978 schen und europäischen Positionen in Washington Gehör zu verschaffen. Hierzu ge-  
6979 hört eine stärkere, regelmäßige Präsenz deutscher und europäischer Entscheidungs-  
6980 trägerinnen und Entscheidungsträger in den USA.

6981

6982 Um das gegenseitige Verständnis und Vertrauen der kommenden Generationen in-  
6983 einander zu festigen, streben wir einen intensiveren Austausch mit der amerikani-  
6984 schen Bevölkerung auch außerhalb der politischen und wirtschaftlichen Zentren der  
6985 USA an, und wir wollen gezielt Institutionen fördern, die eine Plattform für diesen Dia-  
6986 log bieten.

6987

6988 Wir werden das Deutschlandjahr in den USA in den Jahren 2018/2019 nutzen, um  
6989 den gesellschaftlichen Dialog in aller Breite zu verstärken und die Kontaktmöglichkei-  
6990 ten auszubauen.

6991

6992 Wir wollen faire und belastbare Handelsbeziehungen zu den USA. Protektionismus  
6993 ist nicht der richtige Weg.

6994

6995 **Deutschland als verlässlicher Partner in NATO, OSZE und Europarat**

6996 Die NATO bleibt unverzichtbarer Garant und ist Fundament unserer Sicherheit.  
6997 Deutschland ist und bleibt ein verlässlicher Partner in der Allianz.

6998

6999 Wir wollen den europäischen Beitrag zur transatlantischen Partnerschaft stärken und  
7000 setzen uns für eine engere Zusammenarbeit der NATO und der EU ein. Wir wollen  
7001 die vereinbarten NATO-Fähigkeitsziele erreichen und Fähigkeitslücken schließen.

7002  
7003 Deutschland wird auch künftig einen angemessenen Beitrag zum Erhalt der Ab-  
7004 schreckungs- und Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses und zu einer starken euro-  
7005 päischen Verteidigung leisten. Zugleich bleibt die NATO dialogbereit.

7006  
7007 Wir begrüßen die Wiederaufnahme von regelmäßigen Konsultationen im Rahmen  
7008 des NATO-Russland-Rats und werden uns auch künftig dafür einsetzen, dieses In-  
7009 strument verstärkt zur Vertrauensbildung und Konfliktreduzierung zu nutzen.

7010  
7011 **OSZE**  
7012 Wir bekräftigen die zentrale Rolle der Organisation für Sicherheit und Zusammenar-  
7013 beit in Europa (OSZE) für die gesamteuropäische Sicherheit und Vertrauensbildung  
7014 und für die Beilegung bewaffneter Konflikte in Europa. Wir setzen uns für eine Stär-  
7015 kung der Sonderbeobachtermission SMM als zentrales Element zur Umsetzung der  
7016 Minsker Vereinbarungen in der Ukraine ein.

7017  
7018 **Europarat**  
7019 Gerade in einer Zeit neuer Herausforderungen wollen wir, dass der Europarat Hüter  
7020 und Bewahrer elementarer Grund- und Menschenrechte bleibt. Für die effiziente Be-  
7021 wältigung der Aufgaben benötigt er eine ausreichende finanzielle Grundlage, zu der  
7022 wir beitragen wollen. Wir wirken daran mit, dass eine klare wertebasierte Arbeit des  
7023 Europarats stets möglich ist. Die gleichberechtigte Mitarbeit aller Mitglieder ist lang-  
7024 fristig unser Ziel.

7025  
7026 **3. Abrüstung und restriktive Rüstungsexportpolitik**  
7027 Rüstungskontrolle und Abrüstung bleiben prioritäre Ziele deutscher Außen- und Si-  
7028 cherheitspolitik. Wir wollen ein neues konventionelles und nukleares Wettrüsten auf  
7029 unserem Kontinent vermeiden. Deutschland wird deshalb neue Initiativen für Rüs-  
7030 tungskontrolle und Abrüstung ergreifen. Wir setzen uns entschlossen für die weltwei-  
7031 te verifizierbare Abrüstung von allen Massenvernichtungswaffen ein.

7032  
7033 Ziel unserer Politik ist eine nuklearwaffenfreie Welt. Wir unterstützen daher regionale  
7034 Initiativen für Zonen, die frei von Massenvernichtungswaffen sind. Wir setzen auf die  
7035 Einhaltung und einen stetigen und verantwortlichen Ausbau der Nichtverbreitungs-  
7036 und Kontrollregime.

7037  
7038 Im nuklearen Bereich setzen wir uns für die strikte Einhaltung des INF-Vertrages (In-  
7039 termediate Range Nuclear Forces) ein. Eine vollständige Überprüfbarkeit ist essenti-  
7040 ell. Ein russischer Vertragsbruch, für den es begründete Sorgen gibt, hätte erhebliche  
7041 Auswirkungen, weil derartige Waffen jedes Ziel in Europa erreichen könnten.

7042  
7043 Solange Kernwaffen als Instrument der Abschreckung im Strategischen Konzept der  
7044 NATO eine Rolle spielen, hat Deutschland ein Interesse daran, an den strategischen  
7045 Diskussionen und Planungsprozessen teilzuhaben. Erfolgreiche Abrüstungsgesprä-  
7046 che schaffen die Voraussetzung für einen Abzug der in Deutschland und Europa sta-  
7047 tionierten taktischen Nuklearwaffen.

7048

7049 Wir wollen den „Strukturierten Dialog“ der OSZE intensivieren, um Bedrohungs-  
7050 perceptionen zu erörtern, Sicherheitskooperation wiederzubeleben und die konventi-  
7051 onelle Rüstungskontrolle zu stärken.

7052  
7053 Wir setzen uns dafür ein, dass der Einsatz von Explosivwaffen in dicht besiedelten  
7054 Gebieten, wie wir ihn mit der grausamen Kriegsführung mit Fassbomben in Syrien  
7055 erleben mussten, in aller Deutlichkeit geächtet wird.

7056  
7057 Autonome Waffensysteme, die der Verfügung des Menschen entzogen sind, lehnen  
7058 wir ab. Wir wollen sie weltweit ächten.

7059  
7060 Deutschland wird auch künftig für die Einbeziehung bewaffneter unbemannter Luft-  
7061 fahrzeuge in internationale Abrüstungs- und Rüstungskontrollregime eintreten.

#### 7062 7063 **Für eine restriktive Rüstungsexportpolitik**

7064 Wir schränken die Rüstungsexporte für Drittländer weiter ein, die weder NATO noch  
7065 EU-Mitgliedsländer sind, noch diesen gleichgestellt. Ergänzend zu den Kleinwaffen-  
7066 grundsätzen vom Mai 2015 sollen Kleinwaffen grundsätzlich nicht mehr in Drittländer  
7067 exportiert werden. Wir schärfen noch im Jahr 2018 die Rüstungsexportrichtlinien  
7068 aus dem Jahr 2000 und reagieren damit auf die veränderten Gegebenheiten.

7069  
7070 Wir werden ab sofort keine Ausfuhren an Länder genehmigen, solange diese unmit-  
7071 telbar am Jemen-Krieg beteiligt sind. Firmen erhalten Vertrauensschutz, sofern sie  
7072 nachweisen, dass bereits genehmigte Lieferungen ausschließlich im Empfängerland  
7073 verbleiben. Wir wollen diese restriktive Exportpolitik mit Blick auf den Jemen auch mit  
7074 unseren Partnern im Bereich der europäischen Gemeinschaftsprojekte verabreden.

7075  
7076 Auf dieser Basis streben wir ebenfalls eine gemeinsame europäische Rüstungsex-  
7077 portpolitik an und wollen den gemeinsamen Standpunkt der EU fortentwickeln.

### 7078 7079 **4. Bilaterale und regionale Zusammenarbeit in Europa und der Welt**

#### 7080 7081 **Westlicher Balkan**

7082 Wir stehen zur EU-Beitrittsperspektive der Staaten des Westlichen Balkans. Es ist  
7083 Voraussetzung für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen bzw. einen EU-Beitritt,  
7084 dass die Staaten der Region die dafür vorgesehenen Kriterien vollständig erfüllen.  
7085 Dazu gehören insbesondere umfassende, nachhaltige und unumkehrbare Reformen  
7086 beim Aufbau von Rechtsstaatlichkeit und bei der Bekämpfung von Organisierter Kri-  
7087 minalität und Korruption.

7088  
7089 Wir setzen uns dafür ein, die Reformbemühungen der Westbalkan-Staaten noch  
7090 stärker als bisher zu unterstützen. Darüber hinaus wird die Bundesregierung die Zu-  
7091 sammenarbeit innerhalb der Region, insbesondere im Rahmen des „Berliner Prozes-  
7092 ses“, auch in Zukunft entschieden unterstützen.

#### 7093 7094 **Russland**

7095 Deutschland hat ein nachdrückliches Interesse an guten Beziehungen zu Russland  
7096 und an enger Zusammenarbeit zur Sicherung von Frieden und zur Regelung wichti-  
7097 ger internationaler Herausforderungen.

7098

7099 Russland ist unser größter europäischer Nachbar, mit dem wir Frieden in Europa, die  
7100 Integrität nationaler Grenzen und die Souveränität aller Staaten nur auf Grundlage  
7101 der OSZE-Prinzipien garantieren wollen. Es besteht im wirtschaftlichen Austausch  
7102 ein großes Potenzial und im zivilgesellschaftlichen Bereich ein starkes Kooperations-  
7103 interesse.

7104  
7105 Deshalb bedauern wir, dass Russlands Politik, einschließlich der Menschenrechtsla-  
7106 ge, einen erheblichen Rückschritt bedeutet. Russland verletzt durch seine völker-  
7107 rechtswidrige Krim-Annexion und das Eingreifen im Osten der Ukraine die europäi-  
7108 sche Friedensordnung. Diese gegenwärtige russische Außenpolitik verlangt von uns  
7109 besondere Achtsamkeit und Resilienz.

7110  
7111 Deutschland und Frankreich werden sich weiter intensiv für die Lösung des Konflikts  
7112 in der Ostukraine und die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen einsetzen. Im Mit-  
7113 telpunkt dieser Anstrengungen stehen zunächst die Einhaltung des Waffenstillstands  
7114 im Osten der Ukraine und der Rückzug aller schweren Waffen und aller bewaffneten  
7115 Einheiten aus diesem Gebiet. Diese Entwicklungen sollen durch eine Mission der  
7116 Vereinten Nationen abgesichert werden. Sowohl Russland als auch die Ukraine  
7117 müssen ihre Verpflichtungen aus den Minsker Vereinbarungen erfüllen.

7118  
7119 Bei Umsetzung der Minsker Vereinbarungen sind wir zu einem Abbau der Sanktio-  
7120 nen bereit und werden darüber einen Dialog mit unseren europäischen Partnern füh-  
7121 ren.

7122  
7123 Wir halten an der Vision eines gemeinsamen Wirtschaftsraums von Lissabon bis  
7124 Wladiwostok fest. Beide Seiten und ganz Europa können davon profitieren.

7125  
7126 Ziel unserer Politik gegenüber Russland bleibt eine Rückkehr zu auf gegenseitigem  
7127 Vertrauen und friedlichem Interessenausgleich basierenden Beziehungen, die wieder  
7128 eine enge Partnerschaft ermöglichen.

7129  
7130 Wir werden die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit mit den Ländern der Östlichen  
7131 Partnerschaft und mit Russland, u. a. im Petersburger Dialog, stärken und wollen die  
7132 Mittel dafür erhöhen.

### 7133 7134 **Ukraine**

7135 Wir werden die Ukraine bei der Wiederherstellung voller territorialer Integrität sowie  
7136 Stärkung der Stabilität und gesellschaftlicher Fortentwicklung engagiert unterstützen.  
7137 Wir erwarten und fördern die konsequente Implementierung der Reformagenda in der  
7138 Ukraine, insbesondere die Bekämpfung der Korruption, mit dem Ziel einer umfassen-  
7139 den Modernisierung des Landes. Unsere Finanztransfers werden wir nur unter strik-  
7140 ten Konditionalitäten gewähren.

7141  
7142 Deutschland ist bereit, sich substantiell am Wiederaufbau des Donbass zu beteiligen,  
7143 sobald wesentliche Fortschritte bei der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen dies  
7144 ermöglichen.

### 7145 7146 **Türkei**

7147 Die Türkei ist ein wichtiger Partner Deutschlands und Nachbar der EU, zu dem wir  
7148 vielfältige Beziehungen haben. Deshalb haben wir ein besonderes Interesse an ei-  
7149 nem guten Verhältnis zur Türkei.

7150  
7151 Die Lage der Demokratie, von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten in der Tür-  
7152 kei hat sich seit längerem verschlechtert. Deshalb wollen wir bei den Beitrittsverhand-  
7153 lungen keine Kapitel schließen und keine neuen öffnen.

7154  
7155 Visa-Liberalisierung oder eine Erweiterung der Zollunion sind erst dann möglich,  
7156 wenn die Türkei die notwendigen Voraussetzungen erfüllt.

7157

### 7158 **Region des Nahen und Mittleren Ostens, Golfregion und Nordafrika**

7159 Wir bekennen uns zu der besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel  
7160 als jüdischem und demokratischem Staat und dessen Sicherheit. Das Existenzrecht  
7161 Israels ist für uns unumstößlich und ein Pfeiler deutscher Politik. Unser Ziel ist ein  
7162 Leben aller Menschen im Nahen und Mittleren Osten ohne Angst und in Würde.

7163

7164 Deutschland wird sich weiter für eine Lösung des Nahostkonflikts auf Basis einer  
7165 Zweistaatenlösung einsetzen. Der Status von Jerusalem wird genauso wie andere  
7166 abschließende Statusthemen erst im Zuge von Verhandlungen geklärt werden, um  
7167 dauerhaft akzeptiert und haltbar zu sein. Die aktuelle Siedlungspolitik Israels wider-  
7168 spricht geltendem Völkerrecht und findet nicht unsere Unterstützung, weil sie eine  
7169 Zwei-Staatenlösung erschwert.

7170

7171 Wir werden in der EU eine Initiative sowohl zur ausreichenden und nachhaltigen Fi-  
7172 nanzierung als auch der Reform des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästina-  
7173 Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) ergreifen. Zugleich verurteilen wir jegliche  
7174 Aufrufe zu Gewalt und Hetze. Das Existenzrecht Israels darf nicht in Frage gestellt  
7175 werden. Wir fordern, dass Handlungen, egal von welcher Seite, die einer endgültigen  
7176 Friedenslösung entgegenstehen, sofort beendet werden. In den palästinensischen  
7177 Gebieten sind auf allen Ebenen demokratische Fortschritte nötig.

7178

7179 Der Nahe und Mittlere Osten ist von politischer Instabilität, innerstaatlichen Konflikten  
7180 und regionalen Spannungen geprägt. Der Krieg in Syrien ist nicht beendet, der Terror  
7181 des IS ist nicht überwunden. Diese Krisen betreffen Deutschland und Europa direkt  
7182 durch Fluchtbewegungen sowie durch Terroranschläge.

7183

7184 Es ist unser zentrales Interesse, den politischen Prozess zur Überwindung des syri-  
7185 schen Konflikts in Zusammenarbeit mit den internationalen Partnern mitzugestalten.  
7186 Dabei halten wir am Prinzip der territorialen Integrität Syriens und des Iraks fest. Wir  
7187 sind bereit, unser stabilisierendes, humanitäres und entwicklungspolitisches Enga-  
7188 gement in beiden Staaten weiter zu intensivieren. Deutschland wird sich u. a. auch  
7189 durch den Ausbau freiwilliger Rückkehrprogramme dafür engagieren, dass die Men-  
7190 schen wieder in ihre Heimat zurückkehren können.

7191

7192 Wir werden in diesem Rahmen auch unser Engagement im Rahmen der Anti-IS-  
7193 Koalition fortsetzen und anpassen.

7194

7195 Wir werden unsere Anstrengungen fortsetzen, Spannungen und Rivalitäten innerhalb  
7196 der Region abzubauen. Dort, wo unsere Partner in der Region Reformen zur Moder-  
7197 nisierung und Öffnung voranbringen (z. B. „Vision 2030“ in Saudi-Arabien“), begrü-  
7198 ßen wir dies. Gleichzeitig erwarten wir insbesondere die Verbesserung der besorg-  
7199 niserregenden Menschenrechtsslage.

7200

7201 Wir setzen uns dafür ein, dass die Nuklearvereinbarung mit Iran (JCPOA) bewahrt  
7202 und vollständig umgesetzt wird. Dazu gehört u. a. die strikte Beachtung ihrer nuklear-  
7203 technischen Bestimmungen ebenso wie der Abbau spezifischer Hindernisse, die die  
7204 wirtschaftliche Aktivität Irans belasten.

7205  
7206 Die Rolle Irans im Nahen- und Mittleren Osten bleibt problematisch. Wir haben Sorge  
7207 wegen des ballistischen Raketenprogramms und Irans Aktivitäten in seiner Nachbar-  
7208 schaft. Hierzu wollen wir gemeinsam mit unseren Partnern Politikansätze entwickeln.

7209  
7210 In Ländern wie Jordanien, Libanon, Ägypten und Tunesien werden wir die wirtschaft-  
7211 liche und politische Stabilisierung fördern und die Resilienz gegen Gefahren terroris-  
7212 tischer Strukturen stärken. Zudem werden wir die Einheitsregierung Libyens und den  
7213 dortigen VN-Prozess und Institutionenaufbau auch im Rechtsbereich unterstützen.

7214

### 7215 **Afrika**

7216 In keiner Region der Welt zeigen sich die Veränderungen der internationalen Politik  
7217 so drastisch wie in Afrika. Die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Staaten  
7218 Afrikas ist eine zentrale Aufgabe unserer Zeit. Es liegt in unserem eigenen wirt-  
7219 schaftspolitischen, sicherheitspolitischen und migrationspolitischen Interesse, zu ei-  
7220 nem Abbau des Entwicklungs- und Wohlstandsgefälles beizutragen.

7221

7222 Unsere Afrika-Politik folgt inzwischen einem breiten Ansatz, an dem mehrere Res-  
7223 ssorts beteiligt sind. Das wird seinen Ausdruck auch in der Fortschreibung und Wei-  
7224 terentwicklung unserer afrikapolitischen Leitlinien finden, an der alle betroffenen  
7225 Ressorts unter Federführung des Auswärtigen Amtes beteiligt werden.

7226

7227 Aufbauend auf den Weichenstellungen der vergangenen Legislaturperiode müssen  
7228 wir durch entschlossene, weitreichende Maßnahmen in zentralen Bereichen unsere –  
7229 deutschen wie europäischen – Handlungsansätze ausbauen: mit neuen Ansätzen für  
7230 gute Regierungsführung, für den Auf- und Ausbau der afrikanischen Friedens- und  
7231 Sicherheitsarchitektur, bei der Förderung von nachhaltigen und entwicklungsförder-  
7232 den Privatinvestitionen, dem Aufbau der Infrastruktur, unserer Unterstützung im Bil-  
7233 dungssektor und bei der Schaffung menschenwürdiger Arbeit sowie bei der Förde-  
7234 rung im Bereich der Sicherheitssektoren.

7235

7236 Anstrengungen der Afrikanischen Union (AU) und regionaler Organisationen zur ver-  
7237 stärkten Integration wollen wir, auch finanziell, unterstützen.

7238

7239 Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern werden wir die Zusammenarbeit mit  
7240 der Region der G5 Sahel im Rahmen eines umfassenden Politikansatzes die zivile  
7241 und sicherheitspolitische Zusammenarbeit intensivieren. Wir unterstützen den Aufbau  
7242 der neu gegründeten Eingreiftruppe der G5-Sahel-Staaten.

7243

### 7244 **Lateinamerika**

7245 Lateinamerika und Europa haben vieles gemeinsam und teilen strategische Interes-  
7246 sen. Wir wollen insbesondere unsere Handelsbeziehungen intensivieren und dabei  
7247 die laufenden Verhandlungen der EU mit Mexiko und dem MERCOSUR zu einem  
7248 baldigen Abschluss bringen. Neben Handelsfragen sind für uns Klimapolitik, Umwelt-  
7249 schutz, soziale Gerechtigkeit, eine faire Globalisierung sowie Sicherheit und Frieden  
7250 zentrale Punkte unserer Kooperation.

7251



7252 **Asien**

7253 Die ungebrochene Dynamik Asiens bietet weiterhin große Chancen für Deutschland  
7254 und Europa. Gleichzeitig zeichnen sich in der Region massive Veränderungen der  
7255 internationalen Ordnung ab. Asien birgt durch eine Vielzahl ungelöster Konflikte gro-  
7256 ßes Konfliktpotenzial. Wir setzen uns daher ein für ein starkes wirtschafts-, gesell-  
7257 schafts- und sicherheitspolitisches Engagement Deutschlands und Europas in Asien.

7258  
7259 Wir wollen unsere seit Jahrzehnten mit Japan bestehende enge und bewährte  
7260 Freundschaft und Wertepartnerschaft pflegen und weiterentwickeln. Dies gilt auch für  
7261 Südkorea.

7262  
7263 Aufgrund Indiens geostrategischer Lage, seiner Größe und seiner dynamischen Ent-  
7264 wicklung haben wir ein herausragendes Interesse an der Vertiefung unserer strategi-  
7265 schen Partnerschaft.

7266  
7267 Chinas Politik und künftige Entwicklung ist auch für uns von großer Bedeutung. Seine  
7268 geostrategische Rolle wird weiter wachsen. Dazu werden wir unsere strategische  
7269 Partnerschaft ausbauen. Chinas ökonomische Entwicklung ist besonders für die  
7270 deutsche Wirtschaft eine große Chance. Zugleich verlangt die Gestaltung unserer  
7271 Beziehungen große Aufmerksamkeit. Deutschland und Europa müssen bei der Öff-  
7272 nung ihrer Märkte auf das Prinzip der Gegenseitigkeit setzen und definieren, wo un-  
7273 sere gemeinsamen strategischen Interessen liegen und wie sie gesichert werden  
7274 können. Exemplarisch für Chancen und Risiken steht die Seidenstraßen-Initiative  
7275 Chinas. Wir wollen hierzu eine europäische Antwort entwickeln, um unsere Interes-  
7276 sen zu wahren, und deutsche und europäische Finanzinstrumente besser ausstatten  
7277 und bündeln.

7278  
7279 Zugleich werden wir im Dialog mit China angesichts der vielfältigen chinesischen  
7280 Macht- und Einflussprojektionen die Bedeutung einer regelbasierten internationalen  
7281 Ordnung für Stabilität und eine funktionierende Weltwirtschaft betonen. Dabei wer-  
7282 den wir ebenso auf Wahrung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit behar-  
7283 ren.

7284  
7285 Nordkoreas militärisches Nuklearprogramm ist aktuell eine der größten Gefahren für  
7286 den Weltfrieden. Deshalb ist das Land zu Recht mit Sanktionen belegt. Wir sind da-  
7287 von überzeugt, dass es nur eine diplomatische Lösung geben kann.

7288  
7289 **Afghanistan**

7290 Wir sind überzeugt, dass Afghanistan weiter unterstützt werden muss, damit es zu-  
7291 künftig mit funktionierenden Sicherheitsstrukturen selbst für Sicherheit im eigenen  
7292 Land sorgen kann. Unser Ziel ist ein afghanisch geführter Friedens- und Versöh-  
7293 nungsprozess und eine konstruktive Einbindung der regionalen Akteure, insbesonde-  
7294 re Pakistans. Wir sind bereit, gemeinsam und in Abstimmung mit unseren Verbünde-  
7295 ten unser ziviles und auch unser militärisches Engagement insbesondere im Norden  
7296 des Landes fortsetzen.

7297  
7298 **5. Außenwirtschaftspolitik sowie Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik**

7299 Deutschlands Wirtschaftskraft ist die Grundlage für unseren Wohlstand und zugleich  
7300 Voraussetzung für unser außenpolitisches Gewicht. Die Stärke der deutschen Wirt-  
7301 schaft beruht auf ihrer hohen Wettbewerbsfähigkeit und internationalen Verflechtung.

7302

7303 In den nächsten Jahren wird sich entscheiden, welche Standards und Regeln in  
7304 Handel, Klima- und Energiepolitik die internationale Ordnung prägen werden. Inter-  
7305 nationale Handels- und Wirtschaftspolitik hat in Zeiten von zunehmendem Protektio-  
7306 nismus eine gestiegene außenpolitische Bedeutung. Deshalb wollen wir die zentra-  
7307 len Institutionen eines regelbasierten, multilateralen Wirtschafts- und Handelssys-  
7308 tems wie Welthandelsorganisation, OECD und Internationale Energieagentur, Inter-  
7309 nationaler Währungsfonds und die Weltbank stärken und weitere Freihandelsab-  
7310 kommen mit hohen, verbindlichen Standards und unter Einbeziehung der Zivilgesell-  
7311 schaft schließen.

7312

### 7313 **Politische Stiftungen unterstützen**

7314 Die politischen Stiftungen leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum internationalen  
7315 Dialog und stärken damit auch das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland. Wir  
7316 wollen die internationale Arbeit der politischen Stiftungen auch in Zukunft unterstüt-  
7317 zen und rechtlich sichern.

7318

### 7319 **Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ausbauen**

7320 Der härter werdende globale Wettbewerb um Köpfe, Ideen und Werte verdeutlicht die  
7321 wichtige Aufgabe der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) für Deutsch-  
7322 lands Ansehen und Einfluss in der Welt. Sie ist integraler Bestandteil unserer Außen-  
7323 politik. Wir wollen in dieser Legislaturperiode die Mittel für die Auswärtige Kultur- und  
7324 Bildungspolitik erhöhen.

7325

7326 Wir wollen die Chancen der AKBP noch besser nutzen, indem wir den internationalen  
7327 Austausch, insbesondere im Bereich Wissenschaft, Kultur, Bildung, Sprache und  
7328 Sport ausbauen. Das Netzwerk des Goethe-Instituts soll insbesondere in deutsch-  
7329 französischer Zusammenarbeit ausgebaut, im digitalen Bereich modernisiert und  
7330 durch eine Öffnung gegenüber neuen Kooperationsformen weiterentwickelt werden.  
7331 Das Netzwerk deutscher Auslandsschulen und internationaler Schulpartnerschaften  
7332 soll ausgebaut und gestärkt werden. Unsere Mittler, wie etwa den Deutschen Aka-  
7333 demischen Austauschdienst (DAAD), die Alexander von Humboldt-Stiftung und das  
7334 Institut für Auslandsbeziehungen, unterstützen wir in ihrem Wirken.

7335

7336 Europa ist auch ein kulturelles Projekt. Deshalb soll die europäische Dimension der  
7337 AKBP auf allen Ebenen auch mit Blick auf die deutsche Ratspräsidentschaft 2020  
7338 noch stärker berücksichtigt werden.

7339

7340 Gerade in Krisengebieten werden wir unseren Einsatz für Kulturgüterschutz und den  
7341 Erhalt kulturellen Erbes insbesondere durch das Deutsche Archäologische Institut,  
7342 sowie Programme zum Schutz von verfolgten Künstlern, Wissenschaftlern und Jour-  
7343 nalistinnen verstärken.

7344

7345 Wir wollen die strategische Auslandskommunikation und insbesondere die Zusam-  
7346 menarbeit mit der Deutschen Welle verstärken und auf die digitale Zukunft ausrich-  
7347 ten, um ein realistisches Bild von Deutschland zu befördern. Dies ist auch notwendig,  
7348 um im Wettbewerb der Narrative und Werte zu bestehen und in verschiedenen Regi-  
7349 onen der Welt gegen hybride Informationsverfälschung vorgehen zu können.

7350

7351 Wir wollen die kulturelle Zusammenarbeit mit Afrika verstärken und einen stärkeren  
7352 Kulturaustausch befördern, insbesondere durch die Aufarbeitung des Kolonialismus  
7353 sowie den Aufbau von Museen und Kultureinrichtungen in Afrika.

7354  
7355 Wir wollen Mittel bereitstellen u. a. für die Ausstellung des Flugzeugs „Landshut“ im  
7356 Gedenken an die Entführung im Jahr 1977 und für die dringend notwendige Sanie-  
7357 rung der Abtei Dormitio in Jerusalem.

7358  
7359 Wir wollen die notwendigen Reformen der UNESCO aktiv unterstützen. Dazu werden  
7360 wir die Arbeit der Deutschen UNESCO-Kommission weiterentwickeln und sie adä-  
7361 quat ausstatten.

### 7362 7363 **Deutsche Volksgruppen und Minderheiten**

7364 Die deutschen Volksgruppen und Minderheiten sind Teil unserer kulturellen und his-  
7365 torischen Identität, bereichern die kulturelle Vielfalt in ihren Ländern und stellen ein  
7366 wichtiges Band der Verbindung zwischen Deutschland und seinen Partnerländern  
7367 dar. Wir wollen sie weiter fördern und unterstützen.

### 7368 7369 **6. Menschenrechte, Krisenprävention und humanitäre Hilfe**

7370 Die Menschenrechte sind universell und unteilbar.

7371  
7372 Wir wenden uns entschlossen gegen die zunehmende und gezielte Einschränkung  
7373 von Zivilgesellschaften („Shrinking Spaces“), die sich für Demokratie, Rechtsstaat-  
7374 lichkeit und die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen.

7375  
7376 Wir treten weiterhin konsequent ein für die Abschaffung der Todesstrafe und das  
7377 Verbot von Folter, die Stärkung der Rechte von Frauen insbesondere in gewaltsa-  
7378 men Konflikten, den Schutz und die Stärkung von Kinderrechten, für Arbeitnehmerin-  
7379 nen und Arbeitnehmer sowie Gewerkschaftsrechte. Wir kämpfen gegen Menschen-  
7380 handel, illegalen Organhandel sowie Ausgrenzung und Gewalt aufgrund sexueller  
7381 Orientierung.

7382  
7383 Die Menschenrechtsschutzmechanismen auf der Ebene der Vereinten Nationen, der  
7384 Europäischen Union sowie des Europarates wollen wir konsequent stärken. Wir en-  
7385 gagieren uns mit Nachdruck für die Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofes und  
7386 der Ad-hoc-Tribunale der Vereinten Nationen sowie deren Unterstützung durch die  
7387 internationale Staatengemeinschaft und beteiligen uns an der Weiterentwicklung des  
7388 humanitären Völkerrechts. Wir bekennen uns zur Europäischen Menschenrechtskon-  
7389 vention. Darüber hinaus werden wir die menschenrechtliche Kohärenz zwischen den  
7390 einzelnen Politikfeldern verbessern und die Menschenrechtsarchitektur in Deutsch-  
7391 land stärken.

7392  
7393 Zum Schutz von verfolgten Parlamentarierinnen und Parlamentariern sowie Men-  
7394 schenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern wollen wir das erfolgreiche parlamen-  
7395 tarische Patenschaftsprogramm „Parlamentarier schützen Parlamentarier“ des Deut-  
7396 schen Bundestags stärken.

7397  
7398 Wir streben die Ratifikation des Zusatzprotokolls zum Sozialpakt der Vereinten Nati-  
7399 onen sowie der ILO-Konvention 169 zum Schutz der indigenen Völker an.

7400  
7401 Religionsfreiheit ist ein zentrales Menschenrecht, das weltweit zunehmend einge-  
7402 schränkt oder komplett infrage gestellt wird. Das gilt für zahlreiche religiöse Minder-  
7403 heiten weltweit. Unsere Solidarität gilt allen benachteiligten religiösen Minderheiten.

7404 Dazu zählt der beharrliche Einsatz für viele Millionen verfolgter Christinnen und  
7405 Christen.

7406  
7407 Wir werden das Amt der/des Beauftragten der Bundesregierung für weltweite Religi-  
7408 onsfreiheit schaffen. Wir werden den Bericht der Bundesregierung zur weltweiten  
7409 Lage der Religionsfreiheit im zweijährigen Rhythmus und systematischen Länderan-  
7410 satz fortschreiben.

7411  
7412 Wir setzen uns für eine konsequente Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Wirt-  
7413 schaft und Menschenrechte (NAP) ein, einschließlich des öffentlichen Beschaffungs-  
7414 wesens. Falls die wirksame und umfassende Überprüfung des NAP 2020 zu dem  
7415 Ergebnis kommt, dass die freiwillige Selbstverpflichtung der Unternehmen nicht aus-  
7416 reicht, werden wir national gesetzlich tätig und uns für eine EU-weite Regelung ein-  
7417 setzen.

7418  
7419 **Krisenprävention und humanitäre Hilfe**

7420 Wir werden die im Jahr 2017 beschlossenen Leitlinien für Krisenprävention, Konflikt-  
7421 bearbeitung und Friedensförderung als Referenzrahmen für Deutschlands Engage-  
7422 ment zur Krisenverhütung und Friedensförderung konsequent umsetzen.

7423  
7424 Wir setzen den zweiten Nationalen Aktionsplan zur VN-Resolution 1325 für eine  
7425 gleichberechtigte Mitwirkung von Frauen in der Krisenprävention, Konfliktbewältigung  
7426 und Friedenskonsolidierung um.

7427  
7428 Wir werden den Zivilen Friedensdienst und das Zentrum für Internationale Friedens-  
7429 einsätze (ZIF) als Kompetenzzentrum für Friedenseinsätze stärken. Mittelfristig stre-  
7430 ben wir an, das ZIF auch für Aufbau und Unterhaltung einer kurzfristig verfügbaren  
7431 zivilen Einsatzreserve zu befähigen.

7432  
7433 Wir werden uns entsprechend der wachsenden Bedeutung humanitärer Hilfe enga-  
7434 gieren und diese weiter ausbauen sowie die Wahrung der internationalen humanitä-  
7435 ren Prinzipien und das VN-System stärken. Dieses ist sowohl im Sinne der konkreten  
7436 Hilfe zum Überleben von Menschen als auch der Konfliktminimierung. Wir werden die  
7437 humanitäre Hilfe stärker und effizienter mit den Aufgaben der Krisenprävention, der  
7438 Stabilisierung, der Katastrophenrisikovorsorge sowie der Friedensförderung abstim-  
7439 men und in Umsetzung der Beschlüsse des Humanitären Weltgipfels 2016 stärker  
7440 mit der strukturbildenden Entwicklungszusammenarbeit vernetzen.

7441  
7442 **7. Moderne Bundeswehr**

7443 Die Bundeswehr ist Garant unserer Sicherheit. Gemeinsam mit unseren Partnern  
7444 leistet sie entscheidende Beiträge zum Schutz und zur Verteidigung unseres Landes  
7445 und unserer Verbündeten. Innerhalb des umfassenden und vernetzten Ansatzes en-  
7446 gagiert sie sich weltweit für Frieden und Sicherheit.

7447  
7448 Wir betonen den Charakter der Bundeswehr als Parlamentsarmee. Sie unterliegt der  
7449 Kontrolle des Deutschen Bundestages, der damit eine besondere Verantwortung für  
7450 unsere Soldatinnen und Soldaten trägt. Damit die Bundeswehr die ihr erteilten Auf-  
7451 träge in allen Dimensionen sachgerecht erfüllen kann, werden wir den Soldatinnen  
7452 und Soldaten die bestmögliche Ausrüstung, Ausbildung und Betreuung zur Verfü-  
7453 gung stellen – dies gilt insbesondere auch für den Bereich der persönlichen Ausstat-  
7454 tung.

7455  
7456 Hierzu werden wir die in der Bundeswehr eingeleiteten Trendwenden Personal, Ma-  
7457 terial und Finanzen konsequent fortführen. Dabei erfordert die sicherheitspolitische  
7458 Lage eine stärkere Akzentuierung der Landes- und Bündnisverteidigung. Die Grund-  
7459 aufstellung der Bundeswehr muss dem Rechnung tragen.

7460

### 7461 **Aktuelle Auslandseinsätze der Bundeswehr anpassen**

7462 Auslandseinsätze der Bundeswehr erfolgen stets im Rahmen eines politischen Kon-  
7463 zepts, das fortlaufender Evaluierung unterliegt.

7464

7465 Die Bundeswehrmission im Nordirak war erfolgreich, der IS ist dort weitgehend militä-  
7466 risch zurückgedrängt. Deshalb können wir das Ausbildungsmandat im Nordirak aus-  
7467 laufen lassen und beenden. Die Obergrenze des Anti-IS-Mandats zur Unterstützung  
7468 und Entlastung unserer Verbündeten, insbesondere Frankreichs, kann deutlich ab-  
7469 gesenkt werden. In einem weiteren Schritt wollen wir dieses Mandat zur umfassen-  
7470 den Stabilisierung und zur nachhaltigen Bekämpfung des IS-Terrors insbesondere  
7471 durch capacity building weiterentwickeln.

7472

7473 Unsere Beteiligung am RSM-Mandat (Resolute Support Mission) in Afghanistan wol-  
7474 len wir bei unverändertem Auftrag fortsetzen. Im Rahmen des multilateral vereinbar-  
7475 ten Schutzkonzepts für Nordafghanistan werden wir die Zahl der eingesetzten Solda-  
7476 tinnen und Soldaten zum Schutz der Ausbilder erhöhen.

7477

7478 Die UN-mandatierte Mission MINUSMA in Mali wird fortgesetzt. Zur Übernahme der  
7479 Feldlagerverantwortung von den Niederländern werden wir die Obergrenze im gerin-  
7480 gen Umfang heraufsetzen.

7481

### 7482 **Für die Menschen in der Bundeswehr – ein attraktiver Arbeitgeber**

7483 Das zentrale Leitbild der Inneren Führung und der Soldatin und des Soldaten als  
7484 „Staatsbürger in Uniform“ ist und bleibt Maßstab. Diese Fundamente wollen wir mit  
7485 dem Prozess „Innere Führung heute“ stärken. Die politische Bildung ist dabei von  
7486 entscheidender Bedeutung. Ein zukunftsweisender Traditionserlass wird vornehmlich  
7487 die eigene Geschichte der Bundeswehr in den Mittelpunkt stellen.

7488

7489 Kern der Einsatzbereitschaft und aller Fähigkeiten der Bundeswehr ist ausreichen-  
7490 des, qualifiziertes und hochmotiviertes militärisches und ziviles Personal. Deswegen  
7491 muss die Bundeswehr auch in den kommenden Jahren ein moderner, wettbewerbs-  
7492 fähiger, demografiefester und attraktiver Arbeitgeber bleiben, der jederzeit über ent-  
7493 sprechende Kräfte verfügt. Gute Arbeitsbedingungen sind Grundvoraussetzung für  
7494 arbeitszufriedene und leistungsstarke Soldatinnen und Soldaten sowie zivile Mitarbei-  
7495 terinnen und Mitarbeiter.

7496

7497 Wir werden dazu die Gedanken der Agenda Attraktivität und die Personalstrategie  
7498 der Bundeswehr weiterentwickeln und ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern.

7499

7500 Wo dies gesetzgeberisches Handeln erfordert, werden wir noch in diesem Jahr einen  
7501 Gesetzentwurf zur nachhaltigen Stärkung der personellen Einsatzbereitschaft der  
7502 Bundeswehr mit dem Ziel vorlegen, die Gehalts- und Besoldungsstrukturen wettbe-  
7503 werbungsgerecht zu gestalten, das Dienstrecht zu flexibilisieren, die mit den hohen Mobi-  
7504 litätsanforderungen verbundenen hohen Belastungen besser auszugleichen und eine  
7505 bessere soziale Absicherung von Bundeswehrangehörigen, insbesondere auch beim

7506 Zugang zur Gesetzlichen Krankenversicherung nach Ende der Dienstzeit von Solda-  
7507 tinnen und Soldaten auf Zeit zu erreichen und dadurch Versorgungslücken zu schlie-  
7508 ßen und die Berufsförderung zu stärken.

7509  
7510 Unterkünfte müssen bedarfsgerecht auch für nicht unterkunftspflichtige Soldatinnen  
7511 und Soldaten bereitgestellt werden.

7512  
7513 Wir werden die Ausbildungsstrukturen der Bundeswehr sowie ihre Führungs- und  
7514 Ausbildungskultur in einer „Trendwende Ausbildung“ evaluieren, überprüfen und wei-  
7515 terentwickeln. Dort, wo es sinnvoll ist, wollen wir die Strukturen der bisher in weiten  
7516 Teilen zentralen Ausbildung wieder in die Truppe zurückführen. Dabei wird der Ver-  
7517 teidigungsausschuss eingebunden.

7518  
7519 Die Verantwortung des Dienstherrn, dem die Soldatinnen und Soldaten durch einen  
7520 Dienst ein Leben lang verbunden sind, endet nicht mit ihrem Ausscheiden aus der  
7521 Bundeswehr. Dies gilt gleichermaßen für die engsten Angehörigen der Soldatinnen  
7522 und Soldaten, die im Einsatz für unser Land zu Schaden gekommen sind. Dazu ge-  
7523 hört auch, dass Anträge auf Wehrdienstbeschädigung im Rahmen der gesetzlichen  
7524 Regelungen schnell und unbürokratisch bearbeitet werden.

7525  
7526 Für den geleisteten Dienst aller Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr für Frie-  
7527 den und Freiheit gebührt diesen eine besondere gesellschaftliche Anerkennung. Die-  
7528 ser Dank gilt auch den zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundeswehr.

7529  
7530 Infrastruktur muss insgesamt schnell zur richtigen Zeit am richtigen Ort zur sachge-  
7531 rechten Aufgabenerfüllung zur Verfügung stehen. Dabei arbeitet die Bundeswehr mit  
7532 den Länderbehörden eng zusammen. Dazu sind Prozesse zu evaluieren, zu optimie-  
7533 ren, Zuständigkeiten zu entflechten und die Handlungskompetenz der Bundeswehr  
7534 zu stärken.

7535  
7536 Vor einer endgültigen Abgabe von Liegenschaften der Bundeswehr werden wir vor  
7537 dem Hintergrund der Trendwenden jeweils noch einmal den zukünftigen Bedarf prü-  
7538 fen. Unseren Bedarf werden wir auch in Hinblick auf Liegenschaften prüfen, deren  
7539 Abgabe bereits vollzogen ist.

7540  
7541 Die Bundesregierung wird dem Verteidigungsausschuss zeitnah einen umfassenden  
7542 Bericht zum Militärischen Nachrichtenwesen vorlegen.

### 7543 7544 **Für eine modern ausgerüstete Bundeswehr**

7545 Die Bundeswehr beschafft, was sie braucht, und nicht, was ihr angeboten wird.

7546  
7547 Ein transparentes, effektives und in seinen Prozessen optimiertes Rüstungswesen ist  
7548 die Grundlage für die bestmögliche Ausrüstung unserer Soldatinnen und Soldaten.  
7549 Wir werden darum die in der vergangenen Legislaturperiode begonnene Erneuerung,  
7550 Modernisierung und Erweiterung der Bundeswehr fortführen und dabei für eine Be-  
7551 beschleunigung der Prozesse, insbesondere des Beschaffungswesens, sorgen.

7552  
7553 Dazu bedarf es einer Anpassung der zum Teil seit Jahrzehnten unveränderten Rah-  
7554 menbedingungen des Rüstungswesens in Deutschland.

7555

7556 Wir werden bis Ende 2019 untersuchen, in welcher Weise die Beschaffungsorganisa-  
7557 tion der Bundeswehr an ihren Standorten in ihrer Organisationsform angepasst wer-  
7558 den sollte.

7559  
7560 Wir werden neben der Sicherstellung der nachhaltigen Finanzierung der Bundeswehr  
7561 die notwendigen Voraussetzungen schaffen zur Gewährleistung überjähriger Pla-  
7562 nungs- und Finanzierungssicherheit für Rüstungsinvestitionen.

7563  
7564 Durch die differenzierte Darstellung von Rüstungsprojekten im Haushaltsplan und die  
7565 halbjährlichen Rüstungsberichte ist die Transparenz für das Parlament deutlich ge-  
7566 stiegen.

7567  
7568 Um den Bedarf für Einsätze bzw. einsatzgleiche Verpflichtungen schneller decken zu  
7569 können, werden wir Auslegungshilfen für den Verzicht auf den EU-weiten Teilnah-  
7570 mewettbewerb (§ 12 Vergabeverordnung Verteidigung und Sicherheit) zur Verfügung  
7571 stellen. Zum Erhalt nationaler Souveränität bei Schlüsseltechnologien werden wir  
7572 bestehende vergaberechtliche Spielräume konsequenter nutzen, Auslegungshilfen  
7573 zur Verfügung stellen und prüfen, inwieweit der Ausnahmetatbestand des Art. 346  
7574 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union in der Beschaffungs-  
7575 praxis stärker herangezogen werden kann. Wir werden darüber hinaus notwendige  
7576 gesetzliche Anpassungen vornehmen.

7577  
7578 Zur Sicherstellung technologischer Innovationsführerschaft werden wir unter Feder-  
7579 führung des Bundesministerium der Verteidigung und des Bundesministerium des  
7580 Innern eine „Agentur für Disruptive Innovationen in der Cybersicherheit und Schlüs-  
7581 selstechnologien“ (ADIC) sowie einen IT-Sicherheitsfonds zum Schutz sicherheitsrele-  
7582 vanter Schlüsseltechnologien einrichten.

7583  
7584 Chancen und Risiken der Digitalisierung sind auch für die Bundeswehr das entschei-  
7585 dende Zukunftsthema. Die Digitalisierung der Bundeswehr ist dabei konsequent zu  
7586 verfolgen und mit den erforderlichen Ressourcen zu hinterlegen. Kennzeichen der  
7587 Digitalisierung ist hohes Innovationstempo – diesem gilt es auch in der Bundeswehr  
7588 gerecht zu werden. Die im Weißbuch 2016 festgelegten Entwicklungslinien der Bun-  
7589 deswehr im Bereich Cybersicherheit werden dabei konsequent weiter verfolgt.

7590  
7591 Wir werden im Rahmen der Europäischen Verteidigungsunion die Entwicklung der  
7592 Euro-Drohne weiterführen. Als Übergangslösung wird die Drohne HERON TP ge-  
7593 least. Über die Beschaffung von Bewaffnung wird der Deutsche Bundestag nach  
7594 ausführlicher völkerrechtlicher, verfassungsrechtlicher und ethischer Würdigung ge-  
7595 sondert entscheiden. Hierzu wird die Bundesregierung eine gesonderte Vorlage er-  
7596 stellen und dem Deutschen Bundestag zuleiten.

7597  
7598 Vor einer zukünftigen Beschaffung von bewaffnungsfertigen Drohnen sind die kon-  
7599 zeptionellen Grundlagen für deren Einsatz zu schaffen.

7600  
7601 Völkerrechtswidrige Tötungen lehnen wir kategorisch ab, auch durch Drohnen.

## 7602 **8. Entwicklungspolitik für eine gerechte Globalisierung**

7603 Globalisierung muss gerecht gestaltet werden. Die Schere zwischen arm und reich  
7604 weltweit darf nicht weiter auseinanderlaufen.

7606

7607 Unser Auftrag ist die ambitionierte Umsetzung der entwicklungspolitischen Gipfelzu-  
7608 sagen (G7 und G20), der Agenda 2030 der Vereinten Nationen mit ihren 17 Nachhal-  
7609 tigkeitszielen und des Pariser Klimaabkommens unter Beteiligung der Zivilgesell-  
7610 schaft.

7611  
7612 Die Umsetzung der Agenda 2030 und die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung  
7613 sind Maßstab des Regierungshandelns. Die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie wol-  
7614 len wir kontinuierlich und ambitioniert weiterentwickeln.

7615  
7616 Um die vor uns liegenden globalen Herausforderungen bewältigen zu können, brau-  
7617 chen wir einen Dreiklang aus öffentlichen Mitteln, nachhaltigen und entwicklungsför-  
7618 dernden Privatinvestitionen und einer neuen fairen Handelspolitik. Eine gute Regie-  
7619 rungsführung bei unseren Partnern ist Grundvoraussetzung für das Gelingen.

7620  
7621 Wir setzen uns für eine stärkere Berücksichtigung der Interessen der Entwicklungs-  
7622 länder in der internationalen Finanz- und Steuerpolitik ein, für nachhaltige Finanzie-  
7623 rungsmechanismen und den Aufbau von effektiven und gerechten Steuersystemen.

### 7624 7625 **Fairer Handel**

7626 Fairer und nachhaltiger Handel braucht gemeinsame Regeln und klare Leitplanken.  
7627 Der beste Rahmen dafür sind die Vereinten Nationen mit ihren Organisationen für  
7628 Handel (UNCTAD) und Entwicklung (UNIDO) sowie die Welthandelsorganisation  
7629 (WTO) und die Internationale Arbeitsorganisation (ILO). Gemeinsam mit unseren  
7630 Partnern werden wir neue Initiativen für einen entwicklungspolitisch wirksamen Ab-  
7631 schluss der WTO-Welthandelsrunde und einen neuen Vorstoß für faire Handelsbe-  
7632 ziehungen einbringen.

7633  
7634 Wir wollen Vorreiter für eine faire Handelspolitik mit Afrika sein. Wir werden die Wirt-  
7635 schaftspartnerschaftsabkommen der EU mit den afrikanischen Staaten (EPAs) da-  
7636 raufhin überprüfen, ob sie der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung dienen. Dar-  
7637 über hinaus setzen wir uns dafür ein, dass in allen EU-Handels-, -Investitions- und  
7638 -Wirtschaftspartnerschaftsabkommen verbindliche soziale (u. a. ILO-  
7639 Kernarbeitsnormen), menschenrechtliche und ökologische Standards und konkrete  
7640 Beschwerde-, Überprüfungs- und Reaktionsmechanismen vereinbart werden. Dies  
7641 gilt auch für das Allgemeine Präferenzsystem (APS und APS+) der EU. Die Afrikanische  
7642 Union unterstützen wir beim Aufbau einer einheitlichen panafrikanischen Frei-  
7643 handelszone.

7644  
7645 Die EU-Verordnung zum Handel mit Konfliktmineralien werden wir zügig in nationales  
7646 Recht mit starken Durchsetzungsbestimmungen umsetzen und uns auf europäischer  
7647 Ebene für die Abschaffung der Freigrenzen und Ausweitung auf die gesamte Liefer-  
7648 kette einsetzen.

### 7649 7650 **Marshallplan mit Afrika umsetzen**

7651 Wir werden im Rahmen des Marshallplans mit Afrika die Zusammenarbeit mit Re-  
7652 formpartner- und G20-Compactländern verstärken und konditionieren. Zur Umset-  
7653 zung wird ein Ressortkreis unter Federführung des Bundesministeriums für wirt-  
7654 schaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gebildet. Schwerpunkte werden ein  
7655 Mittelstandsförder- und Startup-Programm, um mehr Chancen und menschenwürdi-  
7656 ge Arbeitsplätze zu schaffen und zu einer Stärkung afrikanischer Angebote beizutra-



7657 gen, ein Programm für Ausbildungspartnerschaften und zur Errichtung und Förde-  
7658 rung von dezentralen erneuerbaren Energien sein.

7659  
7660 Wir unterstützen die Transformationsprozesse der südlichen Mittelmeeranrainer und  
7661 wollen die Maghreb-Staaten schrittweise weiter in den europäischen Wirtschaftsraum  
7662 integrieren.

7663  
7664 In den Verhandlungen für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen der Europäi-  
7665 schen Union streben wir eine Erhöhung der Mittel für unsere Zusammenarbeit mit  
7666 Afrika an. Wir werden die Post-Cotonou-Verhandlungen aktiv und unter Einbindung  
7667 der Zivilgesellschaft gestalten.

7668  
7669 **Gleichberechtigung und Bildung als Schlüssel für eine zukunftsfähige Entwick-  
7670 lung**

7671 Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie die Förderung der Rechte  
7672 von Mädchen und Frauen bleiben Grundlage unserer Entwicklungszusammenarbeit.

7673 Wir wollen für alle gute Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten entlang der gesam-  
7674 ten Bildungskette fördern. Wir bauen deshalb diesen Bereich in allen Partnerländern  
7675 aus und wollen bis zum Ende der Legislaturperiode unsere entsprechenden Haus-  
7676 haltsmittel wesentlich steigern. Wir wollen darüber hinaus als neue Initiative Investiti-  
7677 onsprojekte der regionalen Entwicklungsbanken mit beruflicher Ausbildung verbind-  
7678 den. Ferner erhöhen wir die Mittel für die entwicklungspolitische Bildung im Inland.

7679 Wir wollen die Chancen der Digitalisierung auch für Entwicklungssprünge nutzen.  
7680 Schwerpunkte werden die Unterstützung beim Aufbau von Digitalzentren, die Förde-  
7681 rung von E-Learning und E-Health-Maßnahmen sein.

7682  
7683 **Den Ausbau von sozialen Sicherungs- und Gesundheitssystemen fördern**

7684 Wir werden uns für die erfolgreiche Umsetzung des Auf- und Ausbaus universeller  
7685 sozialer Basisschutzsysteme unter Einbeziehung von Gewerkschaften und Nichtreg-  
7686 erungsorganisationen einsetzen. Hierzu gehören insbesondere auch Gesundheits-  
7687 systeme.

7688  
7689 Wir wollen in die öffentliche Forschung investieren, um insbesondere vernachlässigte  
7690 und armutsbedingte Krankheiten zu bekämpfen. Internationale Partnerschaften wie  
7691 den Globalen Fonds gegen Aids/HIV, Tuberkulose und Malaria (GFATM) und die  
7692 globale Impfallianz (GAVI) wollen wir mit ausreichenden Mitteln ausstatten und unse-  
7693 re gegebenen Zusagen erfüllen.

7694  
7695 **Für eine Welt ohne Hunger und Armut**

7696 Die Überwindung von Hunger und Armut in der Welt ist ein wesentliches Ziel unserer  
7697 Entwicklungspolitik. Wir wollen die ländlichen Räume auch im Rahmen der Sonder-  
7698 initiative „Eine Welt ohne Hunger“ stärken und stellen die Förderung von Kleinbäue-  
7699 rinnen und -bauern, lokale nachhaltige Lösungen und genossenschaftliche Ansätze  
7700 in den Vordergrund. Die Förderung soll vorrangig der Lebensmittelproduktion für die  
7701 lokalen und regionalen Märkte dienen.

7702  
7703 Jeglichen Formen unverantwortlicher Spekulation mit Nahrungsmitteln werden wir  
7704 entgegentreten. Wir bekräftigen unsere Zusage (G7-Gipfel 2015 in Elmau), 500 Milli-  
7705 onen Menschen aus Hunger und Mangelernährung zu führen. Wir setzen uns für ei-  
7706 nen gerechten Zugang zu Land, Wasser und Fischgründen für die lokale Bevölke-  
7707 rung ein und werden „Landgrabbing“ nicht akzeptieren.

7708

### **Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel stärken**

7710 Entwicklungs- und Schwellenländer wollen wir bei ihren Anstrengungen im Klima-  
7711 schutz und bei der Anpassung an den Klimawandel sowie beim Schutz der biologi-  
7712 schen Vielfalt unterstützen. Wir setzen konsequent auf die Förderung erneuerbarer  
7713 Energien, auf eine dezentrale Versorgung, insbesondere in ländlichen Gebieten, so-  
7714 wie auf den Zugang zu sauberer, bezahlbarer und sicherer Energie. Wir werden dazu  
7715 weitere Partnerschaften mit Entwicklungs- und Schwellenländern eingehen.

7716

7717 Wir wollen Investitionsanreize für Klimaschutzprojekte in Schwellen- und Entwick-  
7718 lungsländern setzen, die Strukturen für eine Green-Economy und den Ausbau Er-  
7719 neuerbarer Energien verbessern. Wir wollen durch multi- und bilaterale Entwick-  
7720 lungszusammenarbeit den Aus- und Aufbau von Kreislaufwirtschaftssystemen unter-  
7721 stützen.

7722

### **Fluchtursachen bekämpfen – Zukunftsperspektiven schaffen**

7724 Existentielle Notlagen führen zu Flucht und Migration. Wir wollen akute und struktu-  
7725 relle Fluchtursachen mindern, einen entscheidenden Beitrag zum Wiederaufbau leis-  
7726 ten, zur Rückkehr von Flüchtlingen beitragen und Aufnahmeländer bei der Bewälti-  
7727 gung ihrer Herausforderungen weiter unterstützen. Darum bauen wir insbesondere  
7728 unser „Cash for Work“-Programm und weitere Programme weiter aus.

7729

### **Entwicklungsfinanzierung und nachhaltige Investitionen ausbauen**

7731 Wir werden auch unsere Ausgaben in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit,  
7732 Humanitäre Hilfe und zivile Krisenprävention deutlich erhöhen. Die Erreichung der  
7733 ODA-Quote von 0,7 Prozent ist unser Ziel.

7734

7735 Wir werden die Zusage, 0,15-0,2 Prozent des Brutto-Nationaleinkommens für die  
7736 ärmsten Länder (LDCs) bereit zu stellen, so schnell wie möglich erreichen.

7737

7738 Wir werden Möglichkeiten prüfen, um Fondsgründungen mit Sitz in Deutschland mit  
7739 privatem Kapital für entwicklungspolitische Zwecke zu realisieren.

7740

7741 Wir wollen die Instrumente der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft  
7742 anpassen.

7743

7744 Der Einsatz staatlicher Mittel zur Mobilisierung und Absicherung privaten Kapitals  
7745 kann nur dann gewährt werden, wenn die Vorhaben überprüfbar im Einklang mit den  
7746 international anerkannten Sozial-, Arbeits- und Umweltstandards stehen. Für die  
7747 Förderung von nachhaltigen privaten Investitionen des Mittelstandes prüfen wir mit  
7748 enger parlamentarischer Begleitung die Erarbeitung eines Entwicklungsinvestitions-  
7749 gesetzes. Dabei wollen wir die besonderen Herausforderungen in fragilen und am  
7750 wenigsten entwickelten Ländern berücksichtigen.

7751

### **Unsere Kooperationspartner stärken**

7753 Wir wollen das zivilgesellschaftliche Engagement fördern und dabei insbesondere  
7754 Nichtregierungsorganisationen, Kirchen, Gewerkschaften, politische und private Stif-  
7755 tungen und Partnerschaften mit der Wirtschaft sowie mit Kommunen stärken. Aus-  
7756 tauschprogramme wie den „Weltexpertenservice“ und das Programm „weltwärts“ wol-  
7757 len wir weiter ausbauen.

7758

- 7759 **Verbesserung der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit**  
7760 Wir wollen die Wirksamkeit erhöhen, indem wir Umsetzungsvorschriften überprüfen,  
7761 zeitgemäß anpassen und uns besser über ODA-relevante Vorhaben abstimmen.

7762 **XIII. Zusammenhalt und Erneuerung – Demokratie beleben**

7763

7764 **1. Bürgerbeteiligung**

7765 Wir werden eine Expertenkommission einsetzen, die Vorschläge erarbeiten soll, ob  
7766 und in welcher Form unsere bewährte parlamentarisch-repräsentative Demokratie  
7767 durch weitere Elemente der Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie ergänzt wer-  
7768 den kann. Zudem sollen Vorschläge zur Stärkung demokratischer Prozesse erarbei-  
7769 tet werden.

7770

7771 **2. Kunst, Kultur und Medien**

7772

7773 **Kulturelle Vielfalt und gesellschaftlicher Zusammenhalt**

7774 Kunst und Kultur sind Ausdruck des menschlichen Daseins. In ihrer Freiheit und Viel-  
7775 falt bereichern sie unser Leben, prägen unsere kulturelle Identität, leisten einen Bei-  
7776 trag zu gesellschaftlichem Zusammenhalt und zur Integration und schaffen Freiräu-  
7777 me für kritischen Diskurs. Kultur ist ein Spiegel unseres Selbstverständnisses, das  
7778 auf der christlich-jüdischen Prägung, der Aufklärung und dem Humanismus sowie  
7779 den Grundwerten der Menschenwürde, der Freiheit, der Gerechtigkeit und Solidarität  
7780 beruht. Eigensinn und Eigenwert künstlerischer und kultureller Produktion bereichern  
7781 unser Zusammenleben, ermöglicht kritische Debatten und fördert die persönliche  
7782 Entwicklung jeder und jedes Einzelnen.

7783

7784 Kunst und Kultur sind frei. Sie sind Grundlage unserer offenen, demokratischen Ge-  
7785 sellschaft und damit wichtiger Teil unseres Landes, das sich seit seiner Gründung im  
7786 Herzen Europas nicht nur als Wirtschaftsmacht und Sozialstaat, sondern gerade  
7787 auch als starker Kulturstaat versteht. Die kulturelle und religiöse Vielfalt Deutsch-  
7788 lands bereichert uns, ist aber nicht frei von Spannungen. Gemeinsame Werte, Res-  
7789pekt vor dem Anderen und die Bereitschaft, Widersprüche auszuhalten, sind Voraus-  
7790setzungen für ein friedliches gesellschaftliches Miteinander. Gerade in Zeiten des  
7791 Wandels sind eine starke und vielfältige Kunst- und Kulturszene sowie eine moderne  
7792 und ermöglichende Kulturpolitik unverzichtbar. Sie besitzen die Kraft, Verständnis  
7793 und Verständigung zu fördern, durch die wir souveräner im Umgang mit Konflikten  
7794 und Bewährungsproben sind.

7795

7796 Im Sinne des kooperativen Kulturföderalismus stimmen wir die Kulturförderung des  
7797 Bundes verstärkt mit den Ländern ab. Die Kulturhoheit liegt bei den Ländern.

7798

7799 Mit einer fortschrittlichen Kulturpolitik nach innen und außen fördern wir Dialog, Aus-  
7800 tausch, Verständigung und Kooperation und stärken den Zusammenhalt in einer of-  
7801 fenen und demokratischen Gesellschaft. Mit einer „Agenda für Kultur und Zukunft“  
7802 wollen wir die Kulturförderung des Bundes angesichts gesellschaftlicher Herausfor-  
7803 derungen wie Integration, Inklusion, Demografie, Digitalisierung, Gleichstellung, Po-  
7804 pulismus, Zukunft von Arbeit und Kommunikation gemeinsam mit den Ländern,  
7805 Kommunen und der Zivilgesellschaft weiterentwickeln. Auf diese Weise bekennt sich  
7806 der Bund zu seiner kultur- und medienpolitischen Verantwortung für ganz Deutsch-  
7807 land und zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Bundesländern. Wir  
7808 wollen die Kultur in ihrer föderalen Vielfalt fördern.

7809

7810 Zur Verbesserung der Abstimmung zwischen Bund, Ländern und kommunalen Spit-  
7811 zenverbänden wollen wir das kulturpolitische Spitzengespräch weiterentwickeln und  
7812 strukturieren. Deshalb erachten wir es als sinnvoll, dieses einmal jährlich auch auf

7813 Einladung der für Kultur zuständigen Fachministerinnen und Fachminister der Länder  
7814 durchzuführen.

7815  
7816 Wir werden in der Legislaturperiode einen Bericht zur sozialen und wirtschaftlichen  
7817 Situation der Künstlerinnen, Künstler und Kreativen zur Gleichstellung und Diversität  
7818 im Kultur- und Medienbereich in Deutschland vorlegen. Im Rahmen dieses Berichts  
7819 werden wir weitere Instrumente der Kulturförderung des Bundes prüfen, die auch  
7820 Bildende Künstlerinnen und Künstler in ihrer besonderen Produktionssituation unter-  
7821 stützen. Flankierend soll im Deutschen Bundestag eine Orientierungsdebatte zur La-  
7822 ge von Kunst und Kultur in unserem Land stattfinden. Darüber hinaus setzen wir uns  
7823 für eine Berücksichtigung der Kultur in Debatten zur nachhaltigen Entwicklung auf  
7824 nationaler und internationaler Ebene ein.

7825  
7826 Wir wollen Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit in Kunst, Kultur und Medien  
7827 weiter ausbauen: Mehr Frauen müssen Führungsverantwortung in Kultur- und Medi-  
7828 einrichtungen übernehmen und künstlerische Leistungen geschlechterunabhängig  
7829 honoriert werden. Die Besetzung von z. B. Jurys, Gremien hat ausgewogener zu er-  
7830 folgen, damit das künstlerische Schaffen von Frauen wie Männern angemessen ein-  
7831 bezogen werden kann. Wir beziehen bei Stipendienvergaben und Förderentschei-  
7832 dungen auch das Prinzip der Geschlechtergerechtigkeit ein. Wir wollen den mit dem  
7833 „Runden Tisch Frauen in Kultur und Medien“ begonnenen Prozess zur Herstellung  
7834 von Geschlechtergerechtigkeit sowie der Verbesserung gleicher Chancen für Frauen  
7835 und Männer fortführen. Wir unterstützen Maßnahmen für ein diskriminierungs- und  
7836 gewaltfreies Arbeitsumfeld für Künstlerinnen und Künstler.

7837  
7838 Die Koalitionsparteien würdigen das Wirken der Kirchen und Religionsgemeinschaf-  
7839 ten. Sie sind wichtiger Teil unserer Zivilgesellschaft und Partner des Staates. Auf Ba-  
7840 sis der christlichen Prägung unseres Landes setzen wir uns für ein gleichberechtigtes  
7841 gesellschaftliches Miteinander in Vielfalt ein. Wir suchen das Gespräch mit den Kir-  
7842 chen und Religionsgemeinschaften und ermutigen sie zum interreligiösen Dialog,  
7843 denn das Wissen über Religionen, Kulturen und gemeinsame Werte ist Vorausset-  
7844 zung für ein friedliches Miteinander und gegenseitigen Respekt. Wir werden Antise-  
7845 mitismus entschieden bekämpfen und ebenso anti-islamischen Stimmungen entge-  
7846 gentreten.

### 7847 7848 **Kulturelle Infrastruktur und Kulturförderung**

7849 Indem wir Kultur und (kulturelle) Bildung für alle zugänglich machen, im urbanen und  
7850 ländlichen Gebiet, unabhängig von Einkommen und Herkunft, ermöglichen wir echte  
7851 Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben. Deshalb wollen wir einen besseren Zu-  
7852 gang zu kulturellen Einrichtungen und Inhalten im analogen wie im digitalen Raum  
7853 und gemeinsam mit Ländern und Kommunen dafür sorgen, dass die kulturelle Infra-  
7854 struktur und das kulturelle Erbe erhalten, gestärkt und modernisiert werden. Die auf  
7855 ganz Deutschland gerichteten Programme zur Förderung von Investitionen, zur zeit-  
7856 genössischen Kunst- und Kulturproduktion, zur kulturellen Infrastruktur und insbe-  
7857 sondere zur freien Kultur sollen mit dem Ziel einer größeren Verteilungsgerechtigkeit  
7858 gestärkt sowie für Kultur- und Bildungseinrichtungen auf dem Weg ins digitale  
7859 21. Jahrhundert geöffnet werden.

7860  
7861 Um die kulturelle Infrastruktur in ganz Deutschland zu erhalten und weiter zu entwi-  
7862 ckeln, sowie bestehende Förderprogramme und bundesgeförderte Einrichtungen für

7863 eine stärkere Wirkung in der Fläche zu ertüchtigen, wollen wir gemeinsam mit den  
7864 Ländern folgende Maßnahmen umsetzen:

7865  
7866 In einem gesamtdeutschen Katalog werden die durch den Bund geförderten, überre-  
7867 gional und gesamtstaatlich bedeutsamen Kultureinrichtungen und -veranstaltungen  
7868 aufgenommen und damit ihr nationaler und internationaler Rang herausgestellt. Der  
7869 Bund bekennt sich dazu, kulturelle Projekte von nationaler Bedeutung in allen Teilen  
7870 Deutschlands maßgeblich zu unterstützen.

7871  
7872 Wir wollen das Programm „Investitionen für nationale Kultureinrichtungen in Ost-  
7873 deutschland – Invest Ost“ als gesamtdeutsches Programm erweitern. Um eine Stär-  
7874 kung der kulturellen Orte in Städten, Gemeinden und im ländlichen Gebiet, im analo-  
7875 gen wie im digitalen Raum zu erreichen, wollen wir die Förderung auch für kommer-  
7876 zielle kulturelle Veranstaltungsorte prüfen.

7877  
7878 Es wird eine umfassende Digitalisierungsstrategie des Bundes entwickelt, die auch  
7879 eine mit substanziellen finanziellen Mitteln unterlegte Strategie für die Zukunft von  
7880 Kultureinrichtungen und ihre digitale Transformation umfasst, unterstützt und fördert.  
7881 Die Deutsche Digitale Bibliothek ist ein national bedeutsames Projekt, das in enger  
7882 Vernetzung mit entsprechenden Angeboten der Länder und der EUROPEANA das  
7883 kulturelle Erbe in Deutschland erschließt. Das Förderkonzept zur Digitalisierung des  
7884 nationalen Filmerbes setzen wir gemeinsam mit den Ländern und der Filmwirtschaft  
7885 zügig um.

7886  
7887 Mit einem Programm „Kultur in den Regionen“ fördern wir zeitgenössische Kunst und  
7888 Kultur. Insbesondere der freien Kultur ermöglichen wir damit deutschlandweit und  
7889 auch grenzüberschreitend innovative kulturelle und künstlerische Einzelprojekte und  
7890 Veranstaltungen.

7891  
7892 Für eine zeitgemäße und auf die Bedarfe der Kulturszene ausgerichtete Zuwen-  
7893 dungspraxis wollen wir eine Vereinfachung und Entbürokratisierung erwirken. Zudem  
7894 werden wir bewährte Förderinstrumente, wie die Bundeskulturförderfonds, entspre-  
7895 chend ausbauen und die Förderung der internationalen Produktionshäuser nach  
7896 Evaluierung substantiell stärken.

7897  
7898 Das Programm LandKULTUR wollen wir weiterführen und mit anderen kulturpoliti-  
7899 schen Zielen, wie z. B. der kulturellen Vermittlung und Integration, noch stärker ver-  
7900 knüpfen.

7901  
7902 Mit der Förderung von national und international relevanten Festivals wollen wir die  
7903 vielfältigen Kulturschätze in unserem Land unterstützen.

7904  
7905 Die von der Kulturstiftung des Bundes entwickelten erfolgreichen Initiativen zur Stär-  
7906 kung der Kulturarbeit außerhalb der Metropolen sollen fortgesetzt und, wenn möglich,  
7907 bundesweit ausgebaut werden. Wir werden prüfen, wie der Bund zum Erhalt der viel-  
7908 fältigen Bibliothekslandschaft und ihrer zunehmend gesellschaftlichen Bedeutung  
7909 beitragen kann. Bibliotheken sollten auch im digitalen Zeitalter ihre zentralen Funkti-  
7910 onen für Bildung und Kultur erfüllen können. Wir werden uns dafür einsetzen, dass  
7911 Bibliotheksnutzern unter Wahrung der Vertragsfreiheit ein noch besserer Zugang  
7912 zum Repertoire von E-Books ermöglicht wird.

7913

7914 Die komplementäre Finanzierung von Projekten in besonders finanzschwachen  
7915 Kommunen kann auf einen Finanzierungsanteil von zehn Prozent reduziert werden.

7916  
7917 Eine Initiative soll Literatur und deutsche Sprache und deren Bedeutung für unsere  
7918 Gesellschaft unterstreichen.

7919  
7920 Wir bekennen uns zum Schutz und zur Förderung der vier nationalen Minderheiten in  
7921 Deutschland – Dänen, Sorben, Friesen sowie Sinti und Roma.

7922  
7923 **Soziale Lage von Künstlerinnen, Künstlern und Kreativen**  
7924 Weil es diejenigen braucht, die Kunst und Kultur schaffen, erarbeiten wir weitere Lö-  
7925 sungen für die besondere soziale Schutzbedürftigkeit der Künstlerinnen und Künstler  
7926 und Kreativen. Deshalb setzen wir uns für die verbesserte soziale Absicherung von  
7927 Künstlerinnen, Künstlern und Kreativen ein.

7928  
7929 2018 schaffen wir eine sachgerechte Anschlussregelung beim Arbeitslosengeld für  
7930 überwiegend kurzbefristet Beschäftigte, die den Besonderheiten der Erwerbsbiogra-  
7931 fien der in der Kultur Beschäftigten hinreichend Rechnung trägt.

7932  
7933 Wir setzen uns für den Erhalt der Künstlersozialversicherung ein und werden prüfen,  
7934 wie dort der wechselnde Erwerbsstatus vieler Akteure des Kultur- und Medienbe-  
7935 reichs besser berücksichtigt werden kann. Dabei ist eine Erweiterung der abgabe-  
7936 pflichtigen Verwerter um digitale Plattformen, die eine kommerzielle Verwertung  
7937 künstlerischer Leistungen ermöglichen, anzustreben.

7938  
7939 **Hauptstadtkultur**  
7940 Im kulturellen Selbstverständnis des Landes spielt die Hauptstadt Berlin eine bedeu-  
7941 tende, repräsentative Rolle. Die Kulturpolitik des Bundes in und für Berlin ist Aus-  
7942 druck der Anerkennung der besonderen Rolle und Aufgabe der Hauptstadt, die auch  
7943 im Grundgesetz ihre Verankerung gefunden hat. Angesichts der aktuellen Heraus-  
7944 forderungen wollen wir gemeinsam mit den Ländern die Stiftung Preußischer Kultur-  
7945 besitz strukturell an die Anforderungen eines modernen Kulturbetriebs mit internatio-  
7946 naler Ausstrahlung auf Grundlage einer Evaluierung durch den Wissenschaftsrat an-  
7947 passen. Wir streben an, dass sich das Humboldt Forum weit über seine Museums-  
7948 und Ausstellungsarbeit hinaus zu einer internationalen Dialogplattform für globale  
7949 kulturelle Ideen entwickelt.

7950  
7951 **Kulturelle Bildung**  
7952 Wir wollen ein gesamtstaatliches Bündnis für kulturelle Bildung und Vermittlung so-  
7953 wie Medienkompetenz schließen, um den Zugang zu Kunst, Kultur, Bildung und Me-  
7954 dien zu stärken. Kulturelle Bildung hat eine überragende Bedeutung für die individu-  
7955 elle Persönlichkeitsentfaltung wie auch für das Selbstverständnis und die Teilhabe an  
7956 unserer Gesellschaft. Kulturelle Bildung ist auch ein Schlüsselfaktor der Integration,  
7957 sie erschließt den Zugang zum gesellschaftlichen Leben.

7958  
7959 Wir wollen ein gesamtstaatliches Bündnis der inklusiven kulturellen Bildung. Dieses  
7960 wollen wir mit anderen bestehenden Initiativen zur kulturellen Bildung, wie etwa dem  
7961 Preis für kulturelle Bildung, wo es sinnvoll ist, bündeln und stärken. Um jedem von  
7962 Kindesbeinen an Zugang zu kulturellen Angeboten zu ermöglichen, unterstützen wir  
7963 mit Bundesmitteln die Initiative „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ mit außer-  
7964 schulischen Angeboten wie Vorlesepaten, Theatern, Musikschulen oder Bibliotheken.

7965 Die Mittel für kulturelle Bildung im Kinder- und Jugendplan des Bundes, für das Frei-  
7966 willige Soziale Jahr Kultur, den Bundes- und den internationalen Freiwilligendienst  
7967 „Kulturweit“ wollen wir verstärken.

7968  
7969 Soziokulturelle Zentren spielen eine zentrale Rolle für Integration und Teilhabe vor  
7970 Ort und sollen gestärkt werden.

7971  
7972 Wir wollen mehr Menschen für kulturelle Angebote interessieren und begeistern. Der  
7973 Bund ist daher bestrebt, ausgehend vom Modellversuch eines kostenfreien Eintritts  
7974 zur Dauerausstellung im Humboldt Forum, in den vom Bund geförderten Kulturein-  
7975 richtungen vermehrt und regelmäßig den freien Eintritt zu ermöglichen.

7976  
7977 Die vom Bund geförderten Kultureinrichtungen sollen das Ziel umfassender kulturel-  
7978 ler Teilhabe als Kern- und Querschnittsaufgabe in der Organisationsstruktur veran-  
7979 kern und nach Möglichkeit in den Bereichen Gremien und Personal, Ansprache des  
7980 Publikums, Programmgestaltung und Zugänglichkeit ihrer Angebote berücksichtigen.  
7981 Wir begrüßen, dass Einrichtungen der kulturellen und politischen Bildung des Bun-  
7982 des, auch vor dem Hintergrund der erinnerungspolitischen Arbeit der Geschichtsmu-  
7983 seen des Bundes sowie der Gedenk- und Erinnerungsorte, stärker zusammenarbei-  
7984 ten. Wir wollen die pädagogische Vermittlungsarbeit bei den vom Bund geförderten  
7985 Museen, Gedenkstätten und anderen Kultureinrichtungen personell und finanziell  
7986 deutlich stärken.

#### 7987 7988 **Gedenken und Erinnern**

7989 Ohne Erinnerung keine Zukunft – zum demokratischen Grundkonsens in Deutsch-  
7990 land gehören die Aufarbeitung der NS-Terrorherrschaft und der SED-Diktatur, der  
7991 deutschen Kolonialgeschichte, aber auch positive Momente unserer Demokratiege-  
7992 schichte.

7993  
7994 Deutschland ist aufgrund seiner Geschichte besonders dafür verantwortlich, die Erin-  
7995 nerung an die Folgen von Diktatur und Gewaltherrschaft wachzuhalten. Dies ist Teil  
7996 unseres nationalen Selbstverständnisses. Das Gedenken an die beiden deutschen  
7997 Diktaturen darf nicht mit Verweis auf die jeweilige andere zu einer Relativierung der  
7998 NS-Terrorherrschaft noch zu einer Bagatellisierung des SED-Unrechts führen.

7999  
8000 Wir wollen die dezentrale Erinnerungskultur mit ihrem zivilgesellschaftlichen Enga-  
8001 gement stärken und zukünftig auch kleinere Initiativen und Gedenkstätten im In- und  
8002 Ausland besser unterstützen. Wir wollen den Erhalt der authentischen Gedenkorte  
8003 und Zeugnisse kontinuierlich fördern und Steigerungen der Bundesbeteiligungen bei  
8004 den Investitionen im Bereich der Erinnerungskultur erreichen. Die Bundesregierung  
8005 unterstützt vielfältige Aktivitäten und Projekte der Aufarbeitung der NS-  
8006 Terrorherrschaft und der SED-Diktatur, die Toleranz fördern, Sozialkompetenz und  
8007 Demokratieverständnis stärken, gerade auch in der Arbeit mit Jugendlichen und Er-  
8008 wachsenen und im Zusammenwirken mit Zeitzeugen.

8009  
8010 Wir wollen vor allem jüngere Menschen dazu bewegen, Gedenkstätten zu besuchen.  
8011 Deshalb unterstützen wir die Gedenkeinrichtungen bei der Weiterentwicklung ihrer  
8012 pädagogischen, digitalen und audio-visuellen Vermittlungskonzepte. Eine ethnisch  
8013 und religiös zunehmend heterogene Zusammensetzung der Besuchergruppen erfor-  
8014 dert dabei eine besondere Aufmerksamkeit. Neben der Stärkung der pädagogischen  
8015 Arbeit wird als ein Teil dieser Förderinitiative das Programm „Jugend erinnert“ ins



8016 Leben gerufen, um Austausch und Begegnungen sowie Gedenkstättenfahrten mit  
8017 entsprechenden Workshops für Schulklassen zu fördern und damit dem wachsenden  
8018 Antisemitismus und Antiziganismus entgegenzuwirken.

8019  
8020 Wir bekennen uns zur Unterstützung der jüdischen Gemeinden. Wir sind dankbar,  
8021 dass sich in Deutschland nach der Shoah wieder ein reichhaltiges jüdisches Leben  
8022 entfaltet hat. Nach der Entrechtung und der Ermordung von sechs Millionen europäi-  
8023 schen Juden haben wir Deutschen eine immerwährende Verantwortung im Kampf  
8024 gegen Antisemitismus.

8025  
8026 Bisher weniger beachtete Opfergruppen des Nationalsozialismus wollen wir aner-  
8027 kennen und ihre Geschichte aufarbeiten. Wir stärken in der Hauptstadt das Geden-  
8028 ken an die Opfer des deutschen Vernichtungskrieges im Osten im Dialog mit den  
8029 osteuropäischen Nachbarn.

8030  
8031 Die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas soll noch besser in die Lage  
8032 versetzt werden, Initiativen, insbesondere in Osteuropa, zu bestehenden Gedenkfor-  
8033 men bei ihrer Aufarbeitungsarbeit zu unterstützen oder Initiativen für die Erforschung  
8034 noch unbekannter Orte des Holocaust zu fördern.

8035  
8036 Auch die fortgesetzte Aufarbeitung der NS-Vergangenheit von Ministerien, Bundes-  
8037 behörden sowie des Deutschen Bundestags wird weiter unterstützt.

8038  
8039 In Zusammenarbeit mit Opferverbänden und Gedenkstätten wollen wir insbesonde-  
8040 re die nachwachsenden Generationen ohne eigene Diktaturerfahrung für das Un-  
8041 recht der SED-Diktatur sensibilisieren.

8042  
8043 Das Stasiunterlagengesetz hat sich bewährt. Die Überprüfungsmöglichkeit auf eine  
8044 hauptamtliche oder inoffizielle Stasitätigkeit im öffentlichen Dienst soll für einen wei-  
8045 ter zu beschränkenden Personenkreis bis zum 31. Dezember 2030 verlängert wer-  
8046 den. Im Lichte der Ergebnisse der Expertenkommission und im Benehmen mit den  
8047 Opferverbänden werden wir die Stasiunterlagenbehörde zukunftsfest machen.

8048  
8049 Den durch SED-Unrecht Geschädigten steht auch in Zukunft eine gesellschaftliche  
8050 Anerkennung und Rehabilitierung zu. Deshalb wird die Koalition die Fristen in den  
8051 Rehabilitationsgesetzen streichen.

8052  
8053 Die Koalitionsparteien werden eine vom Deutschen Bundestag zu beschließende  
8054 Konzeption zur Förderung der Orte deutscher Demokratiegeschichte erarbeiten. Auf  
8055 Grundlage der Bundestagsbeschlüsse wollen wir mit einem Freiheits- und Einheits-  
8056 denkmal in Berlin und in Leipzig an die positiven Momente unserer Demokratiege-  
8057 schichte erinnern.

8058  
8059 In dieser Legislaturperiode begehen wir u. a.: 70 Jahre Grundgesetz, 100 Jahre En-  
8060 de des Ersten Weltkrieges, 75 Jahre Ende des Zweiten Weltkrieges, 100 Jahre Frau-  
8061 enwahlrecht, 100 Jahre Weimarer Republik, 30 Jahre Friedliche Revolution und 30  
8062 Jahre Deutsche Einheit. Gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn wollen wir  
8063 daran erinnern. Nicht nur angesichts dieser wiederkehrenden Anlässe des Geden-  
8064 kens soll Geschichts- und Erinnerungspolitik verstärkt und auch als Thema der Aus-  
8065 wärtigen Kulturpolitik etabliert werden.

8066

8067 **Kulturelles Erbe, Kolonialismus, Flucht und Vertreibung**

8068 Das immaterielle und materielle Erbe, welches in unseren Museen, Bibliotheken und  
8069 Archiven bewahrt wird, ist bedeutsam für die integrierende Kraft der Kultur sowie  
8070 Ausdruck unserer Identität. Dies ist auch über das Europäische Kulturerbejahr 2018  
8071 hinaus Motivation, es für nachkommende Generationen zu erhalten.

8072  
8073 Wir werden auch künftig mit Nachdruck eine umfassende Provenienzforschung in  
8074 Deutschland vorantreiben. Wir begrüßen, dass das Deutsche Zentrum Kulturgutver-  
8075 luste seine Ergebnisse zunehmend öffentlich macht.

8076  
8077 Aus Anlass des 20-jährigen Bestehens der Washingtoner Erklärung von 1998 appel-  
8078 lieren wir an alle öffentlichen kulturbewahrenden Einrichtungen und auch an Privat-  
8079 personen in Deutschland, sich einem Begehren auf Anrufung der „Beratenden Kom-  
8080 mission“ für die Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogener Kulturgüter nicht zu  
8081 verschließen.

8082  
8083 Die Aufarbeitung der Provenienzen von Kulturgut aus kolonialem Erbe in Museen  
8084 und Sammlungen wollen wir – insbesondere auch über das Deutsche Zentrum Kul-  
8085 turgutverluste und in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Museumsbund – mit ei-  
8086 nem eigenen Schwerpunkt fördern. Der Ankaufetat von Kulturgut, das für die deut-  
8087 sche Kunst und Geschichte von besonderer Bedeutung ist, soll fortgeführt werden.

8088  
8089 Wir setzen die Programme zum Erhalt des schriftlichen Kulturgutes fort. Unser kultu-  
8090 relles Gedächtnis muss im wahrsten Sinne des Wortes vor dem Zerfall gerettet wer-  
8091 den.

8092  
8093 Wir wollen die Aufgabe der Sicherung der schriftlichen Überlieferung der Bundesre-  
8094 publik für Wissenschaft, Forschung und Öffentlichkeit durch das Bundesarchiv för-  
8095 dern, indem wir, wo erforderlich, in Bundesgesetzen mit Löschungsvorschriften eine  
8096 Anbietungspflicht für Unterlagen prüfen.

8097  
8098 Es soll ein Programm kultureller Denkmalschutz aufgelegt werden, das unter ange-  
8099 messener Kofinanzierung die Sanierung und Restaurierung von Gebäuden und  
8100 Denkmälern in der Fläche weiterhin fördert. Den Erhalt des baukulturellen Erbes über  
8101 die Förderung von Denkmalschutz und -pflege wollen wir im Zusammenwirken mit  
8102 den Ländern und unter Einbezug von Stätten der Industriekultur fortsetzen und aus-  
8103 bauen, ebenso wie die Förderung der UNESCO-Welterbestätten im Inland sowie das  
8104 Kulturerhalt-Programm im Ausland. Der Masterplan für die Stiftung Preußische  
8105 Schlösser und Gärten soll weitergeführt werden.

8106  
8107 Das kulturelle Erbe der Deutschen in Mittel- und Osteuropa und das Kulturgut der  
8108 Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler sind wichtige Bestandteile der kulturel-  
8109 len Identität Deutschlands. Wir wollen die im Sinne des § 96 des Bundesvertriebe-  
8110 nengesetzes tätigen Einrichtungen gemeinsam mit den Heimatvertriebenen, Aus-  
8111 siedlern und deutschen Minderheiten als Träger dieses Erbes sowie im Sinne der  
8112 europäischen Verständigung für die Zukunft ertüchtigen und die Kulturstiftung der  
8113 deutschen Vertriebenen stärken. Wir wollen außerdem dafür Sorge tragen, dass die  
8114 Konzeption der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung in der aktuellen Legisla-  
8115 turperiode erfolgreich umgesetzt und weiterhin europäisch ausgerichtet wird. Die  
8116 Koalitionsparteien sehen die historische Aufarbeitung von Zwangsmigration, Flucht  
8117 und Vertreibung als gesamtgesellschaftliches Anliegen. Um dem Anspruch einer

8118 gemeinsamen europäischen Aufarbeitung des von Diktaturen und Gewalterfahrungen  
8119 geprägten 20. Jahrhunderts gerecht zu werden, will die Koalition das Europäi-  
8120 sche Netzwerk Erinnerung und Solidarität stärker unterstützen und profilieren.

8121

### 8122 **Kultur- und Kreativwirtschaft**

8123 Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist nicht nur Beschäftigungs- und Wachstumstreiber,  
8124 sondern auch Impulsgeber für gesellschaftliche Erneuerung und zukünftige Entwick-  
8125 lungen in unserer Arbeitswelt, Wirtschaft, Kultur, Bildung und Gesellschaft.

8126

8127 Wir streben eine Stärkung der Kultur- und Kreativwirtschaft und die Erweiterung der  
8128 Innovations- und Außenwirtschaftsförderung und die Weiterentwicklung von Finan-  
8129 zierungs- und Förderinstrumenten an, um inhaltebezogene und immaterielle Innova-  
8130 tionen, Leistungen und Produkte der Kreativwirtschaft anzusprechen. Weiterhin wol-  
8131 len wir die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für künstlerisches und kreatives  
8132 Schaffen im Urheberrecht verbessern. Die Verbindung kultureller Angebote mit der  
8133 Kreativwirtschaft trägt dazu bei, Städte und Regionen attraktiver zu machen.

8134

8135 Mit Blick auf die kulturellen und medialen Herausforderungen unserer Zeit brauchen  
8136 wir ein starkes Urheberrecht zum Schutz des geistigen Eigentums, das bestehende  
8137 Rechtspositionen im digitalen Umfeld besser schützt, zugleich aber auch die Rah-  
8138 menbedingungen für kreatives Schaffen, Verwerten und Nutzen verbessert und die  
8139 Verantwortlichkeit der Plattformen verbindlich beschreibt. Die europäischen Bemü-  
8140 hungen um eine Urheberrechtsreform dürfen nicht hinter den deutschen Rechtsstan-  
8141 dard zurückfallen.

8142

8143 Wir wollen digitale Plattformen und Intermediäre an der Refinanzierung der kulturel-  
8144 len und medialen Inhalteproduktion angemessen beteiligen. Hierzu streben wir mit  
8145 Blick auf Art. 13 der Urheberrechts-Richtlinie einen Ausgleich der Interessen von Ur-  
8146 hebern, Nutzern und Plattformbetreibern an und werden einen Vorstoß zur Überar-  
8147 beitung des Haftungsprivilegs in der E-Commerce-Richtlinie prüfen.

8148

8149 Wir setzen uns auch auf europäischer Ebene für die Anwendung des ermäßigten  
8150 Mehrwertsteuersatzes bei gewerblich gehandelten Kunstgegenständen, E-Books, E-  
8151 Papers und anderen elektronischen Informationsmedien ein. Wir wirken darauf hin,  
8152 dass der ursprüngliche gesetzgeberische Wille für den Kunsthandel aus dem Jahr  
8153 2014 verwirklicht wird.

8154

### 8155 **Film, Games und Musikwirtschaft**

8156 Der Film ist ein bedeutendes Kultur- und Wirtschaftsgut. Wir wollen die internationale  
8157 Wettbewerbsfähigkeit des Film- und Medienstandortes Deutschland in seiner thema-  
8158 tischen und regionalen Vielfalt nachhaltig sicherstellen. Wir wollen eine Gesamtbe-  
8159 trachtung der audiovisuellen Industrien von Bund und Ländern.

8160

8161 Wir wollen die kulturelle und wirtschaftliche Filmförderung mindestens auf dem aktu-  
8162 ellen Niveau fortsetzen. Wir wollen die Förderinstrumente, insbesondere den Deut-  
8163 schen Filmförderfonds I und II sowie den German Motion Picture Fund, besser aufei-  
8164 nander abstimmen und mit den Möglichkeiten von German Films, der Außenkultur-  
8165 und Außenwirtschaftsförderung besser verzahnen. Wir wollen eine umfassende För-  
8166 derung audiovisueller Inhalte (Kino, Serien, High-End TV, VFX, Animation, Virtual  
8167 Reality) einführen, um den Produktionsstandort Deutschland weiter zu stärken und  
8168 eine Abwanderung deutscher Produktionen ins Ausland zu verhindern.

8169  
8170 Wir prüfen die Einbeziehung weiterer Verwertungsformen audiovisueller Inhalte, wie  
8171 z. B. Streaming-Dienste, in die solidarische Filmförderung (FFG).  
8172  
8173 Damit der kulturell anspruchsvolle Kinofilm in der Fläche wirkt, wollen wir den Kultur-  
8174 ort Kino auch außerhalb von Ballungsgebieten durch ein kofinanziertes „Zukunfts-  
8175 programm Kino“ stärken und erhalten.  
8176  
8177 Wir wollen seitens des Bundes eine Förderung von Games zur Entwicklung hochwer-  
8178 tiger digitaler Spiele einführen, um den Entwicklerstandort Deutschland zu stärken.  
8179 Den Deutschen Computerspielpreis wollen wir unter Beteiligung der Games-Branche  
8180 weiterentwickeln und stärken.  
8181  
8182 Die Musikwirtschaft hat insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung neuer Ge-  
8183 schäftsmodelle in der Digitalisierung eine wesentliche Vorbildfunktion innerhalb der  
8184 Kreativwirtschaft. Wir wollen ihre kulturellen und wirtschaftlichen Grundlagen festi-  
8185 gen, ihre gemeinsamen Plattformen ausbauen und ihre internationale Wahrnehm-  
8186 barkeit stärken.

8187 **Medien, Medienvielfalt und Medienkompetenz**

8188 Demokratie braucht eine informierte und vielfältige Öffentlichkeit. Presse- und Medi-  
8189 enfreiheit, Medienvielfalt und -qualität sind für uns grundlegende Werte, die wir ins-  
8190 besondere im digitalen Zeitalter stärken müssen. Nur ein freier Zugang zu Medien  
8191 und Informationen, qualitativ hochwertige journalistisch-redaktionelle Angebote und  
8192 die notwendige Medienkompetenz ermöglichen kommunikative Chancenfreiheit und  
8193 gleichberechtigte Teilhabe aller.

8194  
8195 Im Wissen um die Zuständigkeit der Länder bekennt sich die Koalition zur dualen  
8196 Medienordnung. Wir brauchen einen starken öffentlich-rechtlichen und privaten  
8197 Rundfunk und eine starke und vielfältige Presselandschaft.

8198  
8199 Wir sind uns einig, dass der Bund unter Wahrung der Länderkompetenz die Länder  
8200 dabei unterstützt, Medienplattformen und Intermediäre wie Suchmaschinen, Video-  
8201 plattformen oder soziale Netzwerke in die gemeinsamen Anstrengungen zur Siche-  
8202 rung von Medienvielfalt, fairem Wettbewerb und Meinungs- und Persönlichkeits-  
8203 rechtsschutz national und europäisch stärker einzubeziehen.

8204  
8205 Eine freie Presse und freie Medien brauchen auch in Zukunft einen wirksamen Be-  
8206 rufsgheimnis- und Informantenschutz.

8207  
8208 Verlage und Journalistinnen und Journalisten brauchen verlässliche Rahmenbedin-  
8209 gungen seitens der Politik. Wir wollen diese dadurch verbessern, dass eine bessere  
8210 Rechtsdurchsetzung für journalistische Inhalte ermöglicht, das Presse-Grosso gesi-  
8211 chert, der ermäßigte Mehrwertsteuersatz erhalten und weitergehende Instrumente  
8212 wie neue Finanzierungsmodelle oder indirekte Fördermaßnahmen geprüft werden.

8213  
8214 Um gute Rahmenbedingungen für eine vielfältige Medienlandschaft sicherzustellen,  
8215 werden wir künftige nationale und europäische Gesetzgebungsvorhaben noch stär-  
8216 ker hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf privatwirtschaftliche Medienangebote, wie  
8217 z. B. durch Werbeverbote, prüfen.

8218  
8219 Wir setzen uns auf europäischer Ebene dafür ein, dass es in einem gemeinsamen  
8220 Binnenmarkt auch für Medien und Plattformen weder Steuer- noch Abgabeosen  
8221 gibt.

8222  
8223 Wir werden das Buchpreisbindungsgesetz anpassen, damit internetgestützte Ver-  
8224 triebsarten (Affiliate-Programme) die Buchpreisbindung nicht aushebeln können.

8225  
8226 **Kultur und Medien in Europa und der Welt**

8227 Wir wollen eine Stärkung der Kultur- und Bildungspolitik und den Ausbau unserer  
8228 kulturellen Infrastruktur im In- und Ausland, um die Werte unseres Landes im globa-  
8229 len Wettbewerb der Narrative auch im digitalen Raum erfolgreich zu vertreten.

8230  
8231 Bei der Vermittlung von Meinungs- und Pressefreiheit ist die Deutsche Welle ein un-  
8232 verzichtbarer Akteur, den wir, wie in den letzten Jahren begonnen, finanziell deutlich  
8233 weiter stärken wollen. Wir wollen das Budget der Deutschen Welle auf das vergleich-  
8234 barer europäischer Auslandssender anheben. Wir begrüßen die eingeleiteten Koope-  
8235 rationen der Deutschen Welle mit europäischen Rundfunkpartnern.

8236

8237 Wir setzen uns ein für eine Stärkung des Beitrags von Kultur und Bildung für ein ge-  
8238 meinsames Europa. Mit Blick auf die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im zweiten  
8239 Halbjahr 2020 setzen wir auf den Beitrag von Kultur und Bildung, aber auch Presse-  
8240 freiheit und Medienvielfalt, um unsere gemeinsame europäische Identität und den  
8241 Zusammenhalt in einem freiheitlichen und demokratischen Europa zu fördern. Daher  
8242 unterstützen wir den Ausbau des grenzüberschreitenden europäischen Kultur- und  
8243 Jugendaustauschs sowie die Entfaltung einer europäischen Öffentlichkeit und einer  
8244 starken Zivilgesellschaft.

8245

8246 Wir wollen die kulturelle Zusammenarbeit und den kulturellen Austausch nicht nur in  
8247 der Europäischen Union, sondern in ganz Europa deutlich stärken.

8248

8249 Politik für Kultur und Wissenschaft, Medien und Bildung ist eine Politik für die offene  
8250 Gesellschaft, für die Freiheit von Meinungen, Wissenschaft und Kunst. Angesichts  
8251 der weltweiten Bedrohung kritischer Künstlerinnen, Intellektueller, Journalistinnen  
8252 und Wissenschaftler, aber auch aus unserer historischen Verantwortung heraus un-  
8253 terstützen wir eine Initiative für die Freiheit von Kunst und Wissenschaft, Presse und  
8254 Meinungsfreiheit, auch im Hinblick auf Exilerfahrungen.

8255

8256 **XIV. Arbeitsweise der Regierung und Fraktionen**

8257

8258 **1. Arbeitsweise der Regierung und Fraktionen**

8259 Wir wollen das Vertrauen in die Demokratie und in unsere staatlichen Institutionen  
8260 stärken. Im Fall einer Koalitionsbildung werden wir durch unsere Arbeitsweise in der  
8261 Regierung und zwischen den Fraktionen deutlich machen, dass wir uns als Bündnis  
8262 der Demokratie für die Menschen in unserem Land verstehen. Wir stärken die Ent-  
8263 scheidungsfindung in Bundestag und Bundesrat.

8264

8265 **2. Kooperation der Parteien**

8266 Diese Koalitionsvereinbarung gilt für die Dauer der 19. Wahlperiode. Die Koalitions-  
8267 partner verpflichten sich, diese Vereinbarung im Regierungshandeln umzusetzen.  
8268 Die Partner tragen für die gesamte Politik der Koalition gemeinsam Verantwortung.

8269

8270 Die Koalitionspartner CDU, CSU und SPD werden ihre Arbeit in Parlament und Re-  
8271 gierung laufend und umfassend miteinander abstimmen und zu Verfahrens-, Sach-  
8272 und Personalfragen Konsens herstellen. Die Koalitionspartner treffen sich im Konflikt-  
8273 fall und zur Lösung streitiger grundsätzlicher Probleme zu Koalitionsgesprächen im  
8274 Koalitionsausschuss.

8275

8276 Darüber hinaus tritt der Koalitionsausschuss auf Wunsch eines Koalitionspartners  
8277 zusammen. Er berät Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung, die zwischen  
8278 den Koalitionspartnern abgestimmt werden müssen. Die Koalitionsparteien werden  
8279 sich einvernehmlich auf die Besetzung des Koalitionsausschusses verständigen.

8280

8281 Bei übergeordneten Personalfragen streben die Koalitionspartner eine insgesamt  
8282 ausgewogene Lösung an, die beiden gerecht wird und eine faire Verteilung abbildet.  
8283 Für Personalfragen nachgeordneter Behörden gilt das Ressortprinzip.

8284

8285 **3. Kooperation der Fraktionen**

8286 Wir wollen den Bundestag wieder zum zentralen Ort der gesellschaftlichen und politi-  
8287 schen Debatte machen.

8288

8289 Die Fraktionen werden zweimal im Jahr zu internationalen und nationalen gesell-  
8290 schaftlichen Themen im Plenum Orientierungsdebatten führen. Wir wollen, dass die  
8291 Bundeskanzlerin dreimal jährlich im Deutschen Bundestag befragt werden kann, und  
8292 die Regierungsbefragung neu strukturiert wird. Diese Vorschläge werden wir mit den  
8293 anderen Fraktionen im Deutschen Bundestag besprechen.

8294

8295 Die Tagesordnung der Kabinettsitzungen soll den Fraktionen vorab mitgeteilt werden.

8296

8297 Im Bundestag und in allen von ihm beschickten Gremien stimmen die Koalitionsfrak-  
8298 tionen einheitlich ab. Das gilt auch für Fragen, die nicht Gegenstand der vereinbarten  
8299 Politik sind. Wechselnde Mehrheiten sind ausgeschlossen.

8300

8301 Über das Verfahren und die Arbeit im Parlament wird Einvernehmen zwischen den  
8302 Koalitionsfraktionen hergestellt. Anträge und Gesetzesinitiativen auf Fraktionsebene  
8303 werden gemeinsam oder, im Ausnahmefall, im gegenseitigen Einvernehmen einge-  
8304 bracht. Die Koalitionsfraktionen werden darüber eine Vereinbarung treffen.

8305

8306 **4. Arbeit in der Bundesregierung**

8307 Im Kabinett wird in Fragen, die für einen Koalitionspartner von grundsätzlicher Be-  
8308 deutung sind, keine Seite überstimmt. In allen Ausschüssen des Kabinetts und in  
8309 allen vom Kabinett beschickten Gremien, Beiräten und Ausschüssen sind die Koaliti-  
8310 onsfraktionen nach ihren Kräfteverhältnissen vertreten. Die Besetzung erfolgt im ge-  
8311 genseitigen Einvernehmen. Grundsätzlich sind alle Koalitionspartner vertreten, sofern  
8312 es die Anzahl der Vertreter des Bundes zulässt.

8313

8314 **5. Europapolitische Koordinierung**

8315 Um eine bestmögliche Vertretung deutscher Interessen auf europäischer Ebene zu  
8316 erreichen, wird die Bundesregierung ein geschlossenes Auftreten gegenüber den  
8317 europäischen Partnern und Institutionen sicherstellen. Dazu werden sich die Koaliti-  
8318 onspartner unter Beibehaltung der bewährten Zuständigkeitsverteilung innerhalb der  
8319 Bundesregierung und mit den Koalitionsfraktionen vorher eng abstimmen. Diese Ab-  
8320 stimmungsverantwortung wird durch die Bundesministerinnen und Bundesminister im  
8321 Rahmen ihrer Fach- und Koordinierungszuständigkeiten und im engen Zusammen-  
8322 wirken mit der Bundeskanzlerin und dem Vizekanzler wahrgenommen. Die Koordi-  
8323 nierung gilt auch für die Räte der Europäischen Union und den Europäischen Rat.

8324

8325 Die Koalitionspartner treten bei der Europawahl gemäß der Zugehörigkeit zu ihren  
8326 jeweiligen europäischen Parteienfamilien sowie in den kommenden Kommunal- und  
8327 Landtagswahlen in einem fairen Wettbewerb gegeneinander an.

8328

8329 **6. Evaluierung**

8330 Zur Mitte der Legislaturperiode wird eine Bestandsaufnahme des Koalitionsvertrages  
8331 erfolgen, inwieweit dessen Bestimmungen umgesetzt wurden oder aufgrund aktueller  
8332 Entwicklungen neue Vorhaben vereinbart werden müssen.

8333



8334 **Ressortverteilung**  
8335 Die Ressortverteilung der Bundesregierung aus CDU, CSU und SPD wird wie folgt  
8336 festgelegt:  
8337  
8338 Die CDU, CSU stellt die Bundeskanzlerin.  
8339  
8340 Die SPD stellt den Stellvertreter der Bundeskanzlerin.  
8341  
8342 Die CDU, CSU stellt die Leitung folgender Ministerien:  
8343 • Innen, Bau und Heimat (CSU)  
8344 • Verteidigung (CDU)  
8345 • Wirtschaft und Energie (CDU)  
8346 • Gesundheit (CDU)  
8347 • Bildung und Forschung (CDU)  
8348 • Verkehr und digitale Infrastruktur (CSU)  
8349 • Ernährung und Landwirtschaft (CDU)  
8350 • Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (CSU)  
8351  
8352 Der Chef des Bundeskanzleramtes im Range eines Bundesministers wird von der  
8353 CDU, CSU gestellt.  
8354  
8355 Die SPD stellt die Leitung folgender Ministerien:  
8356 • Auswärtiges Amt  
8357 • Finanzen  
8358 • Arbeit und Soziales  
8359 • Justiz und Verbraucherschutz  
8360 • Familie, Senioren, Frauen und Jugend  
8361 • Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit  
8362  
8363 Den Staatsminister für Kultur und Medien, den Staatsminister im Kanzleramt sowie  
8364 den Staatsminister für Migration, Flüchtlinge und Integration stellt die CDU.  
8365  
8366 Die beiden Staatsminister im Auswärtigen Amt stellt die SPD.  
8367  
8368 Das Vorschlagsrecht für die jeweiligen Ämter liegt bei den verantwortlichen Parteien.  
8369  
8370 Berlin, den 07. Februar 2018  
8371